

Gabrisch, Hubert et al.

Research Report

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Balkanregion – Möglichkeiten und Grenzen

wiiw Forschungsbericht, No. 3

Provided in Cooperation with:

The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw) - Wiener Institut für Internationale
Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Suggested Citation: Gabrisch, Hubert et al. (2015) : Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der
Balkanregion – Möglichkeiten und Grenzen, wiiw Forschungsbericht, No. 3, The Vienna Institute for
International Economic Studies (wiiw), Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/204232>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Balkanregion - Möglichkeiten und Grenzen

Hubert Gabrisch (IWH), Doris Hanzl-Weiss, Mario Holzner, Michael Landesmann, Johannes Pöschl und Hermine Vidovic

**FB**

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Balkanregion – Möglichkeiten und Grenzen

HUBERT GABRISCH (IWH)
DORIS HANZL-WEISS
MARIO HOLZNER
MICHAEL LANDESMANN
JOHANNES PÖSCHL
HERMINE VIDOVIC

Die Autoren danken für inhaltliche und statistische Unterstützung durch Predrag Četković, Simona Jokubauskaitė, Marek Rojcek, Monika Schwarzhappel, Galina Vasaros und Goran Vukšić.

Hubert Gabrisch ist ehemaliger Leiter der Forschungsgruppe Institutionelle Konvergenz und nationale Entwicklungspfade in Mitteleuropa am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Seine aktuelle Email-Adresse lautet: gab@antec-kabel.de, seine Website: www.hubert-gabrisch.com.

Michael Landesmann ist wissenschaftlicher Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität, Linz, Österreich. Mario Holzner ist Stellvertretender Direktor des wiiw. Doris Hanzl-Weiss, Johannes Pöschl und Hermine Vidovic sind wissenschaftliche MitarbeiterInnen des wiiw.

Diese Studie wurde vom Bundesministerium der Finanzen in Berlin beauftragt und im Rahmen des Forschungsvorhabens fe 2/13 "Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der Balkanregion - Möglichkeiten und Grenzen" durchgeführt.

Kurzdarstellung

- › Die meisten Westbalkanländer haben ein hohes und in der Regel persistentes Leistungsbilanzdefizit von annähernd 10% des BIP. Reduktionen des Leistungsbilanzdefizits der letzten Jahre sind vor allem auf krisenhafte Importzurückhaltung zurückzuführen.
- › Das durchschnittliche Westbalkanland (im Sinne des ungewichteten Durchschnitts über die sieben Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien) hat eine Exportquote von nur 20%. In den fünf neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (NMS-5) Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wird das mehr als dreifache Niveau erreicht. Fast alle Westbalkanländer konnten aber ihre Güterexporte zuletzt im Vergleich zur Vorkrisenperiode als Anteil am BIP steigern.
- › Während der technologiegetriebene Sektor des Maschinen- und Fahrzeugbaus den Kern der deutschen Industrie sowie jener der NMS-5 bildet, ist dieser Sektor in den Westbalkanländern sehr klein. Auch die chemische Industrie ist recht schwach entwickelt. In beiden, technologisch hochwertigen, Sektoren kam es aber zuletzt zu Exportsteigerungen.
- › Ein Anstieg der Lohnstückkosten relativ zum deutschen Niveau bei gleichzeitiger Ausweitung der Exportanteile am EU-Markt deutet auf eine qualitative Aufwertung der Güterexporte der meisten Westbalkanstaaten hin.
- › Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien sind vergleichsweise gut in internationale Produktionsnetzwerke integriert, während Albanien, der Kosovo und Montenegro eine sehr schwache Einbindung zeigen.
- › Rund 60% der Exporte der Westbalkanländer stammen aus lower-tech Industrien. Ähnlich zu anderen südeuropäischen Ländern davor haben auch die Westbalkanländer im letzten Jahrzehnt langsam komparative Vorteile in vielen dieser Industrien verloren und ein schrittweiser Übergang zum medium-tech Industriesegment ist absehbar und notwendig.
- › Der Dienstleistungssektor (einschließlich Bauwesen) ist der wichtigste Wirtschaftszweig in den Westbalkanländern. An der gesamten Wertschöpfung nimmt er zwischen 66% in Serbien und dem Kosovo und 79% in Montenegro ein, an der Beschäftigung zwischen 60% und 82%. Strukturelle Ungleichgewichte zugunsten der Bauwirtschaft und nicht handelbarer Dienstleistungssektoren bestanden vor der Krise in gewissem Ausmaße in Kroatien, Montenegro und Serbien.
- › Während der Handel mit Gütern in den Westbalkanländern stark defizitär ist, ist die Bilanz im Dienstleistungshandel positiv. Dienstleistungsexporte spielen vor allem in Albanien, Kroatien und Montenegro eine besondere Rolle, bedingt durch den Tourismus. Der freie Dienstleistungshandel wird im Rahmen des GATS, CEFTA und der Annäherung an die EU vorangetrieben.

- › Administrative und technische Handelsbarrieren sind noch immer für die meisten Länder der Region ein Hemmnis. Mit zunehmendem Grad der Integration in die Europäische Union verbessert sich diesbezüglich die Lage. Dasselbe gilt auch ganz allgemein für die Qualität öffentlicher Institutionen in den Bereichen Legislative, Judikatur und Exekutive.
- › Die öffentliche Transportinfrastruktur, die meist noch ziemlich unterentwickelt ist, erfährt, zumindest was den Straßenbau anbelangt, in den letzten Jahren eine signifikante Aufwertung. Die Versorgung mit elektrischer Energie ist nur noch punktuell ein Problem.
- › Auch die Qualität des Humankapitals ist jener der Vergleichsgruppe in den NMS-5 meist unterlegen. Die Dynamik weist allerdings in vielen Statistiken auf eine Verbesserung hin. Die technische und berufsausbildende höhere Sekundärausbildung scheint sogar in vielen Fällen weiter verbreitet zu sein als in der Vergleichsgruppe. Zu mehr angestellten Technikern führt dies allerdings nicht.
- › Der Arbeitsmarkt der Westbalkanländer ist durch niedrige Erwerbs- und Beschäftigungsquoten bei gleichzeitig hoher und anhaltender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Frauen und Jugendliche gehören zu den besonders benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. Die berufliche Ausbildung ist veraltet und kann mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht Schritt halten. Migration trägt traditionell zu einer Abfederung der Arbeitsmarktprobleme in der Region bei und Gastarbeiterüberweisungen stellen eine wichtige Einkommensquelle dar.
- › Berufsbildende Schulen sollen aufgewertet werden, die Ausbildung der Lehrer verbessert sowie die Berufsbilder (Curricula) in Abstimmung mit den Sozialpartnern aktualisiert werden. Grundvoraussetzung für eine etwaige Einführung des dualen Ausbildungssystems ist die Unterstützung durch die Politik aber auch die Bereitschaft von geeigneten Unternehmen Jugendliche auszubilden. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen intensiviert werden und zielgruppenorientiert erfolgen.
- › Insgesamt ist der Arbeitsmarkt in einer schlechten Verfassung, auch wenn im Durchschnitt der sieben Länder des Westbalkans die Arbeitslosenquote trotz Krise auf hohen 23% konstant blieb. Dafür sind aber, zu einem guten Teil, die stagnierende Bevölkerungsentwicklung und der Alterungsprozess verantwortlich. Weitere Hinweise auf eine mangelnde Arbeitmarkteffizienz sind neben der weitverbreiteten Migration, die hohen Anteile an der Beschäftigung in der Subsistenzlandwirtschaft und die vielen selbständig Beschäftigten.
- › Aus dem Überangebot an freier oder prekärer Arbeitskraft erklärt sich auch, dass das Heuern und Feuern in den Betrieben des Westbalkans vom Arbeitgeber vergleichsweise flexibel gehandhabt werden kann. Lohnsetzung erfolgt am Westbalkan größtenteils in den einzelnen Betrieben, und die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen sind tendenziell konfrontativ. Ein erhöhter Grad sozialpartnerschaftlicher Kooperation und zentralisierter Lohnsetzung könnte zu einer effizienteren und die Wettbewerbsfähigkeit fördernden Einkommenspolitik führen.
- › Während das Angebot an Arbeitskraft am Westbalkan reichlich vorhanden ist, scheint das Angebot an Finanzierung in Folge der Krise äußerst zurückhaltend zu sein. Die realen Kreditzinssätze sind sehr hoch, der Anteil der notleidenden Kredite wächst kontinuierlich, während das Wachstum der

Bankkredite zum Erliegen gekommen ist, womit sich, in Anbetracht des schwachen Wirtschaftswachstums, ein Teufelskreis schließt.

- › Die Aktivitäten der Aufsichts- und Regulierungsbehörden im Finanzsektor waren bisher eher durch ein duldsames Verhalten gegenüber den Banken gekennzeichnet. Dies hat Bail-Out-Erwartungen bei den Kreditinstitutionen geweckt. Entschiedenere Maßnahmen, die Optionen für ein abwartendes Verhalten im Bankensektor beseitigen, sind dringend erforderlich, u.a. eine Erhöhung der Kapitalquoten.
- › Darüber hinaus sind Maßnahmen erforderlich, die die Qualität neuer Kredite erheblich verbessern und die Banken veranlassen, vor allem hochrentable innovative Projekte zu finanzieren. Dazu gehören Maßnahmen im Rahmen der sogenannten Asset Quality Reviews, die auf eine höhere Transparenz des Kreditportfolios und eine Bewertung der Aktiva der Banken durch die Aufsichtsbehörden setzen. Es ist zu empfehlen, hier insbesondere die sich abzeichnenden Standards in der EU zu übernehmen.
- › Für einige Länder - Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Kroatien - sollte nach einem effektiven Asset Quality Review und unabhängigen Stresstests die Einrichtung einer Bad Bank zur Abwicklung notleidender Kredite erwogen werden.
- › Nettokapitalzuflüsse haben zur realen Aufwertung der Westbalkanländer beigetragen; insofern sind auch die Leistungsbilanzdefizite von ihnen maßgeblich verursacht. Allerdings eignet sich ein freier Wechselkurs nicht zur Abwehr unerwünschter Kapitalzuflüsse; er ist sogar ein Hemmnis für die kurz- und mittelfristige Stärkung der Exporttätigkeit. Deshalb sollte in Albanien und Serbien der Übergang zu einem intermediären Wechselkurssystem mit größeren Bandbreiten erwogen werden. Eine Erweiterung der bestehenden Bänder in Kroatien und Mazedonien wäre allerdings ebenfalls dazu geeignet, spekulativen Marktdruck zu verringern.
- › Ein Übergang zu einer eigenen Währung können wir für den Kosovo und Montenegro nicht empfehlen, weil dann eine eigenständige Geld- und Wechselkurspolitik angesichts der geringen Größe der Länder kaum möglich ist und hohe Kosten bei der Abwehr spekulativer Attacken auf die Geld- und Währungspolitik zu erwarten wären. Hier empfehlen wir - wie übrigens auch für die anderen Länder - Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen wie etwa die Nutzung der Mindestreserven Politik und die Einhebung von diversifizierten Steuern auf Kapitalzuflüsse.
- › Zumal also meistens eine fixe Bindung zum Euro eingegangen worden ist oder dieser überhaupt unilateral übernommen wurde, fällt kurzfristig eine substantielle nominelle Währungsabwertung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit für alle Länder der Region als wirtschaftspolitisches Instrument aus. Durch den hohen Euroisierungsgrad bei Krediten an private Unternehmen und Haushalte und die steigende Auslandsverschuldung in allen Westbalkanländern werden darüber hinaus stärkere Abwertungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auch immer unwahrscheinlicher.
- › Als Substitut einer Währungsabwertung wurde von allen Westbalkanstaaten über die letzten Jahre hinweg, mehr oder weniger bewusst, eine fiskalische Abwertung betrieben. In den meisten Ländern der Region wurden Umsatzsteuersätze erhöht und Einkommensteuersätze und Sozialversicherungsabgabensätze gesenkt. Insgesamt dürften die steuerlichen Veränderungen der letzten Jahre zwar ihren Zweck zur Förderung von Importsubstitution und Export erfüllt haben, aber

auch zu einer Mehrbelastung einkommensschwacher Gruppen bei gleichzeitiger Entlastung der Spitzenverdiener geführt haben.

- › Auch regionale und sektorale strukturpolitische Maßnahmen mit Hilfe von Investitionsförderungen, Subventionen und Steuervergünstigungen sind in den letzten Jahren in der Region Westbalkan verstärkt zum Einsatz gekommen. Inwiefern die Investitionsförderungstätigkeit am Westbalkan auch erfolgreich war, lässt sich aber, zumindest kurzfristig, nur schwer beurteilen. Ähnliches gilt vermutlich neben der Strukturpolitik auch für die Ordnungspolitik.

Langfristig ist aber die Aussicht auf einen EU-Beitritt ein entscheidender Faktor, der zu einer nachhaltigen Verbesserung des Ordnungsrahmens in den Westbalkanländern führt. Eine tatkräftige Unterstützung der Westbalkanländer in der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch die Europäische Union könnte für beide Seiten von langfristigem Vorteil sein. Dass aber ein EU-Beitritt allein nicht alle Defizite der Wettbewerbsfähigkeit bereinigt zeigt das Beispiel Kroatiens.

Stichwörter: Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftspolitik, notleidende Kredite, Kapitalzuflüsse, realer Wechselkurs, Produktionsnetzwerke, Güterhandel, Dienstleistungshandel, ausländische Direktinvestitionen, Arbeitsmarkt, Migration, Infrastruktur, duale Ausbildung, fiskalische Abwertung, Westbalkan

JEL Klassifikation: E24, E60, F10, F21, F22, F31, F32, H52, H54, I25, L14, O18, O24

Nontechnical Summary

- › The aim of this study is to analyse the state of the competitiveness of seven Western Balkan economies and to suggest policy recommendations in order to increase their capacity to compete. Most countries from the Western Balkans have a persistent current account deficit of about 10% of GDP which indicates their substantial lack of competitiveness. Also their goods export share makes only about 20% of GDP while it is around 70% for the new EU member states in Central Europe. Contrary to their northern neighbours, the Western Balkan countries have specialised in low and low-medium tech industries and have only little higher-tech products e.g. from the machinery and automotive or chemical industry to offer on the international markets. Several of these countries are excluded from international production networks.
- › The quality of the institutions in the Western Balkans is weak but improving with further steps in the European integration process; the EU acts as an anchor of institutional stability. There are still considerable administrative and technical barriers to trade. Public transport infrastructure is more often than not in a very bad shape. Most of these countries are excluded from the international transport networks. Also the human capital could be improved. Unemployment is extremely high and large parts of the population are stuck in subsistence farming or are migrating. The labour market has problems to absorb the idle labour force. Financing is clearly a major restriction for an increase in much needed productive capacities. Real interest rates are high, the share of non-performing loans is large and credit growth is weak.
- › A number of policy recommendations are made. Most of the countries need strong investment in transport infrastructure, both to connect internally as well as to connect across borders. Some also need substantial investment in their ailing energy infrastructure. Additional support for foreign direct investment could quickly generate new production capacities and transfer of technology. Given that most of the Western Balkan economies have either unilaterally adopted the euro or have pegged their currency to the euro, monetary and exchange rate policy is not available as a tool to foster competitiveness. An alternative option would be to support social partnership and a cooperative incomes policy that aims to orientate itself at full employment, productivity gains and inflation. For some of the more developed economies, investment into a dual system of vocational education could be costly but beneficial.

Lower priced measures that in part could also be implemented more quickly include the following policies: An administrative reform should aim at increasing the absorption capacities of EU support funds in order to identify and co-finance the most advantageous projects. A quick solution of the dragging issue of non-performing loans could cause a much needed improvement in credit activity. A measure that could be implemented in a budgetary neutral way is a fiscal devaluation, whereby an increase of the value added tax and a reduction of the employer's social security contribution could have the same competitiveness improving effects as a nominal exchange rate devaluation.

INHALT

1.	Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit im regionalen Vergleich.....	1
1.1.	Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten	3
1.2.	Qualität öffentlicher Institutionen.....	9
1.3.	Qualität öffentlicher Infrastruktur.....	12
1.4.	Ausbildung und Forschung	15
1.5.	Arbeitsmarkteffizienz.....	18
1.6.	Entwicklung des Finanzmarktes	22
2.	Einschätzung bisheriger Politiken im regionalen Vergleich	26
2.1.	Geld- und Wechselkurspolitik	26
2.2.	Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik	29
2.3.	Ordnungs- und Strukturpolitik	32
2.4.	Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential	38
3.	Reformbedarf in der Kreditgewährung und im Bankensektor	42
3.1.	Ziel und Stellung der Untersuchung.....	42
3.2.	Die Bedeutung der Kreditfinanzierung für die Innovationstätigkeit in der Westbalkanregion	42
3.3.	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Kreditfinanzierung und ihre Triebkräfte	45
3.4.	Die Dimension des Problems notleidender Kredite	48
3.5.	Wirtschaftspolitische Diskussion.....	52
4.	Kapitalzuflüsse und reale Aufwertung	59
4.1.	Ziel und Stellung der Untersuchung.....	59
4.2.	Überblick über die Entwicklung.....	59
4.3.	Empirische Analyse und Diskussion der Ergebnisse.....	63
4.4.	Wirtschaftspolitische Diskussion.....	66
4.5.	Zusammenfassung	73
5.	Integration in Produktionsnetzwerke und Entwicklungen im Güterhandel	75
5.1.	Struktur der Exporte.....	75
5.2.	Komparative Vorteile.....	77
5.3.	Intra-industrieller Handel und Integration in internationale Produktionsnetzwerke	79
5.4.	Exportperformance des produzierenden Gewerbes	82
5.5.	Exporte und relative Qualitätsverbesserungen	82
5.6.	Zusammenfassung und Politikempfehlungen	84

6. Die Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungs-sektors in den Westbalkanländern . 86

6.1.	Einleitung.....	86
6.2.	Bedeutung des Dienstleistungssektors	86
6.3.	Entwicklung handelbarer und nicht-handelbarer Dienstleistungssektoren.....	89
6.4.	Dienstleistungshandel	90
6.5.	Ausländische Direktinvestitionen.....	93
6.6.	Eine Analyse der Investitionsprojekte für das Jahr 2013 zeigt folgende Branchenaufteilung	96
6.7.	Liberalisierung des Dienstleistungshandels	96
6.8.	Zusammenfassung und Politikempfehlungen	98

7. Arbeitsmarkt und Migration in den Westbalkanländern.....103

7.1.	Einleitung.....	103
7.2.	Beschäftigung.....	103
7.3.	Arbeitslosigkeit	106
7.4.	Löhne	108
7.5.	Arbeitsmarktpolitik	109
7.6.	Arbeitsmarktregulierungen und Beschäftigungsschutz	110
7.7.	Bildung	111
7.8.	Migration.....	114
7.10.	Zusammenfassung und Empfehlungen.....	117

8. SWOT-Analyse und Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – Länderanalysen120

8.1.	Länderanalyse Albanien.....	125
8.2.	Länderanalyse Bosnien und Herzegowina.....	134
8.3.	Länderanalyse Kosovo.....	144
8.4.	Länderanalyse Kroatien	153
8.5.	Länderanalyse Mazedonien	162
8.6.	Länderanalyse Montenegro.....	171
8.7.	Länderanalyse Serbien	181

Anhang A: Simulation einer Fiskalabwertung.....191

Anhang B: Analysen zu Kapitel 3.....195

Anhang C: Analysen zu Kapitel 4.....204

TABELLEN UND ABBILDUNGEN

Tabelle 3.1 / Fremdfinanzierung vs. Marktfinanzierung (ungewichtete Durchschnittswerte der Perioden 2007-2011).....	43
Tabelle 3.2 / Bedingungen des Kreditangebots und der –nachfrage lt. Umfragen 2. Halbjahr 2013.....	47
Tabelle 4.1 / Klassifizierung der De-facto Wechselkursarrangements im Westbalkan nach der Reklassifizierung 2009	67
Tabelle 6.1 / Die wichtigsten Dienstleistungssektoren in der Region I (NACE rev. 2). Anteil an der Gesamtbruttowertschöpfung, in %	88
Tabelle 6.2 / Die wichtigsten Dienstleistungssektoren in der Region II (NACE rev. 1). Anteil an der Gesamtbruttowertschöpfung, in %	88
Tabelle 7.1 / Monatliche Durchschnittslöhne (brutto) zu Wechselkursen und reale Veränderungen in %.....	108
Tabelle 7.2 / EPL- Index für die Westbalkanländer	111
Tabelle 7.3 / Ergebnisse der PISA-Studien	114
Tabelle 7.4 / Gastarbeiterüberweisungen, in Mil. USD.....	115
Abbildung 1.1 / BIP pro Kopf zu KKP in % des deutschen Niveaus (1952-2010)	1
Abbildung 1.2 / Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	3
Abbildung 1.3 / Güterexporte in % des BIP	4
Abbildung 1.4 / Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7).....	5
Abbildung 1.5 / Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5).....	5
Abbildung 1.6 / Qualitative Aufwertung der Exporte in die EU-27	6
Abbildung 1.7 / Veränderung der Lohnstückkosten und Komponenten relativ zu Deutschland, 2005-2012, in %	6
Abbildung 1.8 / Veränderung des nominellen Wechselkurses zum Euro, 2005-2013, in %, "+" = Aufwertung	7
Abbildung 1.9 / Zeitverbrauch beim Export.....	7
Abbildung 1.10 / Kosten pro Container beim Export.....	8
Abbildung 1.11 / Nicht-tarifäre Handelshemmnisse, 2011, "5" = international bestes Verfahren	9
Abbildung 1.12 / Eigentumsrechte, "7" = genau definiert und rechtlich geschützt	9
Abbildung 1.13 / Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	10
Abbildung 1.14 / Leistungsfähigkeit des Staates, "-2,5" = schwach, "2,5" = stark	10
Abbildung 1.15 / Regulatorische Qualität, "-2,5" = schwach, "2,5" = stark	11
Abbildung 1.16 / Korruptionswahrnehmungsindex, „0“ = hoch korrupt, „100“ = sauber	12
Abbildung 1.17 / Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	12
Abbildung 1.18 / Eisenbahnlinien in km pro 100 km ² Landfläche, 2012 (bzw. letztes verfügbares Jahr).....	13
Abbildung 1.19 / Straßenbauinvestitionen in % des BIP	13
Abbildung 1.20 / Eisenbahnbauinvestitionen in % des BIP	14
Abbildung 1.21 / Stromausfälle pro Firma im Monat, 2013 (bzw. letztes verfügbares Jahr)	14
Abbildung 1.22 / Ausbildungsindex.....	15
Abbildung 1.23 / Innovationsindex.....	15
Abbildung 1.24 / PISA-Testergebnis, Naturwissenschaften	16
Abbildung 1.25 / Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten.....	16
Abbildung 1.26 / Einschreibungen in technische und berufsausbildende höhere Sekundärausbildung in % der relevanten Bevölkerung.....	17

Abbildung 1.27 / Lehrer in technischer und berufsausbildender höherer Sekundärausbildung pro 100 Personen der relevanten Bevölkerung.....	17
Abbildung 1.28 / Techniker pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten.....	18
Abbildung 1.29 / Arbeitslosigkeit in %, LFS	19
Abbildung 1.30 / Gastarbeiterüberweisungen, in % des BIP	19
Abbildung 1.31 / Beschäftigung in der Landwirtschaft in % der Gesamtbeschäftigung	20
Abbildung 1.32 / Selbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	21
Abbildung 1.33 / Heuern und Feuern (1 = begrenzt, 7 = flexibel)	21
Abbildung 1.34 / Lohnsetzung (1 = zentralisiert, 7 = individuell).....	21
Abbildung 1.35 / Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen (1 = konfrontativ, 7 = kooperativ).....	22
Abbildung 1.36 / Anteil ausländischer Banken an den Aktiva, in % der Gesamtkredite.....	23
Abbildung 1.37 / Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	23
Abbildung 1.38 / Bankkredite, annualisierte Wachstumsraten in %.....	23
Abbildung 1.39 / Realer Kreditzinssatz	24
Abbildung 1.40 / Not leidende Kredite in % der Gesamtkredite	24
Abbildung 1.41 / Verfügbarkeit von Risikokapital (1 = schwierig, 7 = einfach).....	25
Abbildung 2.1 / Kredite an den nicht-finanziellen Privatsektor, nach Währungsklausel, in %, November 2013	26
Abbildung 2.2 / Kredite an den nicht-finanziellen Privatsektor in % des BIP, November 2013.....	27
Abbildung 2.3 / Bruttoauslandsverschuldung als Anteil am BIP, in %	28
Abbildung 2.4 / Leitzinssätze der Nationalbanken, in %	28
Abbildung 2.5 / Fiskalisches Verhalten bei den Staatseinnahmen	29
Abbildung 2.6 / Fiskalisches Verhalten bei den Staatsausgaben	30
Abbildung 2.7 / Veränderung der Steuer- und Beitragssätze zwischen 2005 und 2013, in Pp.....	31
Abbildung 2.8 / Staatsausgaben für Subventionen, Staat, konsolidiert, in % des BIP.....	33
Abbildung 2.9 / Ausländische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie, in % des BIP, netto, Verlaufsstatistik.....	34
Abbildung 2.10 / Ausländische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie, in % des BIP, Bestandsstatistik	35
Abbildung 2.11 / Bruttoanlageninvestitionen in % des BIP	36
Abbildung 2.12 / Vertrauen in Institutionen, in % der Befragten, Herbst 2013.....	36
Abbildung 3.1 / Realer Zinssatz auf langfristige Fremdwährungskredite (Eurobasis)a.....	44
Abbildung 3.2 / Gesamtwirtschaftliche Bruttoausgaben für Forschung und Entwicklung (GERD) in % des BIP	45
Abbildung 3.3 / Ausstehende Kredite des Geschäftsbankensektors an nicht-finanzielle Unternehmen (monatliche, annualisierte Veränderungsraten in %)	46
Abbildung 3.4 / Not leidende Kredite in % aller Kredite des Bankensektors nach Regionen.....	49
Abbildung 3.5 / Not leidende Kredite in % aller Kredite des Bankensektors an den Unternehmenssektor und die Privathaushalte (zweites Quartal 2013)	50
Abbildung 4.1 / Die Entwicklung des Index der realen Wechselkurse (2005 = 100) ^a	62
Abbildung 5.1 / Struktur der Güterexporte nach NACE Rev.1 (2012).....	76
Abbildung 5.2 / Revealed Comparative Advantages nach Technologieintensität der Industrien.....	78
Abbildung 5.3 / Grubel-Llyod Index mit Unterteilung in Intermediärgüter und Konsumgüter für 2012.....	79
Abbildung 5.4 / Exporte (oben) und Importen (unten) von Intermediärgütern nach Partnern	81
Abbildung 5.5 / Güterexporte in Prozent der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes nach Industriegruppen	82

Abbildung 5.6 / Entwicklung der unit value ratios im Vergleich mit den NMS5.....	83
Abbildung 6.1 / Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung (zu laufenden Preisen).....	87
Abbildung 6.2 / Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtbeschäftigung (LFS), 2012.....	87
Abbildung 6.3 / Kroatien: Beitrag zum BIP- (zu konstanten Preisen) und Beschäftigungswachstum.	89
Abbildung 6.4 / Beitrag zum BIP- (zu konstanten Preisen) und Beschäftigungswachstum.....	90
Abbildung 6.5 / Güter- und Dienstleistungshandel in % des BIP, 2013.....	91
Abbildung 6.6 / Dienstleistungsexporte und Importe, 2013, in EUR mn.....	92
Abbildung 6.7 / Struktur der Dienstleistungsexporte, 2011, in %.....	93
Abbildung 6.8 / Bestand an ausländischen Direktinvestitionen, in EUR pro Kopf	94
Abbildung 6.9 / Bestand an ausländischen Direktinvestitionen nach Branchen, 2012	95
Abbildung 6.10 / Anzahl der Greenfield Projekte (Gesamtwirtschaft), 2011, 2012 und 2013.....	95
Abbildung 7.1 / Beschäftigungsquote (Anteil der Beschäftigung an der Erwerbsbevölkerung (15-64 Jahre) in %	104
Abbildung 7.2 / Beschäftigungsquote nach Ausbildungsgrad, in %.....	105
Abbildung 7.3 / Beschäftigungsquote (Anteil der Beschäftigung an der Erwerbsbevölkerung (15-24 Jahre) in %	105
Abbildung 7.4 / Selbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	106
Abbildung 7.5 / Arbeitslosigkeit in %.....	106
Abbildung 7.6 / Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre), in %.....	107
Abbildung 7.7 / Langzeitarbeitslosigkeit (länger als ein Jahr arbeitslos), in % der gesamten Arbeitslosen	107
Abbildung 7.8 / Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in % des BIP	110
Abbildung 7.9 / Anteil der Schulabbrecher in %	113
Abbildung 7.10 / Bildungsausgaben, in % des BIP.....	113
Abbildung 7.11 / Einwanderung von Staatsangehörigen aus den Westbalkanländern in die EU 27, 2005-2012	115
Abbildung 7.12 / Gastarbeiterüberweisungen in % des BIP	116
Abbildung 8.1 / SWOT-Analyse Matrix mit abzuleitenden strategischen Zielsetzungen	120
Abbildung 8.2 / Kosten-Nutzen Matrix	121
Box 3.1 / Der Istanbul-Approach (IA).....	53
Box 6.1 / Jüngste Liberalisierungsschritte im Bereich Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungs- Verkehr in den Westbalkanländern	98
Box 6.2 / Fallbeispiel Informations- und Kommunikationstechnologiesektor am Westbalkan	100
Tabelle Box 6.1 / Infrastrukturindikatoren für den IKT-Sektor, 2013.....	100
Abbildung Box 6.1 / Reformindikator Informations- und Kommunikationstechnologie, 2013	100

ANHANG

Anhang Tabelle 8.1.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Albanien im Vergleich, 2013	132
Anhang Tabelle 8.2.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Bosnien und Herzegowinas im Vergleich, 2013	142
Anhang Tabelle 8.3.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit des Kosovo im Vergleich, 2013	151
Anhang Tabelle 8.4.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens im Vergleich, 2013	160
Anhang Tabelle 8.5.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Mazedoniens im Vergleich, 2013	169
Anhang Tabelle 8.6.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Montenegros im Vergleich, 2013	179
Anhang Tabelle 8.7.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Serbiens im Vergleich, 2013	189
Anhang Tabelle 8.7.2 / Simulationsergebnisse für Szenario 1 „Koordinierte Fiskalabwertung“	192
Anhang Tabelle 8.7.3 / Simulationsergebnisse für Szenario 2 „Kroatischer und Serbischer Alleingang“	193
Anhang Tabelle 8.7.4 / Überblick über die Datenverfügbarkeit (Angaben ab dem genannten Quartal)	197
Anhang Tabelle 8.7.5 / Panel Unit Root Test Ergebnisse (Periode: 2007Q1 - 2013Q4)	200
Anhang Tabelle 8.7.6 / Ergebnisse der Schätzungen für das gesamte Panel; abhängige Variable: CSCR	201
Anhang Tabelle 8.7.7 / Ergebnisse der Schätzungen für den Westbalkan; abhängige Variable: CSCR	203
Anhang Tabelle 8.7.8 / Einheitswurzeltest für die Panel-Zeitreihen 1996–2013 (p-Werte in Klammern)	209
Anhang Tabelle 8.7.9 / Kausalität VRULC \Leftrightarrow Δ CA	211
Anhang Tabelle 8.7.10 / Kausalität VRCPI \Leftrightarrow Δ CA	212
Anhang Tabelle 8.7.11 / Ergebnisse von Panel-OLS-Regressionen; alle unabhängigen Variablen in % des BIP	214
Anhang Abbildung 8.1.1 / SWOT-Analyse Matrix - Albanien	133
Anhang Abbildung 8.1.2 / Kosten-Nutzen Matrix - Albanien	133
Anhang Abbildung 8.2.1 / SWOT-Analyse Matrix – Bosnien und Herzegowina	143
Anhang Abbildung 8.2.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Bosnien und Herzegowina	143
Anhang Abbildung 8.3.1 / SWOT-Analyse Matrix - Kosovo	152
Anhang Abbildung 8.3.2 / Kosten-Nutzen Matrix - Kosovo	152
Anhang Abbildung 8.4.1 / SWOT-Analyse Matrix - Kroatien	161
Anhang Abbildung 8.4.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Kroatien	161
Anhang Abbildung 8.5.1 / SWOT-Analyse Matrix - Mazedonien	170
Anhang Abbildung 8.5.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Mazedonien	170
Anhang Abbildung 8.6.1 / SWOT-Analyse Matrix - Montenegro	180
Anhang Abbildung 8.6.2 / Kosten-Nutzen Matrix - Montenegro	180

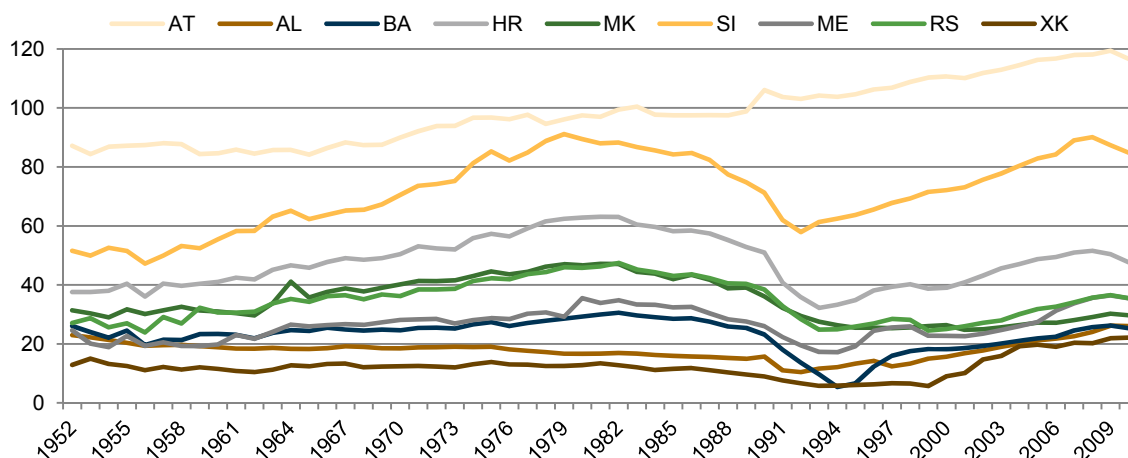
Anhang Abbildung 8.7.1 / SWOT-Analyse Matrix - Serbien	190
Anhang Abbildung 8.7.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Serbien	190
Anhang Abbildung 8.7.3 / Korrelationskoeffizienten (2007Q1 – 2013Q4).....	198
Anhang Abbildung 8.7.4 / Die Entwicklung der Leistungsbilanz in % des BIP 1996 bis 2012.....	204
Anhang Abbildung 8.7.5 / Ausländische Direktinvestitionen netto in % des BIP	205
Anhang Abbildung 8.7.6 / Ausländische Portfolioinvestitionen netto in % des BIP	206
Anhang Abbildung 8.7.7 / Andere Investitionen netto in % des BIP	207
Anhang Abbildung 8.7.8 / Arbeitnehmerüberweisungen und Arbeitseinkommen in % des BIP	208

Anhang Box 1 / Asset Quality Reviews (AQR) und Stresstests in einem Euro-Staat: Der Fall Slowenien	195
Anhang Box 2 / Der „Targetansatz“ in Irland	196

1. Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit im regionalen Vergleich

Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sollte unter anderem dazu verbessert werden, um den Wohlstand der Gesellschaft so weit als möglich zu erhöhen. Dabei erscheint es im historischen Rückblick als vorteilhaft, ein stetiges Wirtschaftswachstum bei annähernd ausgeglichener Leistungsbilanz zu erreichen, um nicht allzu sehr dem Einfluss der extrem volatilen internationalen Finanzmärkte ausgesetzt zu sein. Die Länder des Westbalkans haben in ihrer wechselvollen Geschichte schon mehrmals Perioden des raschen, von Fremdkapital getriebenen Aufschwungs und des ebenso schnellen wirtschaftlichen Niedergangs nach dem Versiegen des ausländischen Kapitals erlebt. Darüber hinaus wurde das Wirtschaftssystem mehrfach grundlegend transformiert. Auch trugen die instabilen wirtschaftlichen Gegebenheiten zu starken sozialen Spannungen und bewaffneten Konflikten bei, was wiederum tiefgreifende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung hatte.

Abbildung 1.1 / BIP pro Kopf zu KKP in % des deutschen Niveaus (1952-2010)



Quelle: Maddison Project Database, wiiw-Datenbank, eigene Inter- und Extrapolationen.

Abbildung 1.1 zeigt als Wohlstandsindikator die langfristige Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf zu Kaufkraftparitäten (KKP) als Anteil am deutschen Niveau. Dieser Vergleich erfolgt unter der Annahme, dass Deutschland für die kleinen, offenen Volkswirtschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas die Produktivitäts- und Technologieführerschaft innehat und auch als wichtiger Absatzmarkt den Rahmen der möglichen wirtschaftlichen Entwicklung vorgibt. Es ist bemerkenswert, dass über einen Zeitraum von 6 Jahrzehnten hinweg der Durchschnitt der sieben Westbalkanländer Albanien (AL), Bosnien und Herzegowina (BA), Kosovo (XK), Kroatien (HR), Mazedonien (MK), Montenegro (MK) und Serbien (RS) sich im Vergleich zum deutschen Wohlstandsniveau um kaum 6 Prozentpunkte von etwas über einem Viertel auf knapp unter einem Drittel verbessern konnte. Im Vergleich dazu konnten die nördlichen Nachbarländer des Westbalkans, Slowenien (SI) und Österreich

(AT), auf recht unterschiedlichen Pfaden und von unterschiedlichen Ausgangspositionen startend, die letzten 60 Jahre nutzen und auf Deutschland rund 30 Prozentpunkte aufholen.

Waren die 1950er Jahre für die meisten Westbalkanländer noch durchwachsen, stellten die 1960er und 1970er Jahre Perioden starken Aufschwungs dar, welcher zuletzt aber immer mehr mit Hilfe ausländischer Kredite finanziert wurde. Der herbe internationale Zinsanstieg im Gefolge der zweiten Ölkrise 1979 führte zu einem massiven Anwachsen der Auslandsverschuldung und einer erzwungenen Rücknahme der inländischen Nachfrage zum Ausgleich der Leistungsbilanz. Die 1980er Jahre waren am Westbalkan von einem stetigen wirtschaftlichen Niedergang geprägt und führten zuletzt zu einer Krise des Wirtschaftssystems und dessen Transformation, sowie ab Anfang der 1990er Jahre zu einer Reihe von bewaffneten Konflikten und ökonomischem Verfall.

In den 2000er Jahren verhalf die Hochblüte der liberalisierten Finanzmärkte zu starken ausländischen Kapitalzuflüssen, meist in Form von ausländischen Direktinvestitionen und billigen Krediten. Der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte am Ende des letzten Jahrzehnts führte auch am Westbalkan einmal mehr zu einer radikalen Trendumkehr. Wie es in diesem Zusammenhang, vor und nach Ausbruch der jüngsten Weltwirtschaftskrise, um die Wettbewerbsfähigkeit der Westbalkanländer bestellt ist, soll in weiterer Folge mit einer Vielzahl von relevanten Kennzahlen ergründet werden. Ebenso sollen wirtschaftspolitische Indikatoren anzeigen, inwieweit die Verantwortlichen dazu beitragen, längerfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Länder am Westbalkan zu verbessern.

Die Auswahl der einzelnen Wettbewerbsindikatoren¹ erfolgt im Geiste der von Mitarbeitern der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) aufgestellten, Empfehlungen zum Gebrauch von Wettbewerbsindikatoren für Südosteuropa². Hier soll nicht leichtfertig mit verschiedenen Indizes operiert werden, sondern gemäß den Studienanforderungen in den einzelnen wettbewerbsrelevanten Bereichen, anhand genau recherchierter Indikatoren, die aktuelle Lage identifiziert, bisherige Reformfortschritte aufgezeigt und dementsprechend weitere Reformmöglichkeiten angedeutet werden. In der Regel handelt es sich um traditionelle Wettbewerbsindikatoren aus den für vergleichbare Analysen typischen Bereichen: Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten; Qualität öffentlicher Institutionen; Qualität öffentlicher Infrastruktur; Ausbildung und Forschung; Arbeitsmarkteffizienz und Entwicklung des Finanzmarktes.

Darüber hinaus ist die Auswahl der Indikatoren stark davon abhängig ob Vergleichswerte für eine möglichst große Anzahl an Westbalkanländern überhaupt vorhanden sind. Auch wird danach getrachtet möglichst keine intransparenten, aus mehreren Subindikatoren bestehende, Indizes zu verwenden, um eine einfache Interpretierbarkeit sicher zu stellen. Ebenso wird darauf geachtet die Anzahl der auf Meinungsumfragen basierenden Kennzahlen möglichst gering zu halten und stattdessen genau messbare Informationen zu sammeln. Mit Rücksicht auf die dargestellten Auswahlkriterien kann

¹ Generell hat sich die Qualität der Statistiken am Westbalkan in den letzten Jahren stark verbessert. Es werden große Anstrengungen gemacht die Eurostat Standards zu erreichen und damit Daten vergleichbar zu machen. Größere Mankos gibt es insbesondere noch in einzelnen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hier fehlt es in der Regel an Verteilungsrechnungen des Bruttoinlandsproduktes sowie an der Input-Output-Rechnung mit deren Hilfe man zum Beispiel neben den Bruttoexporten auch Wertschöpfungsexporte berechnen könnte. Darüber hinaus sind gerade die kleineren Länder der Region oftmals nicht in allen Rankings und Umfrageerhebungen eingebunden.

² Sanfey, P. und S. Zeh (2012) "Making sense of competitiveness indicators in south-eastern Europe", EBRD Working Paper, Nr. 145.

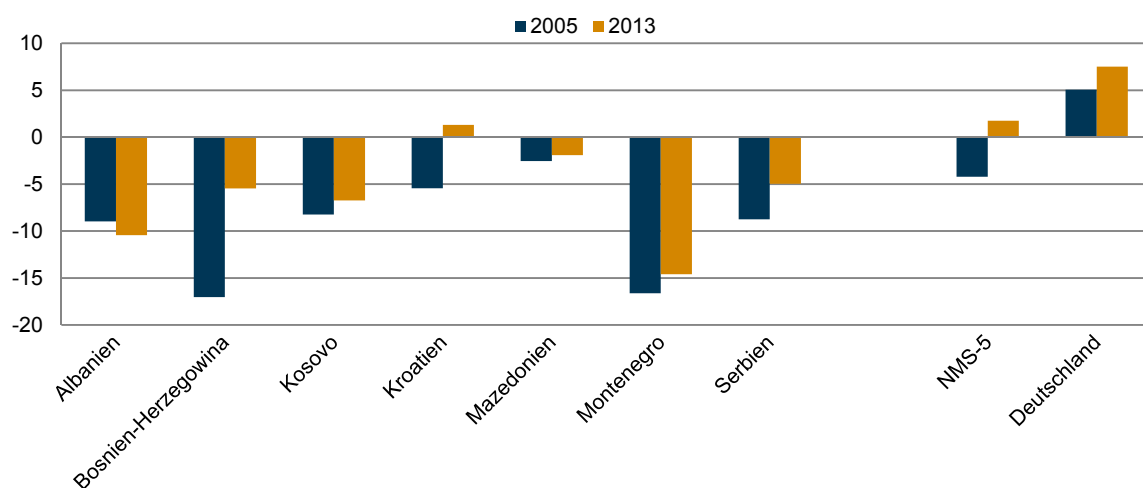
annähernd von einer Vollerhebung relevanter Wettbewerbsindikatoren in den angeführten Bereichen gesprochen werden.

1.1. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AUF INTERNATIONALEN MÄRKTEN

Eine der wichtigsten Kennzahlen, um die Wettbewerbsfähigkeit einer Ökonomie auf den internationalen Märkten darzustellen, ist der Saldo der Leistungsbilanz als Anteil am BIP. Ein dauerhaftes Leistungsbilanzdefizit geht in der Regel mit einer längerfristig unhaltbaren Auslandsverschuldung einher, während ein struktureller Leistungsbilanzüberschuss meist zu langfristig uneinbringlichen Forderungen gegenüber dem Ausland führt. Dementsprechend gilt eine Tendenz zu einem ausgeglichenen Saldo der Leistungsbilanz als erstrebenswert.

Die meisten Westbalkanländer haben ein hohes und in der Regel persistentes Leistungsbilanzdefizit von annähernd 10% des BIP (siehe Abbildung 1.2). Einzig Mazedonien und Kroatien hatten schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ein etwas niedrigeres Niveau des Leistungsbilanzdefizits. Zudem kam es im Zuge der lang anhaltenden Rezession in Kroatien zu einem leichten Überschuss des Leistungsbilanzsaldos, größtenteils durch Importzurückhaltung. Die Reduktionen des Leistungsbilanzdefizits der letzten Jahre in den übrigen Westbalkanländern haben zumeist ähnliche Ursachen. Auch im ungewichteten Durchschnitt der fünf neuen EU-Mitgliedstaaten (NMS) aus Mittel- und Osteuropa (Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechien) wurde aus einem leichten Leistungsbilanzdefizit vor der Krise ein kleiner Leistungsbilanzüberschuss nach der Krise. Dies erfolgte aber im Wesentlichen durch eine Ausweitung der Exporte, wie auch aus Abbildung 1.3 ersichtlich wird.

Abbildung 1.2 / Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP

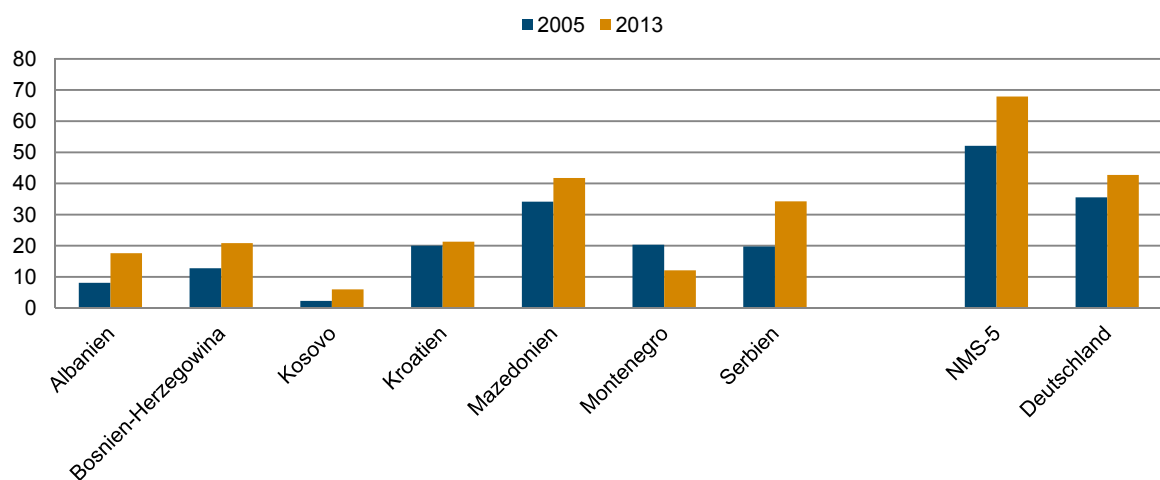


Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat.

Bei den Güterexporten konnten die NMS-5 im Jahr 2013 an die 15 Prozentpunkte des BIP im Vergleich zu 2005 zulegen. Mit Ausnahme Montenegros, dessen Produktion des Hauptexportartikels Aluminium im Zuge des Aluminiumpreisverfalles und weltweiter Überkapazitäten stark zurückgegangen ist, haben auch alle Westbalkanländer ihre Güterexporte 2013 im Vergleich zu 2005 als Anteil am BIP steigern können – allerdings in einem viel geringeren absoluten Ausmaß und auf einem viel niedrigeren Niveau.

Relativ gesehen konnten teils recht beachtliche Steigerungsraten erreicht werden. Das durchschnittliche Westbalkanland hat eine Exportquote von nur 20%. In den NMS-5 wird mehr als das Dreifache Niveau erreicht. Mazedonien ist das einzige Land am Westbalkan, das zuletzt einen nennenswerten Exportanteil von über 40% am BIP ausweisen konnte. Am anderen Ende der Skala liegt der Kosovo, welcher kaum über nennenswerte Güterexporte verfügt. Am meisten zulegen in der Region konnte Serbien, mit einem Plus von fast 15 Prozentpunkten zwischen 2005 und 2013. Dies liegt unter anderem an einem Ausbau der Kapazitäten der Fiat-Autoproduktion in Serbien, was auch aus der Statistik der Exporte von Maschinen und Fahrzeugen ersichtlich wird (siehe Abbildung 1.4).

Abbildung 1.3 / Güterexporte in % des BIP

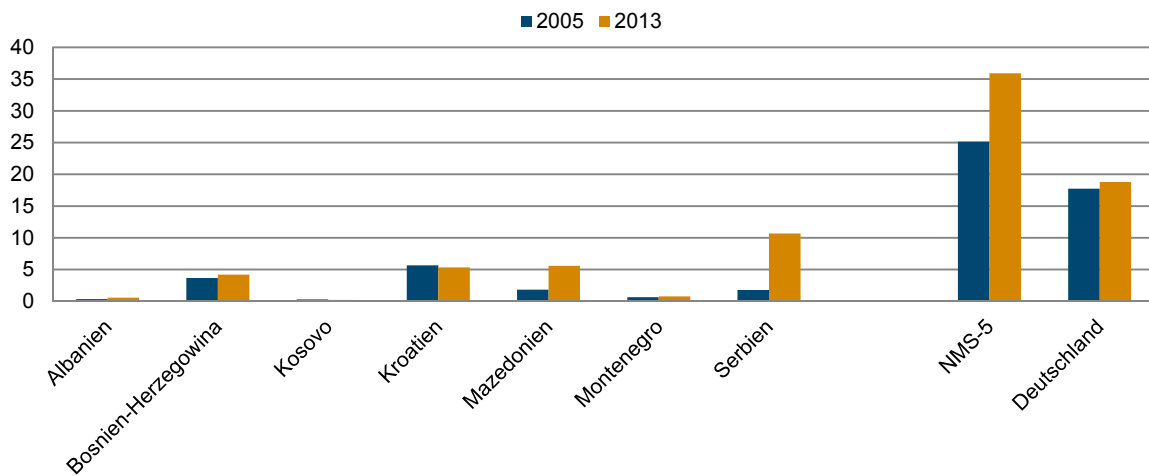


Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat.

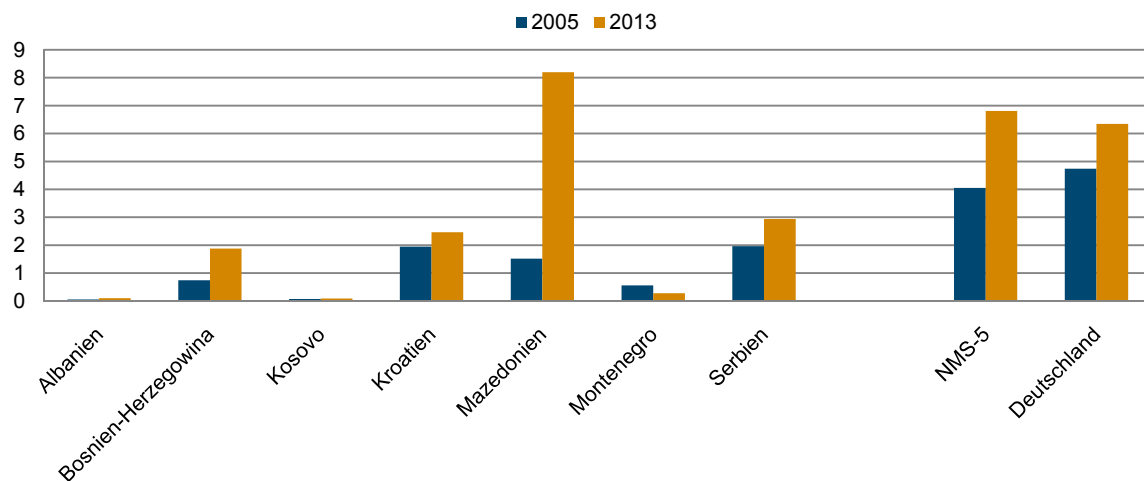
Während dieser technologiegetriebene Sektor den Kern der deutschen Industrie sowie jener der NMS 5 bildet, ist der Maschinen- und Fahrzeugbau in den Westbalkanländern fast inexistent. Lediglich Kroatien hat mit seinen (technologisch veralteten) Schiffswerften noch traditionell einen Anteil der Exporte von Maschinen und Fahrzeugen von über 5% am BIP. Ein Wert der jüngst auch von Mazedonien erreicht wird, wo sich mehrere Produzenten von Autoteilen angesiedelt haben. Hinzu kam zuletzt, wie oben erwähnt, auch Serbien, wo seit wenigen Jahren die Modelle Fiat Punto Classic und Fiat 500L hauptsächlich für den Export gefertigt werden.

Ein weiterer, größtenteils technologiegetriebener Sektor ist die Produktion chemischer Erzeugnisse, welche unter anderem auch pharmazeutische Produkte beinhaltet. Auch hier können die Westbalkanländer im Vergleich zu den NMS-5 und Deutschland nur wenig an Exporten aufweisen (siehe Abbildung 1.5). Nur Mazedonien konnte zuletzt einen Exportanteil chemischer Erzeugnisse am BIP von über 8% erreichen. Der Großteil davon besteht aus Exporten von Katalysatoren.

Alles in allem sind die Exporte der Westbalkanländer gering, technologisch nur wenig anspruchsvoll und noch immer größtenteils in den Bereichen Rohstoffe, Energie, Textilien und Schuhe sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse zu finden. Nichtsdestoweniger ist in den meisten Fällen, abgesehen von einer quantitativen Ausweitung, auch eine qualitative Aufwertung der Exporte erkennbar, wie auch Abbildung 1.6 suggeriert.

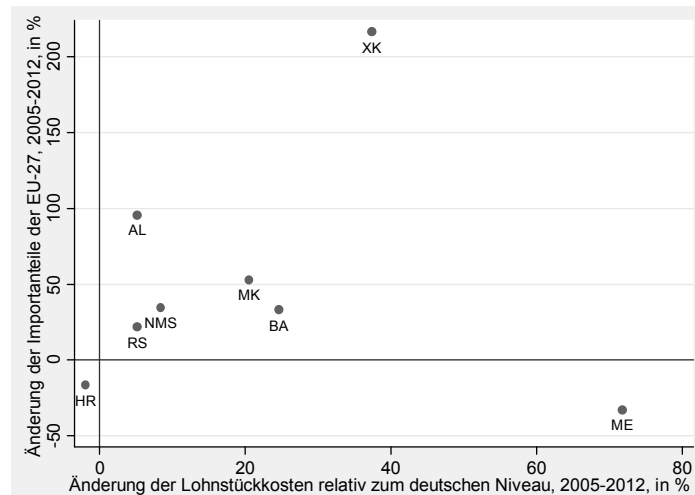
Abbildung 1.4 / Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat.

Abbildung 1.5 / Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)

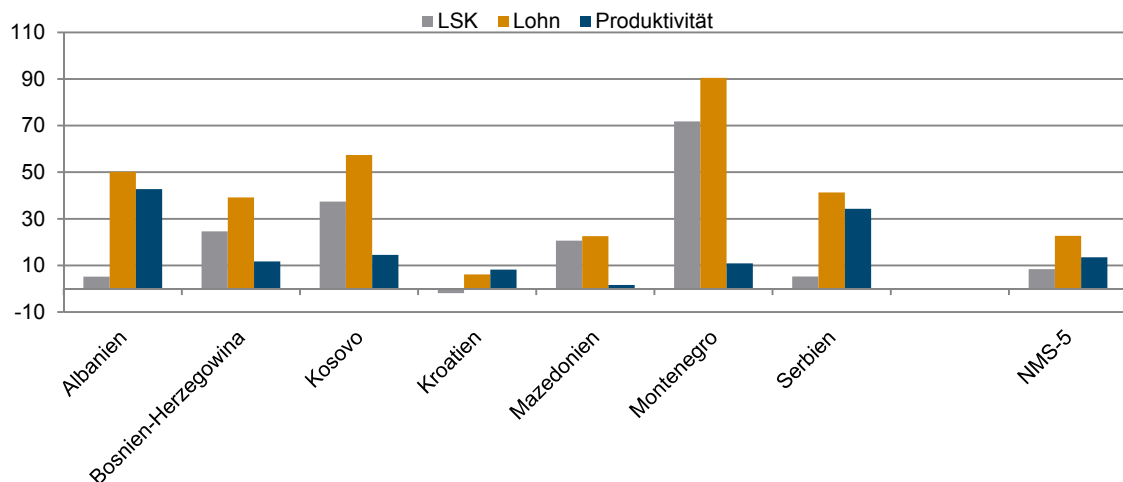
Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat.

Der Großteil der Volkswirtschaften des Westbalkans befindet sich im oberen, rechten Quadranten, der durch die Ursprungsgeraden durch Null gebildet wird und in welchem sowohl ein Anstieg der EU-27-Importanteile aus den Westbalkanländern an den Gesamtimporten der EU-27 als auch eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten (LSK) in Euro relativ zum deutschen Niveau zu verzeichnen sind. Dies deutet auf eine positive Dynamik der Wettbewerbsfähigkeit der meisten Westbalkanländer auf den internationalen Märkten hin, wie es insbesondere auch der konkurrenzstarke Markt der EU ist. Ausnahmen sind Montenegro und Kroatien. Ersteres hat zwischen 2005 und 2012 bei stark steigenden Lohnstückkosten Anteile am EU-27-Markt verloren. Letzteres hat gar bei fallenden Lohnstückkosten Marktanteile in der EU verloren.

Abbildung 1.6 / Qualitative Aufwertung der Exporte in die EU-27

Quelle: wiiv-Datenbank, Eurostat.

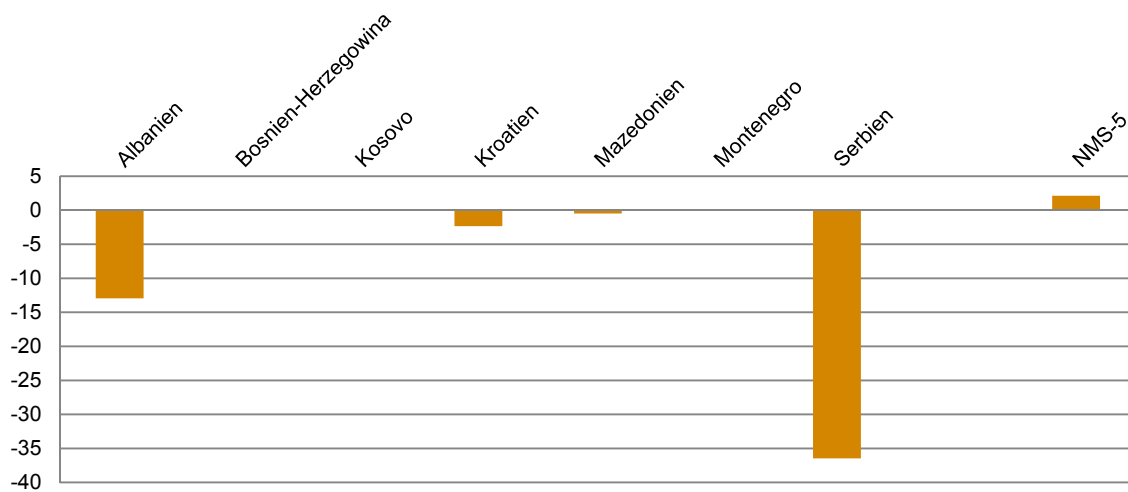
Teilt man die Veränderung der LSK in ihre Lohn- und ihre Produktivitätskomponente auf (siehe Abbildung 1.7), so wird ersichtlich, dass beispielsweise der starke Anstieg der montenegrinischen LSK insbesondere auf der massiven Erhöhung der Bruttolöhne in Euro pro Arbeitnehmer zwischen 2005 und 2012 fußt, während die Produktivität eine ähnlich moderate Wachstumsrate aufwies, wie sie auch in den NMS-5 feststellbar war. Einen überdurchschnittlich hohen Anstieg der LSK konnte auch im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien verzeichnet werden. Kroatien ist das einzige Land der Region, welches fallende LSK aufweisen kann. Dies ist insbesondere eine Folge des depressionsbedingt geringen Lohnwachstums und der Tatsache, dass der Produktivitätszuwachs ebenso gering, aber doch ein wenig höher ausgefallen ist, was zu einem guten Teil dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geschuldet ist. Schließlich schafften es Albanien und Serbien, bei recht großzügigen Lohnerhöhungen durch signifikante Anstiege der Produktivität die Steigerung der LSK in moderatem Rahmen zu halten.

Abbildung 1.7 / Veränderung der Lohnstückkosten und Komponenten relativ zu Deutschland, 2005-2012, in %

Quelle: wiiv-Datenbank.

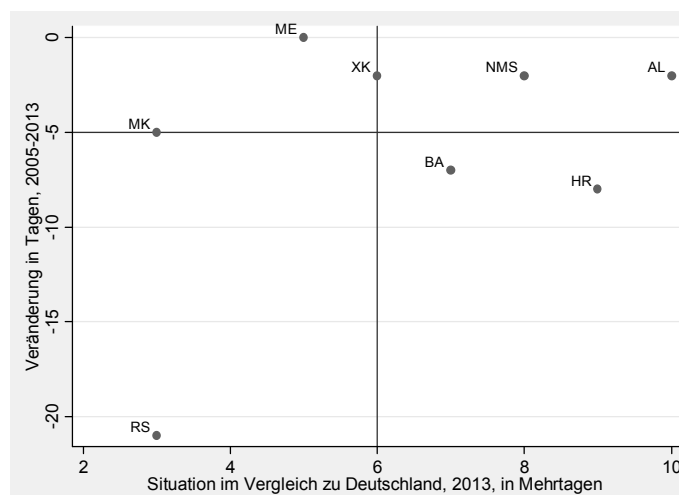
Das flexible Wechselkurssystem könnte ein Faktor sein, weshalb insbesondere Albanien und Serbien eine relativ harmonische Entwicklung von Lohn- und Produktivitätssteigerungen erfuhren. Während diese beiden Länder im Zuge der Krise stark zum Euro abwerten konnten (siehe Abbildung 1.8), war dies den anderen Ländern am Westbalkan verwehrt, zumal der Kosovo und Montenegro den Euro als ihre Währung benutzen, Bosnien-Herzegowina in einem sogenannten Currency Board einen festen Wechselkurs zum Euro hat und Mazedonien und Kroatien einen de facto fixen Wechselkurs zum Euro halten.

Abbildung 1.8 / Veränderung des nominellen Wechselkurses zum Euro, 2005-2013, in %, "+" = Aufwertung



Quelle: wiiw-Datenbank.

Abbildung 1.9 / Zeitverbrauch beim Export

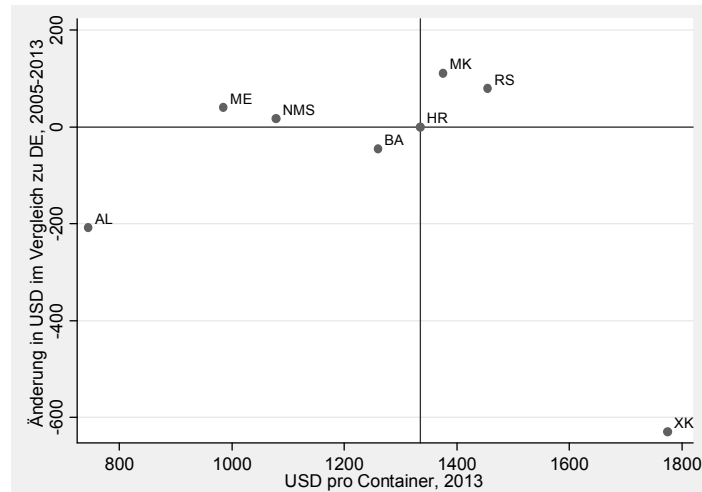


Quelle: The Doing Business project.

Eine Alternative zu einer flexiblen Wechselkurspolitik wäre eine aktive Einkommenspolitik. Zumeist aber scheitert diese am Westbalkan aufgrund schlecht organisierter Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände und einer generell wenig kooperativen Sozialpartnerschaft. So bleiben oft nur Maßnahmen im

administrativen und technischen Bereich, um die Exporttätigkeit kurzfristig und kosteneffizient zu fördern. Eine dieser Maßnahmen ist es, die Zeit zu reduzieren, die typischerweise notwendig ist, um die Dokumente zum Export vorzubereiten, den Binnentransport zu bewerkstelligen, die Zollformalitäten zu erledigen sowie die Abfertigung in Häfen und Verladestellen zu organisieren (siehe Abbildung 1.9) oder die damit verbundenen Gebühren (ohne Zölle) zu senken (siehe Abbildung 1.10).

Abbildung 1.10 / Kosten pro Container beim Export



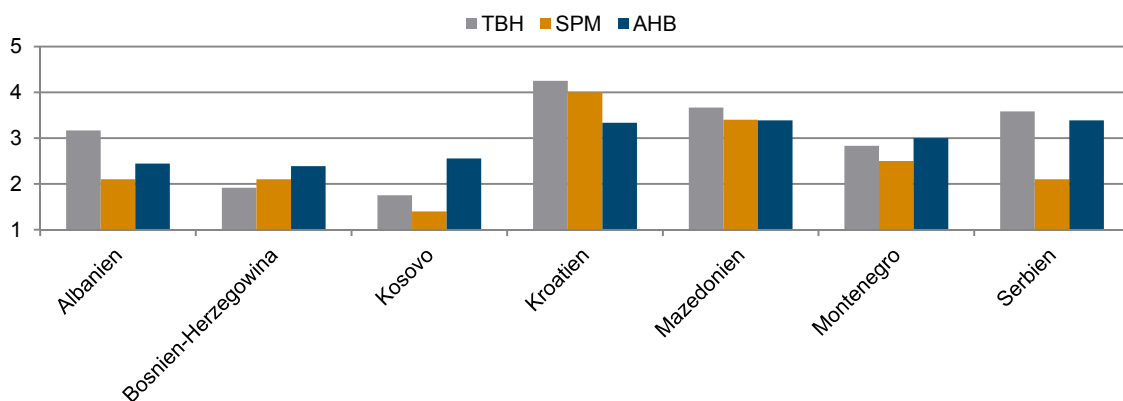
Quelle: The Doing Business project.

In allen Westbalkanländern, mit Ausnahme Montenegros, konnte der Zeitverbrauch beim Export gesenkt werden. In der Region ist die Situation 2013 aber nur in Serbien und Mazedonien halbwegs vergleichbar mit dem Zeitverbrauch in Deutschland. Die horizontalen und vertikalen Linien, auch in der Exportkostenabbildung, beschreiben die regionalen Medianwerte. Im Vergleich zu Deutschland konnten zwischen 2005 und 2013 nur Albanien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo die Exportkosten pro Container reduzieren. Diese standen zuletzt meist weit über dem deutschen Niveau von rund 900 USD pro Container. Schuld an dem vergleichsweise hohen Zeitverbrauch und den Kosten beim Export sind zum einen sicherlich die schwerfällige Bürokratie und geringe Organisationseffizienz am Westbalkan, aber auch die verbesserungswürdige Transportinfrastruktur. Andererseits ist die Dynamik und Lage in der Vergleichsgruppe der NMS-5 auch nicht ideal, insbesondere was die Zeit zum Export angeht. Die Reduktion administrativer und technischer Barrieren im Exportwesen ist erstrebenswert und schnell und kosteneffizient zu erreichen, jedoch ist die Größe der zu erwartenden positiven Effekte auf die Exporttätigkeit schwer einschätzbar.

Insgesamt beinhalten nicht-tarifäre Handelshemmnisse (NTH) neben den sogenannten technischen Barrieren beim Handel (TBH) und den administrativen Handelsbarrieren (AHB) auch sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPM). Abbildung 1.11 basiert auf einer Klassifizierung der OECD für das Jahr 2011. Sie zeigt, dass der seinerzeitige EU-Beitrittskandidat Kroatien im Schnitt die höchsten Wertungen nahe am Niveau des international besten Verfahrens hatte. Darauf folgten die aktuellen Beitrittskandidaten Mazedonien, Serbien, Montenegro und Albanien während die potentiellen Beitrittskandidaten Bosnien-Herzegowina und Kosovo entsprechend zurücklagen. An dieser Reihung wird sich vermutlich bis heute nicht viel geändert haben, zumal es sich beim Abbau der NTH vielfach auch um Übernahme geltender EU-Regeln handelt. Für die drei angegebenen Arten von NTH existiert

auch eine Reihe von Subindikatoren. Dabei zeigt sich, dass es in der Region insbesondere für die TBH und bei den SPM gerade an der Übernahme der EU-Regeln und an der Qualität der Informations- und Benachrichtigungsmechanismen mangelt. Bei den AHB sind es besonders die Formalitäten im Bereich Dokumente und Automatisierung sowie die Zollverfahren und –prozesse, die es am Westbalkan zu verbessern gilt. Die Analyse einzelner NTH führt direkt zur Frage, wie es insgesamt um die Qualität öffentlicher Institutionen in der Region bestellt ist. Dazu findet sich im nächsten Abschnitt eine Reihe relevanter Indikatoren.

Abbildung 1.11 / Nicht-tarifäre Handelshemmnisse, 2011, "5" = international bestes Verfahren

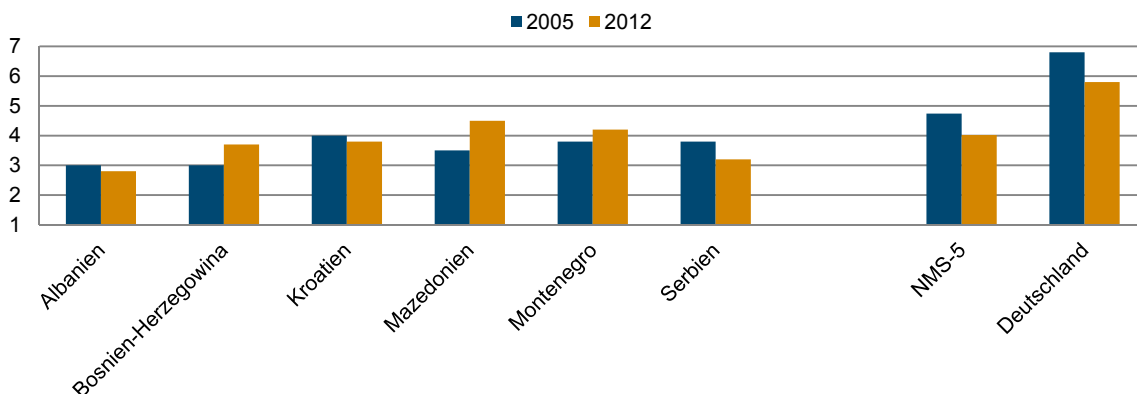


Quelle: OECD 2012 CEFTA Issues Paper 4.

1.2. QUALITÄT ÖFFENTLICHER INSTITUTIONEN

Zahlreiche Studien sehen gerade in der Qualität öffentlicher Institutionen einen Schlüssel zu einem nachhaltigen Entwicklungsprozess. In einer Auflistung von Wettbewerbsindikatoren dürfen demnach gerade diese Gradmesser nicht fehlen. Dabei sollte aber bedacht werden, dass die Frage der Exogenität der Institutionen im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung nicht endgültig beantwortet werden kann und die Kausalität durchaus in unterschiedliche Richtungen laufen kann.

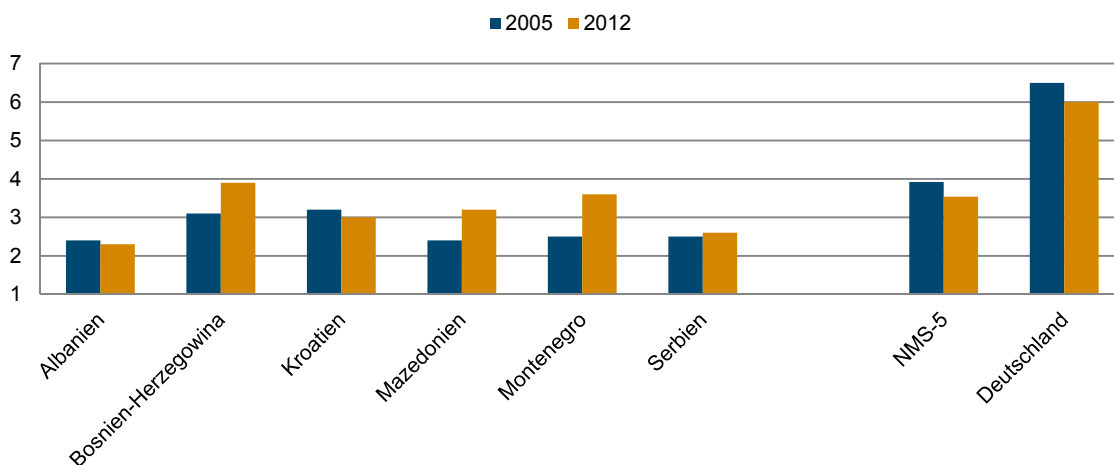
Abbildung 1.12 / Eigentumsrechte, "7" = genau definiert und rechtlich geschützt



Quelle: World Economic Forum, Executive Opinion Survey.

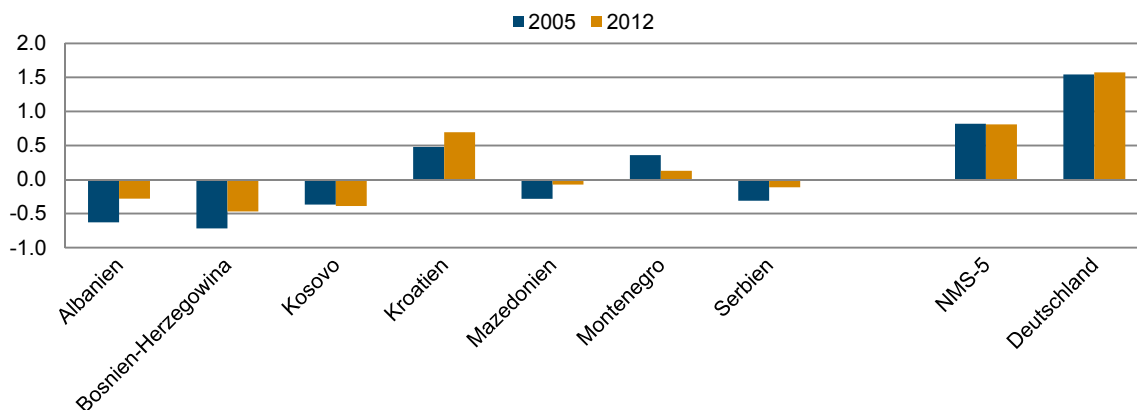
Als Fundament jeglicher marktwirtschaftlichen Tätigkeit gilt der Schutz der Eigentumsrechte. So sind in Abbildung 1.12 die präzise Definition und der rechtliche Schutz der Eigentumsrechte auf einer Skala von 1 bis 7 eingetragen, wobei die höchste Note das zu erreichende Maximum darstellt. Da es sich um Daten aus Umfragen unter Führungskräften handelt, ist die Vergleichbarkeit über Länder und Zeit nur eingeschränkt möglich. Jedenfalls werden die Eigentumsrechte am Westbalkan im Vergleich zu den NMS-5 als weniger geschützt eingestuft. Darüber hinaus dürfte sich die Lage in Serbien über die Periode 2005-2012 verschlechtert und in Mazedonien und Bosnien-Herzegowina einigermaßen verbessert haben, während sich im Vergleich das Umfeld in den NMS-5 und Deutschland, den dortigen Führungskräften zufolge, scheinbar verschlechtert haben muss. Ein ähnlicher Indikator aus gleicher Quelle, zur Unabhängigkeit des Justizwesens, ist in Abbildung 1.13 dargestellt. Die Niveauunterschiede zwischen Westbalkan, NMS-5 und Deutschland sind ähnlich wie zuvor. Während sich auch hier die Lage in den Vergleichsländern über die letzten Jahre vermeintlich verschlechtert haben soll, können die meisten Westbalkanländer mit einer substantiellen Verbesserung der Unabhängigkeit der Justiz aufwarten.

Abbildung 1.13 / Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig



Quelle: World Economic Forum, Executive Opinion Survey.

Abbildung 1.14 / Leistungsfähigkeit des Staates, "-2,5" = schwach, "2,5" = stark

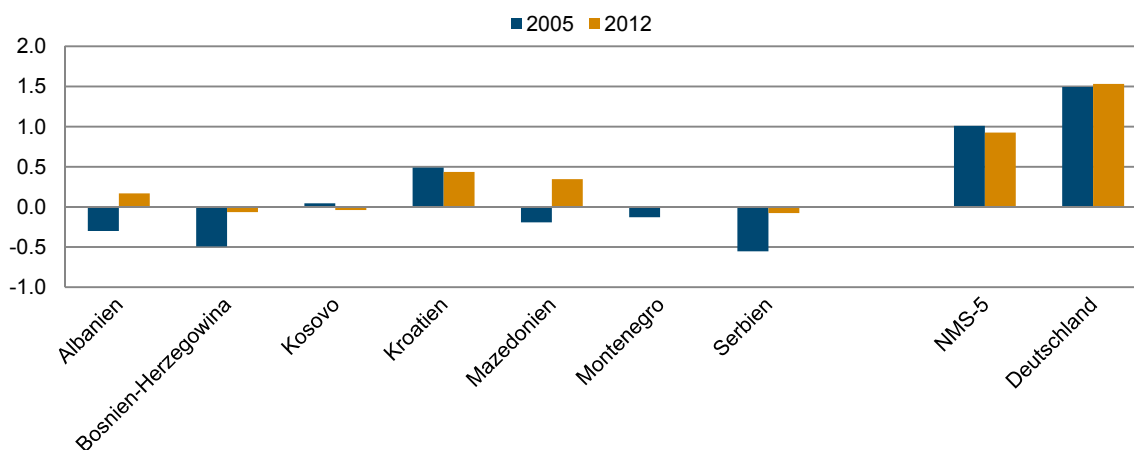


Quelle: The Worldwide Governance Indicators project.

Neben der Qualität des legislativen Rechtsbestandes und der Judikative ist auch jene der Exekutive äußerst relevant. Die Abbildungen 1.14 und 1.15 zeigen Indikatoren effizienter, verantwortungsbewusster Regierungsführung und regulatorischer Qualität. Diese, von der Weltbank erhobenen Daten sind Aggregate aus einer Vielzahl von Umfragen von Unternehmen, Bürgern und Experten und gehören wohl zu den vertrauenswürdigsten Institutionenindikatoren.

Bei der Frage der Leistungsfähigkeit des Staates geht es um die Qualität öffentlicher Dienstleistungen, die Qualität der Verwaltung und das Ausmaß von deren Unabhängigkeit von politischem Druck, die Qualität der Politikformulierung und -implementierung und die Glaubwürdigkeit der Regierung. Dabei ist Kroatien das einzige Westbalkanland, welches das Niveau der NMS-5 bereits erreicht hat. Die anderen Länder der Region sind noch weit abgeschlagen, konnten aber zumeist eine deutliche Verbesserung der staatlichen Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren verbuchen.

Abbildung 1.15 / Regulatorische Qualität, “-2,5“ = schwach, “2,5“ = stark

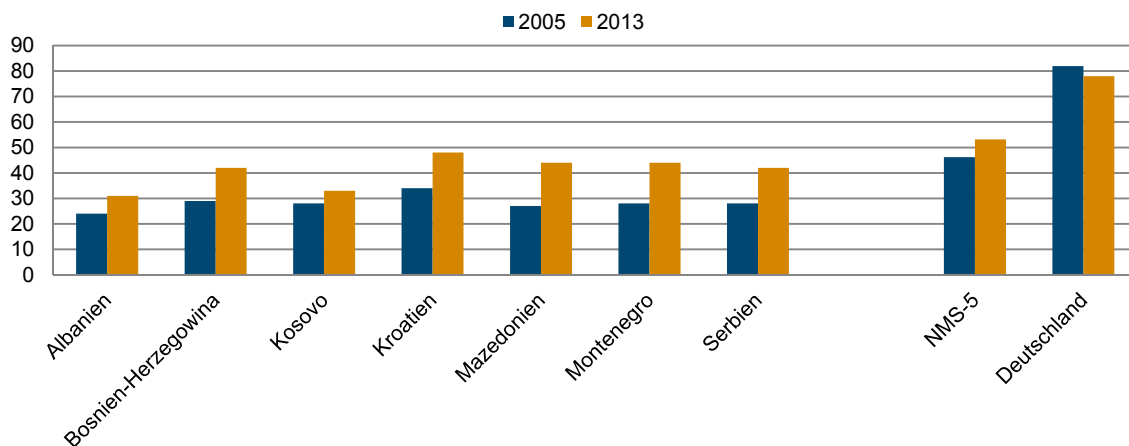


Quelle: The Worldwide Governance Indicators project.

Der Indikator zur regulatorischen Qualität reflektiert die Wahrnehmung der Fähigkeit der Regierung, gute Politik zu formulieren und zu implementieren, sowie ein Regelwerk zu schaffen, welches die Entwicklung des Privatsektors erlaubt und fördert. Hier scheint die Varianz unter den Westbalkanländern geringer und das allgemeine Niveau dem der NMS-5 näher zu sein. Nur Kroatien steht in diesem Indikator noch um einiges weiter entfernt von den NMS-5 als im vorherigen. Für das durchschnittliche Westbalkanland scheint jedoch zu gelten, dass die Qualität des Regelwerkes besser als die Qualität der Verwaltung des selbigen ist, sich aber beides stetig verbessert.

Mit der vergleichsweise schlechten Qualität der öffentlichen Verwaltung geht auch das als hoch wahrgenommene Niveau der Korruption einher. Im bekannten Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International rangieren die Westbalkanstaaten unisono hinter den NMS-5, welche als weniger korrupt eingestuft werden (siehe Abbildung 1.16). Aber auch bei diesem Indikator haben sich die meisten Länder des Westbalkans in den letzten Jahren stark verbessert.

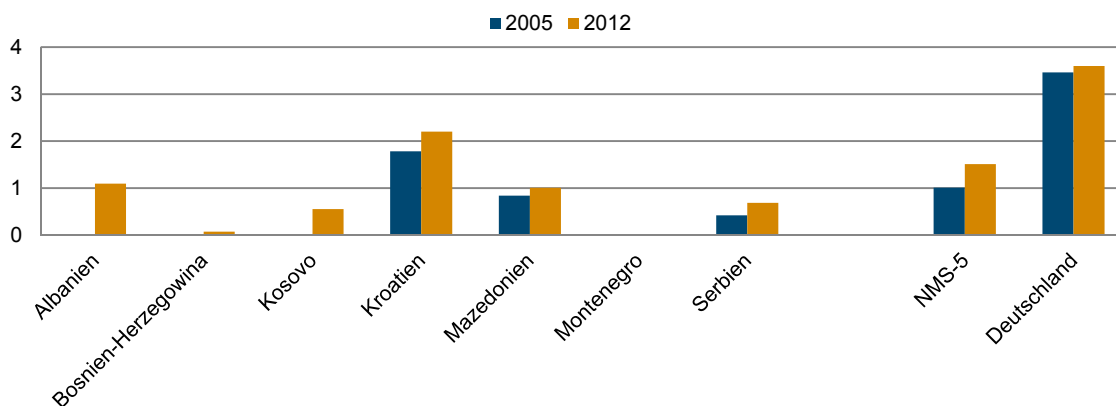
Neben der Bereitstellung hochqualitativer Institutionen hat der Staat auch für eine gute physische Infrastruktur zu sorgen. Diese lässt sich, wie im folgenden Abschnitt beschrieben, um einiges exakter messen als die Güte der Institutionen.

Abbildung 1.16 / Korruptionswahrnehmungsindex, „0“ = hoch korrupt, „100“ = sauber

Quelle: Transparency International.

1.3. QUALITÄT ÖFFENTLICHER INFRASTRUKTUR

Die Verbesserung der physischen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Transport und Energieversorgung, ist dazu geeignet, die Kosten der heimischen Produktion zu senken und eine Industrialisierung breiter Wirtschaftsbereiche wahrscheinlicher zu machen. Eine bessere Anbindung an internationale Infrastrukturnetzwerke ermöglicht darüber hinaus einen leichteren Zugang zu ausländischen Märkten.

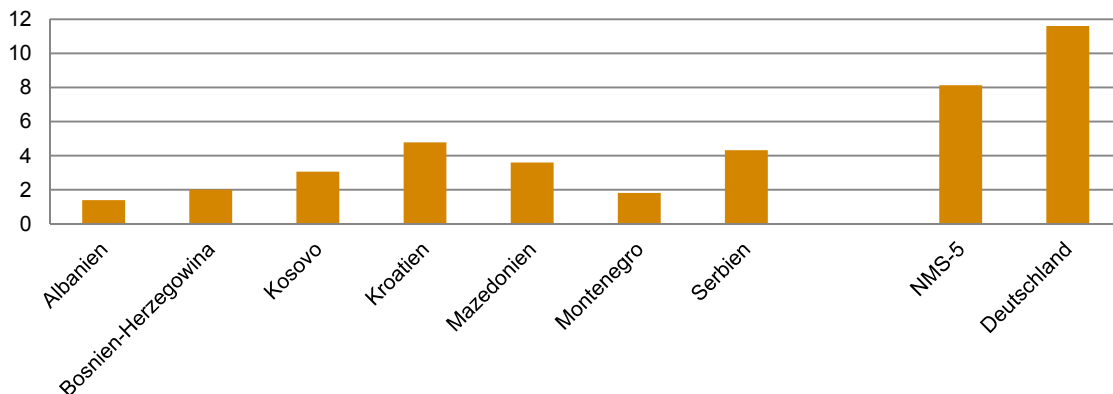
Abbildung 1.17 / Autobahnen in km pro 100 km² Landfläche

Quelle: Eurostat, eigene Extrapolationen und Schätzungen.

Aus Abbildung 1.17 ist ersichtlich, dass die Autobahndichte am Westbalkan noch weit vom hohen, deutschen Niveau entfernt ist. Kroatien hat allerdings schon eine höhere Autobahndichte in km pro 100 km² Landfläche als das durchschnittliche NMS-5-Land, und auch die meisten anderen Staaten des Westbalkans haben in den letzten Jahren ihr Autobahnnetzwerk deutlich erweitern können. Nur Bosnien-Herzegowina und Montenegro haben noch immer so gut wie keine modernen Straßen. Sogar im Kosovo ist in wenigen Jahren ein verhältnismäßig großes Autobahnnetz entstanden. Im Bereich der

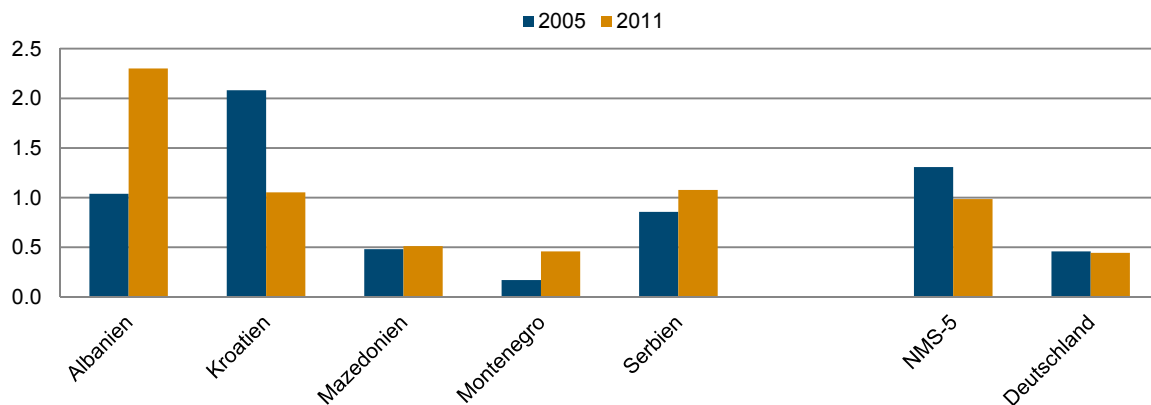
Eisenbahnliniendichte (siehe Abbildung 1.18) kann kein einziges Westbalkanland mit dem hohen Niveau in Deutschland und den NMS-5 mithalten.

Abbildung 1.18 / Eisenbahnlinien in km pro 100 km² Landfläche, 2012 (bzw. letztes verfügbares Jahr)



Quelle: Eurostat, eigene Extrapolationen und Schätzungen.

Abbildung 1.19 / Straßenbauinvestitionen in % des BIP

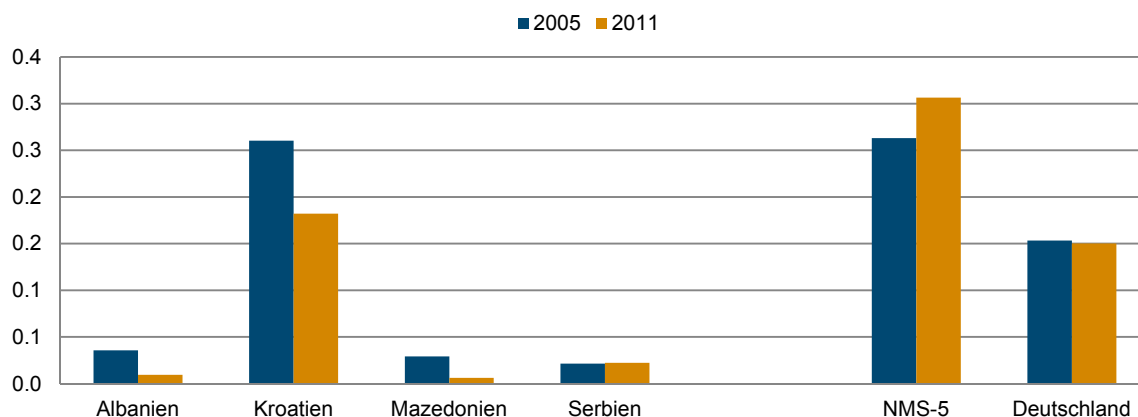


Quelle: OECD.

Die Erweiterungen im Autobahnnetzwerk korrespondieren mit steigenden Ausgaben für öffentliche Straßenbauinvestitionen in Prozent des BIP (siehe Abbildung 1.19, deren Zahlen nicht die Instandhaltungsausgaben beinhalten). Hier konnten trotz Krise alle Westbalkanländer zuletzt höhere relative Investitionsausgaben erreichen als Deutschland. Als einziges Land der Region hat Kroatien als Teil seiner Austeritätspolitik die öffentlichen Straßenbauinvestitionen zurückgefahren, ist aber trotz Halbierung selbiger noch immer auf einem höheren Niveau als das durchschnittliche NMS-5-Land. Bei diesen Investitionsausgaben führend ist Albanien, welches in den letzten Jahren größte Bemühungen um eine Verbesserung seiner Straßen gemacht hat. Bei den Eisenbahnbauinvestitionen (siehe Abbildung 1.20, ebenfalls ohne Instandhaltungsausgaben) ist ersichtlich, dass mit Ausnahme Kroatiens diese Transportart keine nennenswerte Unterstützung erfährt. Die meisten Westbalkanländer investieren so gut wie gar nichts in den Ausbau des Schienenverkehrs. Die kroatischen Ausgaben liegen als Anteil

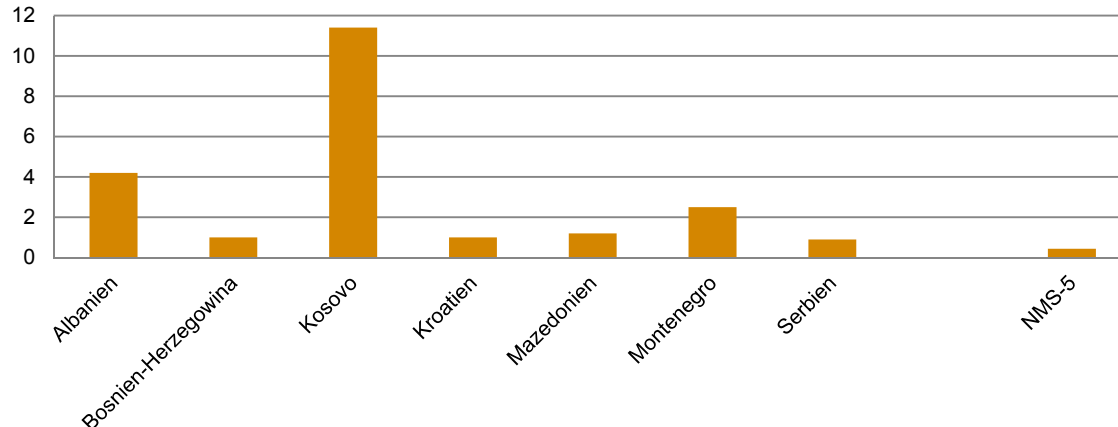
am BIP zwar noch über dem deutschen, aber doch deutlich unter dem Niveau der NMS-5. Hier besteht sicherlich Handlungsbedarf, zumal viele der vom Westbalkan exportierten Güter wie Rohstoffe und verarbeitete Metalle sich sehr gut für den Schienentransport eignen.

Abbildung 1.20 / Eisenbahnbauinvestitionen in % des BIP



Quelle: OECD.

Abbildung 1.21 / Stromausfälle pro Firma im Monat, 2013 (bzw. letztes verfügbares Jahr)



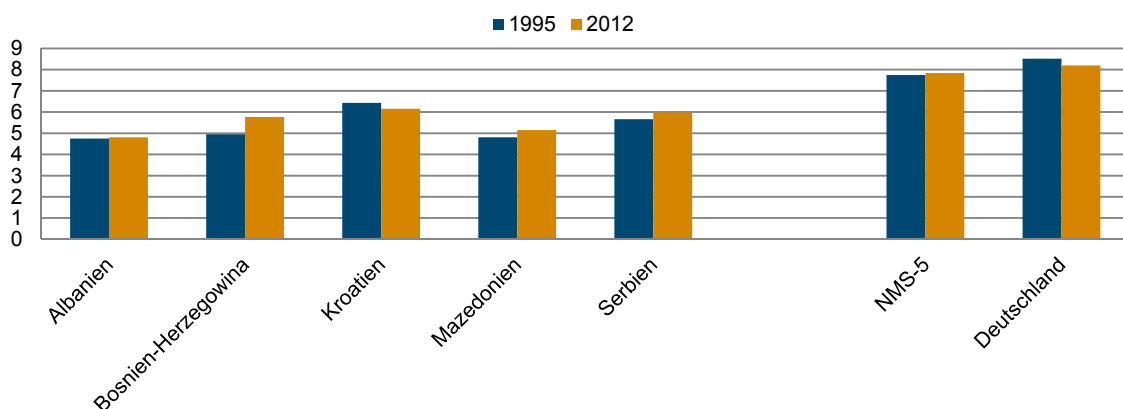
Quelle: World Development Indicators.

Die Versorgung mit elektrischer Energie ist in den meisten Ländern des Westbalkans im Wesentlichen sichergestellt, auch wenn es gelegentlich zu Stromausfällen kommt. Dies gilt allerdings nicht für Albanien und den Kosovo, wo es regelmäßig zu Stromausfällen kommt (siehe Abbildung 1.21). Auch wenn sich hier die Lage zuletzt etwas verbessert hat, so brauchen beide Länder noch substantielle Investitionen in eine diversifizierte Stromgewinnung und ein modernes Verteilernetzwerk, sowie leistungsstarke Anbindungen an die Netzwerke der Nachbarstaaten. Neben den wichtigen Investitionen in das physische Kapital eines Landes sind auch Investitionen in das Humankapital einer Volkswirtschaft von Bedeutung. Der nächste Abschnitt beschäftigt sich demzufolge mit Fragen von Ausbildung und Forschung.

1.4. AUSBILDUNG UND FORSCHUNG

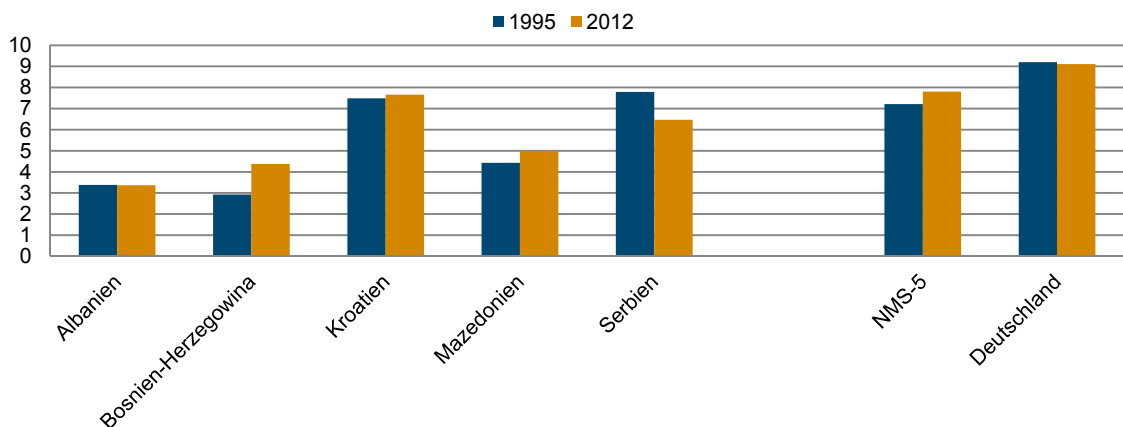
Als Allgemeinplatz gilt, dass Investitionen in Ausbildung und Forschung von höchster Bedeutung für die langfristige Entwicklung einer Ökonomie sind. Tatsächlich lässt sich aber in empirischen Wachstumsmodellen dieser Zusammenhang oft nicht nachweisen, vermutlich auch weil die Messung der Qualität von wirtschaftsrelevanter Ausbildung und Forschung höchst ungenau ist. Gerade deshalb wurden in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, geeignete Indikatoren zu entwickeln und neue, immer genauere Daten zu sammeln.

Abbildung 1.22 / Ausbildungsindex



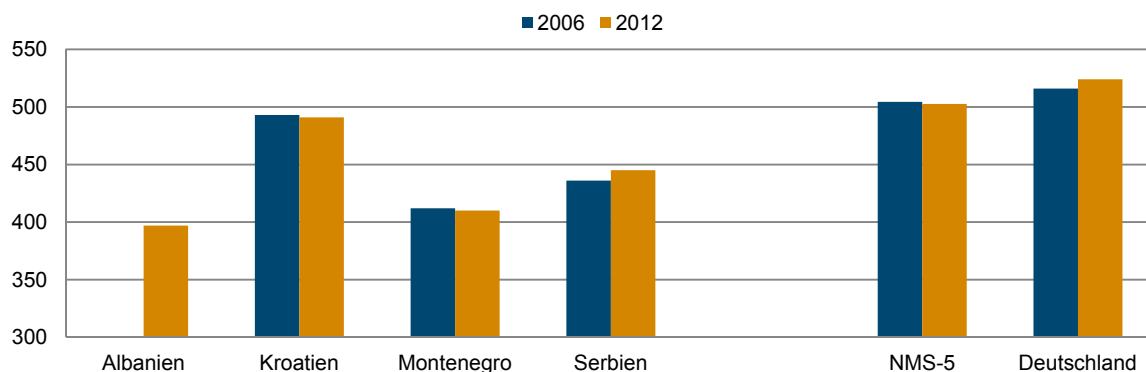
Quelle: Knowledge Assessment Methodology 2012.

Abbildung 1.23 / Innovationsindex



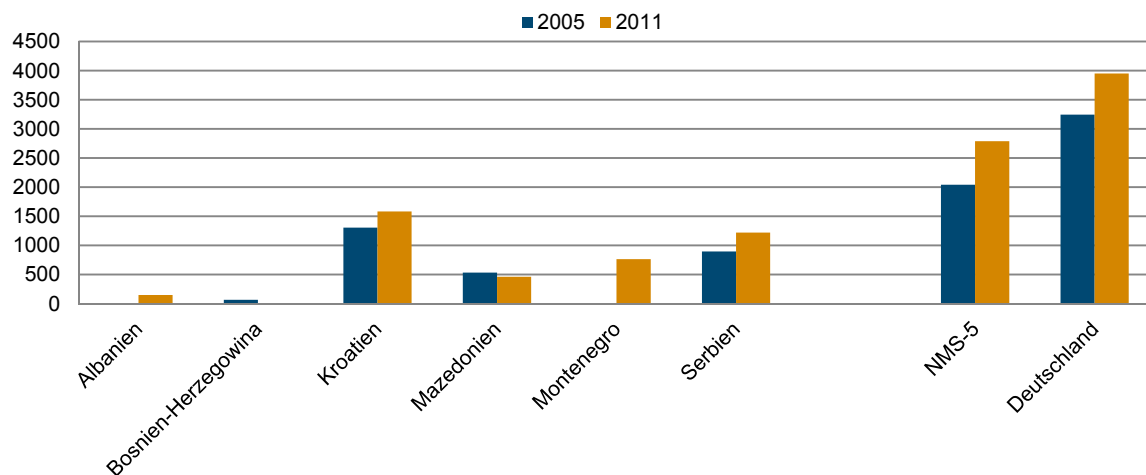
Quelle: Knowledge Assessment Methodology 2012.

Einer dieser Versuche wurde von der Weltbank im Rahmen der Knowledge Assessment Methodology unternommen. Deren Ausbildungsindex speist sich aus den Informationen zu durchschnittlichen Schulausbildungszeiten sowie Bruttoeinschreibungsanteilen in der sekundären und tertiären Ausbildung (siehe Abbildung 1.22). Ein Innovationsindex errechnet sich aus bevölkerungsgewichteten Daten zu empfangenen und bezahlten Lizenzgebühren, bewilligten US-Patenten und Artikeln in wissenschaftlichen und technischen Fachzeitschriften (siehe Abbildung 1.23).

Abbildung 1.24 / PISA-Testergebnis, Naturwissenschaften

Quelle: OECD PISA-Datenbank.

Die meisten Länder der Region konnten längerfristig (1995-2012) ihre Positionen sowohl bei der Ausbildung als auch bei der Innovation verbessern. Mit Ausnahme Kroatiens und teilweise Serbiens kommt aber keines der Länder vom Westbalkan auch nur annähernd an das Niveau der NMS-5 heran. Auch alternative Indikatoren zur Qualität der Ausbildung aus der internationalen PISA-Schulleistungstudie der OECD (siehe Abbildung 1.24) sowie UNESCO-Daten zum Anteil von Forschern an der Bevölkerung (siehe Abbildung 1.25) ergeben ein ähnliches Bild, zumindest was die relativen Niveauunterschiede angeht.

Abbildung 1.25 / Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten

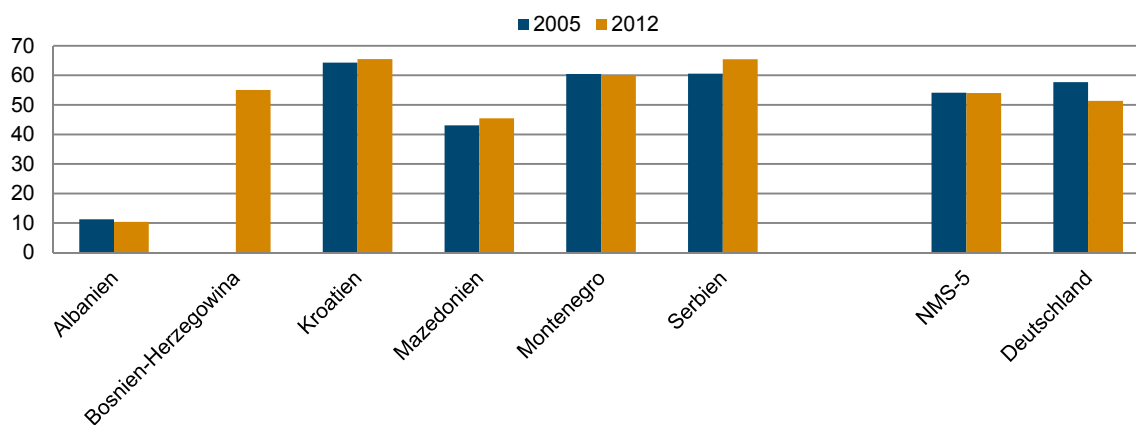
Quelle: UNESCO Institute for Statistics.

Die hier angegebenen Daten zu den PISA-Ergebnissen aus den Naturwissenschaften ähneln wiederum stark den entsprechenden Ergebnissen aus der Mathematik oder der Lesekompetenz. Ebenso ähneln die Daten zu Bruttoinlandsausgaben aus Forschung und Entwicklung der hier angeführten Statistik zur Anzahl der Forscher. Vielfach wird jedoch moniert, dass theoretisches Wissen und abgehobene Forschung nur wenig mit jener Humankapitalbildung zu tun haben, die es ermöglicht, eine international wettbewerbsfähige Industrie aufzubauen, und dass vielmehr ein reichhaltiges Angebot an technischer

und berufsausbildender höherer Sekundärschulung, wie sie auch in Deutschland oder Österreich vorhanden ist, zum Erfolg führt.

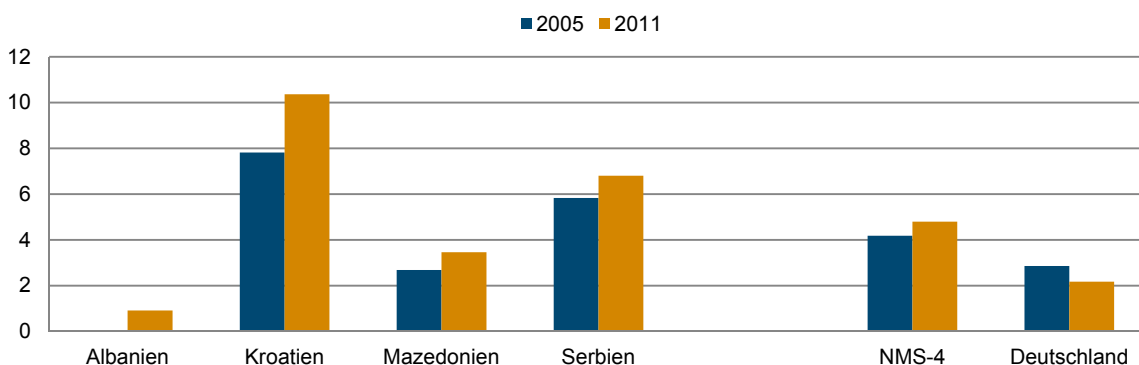
Die Daten zu den Einschreibungen in die technische und berufsausbildende höhere Sekundärausbildung in Prozent der relevanten Bevölkerungskohorte (siehe Abbildung 1.26) ergeben für die Westbalkanländer ein erstaunlich hohes Niveau im Vergleich zu den NMS-5 und Deutschland. Noch erstaunlicher ist, dass die Anzahl der Lehrer in der technischen und berufsausbildenden höheren Sekundärausbildung pro 100 Personen der relevanten Bevölkerungskohorte (siehe Abbildung 1.27) in den meisten Westbalkanländern, für die Daten vorhanden sind, bedeutend höher ist als in Deutschland und im Vergleich dazu auch noch wächst.

Abbildung 1.26 / Einschreibungen in technische und berufsausbildende höhere Sekundärausbildung in % der relevanten Bevölkerung



Quelle: UNESCO Institute for Statistics, eigene Extrapolationen.

Abbildung 1.27 / Lehrer in technischer und berufsausbildender höherer Sekundärausbildung pro 100 Personen der relevanten Bevölkerung



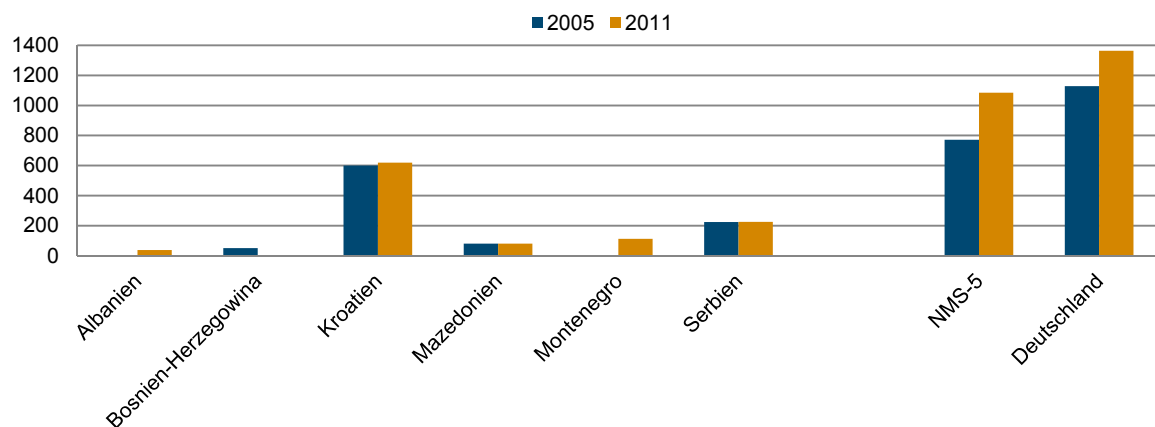
Quelle: UNESCO Institute for Statistics, eigene Extrapolationen.

Sieht man sich aber die Daten zur Anzahl von Technikern an der Gesamtbevölkerung (siehe Abbildung 1.28) an, so erkennt man wiederum das alte Muster der vorherigen Abbildungen wie beispielsweise zur Anzahl der Forscher. Während Kroatien ansatzweise mit den NMS-5 mithalten kann, erscheinen die anderen Westbalkanländer weit abgeschlagen. Die Definition der Techniker beinhaltet im

Übrigen jene Personen, deren wichtigste Aufgaben technisches Wissen und Erfahrung unter anderem in einem oder mehreren Bereichen der Ingenieurwissenschaften und der Natur- und Biowissenschaften benötigen.

Allgemein lässt sich sagen, dass selbst bei punktuell starken Anstrengungen der Westbalkanstaaten im Bereich von Ausbildung und Innovation das Ergebnis an einsetzbarem Humankapital, beispielsweise in Form von Forschern und Technikern, in der Regel eher bescheiden ist. Daraus lässt sich entweder schließen, dass auch neuere Statistiken im Ausbildungs- und Forschungsbereich nicht gut über Länder und Zeit vergleichbar sind, oder aber, dass, ähnlich wie bei den Indikatoren zur Qualität öffentlicher Institutionen in Verbindung mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungsstand, die Frage der Kausalität unklar ist beziehungsweise in die umgekehrte Richtung weist.

Abbildung 1.28 / Techniker pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten



Quelle: UNESCO Institute for Statistics, eigene Extrapolationen.

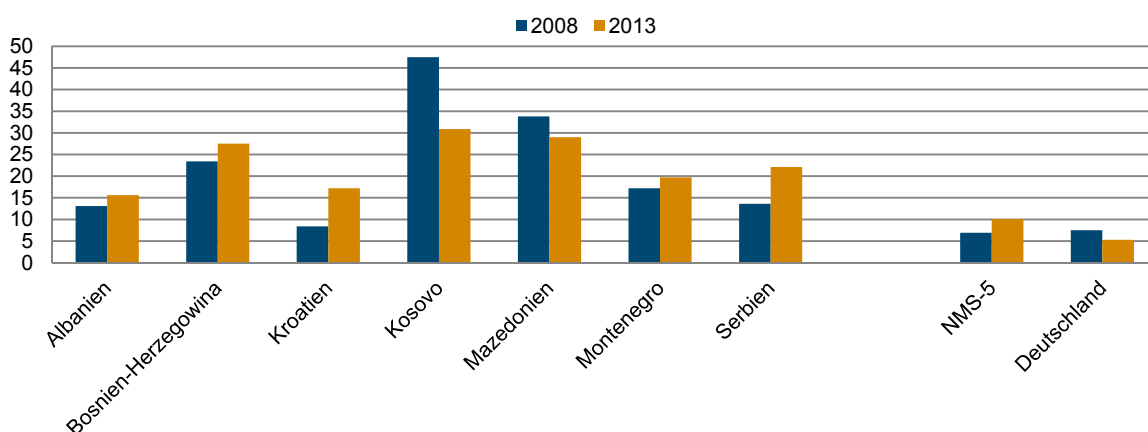
1.5. ARBEITSMARKTEFFIZIENZ

Neben der Qualität des Humankapitals kann auch das Angebot an Arbeitskräften ein für eine Ökonomie beschränkender Faktor sein. Des Weiteren kann auch eine ineffiziente Organisation des Arbeitsmarktes zu starken Unterauslastungen des Arbeitskräftepotentials und auch zu Einbußen der Wettbewerbsfähigkeit führen, so es zu preislichen Verzerrungen kommt. Deshalb beschäftigt sich dieser Abschnitt mit Fragen der Arbeitsmarkteffizienz in den Bereichen Angebot und Struktur der Arbeitskraft, Beschäftigungsmöglichkeiten und der potentiellen Rolle von sozialpartnerschaftlichen Institutionen.

Das Heer der Arbeitslosen ist am Westbalkan traditionell enorm. Seit Jahrzehnten sind die Volkswirtschaften der Länder nicht in der Lage, einen großen Teil ihrer Arbeitskraft vor Ort produktiv einzusetzen. Spätestens seit dem Unterzeichnen des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien 1968 erstreckt sich für viele Menschen vom Westbalkan der Arbeitsmarkt auf ganz Mitteleuropa und darüber hinaus.

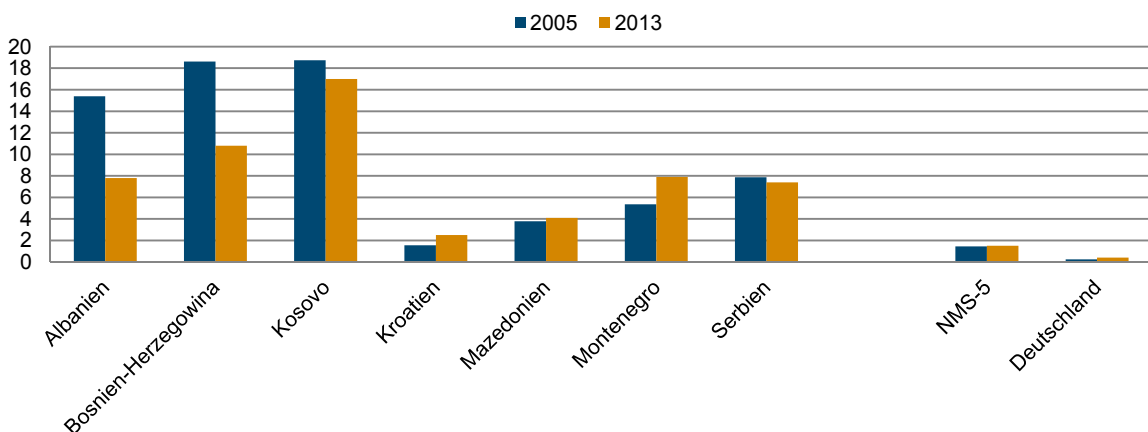
Interessanterweise ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zur Vorkrisenzeit³ zuletzt in den meisten Ländern der Region entweder nur leicht gestiegen oder sogar gefallen (siehe Abbildung 1.29). Gewichtige Ausnahmen bilden Kroatien und Serbien, wo die Arbeitslosenrate auch weiter angestiegen ist. Im Durchschnitt der sieben Länder ergibt sich eine Stagnation der Arbeitslosenquote zwischen 2008 und 2013 auf einem hohen Niveau von 23%, welches mit mitteleuropäischen Augen als inakzeptabel betrachtet werden muss.

Abbildung 1.29 / Arbeitslosigkeit in %, LFS



Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat und nationale Statistiken.

Abbildung 1.30 / Gastarbeiterüberweisungen, in % des BIP



Quelle: Weltbank.

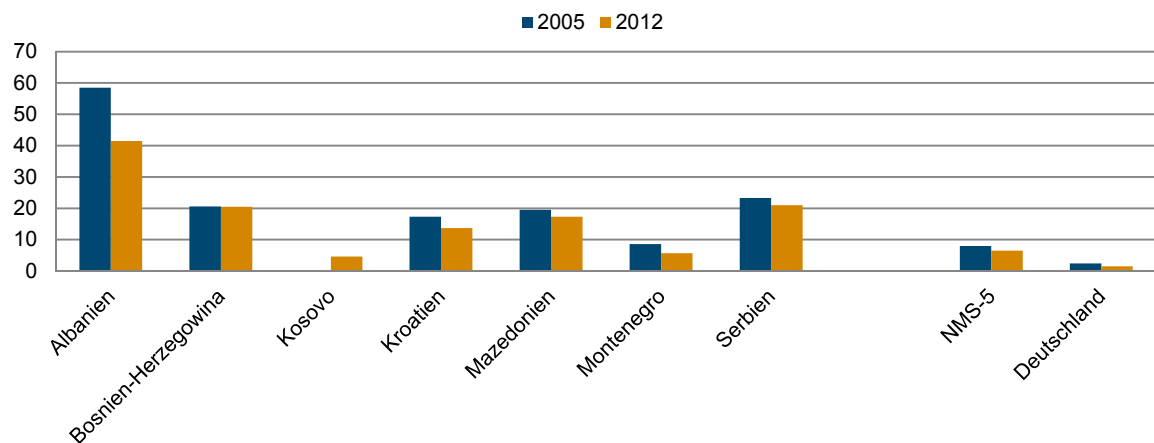
Ein Faktor hinter den, trotz Krise, stagnierenden Arbeitslosenraten ist die bestenfalls stagnierende Bevölkerungsentwicklung in der Region. Zusammen mit starken Alterungsprozessen ergibt das eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt. Wenn auch in viel geringerem Umfang, verglichen mit den 1990er Jahren, bleibt die Migration ein weiteres wichtiges Ventil zur Entlastung der lokalen Arbeitsmärkte. Die

³ Einige der folgenden Arbeitsmarktindikatoren stützten sich auf Arbeitskräfteerhebungsdaten (LFS) der einzelnen Westbalkanländer. Aufgrund von Brüchen in den statistischen Zeitreihen (insbesondere in Serbien und Montenegro) sowie des verspäteten Beginns dieser Erhebungen in Bosnien und Herzegowina und Albanien ist ein Vergleich über eine längere Zeitperiode erst ab 2008 möglich. Eine detailliertere Arbeitsmarktanalyse findet man in Kapitel 7.

soziale und ökonomische Bedeutung der Arbeitsmigration lässt sich auch gut aus der Statistik zu den erhaltenen Gastarbeiterüberweisungen ablesen (siehe Abbildung 1.30).

Die Anteile der Gastarbeiterüberweisungen am BIP sind in der gesamten Region ausgesprochen hoch und liegen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sogar im zweistelligen Bereich, allerdings mit stark fallendem Trend. Vielerorts dienen die Gastarbeiterüberweisungen auch als Substitute für mangelhafte Sozialleistungen des Staates und sind oft der Motor der lokalen Bauwirtschaft.

Abbildung 1.31 / Beschäftigung in der Landwirtschaft in % der Gesamtbeschäftigung

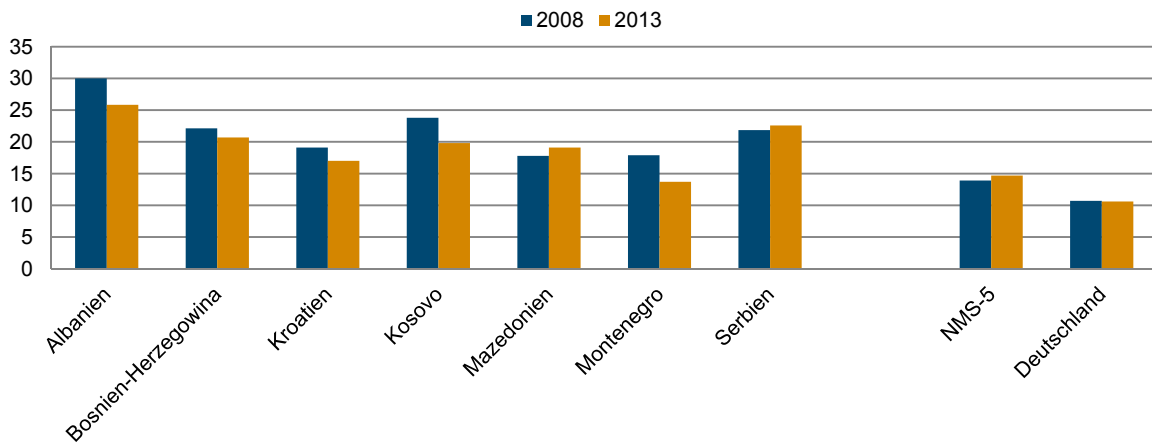


Quelle: World Development Indicators, eigene Extrapolationen.

Neben der Migration dient auch die weitverbreitete Subsistenzlandwirtschaft als Entlastungsbecken des prekären Arbeitsmarktes und kann zu einem guten Teil als versteckte Arbeitslosigkeit eingestuft werden. Daten zur Beschäftigung in der Landwirtschaft (Abbildung 1.31) zeigen, dass überall am Westbalkan mit Ausnahme des Kosovo und Montenegros die Subsistenzlandwirtschaft zwar im Sinken, aber noch immer sehr bedeutend ist und im Extremfall Albaniens vermutlich mehr als ein Drittel der Beschäftigten ausmacht. Im Falle Montenegros gibt es kaum nennenswerte landwirtschaftliche Flächen, und auf dem Amselfeld, dem zentralen Becken des Kosovo, hat sich ein durchgehender suburbaner Raum etabliert. In diesen beiden Ländern besteht ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungssektor, wo Gastronomie und Kleinhandel eine ähnliche Funktion wie die Subsistenzlandwirtschaft haben.

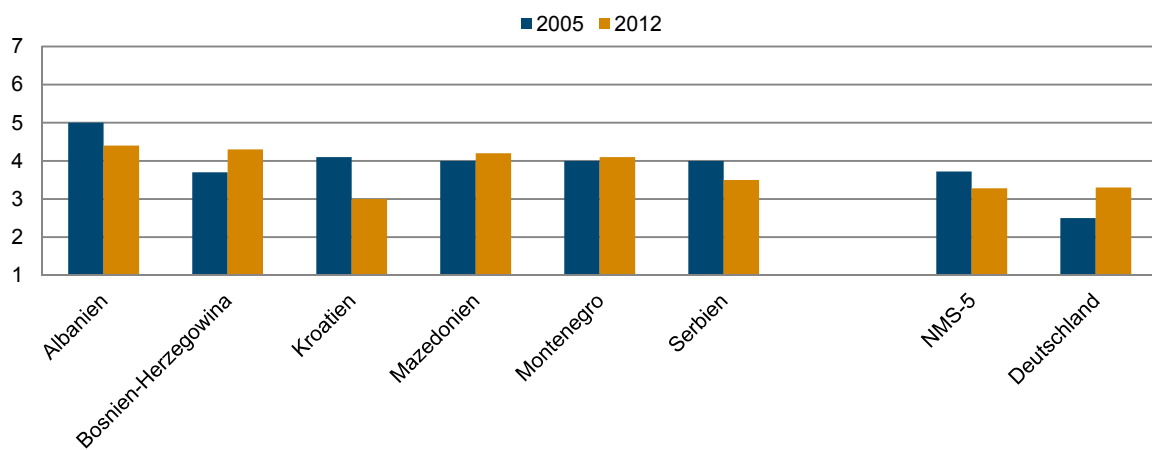
Ein weiterer Indikator für das Überangebot an Arbeit, das vom zu kleinen offiziellen Wirtschaftssektor nicht aufgenommen werden kann, ist der Anteil der Selbständigen an der Gesamtbeschäftigung (Abbildung 1.32). Dieser Indikator wird auch gerne als Gradmesser für die Verbreitung der Schattenwirtschaft verwendet. Am Westbalkan ist im Schnitt rund ein Fünftel der Beschäftigten selbständig, beim Spitzenreiter Albanien sogar mehr als ein Viertel. Es kann also in den meisten Fällen von Volkswirtschaften gesprochen werden, die zu einem gewichtigen Teil noch immer in Produktionsverhältnissen mit konstanten Skalenerträgen und geringem Potential für Produktivitätsgewinne verhaftet sind. Aus dem Überangebot an freier oder prekärer Arbeitskraft erklärt sich auch, dass das Heuern und Feuern in den Betrieben des Westbalkans vom Arbeitgeber vergleichsweise flexibel gehandhabt werden kann. Zu diesem Ergebnis kommen jedenfalls die Umfragen des World Economic Forum unter lokalen Führungskräften (siehe Abbildung 1.33).

Abbildung 1.32 / Selbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung



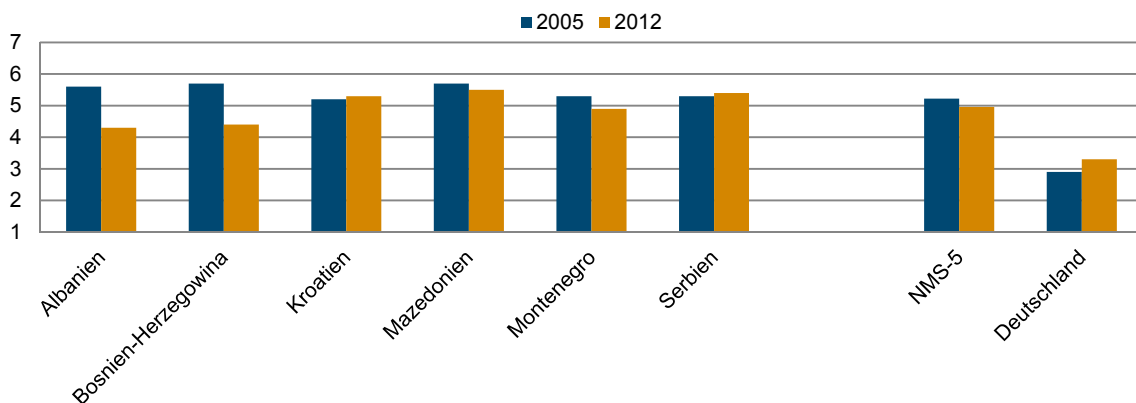
Quelle: Eurostat und nationale Statistiken. Kosovo bezieht sich auf 2012 statt 2013.

Abbildung 1.33 / Heuern und Feuern (1 = begrenzt, 7 = flexibel)



Quelle: World Economic Forum, Executive Opinion Survey.

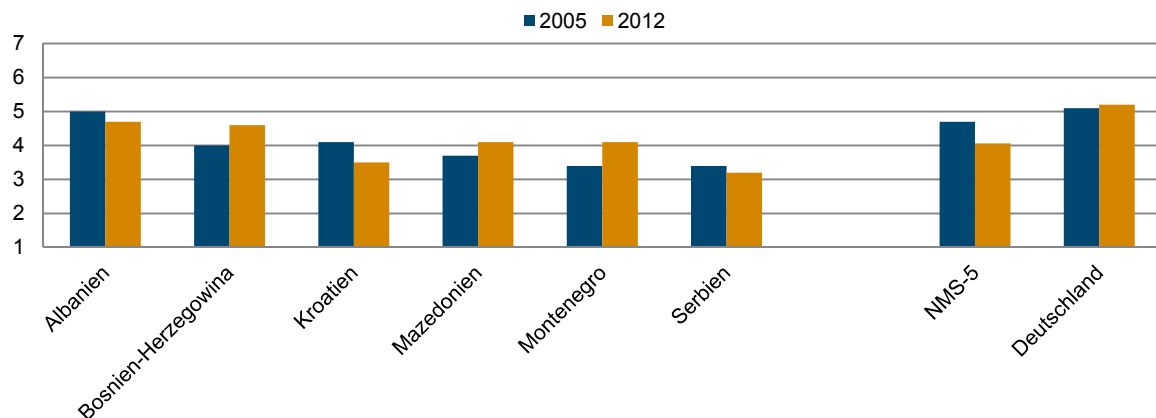
Abbildung 1.34 / Lohnsetzung (1 = zentralisiert, 7 = individuell)



Quelle: World Economic Forum, Executive Opinion Survey.

Aus gleicher Quelle stammen auch Informationen zum Zentralisierungsgrad der Lohnsetzung (Abbildung 1.34). Diese erfolgt am Westbalkan wie auch in den NMS-5 größtenteils in den einzelnen Betrieben und nicht vergleichsweise zentralisiert wie in Deutschland auf Industrieebene. Abgerundet wird das Bild durch eine Klassifizierung der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen (Abbildung 1.35), die am Westbalkan als tendenziell konfrontativ einzuordnen sind, während beispielsweise die Sozialpartnerschaft in Deutschland als eher kooperativ eingeschätzt werden kann.

Abbildung 1.35 / Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen (1 = konfrontativ, 7 = kooperativ)



Quelle: World Economic Forum, Executive Opinion Survey.

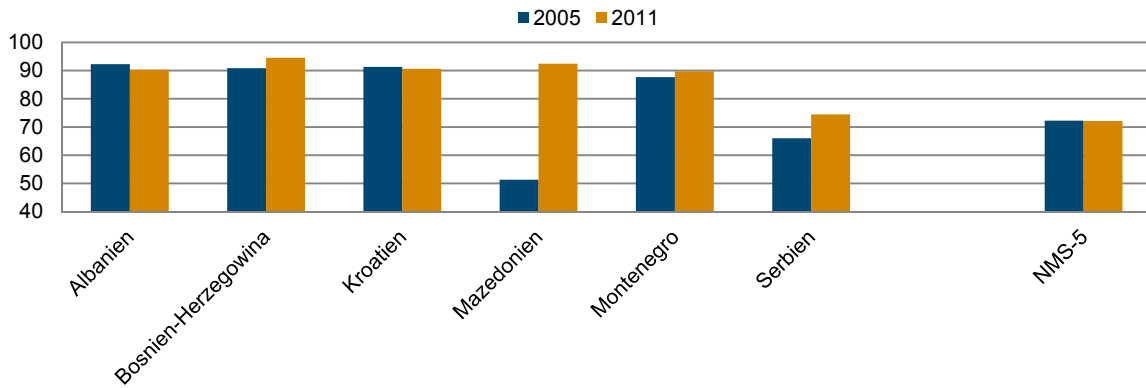
Ein erhöhter Grad sozialpartnerschaftlicher Kooperation und zentralisierter Lohnsetzung könnte zu einer effizienteren Einkommenspolitik führen, welche gerade die stark euroisierten Westbalkanländer unterstützen könnte, preislich und qualitativ auf den internationalen Gütermärkten zu bestehen und verstärkt Arbeit in der offiziellen Wirtschaft zu schaffen. In Ländern, in denen sozialpartnerschaftliche Institutionen besser ausgebaut sind, führen diese zu gemeinsamen Anstrengungen der Sozialpartner auch in Bereichen wie Training und Schulungen, zu effizienterer Arbeitsmarktvermittlung und auch zu einer Einbindung von Lohnpolitik in den Gesamtzusammenhang makroökonomischer Politik.

1.6. ENTWICKLUNG DES FINANZMARKTES

Während das Angebot an Arbeitskraft am Westbalkan reichlich vorhanden ist, scheint das Angebot an Kapital in Folge der Krise äußerst zurückhaltend zu sein. Die Entwicklung des Finanzmarktes ist in der Region vor allem unter der Ägide von EU-Bankengruppen, unter anderem aus Österreich, Italien und Griechenland, erfolgt. Abbildung 1.36 zeigt den Anteil ausländischer Banken an den Aktiva. Der ausländische Einfluss an den lokalen Finanzmärkten ist dominant und misst zumeist über 90%. Lediglich im Falle Serbiens sind „nur“ drei Viertel der Aktiva unter ausländischer Kontrolle.

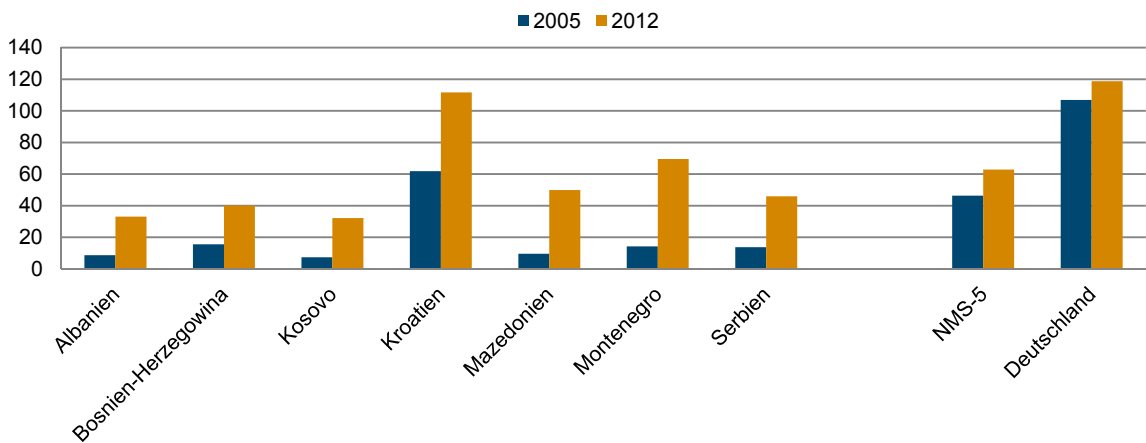
Sicher ist es richtig, dass die ausländischen Banken vielerorts das Finanzwesen fast aus dem Nichts heraus modernisiert haben. So sind in den letzten Jahren Bankautomaten wie Pilze aus dem Boden geschossen und haben mancherorts bereits eine ähnliche Dichte wie in den NMS erreicht (siehe Abbildung 1.37). Mit Ausnahme Kroatiens, welches in dieser Statistik schon beinahe das deutsche Niveau erreicht hat, ließe sich allerdings in der Region die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch zusätzliche Bankautomaten noch weiter erhöhen.

Abbildung 1.36 / Anteil ausländischer Banken an den Aktiva, in % der Gesamttaktiva



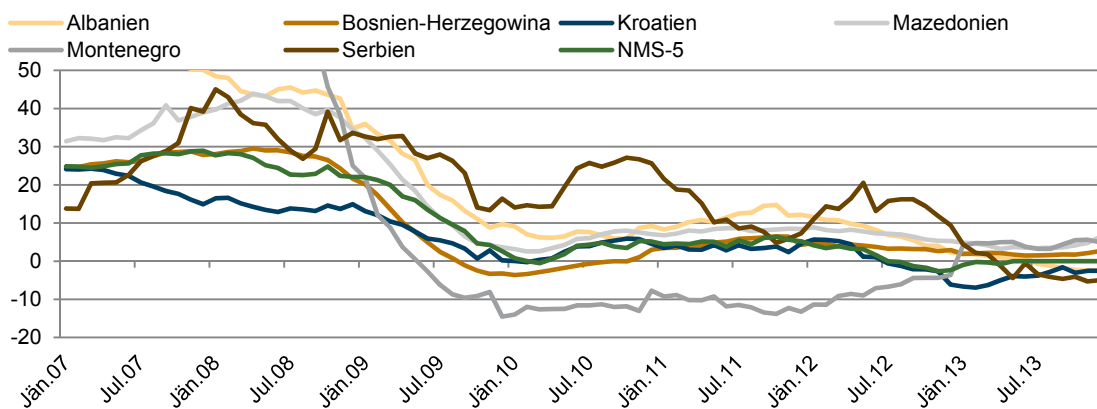
Quelle: EBRD Banking Survey, eigene Extrapolationen.

Abbildung 1.37 / Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene



Quelle: World Development Indicators, eigene Extrapolationen.

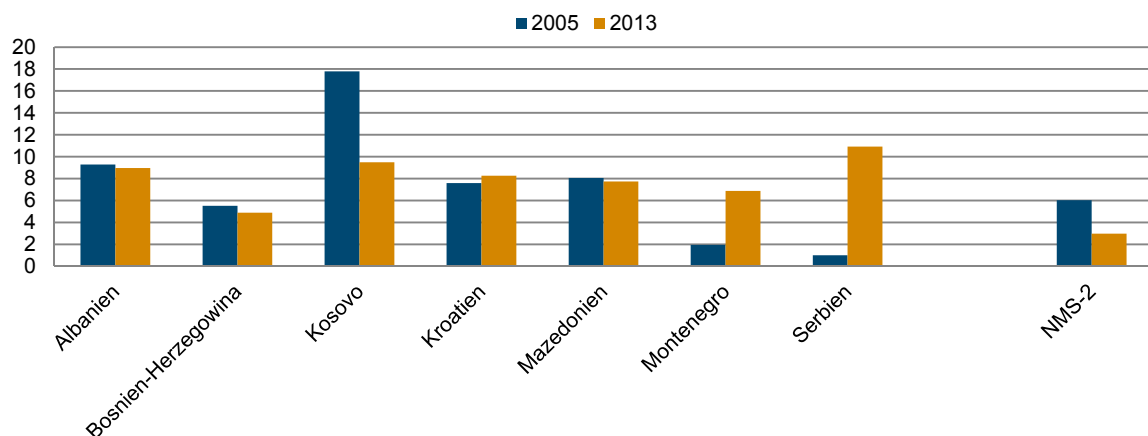
Abbildung 1.38 / Bankkredite, annualisierte Wachstumsraten in %



Quelle: wiiw-Datenbank.

Problematischer ist, dass in den letzten Jahren die Geldschöpfung durch Kreditvergabe der Banken zum Erliegen gekommen ist. Durch den europaweiten Prozess des Schuldenabbaus, neue erforderliche Mindestkernkapitalquoten und ein gesteigertes Risikobewusstsein wird Kapital in der Peripherie eher abgebaut und strömt verstärkt aus der Peripherie in die Zentren der Finanzwirtschaft. Das Wachstum der Bankkredite (Abbildung 1.38) in der Region ist entweder negativ oder so gering, dass beim gegenwärtigen Zinsniveau an eine Refinanzierung der bisherigen Kredite nicht zu denken ist.

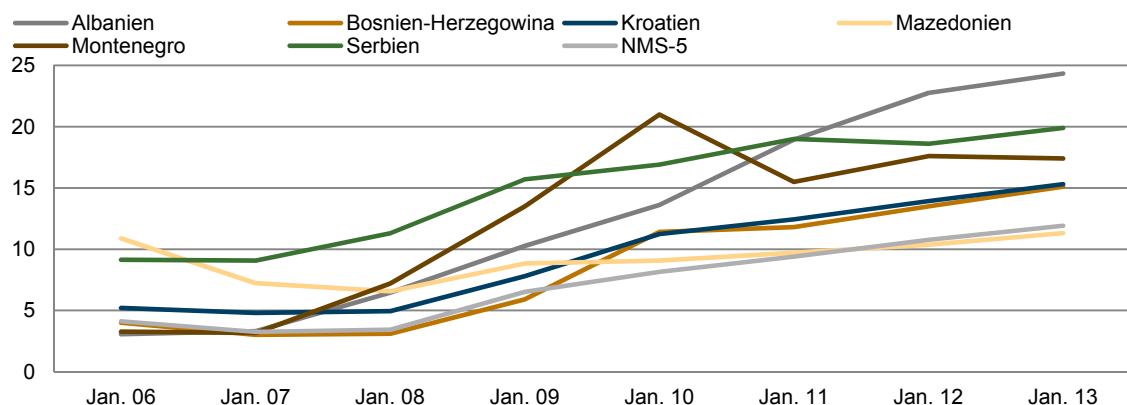
Abbildung 1.39 / Realer Kreditzinssatz



Quelle: World Development Indicators, eigene Extrapolationen, NMS-2 = HU&CZ.

Die durchschnittlichen, realen Kreditzinssätze (Abbildung 1.39) sind im Vergleich zur Periode vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise entweder auf hohem Niveau verharrt oder auf selbiges angestiegen. Die kosovarischen Realzinsen haben sich zwar 2013 im Vergleich zu 2005 fast halbiert, sind aber noch fast im zweistelligen Bereich beheimatet. Bei den aktuellen, niedrigen Wirtschaftswachstumsraten erscheinen diese Zinssätze als vollkommen unhaltbar. In diesem Zusammenhang ist es wenig verwunderlich, dass das Niveau der notleidenden Kredite kontinuierlich anwächst (Abbildung 1.40).

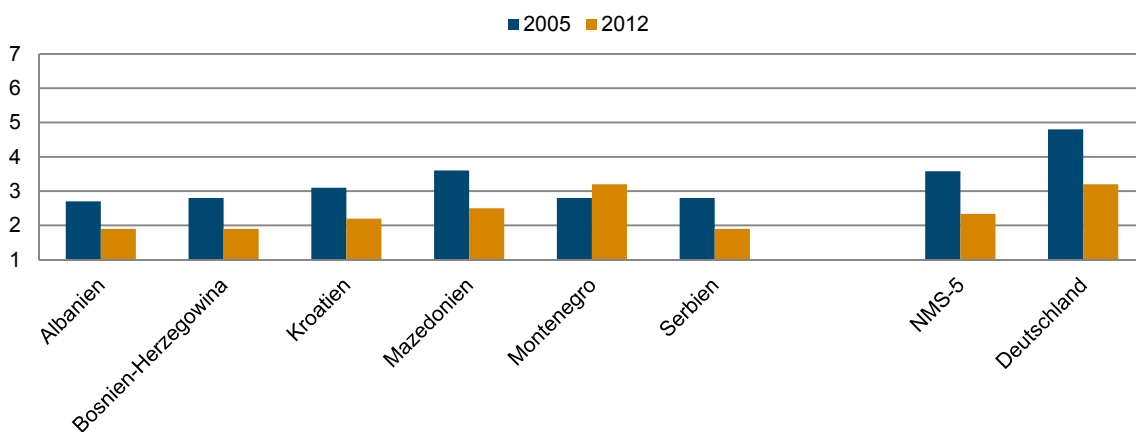
Abbildung 1.40 / Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite



Quelle: wiiw-Datenbank.

In Albanien ist bereits ein Viertel aller Kredite notleidend. Es handelt sich um Kredite, bei welchen die Zins- oder Tilgungszahlungen seit mindestens 90 Tagen in Verzug sind. Bei den anderen Westbalkanländern liegt die Rate der notleidenden Kredite bei zwischen 10% und 20%, mit meist steigender Tendenz. Hier schließt sich ein Teufelskreis, bei welchem das Ansteigen der notleidenden Kredite wiederum zu einer Reduktion der Kreditvergabe und zu einem weiteren Anstieg der Zinsen führt, was erneut einen Anstieg der notleidenden Kredite auslöst.

Abbildung 1.41 / Verfügbarkeit von Risikokapital (1 = schwierig, 7 = einfach)



Auch für Risikokapital zur Neugründung innovativer Firmen stehen immer weniger Mittel zur Verfügung, wobei auch schon vor der Krise die Verfügbarkeit von Risikokapital relativ gering war. Dieser Sachverhalt ist auch aus einer Umfrage des World Economic Forum ersichtlich, wonach es fast überall in der Region viel schwieriger geworden ist, an Risikokapital zu gelangen (Abbildung 1.41). Dabei handelt es sich allerdings um einen Trend, der auch in anderen Teilen Europas vorherrscht.

Aus dem obigen wird ersichtlich, dass die mangelnde Leistungsfähigkeit des Finanzmarktes am Westbalkan eine der wesentlichen Engpässe auf dem Weg zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit ist. Ein signifikanter Anstieg privater Investitionen in die Ausweitung von Exportkapazitäten ist ohne ausreichende Kredite des Bankensektors, allein aus dem Cashflow heraus, nur schwer vorstellbar. An einer oder mehreren Stellen des Teufelskreises aus schwachem Wirtschaftswachstum, steigenden Zahlen fauler Kredite, höheren Zinsen und geringerer Kreditvergabe wird die Wirtschaftspolitik ansetzen müssen. Es ist kein Trost, dass sich in diesem Teufelskreis, neben den Westbalkanländern, auch noch eine ganze Reihe weiterer peripherer europäischer Ökonomien befinden. Eine unserer Schwerpunktanalysen beschäftigt sich in weiterer Folge gezielt mit dem Zugang zu Investitionskrediten. Dort erfolgen eine detaillierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Finanzsektors am Westbalkan und eine Evaluierung des Reformbedarfs in der Kreditgewährung und im Bankensektor.

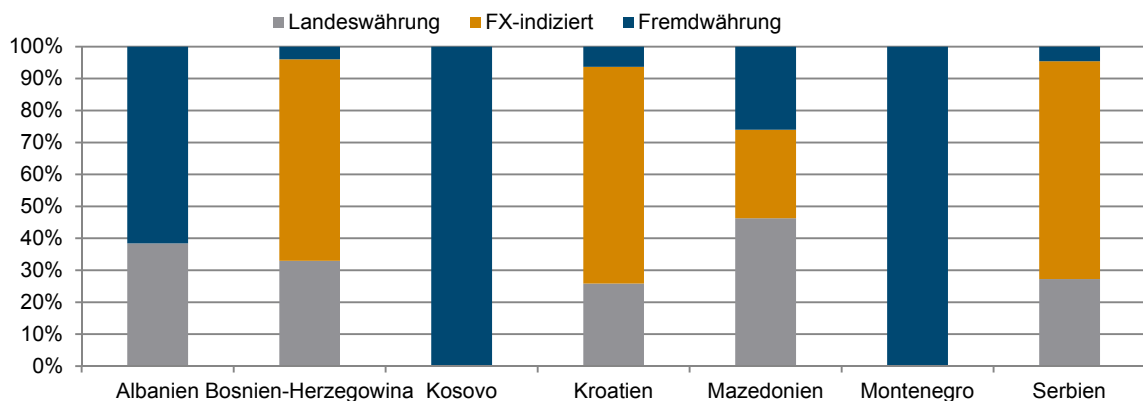
2. Einschätzung bisheriger Politiken im regionalen Vergleich

Im Folgenden sollen überblicksweise wesentliche wirtschaftspolitische Instrumente der sieben Volkswirtschaften des Westbalkans hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit dargestellt und beurteilt werden.

2.1. GELD- UND WECHSELKURSPOLITIK

Ist die Geld und Wechselkurspolitik am Westbalkan de jure dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet, so scheint doch de facto (und teils als offizielles Zwischenziel) ein Wechselkursziel gegenüber dem Euro mehr oder weniger strikt angepeilt zu sein. Montenegro und Kosovo haben unilateral den Euro übernommen, Bosnien-Herzegowina hat ein fixes Currency Board gegenüber dem Euro eingerichtet, und Kroatien und Mazedonien halten in einem engen Band einen fast fixen Wechselkurs zum Euro. Einzig Albanien und Serbien lassen ihren Währungen vis-à-vis dem Euro mehr Spielraum, versuchen aber auch immer wieder, nach stärkeren Ausschlägen, ein engeres Band zum Euro zu halten. Somit konnten auch nur diese beiden Länder über die Krisenperiode hinweg durch eine Abwertung der Landeswährungen gegenüber dem Euro (siehe Abbildung 1.8) die Wirkung des externen Schocks etwas abfedern. Über die letzten Monate hinweg haben aber sowohl der albanische Lek als auch der serbische Dinar nur geringe Schwankungen zum Euro gezeigt.

Abbildung 2.1 / Kredite an den nicht-finanziellen Privatsektor, nach Währungsklausel, in %, November 2013



Quelle: Nationale Zentralbanken.

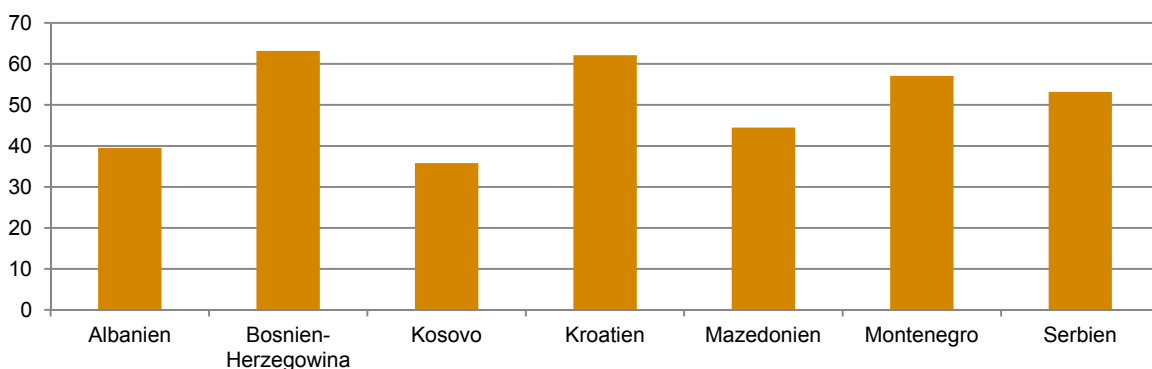
Gerade für kleine, offene Volkswirtschaften wäre das Instrument der Wechselkursabwertung sehr geeignet, um auf einfachem Wege mangelnde preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu beseitigen und damit die Leistungsbilanz auszugleichen. Eine solche „beggar-my-neighbour-Politik“ erfährt aber dort ihre Grenzen, wo sie in einer inflationsgetriebenen Abwertungsspirale mündet oder die Bedienung der in

Fremdwährung denominierten Schulden erschwert. Beide Gefahren sind für die stark „euroisierten“ Westbalkanländer gegeben und erklären, warum die meisten Notenbanken dort an den starren Bindungen zum Euro festhalten.

Über die wichtigste Frage, nämlich wie groß der Anteil der Einkommen ist, welche in Euro indiziert sind, gibt es keine Statistiken. Es ist aber anzunehmen, dass in den meisten Ländern der Region Löhne und Pensionen nicht an den Euro gekoppelt sind und Abwertungen somit nicht notwendigerweise sofort durch steigende Inflation neutralisiert werden würden. Ein vermutlich größeres Problem stellen die hohen Anteile an Fremdwährungskrediten dar, die sich im Falle einer Abwertung für die Schuldner entsprechend verteuern. Abbildung 2.1 zeigt den Anteil der Kredite an den nicht-finanziellen Privatsektor in Landeswährung, in Fremdwährung (FX) indiziert sowie direkt in Fremdwährung vergeben.

Abgesehen von den Unternehmen und Haushalten in Montenegro und Kosovo, die sich aufgrund einer fehlenden Landeswährung zur Gänze in Fremdwährung verschulden müssen, ist der Anteil der Kredite in lokaler Währung in den übrigen Ländern bei nur einem Drittel äußerst gering. In Kroatien ist überhaupt nur ein Viertel der Kredite in Landeswährung denominiert, der Großteil ist in Euro oder Schweizer Franken indiziert. Für die lokalen Bankbilanzen wäre eine Abwertung weniger problematisch als für die Kreditnehmer, zumal die Wahrungsinkongruenz nur gering ist und auch ein großer Teil der privaten Bankguthaben in Fremdwährung verbucht ist. Nichtsdestoweniger ist es vermutlich kein Zufall, dass gerade in jenen beiden Ländern (Albanien und Serbien), die in der Krise nominell abwerten konnten, auch die notleidenden Kredite⁴ den höchsten Anteil an den Gesamtkrediten aufweisen (Abbildung 1.40).

Abbildung 2.2 / Kredite an den nicht-finanziellen Privatsektor in % des BIP, November 2013



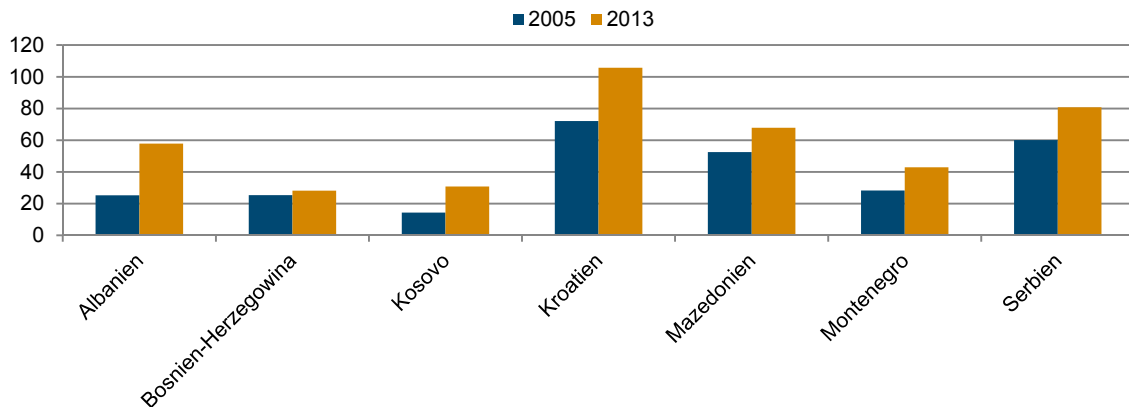
Quelle: Nationale Zentralbanken.

Ein weiterer Parameter zur Risikoabschätzung einer Abwertung ist neben der Wahrungsstruktur auch das Volumen der gesamten Kredite (Abbildung 2.2). Während dieses in Albanien und Kosovo noch unter 40% des BIP liegt, verzeichnen Bosnien-Herzegowina und Kroatien Kredite an den nicht-finanziellen Privatsektor von über 60% des BIP. Auch die Bruttoauslandsverschuldung aller Sektoren als Anteil am BIP (Abbildung 2.3) ist in diesem Zusammenhang ein relevanter Indikator. Diese ist in der gesamten Region, von recht niedrigem Niveau ausgehend, in den letzten Jahren stark angestiegen und

⁴ Kapitel 3 zum Reformbedarf in der Kreditgewährung und im Bankensektor beschäftigt sich unter anderem auch mit der Frage wie mit den notleidenden Krediten umzugehen ist.

dokumentiert damit einmal mehr die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Westbalkanländer und die damit einhergehende Nichtnachhaltigkeit der Trends in den Schuldenpositionen. Zudem hat die Auslandsverschuldung beispielsweise in Kroatien mit über 100% des BIP ein Niveau erreicht, das die Verantwortlichen in der lokalen Nationalbank noch mehr an der Bindung zum Euro festhalten lässt.

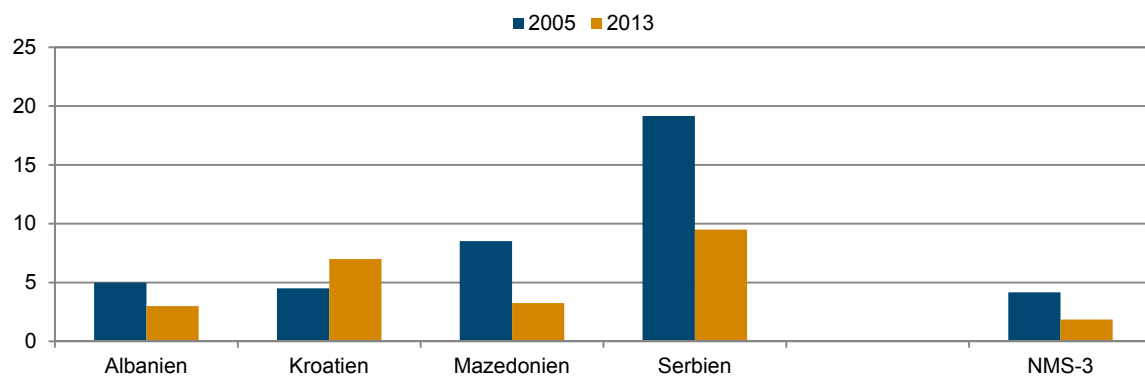
Abbildung 2.3 / Bruttoauslandsverschuldung als Anteil am BIP, in %



Quelle: wiiw-Datenbank. BA & ME = Bruttoauslandsverschuldung des Staates.

Das Verhalten der Zentralbanken am Westbalkan ähnelt der Maximin-Regel bei Entscheidungen unter Ungewissheit, wobei Alternativen nur anhand des jeweils schlechtesten Ergebnisses verglichen werden und somit andere mögliche Ergebnisse einer Alternative nicht in Betracht gezogen werden. Diese Konstellation verdammt die handelnden Akteure dazu, möglichst konservativ zu agieren und kein Risiko einzugehen, obwohl klar ist, dass die gegenwärtigen Entwicklungen langfristig nicht haltbar sind.

Abbildung 2.4 / Leitzinssätze der Nationalbanken, in %



Quelle: wiiw-Datenbank.

Das zeigt sich auch im gegenwärtigen Zinsniveau. Die realen Kreditzinsen (Abbildung 1.39) sind weit über den aktuellen wie auch der in den nächsten Jahren zu erwartenden Wirtschaftswachstumsraten. Selbst die nominellen Leitzinssätze (Abbildung 2.4) der Nationalbanken mit eigener Währung, die von den Banken nur mit hohen Risikoaufschlägen an Kreditnehmer weitergegeben werden, erscheinen angesichts der schwachen Wachstumslage und der meist niedrigen Inflationsraten als zu hoch. Im Falle

Kroatiens wurde der Leitzins im Vergleich zur Vorkrisenperiode sogar noch um einiges erhöht, um den Kurs zum Euro zu halten.

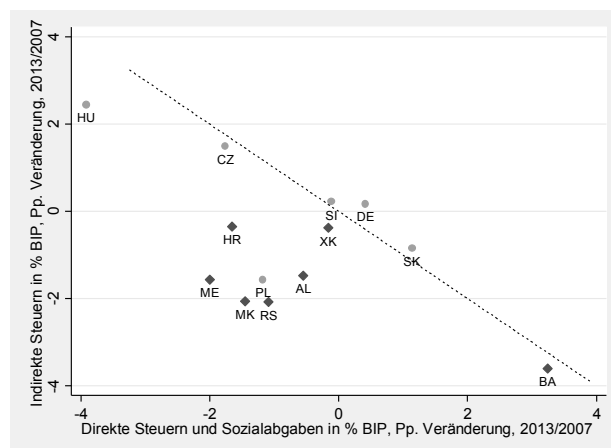
In einer einfachen Variante der ursprünglichen Taylor-Regel⁵, unter der Annahme einer potentiellen Wachstumsrate von 4% und einem Inflationsziel von 2% (bzw. dem jeweiligen offiziellen Inflationsziel), haben allerdings 2013 nur Albanien und Kroatien einen Leitzinssatz der, gegeben der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, unangemessen hoch ist - im Falle Kroatiens gar um fünf Prozentpunkte.

Alles in allem ist in nächster Zeit auch weiterhin mit einer eher restriktiven Geldpolitik und nicht mit kontrollierten Abwertungen in der Region zu rechnen. Eine die Wettbewerbsfähigkeit steigernde Unterstützung exportierender Firmen und einheimischer Firmen auf dem Binnenmarkt muss daher realistischer Weise mit wirtschaftspolitischen Substituten zu einer nominellen Abwertung der Landeswährungen⁶ zu erbringen sein. Ein solches Substitut, fiskalischer Art, wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

2.2. FISKAL- UND ARBEITSMARKTPOLITIK

Der Vergleich der Fiskalpolitik der Westbalkanländer für die Jahre 2007 und 2013 legt nahe, dass die meisten Länder des Westbalkan zuletzt passiv bis expansiv agiert haben, jedenfalls aber nicht mit starker fiskalischer Austerität. Am ehesten hat Kroatien insbesondere ausgabenseitig eine Tendenz hin zu restriktiver Fiskalpolitik gezeigt. Sowohl ausgabenseitig als auch einnahmen seitig expansiv war beispielsweise Mazedonien. Insgesamt dürfte die öffentliche Defizitfinanzierung am Westbalkan tendenziell eine Stabilisierung der aggregierten Nachfrage mit sich gebracht haben und damit auch größeren Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit abgewendet haben.

Abbildung 2.5 / Fiskalisches Verhalten bei den Staatseinnahmen



Quelle: wiiw-Datenbank, eigene Berechnungen.

⁵ Der, nach John B. Taylor, optimale Zinssatz ergibt sich aus der Summe der aktuellen Inflationsrate, der Rate des Inflationsziels, sowie dem Outputgap und dem Inflationsgap, welche beide mit 0,5 gewichtet werden.

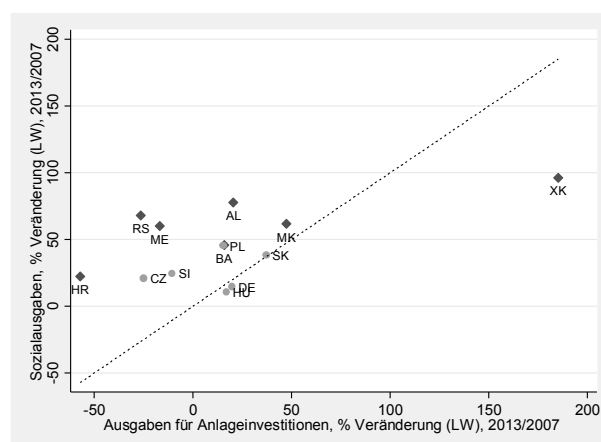
⁶ Kapitel 4 zum Thema Kapitalzuflüsse und reale Aufwertung bietet unter anderem auch Politikempfehlungen zur Wechselkurspolitik am Westbalkan. Demzufolge sollte in Albanien und Serbien der Übergang zu einem intermediären Wechselkursystem mit größeren Bandbreiten erwogen werden, während eine Erweiterung der bestehenden Bänder in Kroatien und Mazedonien ebenfalls dazu geeignet wäre, spekulativen Marktdruck zu verringern.

In Abbildung 2.5 ist horizontal die Veränderung der direkten Steuereinnahmen und Sozialabgaben des Gesamtstaates in Prozent des BIP zwischen den Jahren 2007 und 2013 in Prozentpunkten abgetragen. Auf der vertikalen Achse findet sich die Veränderung der indirekten Steuereinnahmen (insbesondere Umsatzsteuern) in Prozent des BIP zwischen den Jahren 2007 und 2013, ebenfalls in Prozentpunkten. Unter der Annahme, dass sich der durchschnittliche nominelle Besteuerungssatz nicht verändert, sollte, unabhängig von der konjunkturellen Lage, der Anteil der Staatseinnahmen recht stabil bleiben⁷. Dies entspricht einem fiskalisch passiven Verhalten, welches sich in der Abbildung bei Werten um den Nullpunkt manifestiert. Erhöhungen der Staatseinnahmen Quoten können als Maßnahme der fiskalischen Austerität gewertet werden. Senkungen der Staatseinnahmen Quoten wiederum können als fiskalische Expansion interpretiert werden.

Deutschland ist das einzige Vergleichsland welches in beiden Kategorien leicht positive Veränderungsraten aufweist. Zusammen mit Slowenien und der Slowakei befindet sich Deutschland über einer 45°-Linie die andeuten soll ob ein Land in der Summe der beiden wichtigsten Staatseinnahmen Kategorien fiskalische Austerität ausübt oder nicht. Alle Länder des Westbalkan liegen unter der Linie, im expansiven Bereich. Mit Ausnahme Bosnien und Herzegowinas finden sich hier negative Veränderungsraten in beiden Einnahmen Kategorien. Die Rückgänge bei den direkten Steuern und Sozialabgaben sind teilweise durch entsprechende Reduktionen bei den Steuersätzen zu erklären. Der Rückgang bei den indirekten Steuern lässt sich so allerdings nicht erklären. Jedenfalls sollte aber eine Steuerentlastung, insbesondere im Bereich der direkten Steuern und Sozialabgaben, für die Wettbewerbsfähigkeit förderlich sein.

Abbildung 2.6 zeigt im Unterschied zur vorherigen Abbildung auf der horizontalen Achse die prozentuelle, nominelle Veränderung der Staatsausgaben für Anlageinvestitionen in Landeswährung (LW) und auf der vertikalen Achse die entsprechende Veränderung der Sozialausgaben zwischen den Jahren 2007 und 2013. Letztere Ausgabenkategorie zählt in der Regel zur weitaus größten, während den Anlageinvestitionen ein besonders konjunkturwirksames Potential zugesprochen wird. Die 45°-Linie in dieser Abbildung soll andeuten ob ein Staatshaushalt gleichmäßig Sozialausgaben und Anlageinvestitionen gesteigert hat oder nicht.

Abbildung 2.6 / Fiskalisches Verhalten bei den Staatsausgaben



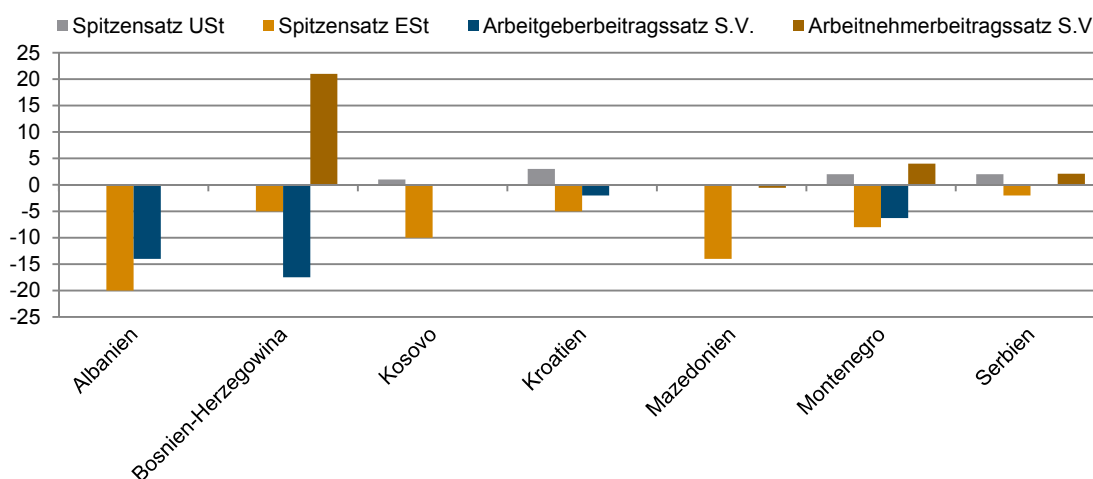
Quelle: wiiv-Datenbank, eigene Berechnungen.

⁷ Durch eine gewisse Progressivität des Steuersystems muss aber nicht unbedingt von einem exakt linearen Verhalten ausgegangen werden.

Tatsächlich haben im Zuge der Wirtschaftskrise alle hier abgebildeten Länder ihre Sozialausgaben, zumeist im Rahmen der automatischen Stabilisatoren wie zum Beispiel der Arbeitslosenunterstützung, zuletzt erhöht. Überraschend gering fiel diese Steigerung in Kroatien aus, trotz einer fünfjährigen Rezession und gleichzeitiger Verdoppelung der Arbeitslosenrate. Bei den öffentlichen Anlageinvestitionen haben fast alle Westbalkanländer geringere Steigerungen als bei den Sozialausgaben erfahren. In Montenegro, Serbien und vor allem in Kroatien wurden diese, mit den entsprechend negativen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit, sogar stark reduziert. Im Vergleich zum Jahr 2007 hat Kroatien seine öffentlichen Investitionen um fast 60% gesenkt. Das Gegenbeispiel ist der Kosovo, eines der wenigen europäischen Länder welches eine Rezession seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise vermeiden konnte. Von niedrigem Niveau aus konnten hier die Sozialausgaben fast verdoppelt werden und die Anlageinvestitionen um 185% gesteigert werden, bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von nicht einmal 4%.

Die strukturelle Veränderung der Einnahmenseite des Staates wurde in den letzten Jahren von allen Westbalkanländern (mehr oder weniger bewusst) dahingehend genutzt, um – als Substitut für eine Währungsabwertung – eine fiskalische Abwertung herbeizuführen. Ziel einer solchen fiskalischen Abwertung ist es, durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer (USt) und der Verbrauchsteuern insbesondere auch den Import von Konsumgütern zu beschränken. Zugleich sollte eine Herabsetzung der Einkommensteuersätze (ESt) und vor allem der Beitragssätze zur Sozialversicherung die Kosten der heimischen Unternehmen senken und dadurch die Importsubstitution und den Export fördern. In Anhang A findet sich eine Simulation einer solchen fiskalischen Abwertung für die Länder des Westbalkans. Eine budgetneutrale Verschiebung von der Sozialversicherungsbelastung hin zur Umsatzsteuerbelastung im Ausmaß von jeweils einem Prozentpunkt der Bruttowertschöpfung hätte demzufolge eine Handelsbilanzdefizit-reduzierende-Wirkung von durchschnittlich 0,9% der Bruttowertschöpfung.

Abbildung 2.7 / Veränderung der Steuer- und Beitragssätze zwischen 2005 und 2013, in Pp.



Der USt-Spitzensteuersatz, der in allen Westbalkanstaaten auch der Standardsatz ist, wurde zwischen 2005 und 2013 in Serbien, Montenegro, Kroatien und Kosovo erhöht und in den anderen Ländern konstant belassen (Abbildung 2.7). Bei der ESt wurden ausnahmslos in allen Ländern der Region die Spitzensteuersätze gekürzt. Die Arbeitgeberbeitragssätze zur Sozialversicherung (S.V.) wurden, so sie

nicht gleich geblieben, ebenso herabgesetzt. In Bosnien-Herzegowina und Montenegro wurden diese im Wesentlichen auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Insgesamt dürften die steuerlichen Veränderungen der letzten Jahre zwar ihren Zweck zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit erfüllt haben, aber auch zu einer Mehrbelastung einkommensschwacher Gruppen bei gleichzeitiger Entlastung der Spitzenverdiener geführt haben. Eine Verschärfung ökonomischer Ungleichheit hat das Potential der politischen Akzeptanz von ähnlichen Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu schaden.

Noch gravierender auf die Einkommensverteilung wirkt sich die extrem hohe Arbeitslosigkeit (Abbildung 1.29) am Westbalkan aus. Dass die Kapazitätsauslastung in der Region gering ist, zeigt sich auch an den Hinweisen auf eine große Diaspora (Abbildung 1.30), einen hohen Anteil an Beschäftigung in der Subsistenzlandwirtschaft (Abbildung 1.31) und einem großen inoffiziellen Sektor (Abbildung 1.32). Die Tatsache, dass das Heuern und Feuern am Westbalkan vergleichsweise flexibel gehandhabt wird (Abbildung 1.33) und sich die Ausbildung der reichlich vorhandenen Arbeitskraft tendenziell verbessert (Abbildung 1.22), zeigt des Weiteren, dass das Problem der geringen Kapazitätsauslastung vermutlich nur teilweise eine Frage des beschränkten und mangelhaften Angebots⁸, sondern eher eines der fehlenden internen und externen Nachfrage ist.

Obwohl die Aktivierungspolitiken und die Anwendung von aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (ALMP) weltweit zu einem allgemeinen Trend wurden, zeigen Evaluierungen nur eine moderate direkte Auswirkung von ALMP, die die hohe Arbeitslosigkeit als solche auch am Westbalkan nicht bewältigen können. Es kann auch nicht behauptet werden, dass die gegenwärtige Höhe der Arbeitslosenunterstützungen in den Westbalkanländern ein ernsthafter „Negativanreiz“ wäre. Die Nettoersatzquoten (0-50%) sind eher gering. Darüber hinaus besteht zumeist nur ein niedriger Deckungsgrad der Arbeitslosenunterstützung. Auch ist die Zahl der arbeitslosen Personen, die in ALMP Maßnahmen eingebunden sind, meist gering. Ein Grund ist sicher auch, dass die Ausgaben für aktive Maßnahmen in diesen Ländern im Allgemeinen eher gering sind. Die öffentliche Arbeitsverwaltung ist in der Region meist unterbesetzt und überlastet.⁹

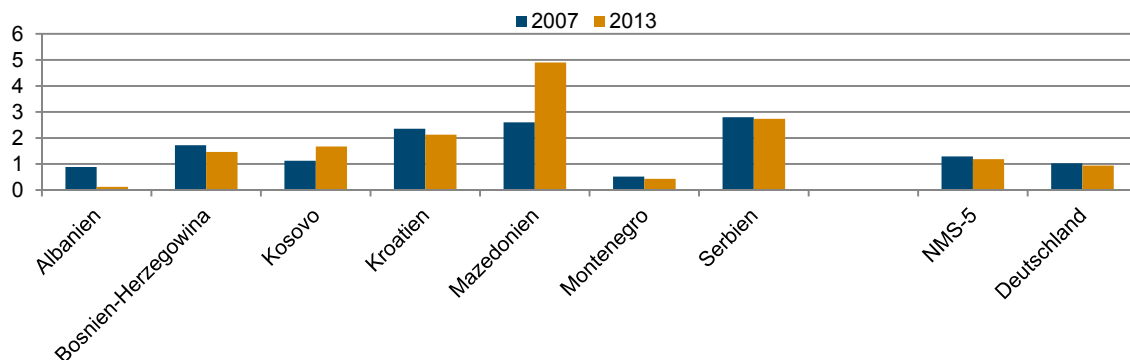
Des Weiteren fehlt es, wie schon mehrfach erwähnt, an kooperativen Institutionen der Sozialpartnerschaft (Abbildung 1.35), die beispielsweise durch makroökonomisch abgestimmte Einkommenspolitiken sowohl die Wettbewerbsfähigkeit verbessern als auch die Beschäftigung steigern könnten.

2.3. ORDNUNGS- UND STRUKTURPOLITIK

Regionale und sektorale strukturpolitische Maßnahmen mit Hilfe von Investitionsförderungen, Subventionen und Steuervergünstigungen sind in den letzten Jahren in der Region Westbalkan nur punktuell zum Einsatz gekommen. Über ein Netzwerk von lokalen und nationalen Agenturen für Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit werden vornehmlich ausländische Investoren geworben. Insbesondere Kroatien und Serbien haben dabei ein recht umfassendes Programm entwickelt.

⁸ Mit einer großen Zahl an Politikempfehlungen zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation endet das Kapitel 7 zum Thema „Arbeitsmarkt und Migration in den Westbalkanländern“.

⁹ Genaue Informationen zum Zustand der Aktivierungspolitiken in den Westbalkanländern sind aus der Studie: Gligorov, V., et al. (2011) „Developing efficient activation approaches and identifying elements for regional cooperation in the Western Balkans“, wiiw Research Report No. 374, die für die Generaldirektion Beschäftigung der EK erstellt worden ist, zu erfahren.

Abbildung 2.8 / Staatsausgaben für Subventionen, Staat, konsolidiert, in % des BIP

Notiz: Mazedonien 2010 und 2013.

Quelle: IMF, Nationale statistische Ämter, Nationalbanken, Finanzministerien, wiiv-Datenbank, eigene Berechnungen.

In der Vergangenheit waren es vor allem die großen Privatisierungen die ausländische Direktinvestitionen angelockt haben. Zuletzt verblieben noch eine Reihe kleinerer Staatsbeteiligungen in den Portfolios der dafür zuständigen Privatisierungsagenturen am Westbalkan. Dabei handelt es sich oft um Unternehmen für die nur schwer ein Käufer zu finden ist und die zuvor restrukturiert werden müssen, was zumeist politisch sensibel ist. Ähnlich wie die Regulierungsbehörden in den monopolgeneigten Märkten für Energie und Kommunikation müssten auch die Privatisierungsagenturen mit klareren Zielsetzungen ausgestattet werden und von politischer Einflussnahme im Alltagsgeschäft befreit werden, was zurzeit weder bei den einen noch bei den anderen Institutionen in allen Ländern der Region der Fall ist.

Größere Unternehmensportfolios in öffentlicher Hand sind insbesondere noch in Serbien und dem Kosovo vorhanden, den beiden Privatisierungsnachzüglern. Hier spielen auch Eigentumsfragen noch eine gewichtige Rolle, zumal eine Hinterlassenschaft des ehemaligen Jugoslawiens die Unterscheidung in staatseigene Betriebe und Betriebe der Arbeiterselbstverwaltung ist und im Zuge der Loslösung des Kosovo von Serbien teilweise noch Klärungsbedarf vorhanden ist. Der zunehmend geringere fiskalische Spielraum in den meisten Ländern des Westbalkans wird vermutlich die Privatisierung der letzten Staatsbeteiligungen beschleunigen. Die Investorenwerbung am Westbalkan wird deshalb vermehrt auf Industrie-Neuansiedlungen abzielen müssen.

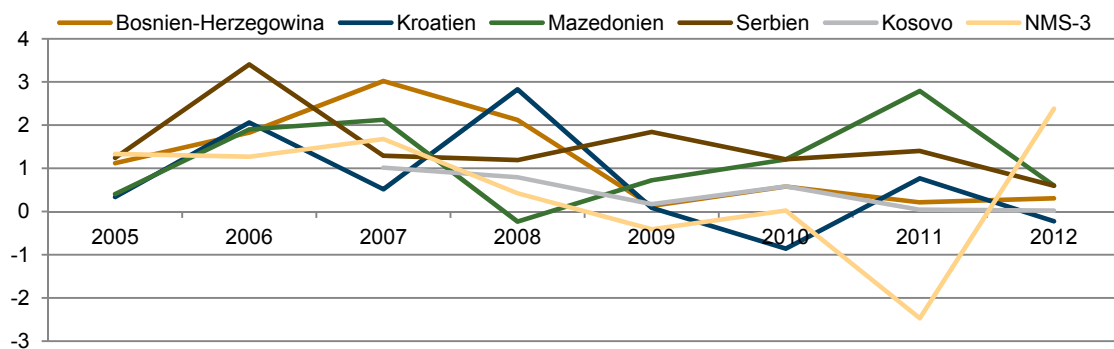
Diesbezüglich bietet beispielsweise die kroatische Investitionsagentur unter anderem Steuerbegünstigungen und Anreize für das Schaffen von Arbeitsplätzen, Training und Ausbildung, Innovation und Unterstützung bei den Kapitalkosten der Investitionen. Es gelten reduzierte Sätze bei den Ertragssteuern auf 10 Jahre und Subventionen bei den Kapitalinvestitionen von bis zu 1 Million Euro. Bei der Schaffung von besonders vielen Arbeitsplätzen gibt es zusätzliche Aufschläge bei den Subventionen von bis zu 100%. Zur Stärkung der Forschung und Entwicklung werden in Kroatien entsprechende Investitionen ebenfalls mit Anreizen gefördert, zu denen Steuerermäßigungen und Subventionen zählen.

Auch Serbien bietet eine Fülle an Investitionsanreizen. Staatliche Zuschüsse pro neu geschaffenen Arbeitsplatz belaufen sich auf durchschnittlich rund 4600 Euro. Dazu kommen noch Subventionen des Nationalen Beschäftigungsdienstes für Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Umschulungsprogramme. Es

gibt Körperschaftssteuerbefreiungen und Gutschriften über eine Maximaldauer von 10 Jahren. Für bestimmte Arbeitnehmergruppen gibt es 2 bis 3 jährige Befreiungen von den Sozialversicherungsbeiträgen. Weiteres gelten auch diverse Zollvergünstigungen. Die Regierung plant allerdings in der kommenden Periode viele dieser Subventionen aus Gründen der budgetären Disziplin stark zu kürzen.

In den anderen Ländern, die in der Regel auch kleiner und ärmer sind, fällt die Investitionsförderung etwas weniger großzügig aus. So bietet beispielsweise das „Albania for One Euro“-Programm an, eine Firma an einem Tag an einer Stelle um einen Euro registrieren zu lassen, auch können Baugründe in staatlichem Besitz um einen symbolischen Euro gepachtet werden. Es gibt Zoll- und Umsatzsteuerrückvergütungen beim Import von Maschinen. In der Bekleidungsindustrie entfällt die Umsatzsteuerpflicht gänzlich. Weitere Subventionen und Steuerbefreiungen können diskretionär erteilt werden.

Abbildung 2.9 / Ausländische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie, in % des BIP, netto, Verlaufsstatistik



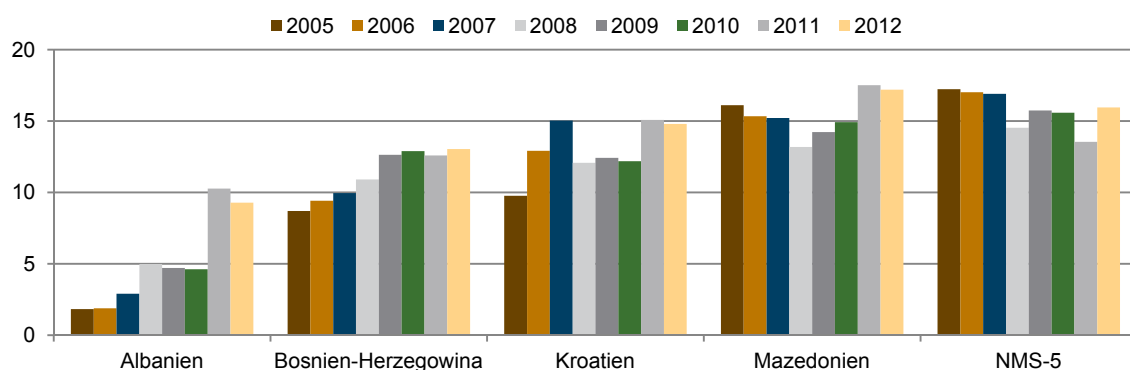
Quelle: wiiw-Datenbank, BQK, NACE-Nomenklaturbrüche 2008-2010, Bruttozahlen für Serbien, NMS-3 = CZ, HU & PL.

In Mazedonien beschränken sich die Investitionsanreize regional auf Investitionen in Technologische Industrie-Entwicklungs-Zonen. Es gelten zehnjährige Steuerbefreiungen sowie Zoll- und Umsatzsteuerbefreiungen für Güter, Rohmaterialien und Maschinen. Es gibt auch staatliche Baukosten-Zuschüsse, die von der Investitionssumme und der Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze abhängen und bis zu 500.000 Euro betragen können. In den übrigen Westbalkanländern fallen die Investitionsförderungen noch geringer aus und beschränken sich zumeist auf Steuervergünstigungen. Fast alle Länder der Region haben Anstrengungen unternommen den europäischen „Small Business Act“ für Klein- und Mittelbetriebe umzusetzen. Es besteht zumeist auch die Möglichkeit einer One-Stop-Shop-Registrierung innerhalb weniger Tage für neue Unternehmen.

Insgesamt dürften die Subventionen in der Region im Verhältnis zur Periode vor dem Ausbruch der Krise als Anteil am BIP leicht gefallen sein, jedenfalls aber über die letzten Jahre um die 2% betragen haben, ein Wert der doppelt so hoch ist wie beispielsweise in den NMS oder Deutschland (siehe Abbildung 2.8). Besonders gering sind die Subventionen in Albanien und Montenegro. Besonders hoch sind sie in Serbien und vor allem Mazedonien, wo sie zuletzt fast 5% vom BIP ausgemacht haben. In Mazedonien und auch im Kosovo sind die Subventionen über die letzten Jahre auch angestiegen.

Inwiefern die Investitionsförderungstätigkeit am Westbalkan auch erfolgreich war, lässt sich nur schwer beurteilen. Aus der Verlaufsstatistik (Abbildung 2.9) der ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie, welche auf Daten der Zahlungsbilanz zurückgreift, erkennt man über die letzten Jahre einen negativen Trend der Nettozugänge als Anteil am BIP für Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Kosovo und einen positiven für Serbien und Mazedonien. Allerdings muss erwähnt werden, dass für Serbien nur die Bruttowerte vorhanden sind und deshalb eine Vergleichbarkeit, jedenfalls im Niveau, nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Abbildung 2.10 / Ausländische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie, in % des BIP, Bestandsstatistik



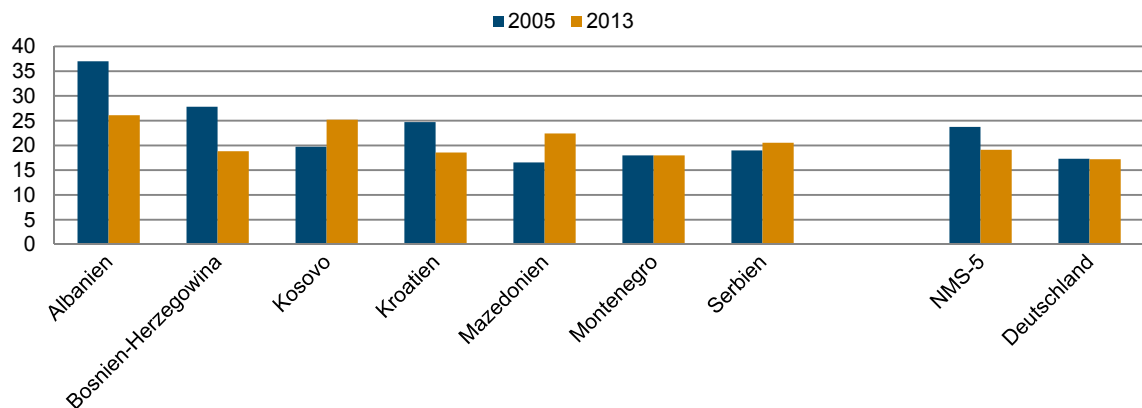
Quelle: wiiv-Datenbank, NACE-Nomenklaturbrüche 2008-2010.

Aus der Bestandsstatistik (Abbildung 2.10), welche sich aus Daten der Unternehmensbilanzen speist, scheint generell für die Westbalkanländer ein positiver Trend bei den ausländischen Direktinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe erkennbar zu sein. Dieser positive Trend war zuletzt vor allem in Kroatien und Mazedonien besonders ausgeprägt. In diesen beiden Ländern hat man niveaumäßig auch den Anschluss an die NMS-5 gefunden. In diesen beiden Ländern hatten sich zuletzt die komparativen Vorteile im Handel mit medium-high-tech Gütern zuletzt stark verbessert¹⁰. Darüber hinaus war man insbesondere in Kroatien auch vergleichsweise erfolgreich bei der Akquirierung von ausländischen Direktinvestitionen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen¹¹.

Insgesamt stagnierte die Investitionsquote am Westbalkan im Vergleich zwischen den Jahren 2005 und 2013 zumeist (Montenegro, Serbien) oder ist sogar stark gefallen (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien). Nur im Kosovo und in Mazedonien ist der Anteil der Bruttoanlageninvestitionen am BIP nennenswert gestiegen (Abbildung 2.11). Diese beiden Länder hatten zuletzt als einzige Länder der Region einen Anstieg der Subventionen am BIP zu verzeichnen, waren aber in unterschiedlichem Ausmaße erfolgreich bei der Akquirierung von ausländischen Direktinvestitionen. Somit bleibt auch weiterhin die Effektivität der strukturpolitischen Maßnahmen in den Westbalkanstaaten unklar. Vermutlich sind Investitionsförderungen nur bedingt in der Lage, die Investitionsquote in einem Land zu heben und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

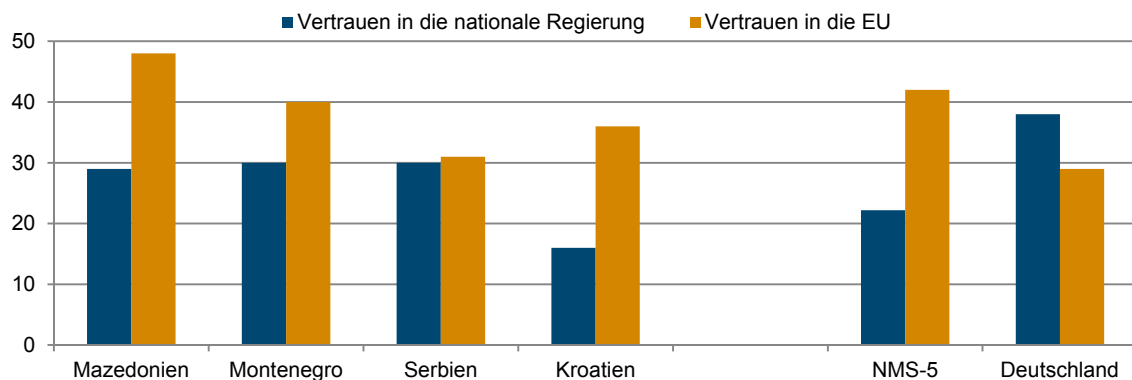
¹⁰ Eine genaue Analyse zur Integration der Westbalkanländer in Produktionsnetzwerke und zu den Entwicklungen im Güterhandel bietet das Kapitel 5. Die Politikempfehlungen dieses Kapitels beinhalten eine aktive Industriepolitik und Maßnahmen zur Exportförderung.

¹¹ Zum Thema der Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors in den Westbalkanländern kann Kapitel 6 einen Beitrag leisten. Dazu gibt es auch beispielsweise Politikempfehlungen für den Informations- und Kommunikationstechnologiesektor am Westbalkan.

Abbildung 2.11 / Bruttoanlageninvestitionen in % des BIP

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat.

Ähnliches gilt vermutlich auch für die Ordnungspolitik. Abbildung 1.15 hat gezeigt, dass sich die regulatorische Qualität in den meisten Westbalkanländern zwischen 2005 und 2012 verbessert hat. Auch wenn das Niveau im Vergleich zu den NMS noch ausbaufähig ist, so ist doch der Trend ermutigend. Hier ist die Aussicht auf einen EU-Beitritt ein entscheidender Faktor, der zu einer nachhaltigen Verbesserung des Ordnungsrahmens, innerhalb dessen die Wirtschaftsprozesse stattfinden, führt.

Abbildung 2.12 / Vertrauen in Institutionen, in % der Befragten, Herbst 2013

Quelle: Eurobarometer.

Wie wichtig die Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität für die Völker des Westbalkans ist, zeigt sich in den Eurobarometer-Umfragen (Abbildung 2.12). In allen Ländern der Region, wie auch in den NMS, ist das Vertrauen der Bevölkerung in die nationalen Regierungen, im Vergleich zum Vertrauen in die Europäische Union, nur gering. Es ist bezeichnend, dass im Kern der EU, wie beispielsweise in Deutschland, dieses Verhältnis genau umgekehrt ist. Hier spiegeln sich auch Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Peripherie und Zentrum wider, die es zu überwinden gilt. Mittels kooperativen Verhaltens könnte ein für alle Teilnehmer günstigeres Gleichgewicht gefunden werden. Eine tatkräftige Unterstützung der Westbalkanländer in der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch die Europäische Union könnte für beide Seiten von langfristigem Vorteil sein. Dass aber ein EU-Beitritt alleine nicht alle Defizite der Wettbewerbsfähigkeit bereinigt zeigt das Beispiel Kroatiens.

In ihren Fortschrittsberichten hat die Europäische Kommission auch stets ihr Augenmerk auf die Reformanstrengungen der Westbalkanländer im Bereich der öffentlichen Verwaltung gerichtet. Dementsprechend hat Kroatien als EU-Mitgliedsland umfassende Reformen in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt. Für die öffentliche Verwaltung gibt es ein eigenes Ministerium und für die Schulungsmaßnahmen der öffentlich Beschäftigten ist die staatliche Schule für öffentliche Verwaltung zuständig. Auch am Kosovo gibt es ein eigenes Ministerium für öffentliche Verwaltung und für die Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen des öffentlichen Personals ist das „Kosovo Institut für öffentliche Verwaltung“ verantwortlich. Wenig Personal und geringe Finanzmittel sind jedoch eine große Herausforderung bei der Implementierung der Strategiepapiere und Aktionspläne. Dies gilt natürlich auch für die meisten anderen Länder der Region. In Mazedonien ist die Zuständigkeit für die Reformen beim Ministerium für Informationsgesellschaft und Verwaltung angesiedelt, in Serbien beim Justizministerium und in Montenegro beim Innenministerium. In Albanien gibt es ein Department für die öffentliche Verwaltung.

Die Reformen des öffentlichen Sektors in Bosnien-Herzegowina gestalten sich aufgrund der komplexen Staats-Struktur als schwierig. Die Verteilung sowie Überschneidung der Kompetenzen zwischen den gesamtstaatlichen, den Entitäts- oder kantonalen Institutionen erschwert dadurch die Implementierung der Reformpläne. Daher wurde hier ein Koordinationsbüro für Reformen des öffentlichen Sektors eingerichtet. Für Personalentwicklung wurden auf gesamtstaatlicher Ebene und auf Ebene der beiden Entitäten insgesamt drei Agenturen geschaffen. Die Zuständigkeit für Personalmanagement und -entwicklung liegt beispielsweise in Mazedonien beim Ministerium, während in Albanien ein Trainingsinstitut für öffentliche Verwaltung existiert oder in Montenegro eine Behörde für Personalmanagement gegründet wurde. Beim Aufbau von Verwaltungsakademien die sich mit jenen in Westeuropa vergleichen ließen sind die meisten Staaten des Westbalkans aber noch in den Anfängen begriffen.

Die Europäische Kommission begutachtet auch die Fortschritte bei der Justizreform. So haben einige Länder der Region wie zum Beispiel Mazedonien bereits viele Maßnahmen durchgeführt die im Einklang mit den europäischen Standards sind. Trotzdem bleiben auch weiterhin große Herausforderungen hinsichtlich der praktischen Funktionalität von Gerichten. Am Kosovo wurde Anfang 2013 gar ein neues Gerichtssystem eingeführt und auch ein neues Strafgesetzbuch sowie eine neue Strafprozessordnung sind in Kraft getreten, die nun aber auch entsprechend implementiert werden müssen. Die Herausforderungen in Sachen Unabhängigkeit der Justiz sind ebenfalls enorm da immer wieder von politischer Einflussnahme die Rede ist.

Diesbezüglich ist die Lage in Albanien und in Bosnien und Herzegowina nicht unähnlich. Politische Einflussnahme insbesondere bei Personalentscheidungen im Justizwesen ist auch ein großes Problem in Serbien und in Montenegro. Hier wurden zuletzt von den Parlamenten Reformen verabschiedet die eine größere Unabhängigkeit der Justiz gewährleisten sollen. Die grundlegenden Anforderungen aus den Beitrittsverhandlungen in Sachen Justizreform werden von Kroatien erfüllt. Mit den Reformen des Richter-Rates und des Staatsanwälte-Rates wurden laut Europäischer Kommission auch die Voraussetzungen für transparente und objektive Besetzungen von hohen Ämtern im Justizwesen geschaffen.

In den meisten Ländern des Westbalkans hat die Europäische Kommission zuletzt Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung erkennen können, gleichzeitig aber noch substantielle Mängel konstatieren

müssen. So hat zum Beispiel Mazedonien eine „Staatliche Kommission für die Prävention von Korruption“ sowie eine Antikorruptions-Einheit im Innenministerium die aber beide unterbesetzt und unterfinanziert sind was die Effizienz von deren Arbeit einschränkt. Oft mangelt es aber auch, wie im Kosovo, an der Kooperation zwischen der Antikorruptions-Agentur und anderen Institutionen wie beispielsweise den Steuerbehörden.

In Bosnien und Herzegowina zeigen sich die üblichen Probleme zumal bei der Implementierung der von der gesamtstaatlichen „Agentur für die Korruptionsprävention und die Koordination im Kampf gegen Korruption“ ausgearbeiteten Anti-Korruptions-Strategie und des dazugehörigen Aktionsplans die Entitäten und auch einzelne Kantone weiterhin eigene Strategien und Aktionspläne verfolgen. Auch in den übrigen Westbalkanländern wurden entsprechende Agenturen eingerichtet sowie Aktionspläne und Strategiepapiere verabschiedet. Das Vertrauen der Bevölkerung in eine effiziente Korruptionsbekämpfung ist aber zurzeit, selbst im EU-Mitgliedsland Kroatien, noch begrenzt.

2.4. POLITIKBEREICHE MIT REGIONALEM KOOPERATIONSPOTENTIAL

Eine Vielzahl an regionalen Organisationen hat es sich zur Aufgabe gemacht Politik am Westbalkan bzw. auf der gesamten Balkanhalbinsel und darüber hinaus zu koordinieren und Kooperation zu ermöglichen, zumeist mit dem Ziel der Kooperationspartner der euro-atlantischen Integration näher zu kommen. Dabei nimmt der Regionale Kooperationsrat (RCC) des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses (SEECP) mit Sitz in Sarajewo eine prominente Rolle ein. Der RCC hat, neben einer repräsentativen Funktion, vor allem die Aufgabe als Forum in über 9 Kooperationsfeldern zu dienen. Ein zentrales Dokument des RCC ist die „SEE 2020 Strategy“. Dieses Strategiepapier möchte dazu beitragen Arbeit und Wohlstand mit einer Europäischen Perspektive für die Westbalkanländer zu schaffen. Über eigene Mittel zur Umsetzung dieser Strategie verfügt der RCC allerdings nicht.

Im Bereich des Handels haben die Westbalkanstaaten und Moldawien 2006 das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA) erneuert. Ziele der CEFTA sind es unter anderem den Handel von Gütern und Dienstleistungen zu fördern und die Investitionstätigkeit zu stärken. Als Mittel dienen Verhandlungen zum weiteren Abbau jedweder Handelsbarrieren und der Schaffung von Instrumenten von Rechtssicherheit und Streitschlichtung. Im Selbstverständnis der Organisation sieht sich die CEFTA als Rahmenwerk zur Vorbereitung der Mitgliedsstaaten zum EU-Beitritt. Die CEFTA wäre ist demnach das relevante Forum um verbliebene Handelsbarrieren am Westbalkan zu beseitigen.

In den anderen wettbewerbsrelevanten Politikbereichen war bisher insbesondere beim Transport und bei der Energie die regionale Kooperation am stärksten. Im Jahre 2004 wurde das Südosteuropäische Transport Observatorium (SEETO) gegründet, dessen Aufgabe es ist die Kooperation beim Aufbau von multimodaler Transportinfrastruktur am Westbalkan zu fördern und die regionalen Transportnetzwerke mit denen der EU im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) zu verbinden. Das vereinbarte SEETO Netzwerk beinhaltet 6554 km Straßen, 4807 km Schienen, 4 Flüsse, 10 Seehäfen, 17 Flughäfen und 8 Binnenhäfen. Ein, von der Europäischen Kommission vorgeschlagener, weiterführender Vertrag zur Schaffung einer Transportgemeinschaft am Westbalkan, mit dem Ziel der vollständigen Integration der regionalen Verkehrspolitik in jene der EU, wurde zwar ausverhandelt jedoch aus politischen Gründen letztlich nicht unterzeichnet.

Im Bereich des Ausbaus der regionalen Straßenverbindungen auf den wichtigsten Korridoren ist bereits einiges geschehen, während beim Ausbau des Schienennetzwerks kaum Fortschritte gemacht worden sind. Kroatien verfügt vermutlich über das am besten ausgebaute Straßen- und Autobahnnetz am Westbalkan. Von den transeuropäischen Verkehrsnetzen verläuft der Korridor 10 durch Kroatien und verbindet das Land einerseits mit Slowenien und andererseits mit Serbien. Das gegenwärtig größte Autobahnprojekt ist der Ausbau der kroatischen Teilstrecke des Korridors 5c. Dieser wurde 2011 gestartet und sollte voraussichtlich 2014 beendet werden. Das Projekt beinhaltet den Bau der gesamten Autobahn von der kroatisch-ungarischen bis zur kroatisch-bosnischen Grenze sowie die Brücke über den Grenzfluss Save. Im Vergleich zu Kroatien ist das Autobahnnetz in Bosnien und Herzegowina praktisch kaum ausgebaut, allerdings finden derzeit einige Bauprojekte statt und es gibt auch konkrete Pläne für den weiteren Ausbau. Das gegenwärtig wichtigste Autobahn-Bauprojekt ist hier ebenfalls der paneuropäische Korridor 5c, der eine Verbindung von Budapest bis an die kroatische Küste darstellt.

Ein wesentliches Projekt für Serbien ist der Bau der Autobahn Route 4 (oder Korridor 11), die Belgrad mit der montenegrinischen Küstenstadt Bar verbinden soll. Die Bauarbeiten der ersten Teilstücke südlich von Belgrad wurden bereits in Angriff genommen. Die zweite wichtige Autobahnverbindung durch Serbien ist der transeuropäische Korridor 10 samt seinen Nebenstrecken. Derzeit finden einerseits Bauarbeiten an dem Autobahnteil statt, der die südserbische Stadt Nis mit der mazedonischen Grenze verbindet und weiter nach Griechenland führt. Andererseits wird auch von Nis ausgehend der Korridor 10c gebaut, der über Serbien nach Bulgarien und weiter in die Türkei führt. Schließlich gehört auch eine Umfahrung um die serbische Hauptstadt Belgrad zu dem Projekt. Die Mittel für den Ausbau des Korridors 10 und dessen Nebenstrecken wurde zum Teil über Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gesichert. Der Abschluss der kompletten Bauarbeiten ist bis Ende 2015 bzw. Anfang 2016 geplant. Auch die mazedonische Teilstrecke des Korridors 10 wird seit einiger Zeit ausgebaut bzw. erneuert, wobei bisher nur einzelne Teile davon fertiggestellt wurden. Seit 2012 findet der Bau einer neuen Autobahn-Teilstrecke zwischen Demir Kapija und Smokvica statt, der voraussichtlich 2016 beendet sein wird. Die Kosten für diesen Teilabschnitt betragen über 300 Millionen Euro, wobei 45 Millionen davon aus dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA) Fonds der EU stammen und 237 Millionen aus Krediten der EIB und EBRD.

In Albanien verläuft der transeuropäische Korridor 8, der von der Adria bis ans Schwarze Meer führt. Auf dieser Strecke wurde in Albanien in den letzten Jahren viel investiert und einige Teilstrecken wurden zu einer Autobahn ausgebaut. Es finden auch weiterhin Bauarbeiten auf dem albanischen Teil des Korridors 8 statt. Gemeinsam mit dem Kosovo hat Albanien auch in den Bau einer Autobahn entlang der Route 7 investiert. Die Investitionen in den albanischen Teil der Strecke beliefen sich auf 1 Milliarde Euro. Zusammen mit den Investitionen des Kosovo wurden für das Projekt bisher an die 2 Milliarden Euro ausgegeben. Ein wesentliches künftiges Projekt im Kosovo ist der Bau einer Autobahn auf dem südlichen Teil der Route 6a zwischen Pristina und der mazedonischen Grenze. Dieser Teilabschnitt ist 56 km lang und die Baukosten würden rund 380 Millionen Euro betragen. Montenegro verfügt bisher über keine Autobahnen. Ein wichtiges Infrastruktur-Projekt ist der Bau der Strecke Bar-Boljare, die die erste Autobahn in Montenegro sein wird und zur transeuropäischen Route 4 (Korridor 11) gehört. Diese führt von der montenegrinischen Küste bis zur serbischen Grenze und ermöglicht somit eine Anbindung an weitere südosteuropäische Verkehrsnetze. Der Bau des mittleren Abschnitts zwischen Podgorica und Matesevo ist der erste der in Angriff genommen wird, wobei dafür eine chinesische Baufirma beauftragt wurde und auch Kreditmittel aus China aufgenommen wurden.

Bei der übrigen Transportinfrastruktur hat es in den letzten Jahren nur geringe Investitionstätigkeit gegeben. So gab es beispielsweise in Albanien in den letzten Jahren auch Investitionen in Flug- und Meereshäfen. Dazu zählen Modernisierungsarbeiten und Zubauten im Umfang von rund 100 Millionen Euro beim Flughafen in Tirana im Zeitraum 2004-2009. Zwischen 2006 und 2012 wurden auch rund 40 Millionen Euro in Erneuerungsarbeiten im Seehafen in Durres investiert. Das größte Hafenprojekt in Kroatien stellt das „Rijeka Gateway Projekt“ dar, welches die Hafenstadt Rijeka für eine verstärkte internationale Nutzung fit machen soll. Die Bauarbeiten beinhalten vor allem den Bau von einigen Container-Terminals, die zum Teil auch auf der naheliegenden Insel Krk liegen sollen. Einige der Bauarbeiten sind bereits im Gange. Im Süden finden im Hafen Ploce ebenfalls umfassende Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten statt, die 2014 abgeschlossen werden sollten.

Die Kooperation im Bereich der Energiepolitik findet im Wesentlichen im Rahmen der Energiegemeinschaft statt. Dieser gehören neben der EU die Westbalkanländer sowie Moldawien und die Ukraine an. Das deklarierte Ziel des Vertragswerks der Energiegemeinschaft ist es die Energiepolitik der EU in Länder außerhalb der Union zu exportieren. Dabei sollen Investitionen in Energiegewinnung und Energienetze gefördert, ein integrierter Energiemarkt geschaffen, Versorgungssicherheit hergestellt, die Umwelt geschützt und Wettbewerb auf regionaler Ebene gestärkt werden. Ebenso sollen die relevanten Teile des *acquis communautaire* übernommen, regulatorische Strukturen hergestellt und die lokalen Energiemärkte liberalisiert werden. Darüber hinaus wurden auch 35 „Projekte im Interesse der Energiegemeinschaft“ (PECI) definiert.

Der kroatische Energiesektor ist recht diversifiziert und auch gut ausgebaut. Kroatien hat seinen Energiesektor den Anforderungen des *acquis* angepasst und partizipiert in den Projekten „Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber“ (ENTSO-E) und „Nord-Süd-Verbindungen in Mitteleuropa“. Im Sinne der Erweiterung des Gassektors ist der Bau eines Flüssigerdgas (LNG)-Terminals auf der Insel Krk geplant. Ein weiteres Projekt ist der Bau der Ionisch-Adriatischen Pipeline von Split bis ins albanische Fier. Für beide Vorhaben, die zu den PECI zählen, wurden erste Durchführbarkeitsstudien erstellt.

Wie auch in vielen anderen Westbalkanländern sind auch in Serbien die Elektrizitätskraftwerke veraltet und müssten saniert bzw. umgebaut werden um den Standards der Europäischen Union zu entsprechen. Dabei sind einige Projekte vorgesehen zu denen die Fertigstellung des Kraftwerkes „Kolubara B“ oder der Bau des Blockes „TENT B3“ zählen. Auch diese beiden Vorhaben werden von der Energiegemeinschaft als PECI Projekte vorgeschlagen. Daneben gibt es in Serbien auch weitere Projekte für den Aus- und Umbau von Wärme- oder Wasserkraftwerken. Bezüglich der Elektrizitäts-Übertragungs-Infrastruktur sind in Serbien einige Projekte geplant, die vor allem die Aufrüstung von veralteten 220kV- auf 400kV-Fernleitungen und den Neubau von 400kV-Netzwerken beinhalten. Die Realisierung von einigen dieser Projekte wäre auch im Interesse der Energiegemeinschaft. Dazu zählen einerseits internationale Verbindungen zwischen Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina sowie Serbien und Rumänien und andererseits innerserbische Verbindungen wie Kragujevac-Kraljevo oder Bajina Basta-Kraljevo. Bisher wurden bei diesen Projekten aber oft erst Durchführbarkeitsstudien fertiggestellt.

Die Elektrizitäts-Übertragungs-Infrastruktur in Albanien ist relativ instabil, vor allem im Süden des Landes. Derzeit gibt es eine 400kV-Verbindung mit Griechenland und Montenegro sowie eine 220kV-Verbindung mit dem Kosovo. Hier sind aber bereits Investitionen geplant wie eine 400kV-Verbindung mit

dem Kosovo oder eine 200kV-Verbindung mit Mazedonien. In Albanien gibt es derzeit keinen Gasmarkt obwohl Gas in sehr geringen Mengen und für die Industrieverwendung produziert wird. Es existiert auch ein Pipeline-Netzwerk von rund 500 km, dieses ist aber außer Betrieb und müsste einer umfassenden Sanierung unterzogen werden. Es bestehen aber Bestrebungen den Markt für Gas in Albanien zu fördern. Darunter zählen die Trans-Adriatische Pipeline (TAP), die von der Türkei über Griechenland und Albanien nach Italien verlaufen soll. Das zweite Pipeline-Projekt ist die Ionisch-Adriatische Pipeline (IAP), die von Kroatien aus entlang der Adriaküste verläuft und in Albanien mit der TAP zusammenlaufen soll. Die Errichtung eines Flüssigerdgas-Terminals an der Adriaküste wäre eine weitere potentielle Gasquelle für Albanien und ebenso ein PECI Projekt.

Ähnlich wie bei der Transportpolitik fällt auch beim Energiesektor in Bosnien und Herzegowina die Zuständigkeit auf die Entitäts-Ebene. Dadurch werden gesamtstaatliche Reformen erschwert, die von der Europäischen Energiegemeinschaft als Vertragspartner gefordert werden. Für den Elektrizitäts-Sektor bedeutet die fragmentierte Zuständigkeit, dass auch die Unternehmen, die für die Produktion, Distribution und das Angebot zuständig sind, jeweils auf Entitäts-Ebene operieren. In der Föderation gibt es sogar zwei Gesellschaften in Entitätsbesitz, die jeweils in einer bestimmten Region tätig sind. Der Distrikt Brcko hat ebenfalls eine eigene Gesellschaft, die für Stromdistribution und –angebot zuständig ist. Für die Übertragung der elektrischen Energie ist ein gesamtstaatliches Unternehmen (TRANSCO) zuständig, das zu 58,9% in Besitz der Föderation und zu 41,1% in Besitz der Republika Srpska ist. Allerdings bemängelt die Europäische Kommission die eingeschränkte operative Fähigkeit der TRANSCO was die Instandhaltung, die Entwicklung oder den Ausbau der Infrastruktur betrifft.

In den übrigen Ländern des Westbalkans stellen insbesondere veraltete Elektrizitätswerke ein ernsthaftes Problem dar und es werden konkrete Pläne erstellt diese zu erneuern. So findet beispielsweise der Großteil der Produktion am Kosovo in den Wärmekraftwerken „Kosova A“ und „Kosova B“ statt. Ein ganz geringer Teil der Energie wird in Wasserkraftwerken produziert. Die beiden Wärmekraftwerke sind bereits sehr veraltet und stellen eine hohe Belastung für die Umwelt dar. Es sind aber bereits Pläne angedacht ein neues Wärmekraftwerk zu bauen umso die alten stilllegen zu können. Die Gewährleistung sowohl von moderner Transport- wie auch Energieinfrastruktur die an internationale Netzwerke angebunden ist hat eine hohe Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Dies kann insbesondere in Ländern wie dem Kosovo beobachtet werden die in beiden Bereichen nur mangelhaft ausgestattet sind. Aufgrund der starken staatlichen Fragmentierung des Westbalkans ist gerade bei diesen beiden Netzwerkinfrastrukturen internationale Kooperation und Koordination von höchster Wichtigkeit und sollte verstärkt gefördert werden.

3. Reformbedarf in der Kreditgewährung und im Bankensektor

3.1. ZIEL UND STELLUNG DER UNTERSUCHUNG

Dieses Kapitel befasst sich mit der Unternehmensfinanzierung. In der endogenen Wachstumstheorie kommt ihr eine wichtige Rolle für Innovationen, Produktivität, Wachstum und Entwicklung zu. Sie ist deshalb zu einem zentralen Gegenstand in vielen empirischen Untersuchungen geworden, die sich mit der Innovationsfinanzierung, dem Zusammenhang zwischen Produktivität und Finanzierung oder der Finanzierung kleiner Unternehmen bzw. von Neugründungen befassen (King und Levine, 1993; Krueger und Tornell, 1999; Klapper et al., 2006; Sen und Kirkpatrick, 2011; Ayyagari et al., 2012 sowie Chen und Guargilia, 2013). Das Kapitel konzentriert sich auf den Unternehmenskredit, denn in den Westbalkanländern ist die Unternehmensfinanzierung wie in den meisten neuen Marktwirtschaften auch in Europa im wesentlichen bankenbasiert („Fremdfinanzierung“).

Die Westbalkanländer verzeichnen seit Ausbruch der globalen Finanzkrise einen fortgesetzten Abbau der Aktiva in den Bankbilanzen bei gleichzeitig starkem Anstieg notleidender Kredite in ihrem Portfolio. Die Vermutung liegt nahe, dass die Wiederbelebung des Unternehmenskredits und eine Verbesserung der Kreditqualität die entscheidenden Voraussetzungen für Investitionen in Innovation und Technologie sind. Der erste Abschnitt des Kapitels streicht Bedeutung und Kosten der Kreditfinanzierung für die Innovationstätigkeit in der Westbalkanregion heraus. Der zweite Abschnitt liefert einen Überblick über die Entwicklung der Finanzierung durch inländischen Kredit, ergänzt durch eine Einschätzung der Wirkung von Angebots- und Nachfragefaktoren. Dabei wird herausgearbeitet, dass Umfang und Anstieg der notleidenden Kredite die aktuell bindende Beschränkung für die Finanzierung von Investitionen ist. Der dritte Abschnitt ist der Dimension des Problems notleidender Kredite gewidmet. Der letzte Abschnitt konzentriert sich auf wirtschaftspolitische Optionen. Im Mittelpunkt steht ein Ansatz, der vorwiegend die Banken veranlassen soll, aus eigener Kraft mit dem Problem der notleidenden Kredite fertig zu werden und nicht auf umfangreiche Staatshilfen zu warten. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einem Anhang B zu den Techniken und Ergebnissen der ökonometrischen Analyse im ersten Abschnitt.

3.2. DIE BEDEUTUNG DER KREDITFINANZIERUNG FÜR DIE INNOVATIONSTÄTIGKEIT IN DER WESTBALKANREGION

In den neuen Mitgliedsstaaten (NMS) der EU wie auch in den Westbalkanländern besitzt die Kapitalmarktfinanzierung – gemessen an der Aktienmarktkapitalisierung – noch eine geringere Bedeutung als in der Europäischen Währungsunion; Ausnahmen sind Kroatien und Montenegro (für den Kosovo liegen keine Angaben vor). Damit sind die Unternehmen auf die Fremd-, d.h. Kreditfinanzierung angewiesen. Aber die Tiefe der Finanzintermediation – gemessen am Verhältnis der Aktiva des Finanzsektors am BIP – ist ebenfalls geringer als in der Währungsunion (Tabelle 3.1). In neuen Marktwirtschaften entwickelt sich die Finanzintermediation nur graduell; dies gilt für die NMS genauso wie für die Westbalkanländer, die ihren Transformationsprozess zu einer Marktwirtschaft verspätet

begonnen haben. Ein geringer Grad der Finanzintermediation führt zu weniger Liquidität im Finanzsektor und drückt prinzipiell den Kreditzinssatz für Investitionskredite nach oben.

Tabelle 3.1 / Fremdfinanzierung vs. Marktfinanzierung (ungewichtete Durchschnittswerte der Perioden 2007-2011)

	Aktienmarkt- kapitalisierung	Aktiva des Finanzsektors	Geschäfts- banken	davon: Investment- fonds	Versiche- rungen	Pensions- fonds
	in % des BIP		in % der Aktiva des Finanzsektors			
Albanien	k. A.	64,7	89,5	0,0 ^a	2,2 ^b	0,0 ^c
Bosnien und Herzegowina	k. A.	60,8	86,7	6,9	6,3	k. A.
Kroatien	54,8	105,6	77,7	5,1	8,0	9,0
Mazedonien	19,5	49,6	85,9	1,8	6,0 ^b	3,6 ^c
Montenegro	81,9	73,1	100,0	0,0	0,0	0,0
Serbien	32,1	50,4	91,5	k. A.	7,1	0,6
Polen	33,3	62,8	53,2	9,1	16,6	21,2
Slowakei	5,9	80,3	76,1	5,9	10,3	7,7
Slowenien	29,9	116,2	81,2	4,9	12,0	1,5
Tschechische Republik	27,0	57,8	66,1	5,0	18,9	9,7
Ungarn	23,0	80,6	59,6	15,0	11,0	13,2
EWU ^d	54,0	189,0	71,2	8,5	16,9	3,0

a 2009-2010 b 2009, c 2007-2010, d 18 Länder.

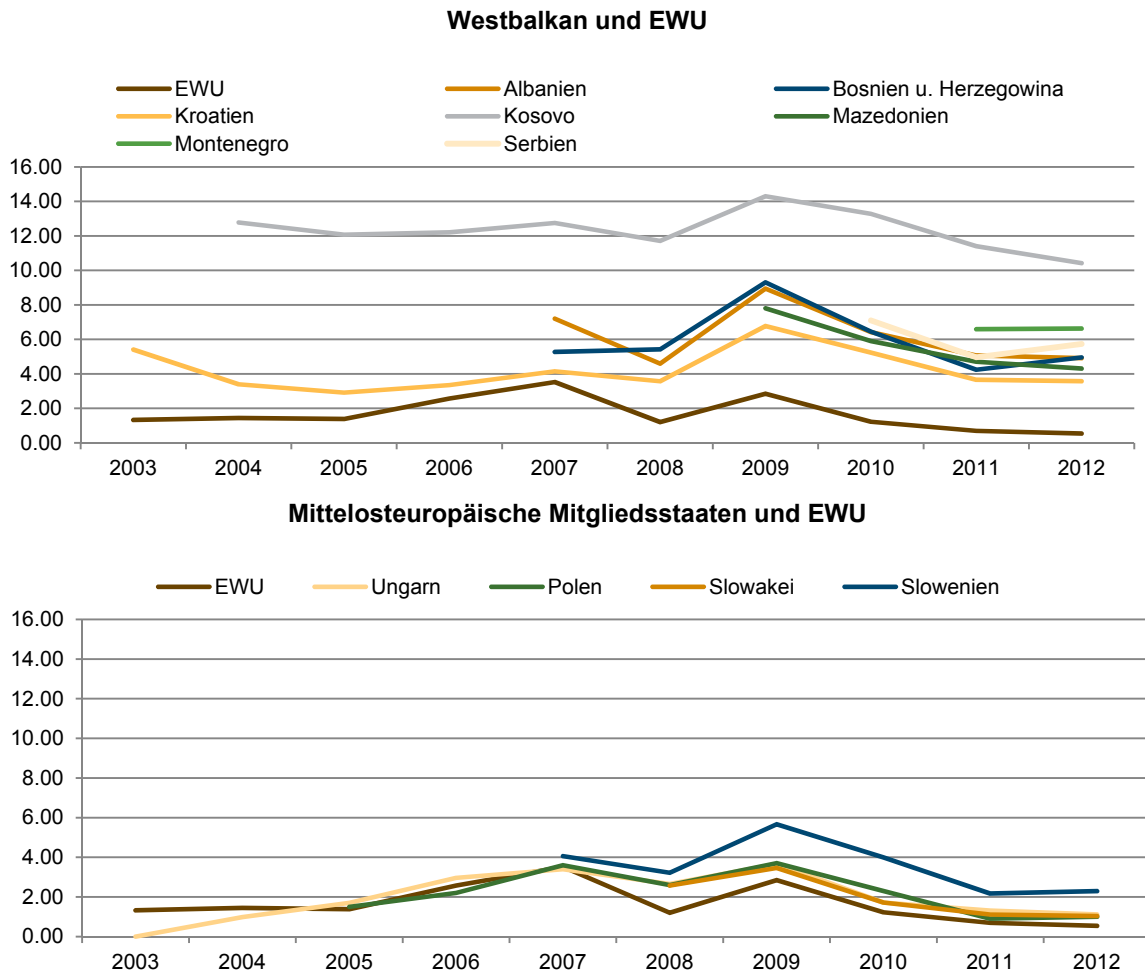
Quellen: Federal Reserve Bank of St. Louis data base online; gelesen am 14 Oktober 2013 und 24. Juni 2014; eigene Berechnungen.

In der Fremdfinanzierung dominiert in Transformationsökonomien typischerweise der Bankkredit (Tabelle 3.1). Diese Dominanz fällt in der Westbalkan-Region stärker aus als in der Europäischen Währungsunion (EWU) und in den NMS, wo die Anleihefinanzierung bereits eine deutlich größere Rolle spielt. Die höheren Anteile in einigen neuen Mitgliedsstaaten reflektieren die größeren Fortschritte im Transformationsprozess und auch ihre Mitgliedschaft in der EU. In den Balkanländern existiert faktisch – mit Ausnahme Kroatiens - kein Sekundärmarkt für Anleihen; weder Finanzinstitutionen noch Unternehmen, sondern nur die Regierungen begeben Anleihen in nennenswertem Umfang.

Eine konstituierende Voraussetzung für Investitionen ist neben dem Zugang zu Finanzierung ein Überschuss der realen Erträge über die Finanzierungskosten, im Wesentlichen die realen Zinskosten. Bei einer Betrachtung der realen Zinskosten kommt es darauf an, jene Währung zu berücksichtigen, in der vorwiegend finanziert wird. Fremdwährungen, insbesondere der Euro, dominieren die Kreditvergabe und Einlagen in den Westbalkanländern. Die Anteile fremder Währungen an den ausstehenden Krediten und Einlagen überschritten zwischen 2011 und 2013 durchgehend die 50%-Marke. Wesentliche institutionelle Ursachen dafür waren die weitgehende Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland, die Übernahme des Euro als legale Währung in Montenegro und dem Kosovo und ein Zinsniveau für Kredite, welches unterhalb des Niveaus für Kredite in inländischer Währung lag und liegt. EU-Bankengruppen – vorwiegend griechischer, italienischer, österreichischer und französischer Herkunft – halten nunmehr die überwiegende Mehrheit des Aktienkapitals des lokalen Bankensektors. Dieser erhielt weitgehend freien Zugang zu externer Refinanzierung zu Kosten, die unterhalb der Kosten einer inländischen Refinanzierung lagen. Eine weitere Ursache ist die historische Neigung der

Bevölkerung, in fremder Währung zu sparen und laufende Ausgaben zu tätigen, nicht zuletzt aufgrund von Arbeitnehmerüberweisungen aus dem Ausland. Dieser Umstand erfordert eine Betrachtung der realen Zinssätze auf Fremdwährungskredite.

Abbildung 3.1 / Realer Zinssatz auf langfristige Fremdwährungskredite (Eurobasis)^a



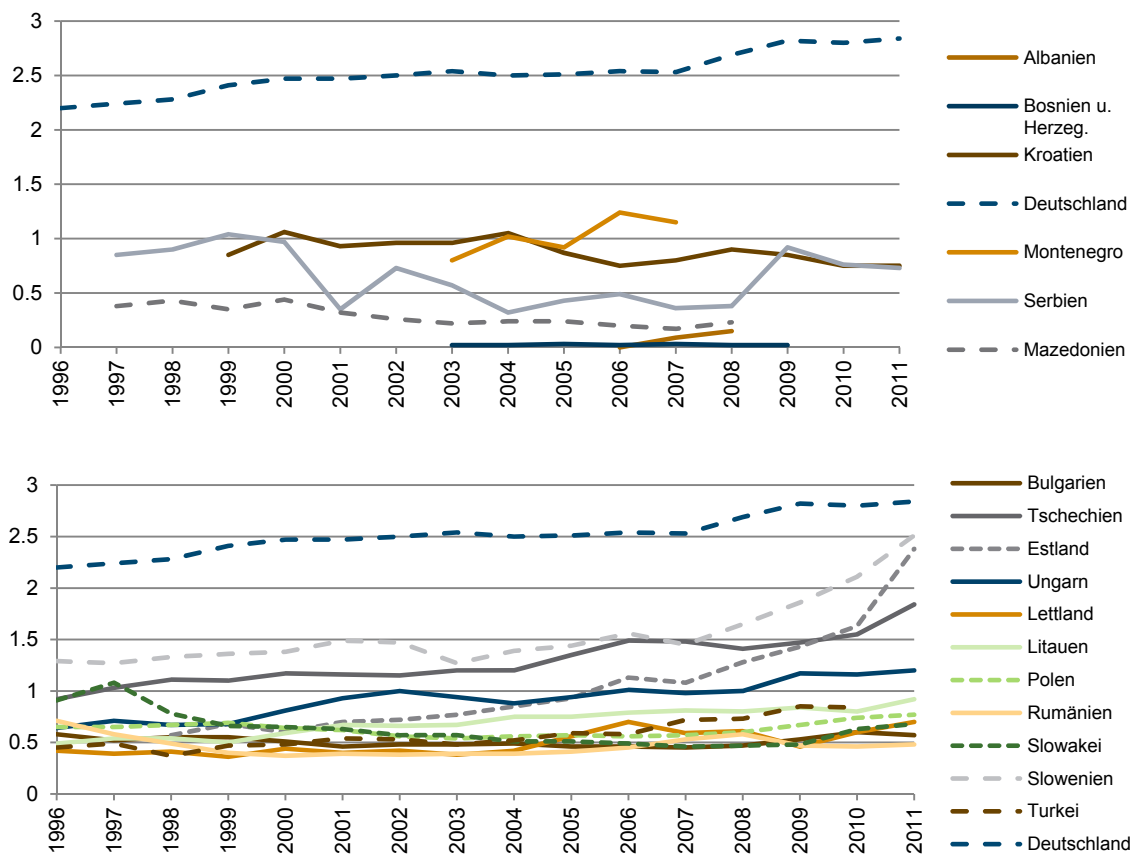
^a Nominaler Zinssatz mit der Euro-Inflationsrate deflationiert.

Quellen: Eurostat und Nationalbanken; eigene Kalkulation.

Abbildung 3.1 vergleicht die realen Zinssätze für langfristige Fremdwährungskredite (in Euro) auf dem Westbalkan mit jenen der EWU und in ausgewählten neuen Mitgliedsstaaten. Dabei wurden die nominalen Zinssätze mit der Inflationsrate des Euroraums deflationiert, denn die Zinszahlungen auf Fremdwährungskredite sind durch entsprechenden Einnahmen in Fremdwährung zu verdienen, und der Vorteil einer höheren nationalen Inflationsrate wird reduziert, wenn die nominale Abwertung der Inflationsrate nicht entspricht oder – bei konstantem Wechselkurs – die nationalen Produktionskosten über der Inflationsrate liegen. Eine derartige reale Aufwertung fand in den Westbalkanländern nach dem Jahr 2005 statt und hat sich in den meisten Ländern sogar bis ins Jahr 2013 fortgesetzt (siehe dazu Kapitel 4). Somit lagen die realen Zinssätze aller Länder über denen in der Wahrungunion, aber auch als in den NMS. Das hat natürlich Konsequenzen für die Investitionstätigkeit. Der Abstand zwischen den realen Erträgen und den realen Zinskosten muss offensichtlich in den Westbalkanländern höher als in

den NMS und für beide Gruppen höher als in der EWU sein. Wenn man dann bedenkt, dass die EWU auch Länder mit sehr hoher technologischer Wettbewerbsfähigkeit umfasst, wird deutlich, wie schwach die Anreize für Innovationen sind, die die Finanzierung über Kredite auf dem Westbalkan zusätzlich zu einer Vielzahl anderer Innovationshemmnisse bietet. Einen Eindruck über die Dynamik der innovativen Tätigkeit bietet Abbildung 3.2, die die gesamtwirtschaftlichen Bruttoausgaben für Forschung und Entwicklung (GERD) in % des BIP für Deutschland, die Westbalkanländer und die NMS der EU abbildet. Dieser Indikator ist sogar niedriger als in den neuen Mitgliedsstaaten, wo neben anderen vorteilhaften Bedingungen auch die realen Kreditkosten niedriger ausfallen. In der gegenwärtigen Krise weist er gar noch eine sinkende Tendenz auf, während er in einigen neuen Mitgliedsstaaten sichtlich ansteigt und in den anderen nicht sinkt.

Abbildung 3.2 / Gesamtwirtschaftliche Bruttoausgaben für Forschung und Entwicklung (GERD) in % des BIP



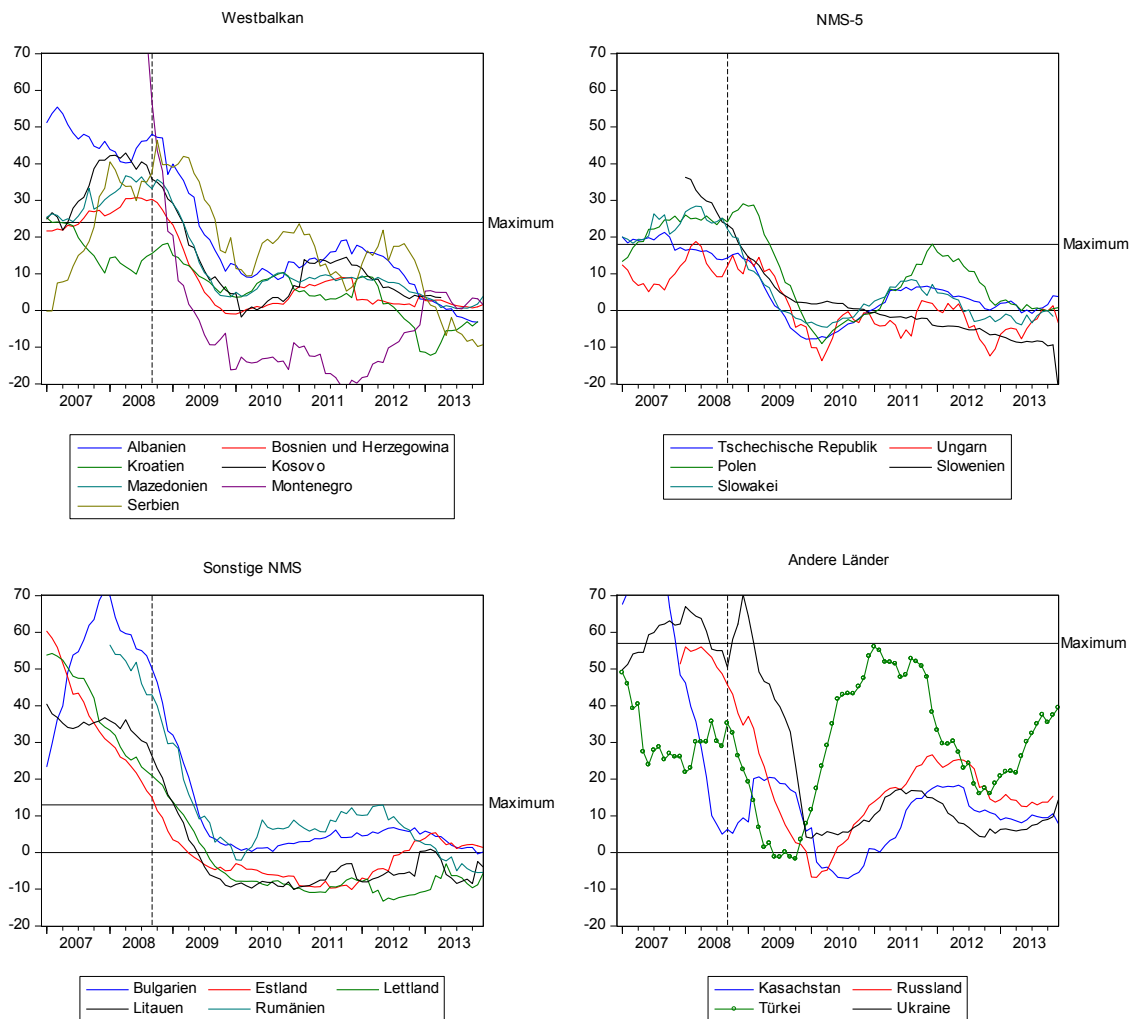
Quellen: UNESCO Institute for Statistics, 2014; eigene Kalkulation.

3.3. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER KREDITFINANZIERUNG UND IHRE TRIEBKRÄFTE

Bis zum Ausbruch der globalen Finanzkrise im September 2008 erlebten die NMS der EU, Südosteuropa (Westbalkan einschließlich der Türkei) einen Kreditboom mit zeitweise sehr hohen Zuwachsraten für einige Länder. Ab 2009 begannen die EU-Bankengruppen, ihr Engagement in den Westbalkanländern und den neuen Mitgliedsstaaten zu reduzieren. Der verengte Zugang zu externer

Refinanzierung veranlasste die lokalen Banken, ihre Kreditzinssätze zu erhöhen und die Kreditstandards wie Laufzeit, Umfang, Währung und Sicherheiten restriktiver zu handhaben. Die Beschränkungen im Kreditangebot setzten sich bis zum aktuellen Rand fort. Abbildung 3.3 zeichnet die Entwicklung anhand der ausstehenden Kredite des Geschäftsbankensektors an die nicht-finanziellen Unternehmen mit monatlich annualisierten Daten für vier Gruppen – Westbalkan, fünf mitteleuropäische NMS (NMS-5), übrige NMS und sonstige Nicht-EU-Länder, nach. Die vertikale Linie markiert den September 2008, die erste horizontale Linie markiert die höchste Zuwachsrate seit Ausbruch der Krise. Der Kreditboom fiel in den Westbalkanländer stärker aus¹² als in der Region der NMS-5. Dafür war der Absturz in der Krisenphase schwächer als in den übrigen NMS, hier: insbesondere in den Baltischen Ländern. Die Entwicklung in den Nicht-EU-Ländern verlief dagegen weniger extrem und erholte sich am aktuellen Rand (dies gilt insbesondere für die Türkei als regionalem Wettbewerber der Westbalkanländer), während einer leichten Belebung Ende 2013 allenfalls in Bosnien und Herzegowina, der Tschechischen Republik und Lettland zu beobachten ist.

Abbildung 3.3 / Ausstehende Kredite des Geschäftsbankensektors an nicht-finanzielle Unternehmen (monatliche, annualisierte Veränderungsrate in %)



Quellen: wiiv; eigene Darstellung.

¹² Zuwachsraten in Montenegro von zeitweise mehr als 100 % pro Jahr erscheinen allerdings statistisch übertrieben.

Die regelmäßigen Umfragen der Europäischen Investitionsbank für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien, dass die Kreditnachfrage das Kreditangebot bis Ende 2013 überstieg und auch in den nächsten Monaten keine Trendumkehr zu erwarten ist (European Investmentbank, 2014). In diesen vier Ländern verschlechterten sich die Kreditangebotsbedingungen bis Ende des Jahres 2013 oder blieben auf ihrem niedrigen Niveau, während sich bei der Kreditnachfrage eine weitere Verbesserung ankündigte. Die lokalen Banken sahen dafür ein hohes Niveau an notleidenden Krediten in ihrem Portfolio und seinen weiteren Anstieg als eine Ursache ihrer restriktiven Kreditpolitik an; Tabelle 3.2 gibt einen stilisierten Überblick über die wichtigsten aggregierten Angebots- und Nachfragebedingungen für die vier Westbalkanländer (European Investmentbank 2014). Eine Verbesserung (Verschlechterung) in den der Umfrage vorhergehenden sechs Monaten ist durch ein + (-) beschrieben, keine Veränderung durch eine 0. Zusätzlich wurden von befragten lokalen Banken Unsicherheiten über die Entwicklung des regulatorischen Umfelds genannt. Dazu zählen insbesondere die sich noch in der Umsetzung befindlichen Kernprinzipien von Basel II sowie die unmittelbar vor der Tür stehende Umsetzung von Basel III mit den neuen Eigenkapitalquoten und antizyklischen Liquiditätspuffern.

Tabelle 3.2 / Bedingungen des Kreditangebots und der –nachfrage lt. Umfragen 2. Halbjahr 2013

	Kredite an Unternehmenssektor ^a	Kredit- nachfrage	Kredit- angebot	Notleidende Kredite	Kredit- standards	Refinanzie- rung
Albanien	-2,5 (3. Quartal)	+	-	-	0	+
Bosnien und Herzegowina	1,6 (4. Quartal)	-	0	+	-	0
Kroatien	-3,1 (3. Quartal)	-	0	-	-	+
Serbien	-9,3 (4. Quartal)	-	-	-	-	+
Westbalkan ^b	-0,6 (2. Halbjahr)	-	0	-	-	+
WB(4)+NMS ^c	-0,2 (2. Halbjahr)	+	+	0	-	+

a Jährliche Veränderungsrate; b Einschätzung der Autoren; c Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn

Quellen: European Investmentbank (2014); eigene Zusammenstellung.

Gleichwohl zeichnet Tabelle 3.2 kein klares Bild, ob die Kreditvergabe vorrangig durch Nachfrage- oder Angebotsfaktoren dominiert wird. Um einen systematischeren Einblick in die Dynamik der Kreditzyklus zu gewinnen, wurden Regressionen mit Daten für Panel mit maximal 20 neuen Marktwirtschaften in Europa für zwei Perioden geschätzt, wobei die zweite Periode eine reine Krisenperiode mit überwiegend negativen bzw. stagnierenden Kreditwachstumsraten ist. Als zu erklärende Variable diente die prozentuale Veränderungsrate des Bankkredits an den privaten Unternehmenssektor. Als erklärender Faktor für die allgemeine Kreditnachfrage diente prozentuale Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts. Um ein Endogenitätsproblem zu vermeiden („Kredite bestimmen die Wachstumsrate“), wurden verzögerte Daten der BIP-Variable verwendet. Die Variablen, die die Bedingungen für das Kreditangebot beschreiben, sind die ersten Differenzen der Anteile der notleidenden Kredite am Kreditportfolio der Banken (ebenfalls in verzögerter Form). Sie spiegeln die Kreditqualität wider und nahmen in den Umfragen die prominenteste Rolle ein. Zudem liegen für diese Variablen im Unterschied zu anderen qualitativen und institutionellen Angebotsfaktoren quartalsweise Daten vor. Notleidende Kredite wurden in drei Varianten berücksichtigt: ihr Anteil an den gesamten Bankkrediten an den privaten Sektor, an den Krediten an den privaten Unternehmenssektor und an den Krediten an die privaten Haushalte (für weitere Details zu den verwendeten Daten und den Schätztechniken sowie eine Diskussion der Ergebnisse siehe den Anhang B zu diesem Kapitel).

Generell wird aus den Schätzungen ein Wechsel der Triebkräfte für die Kreditvergabe für die Gesamtheit der betrachteten neuen Marktwirtschaften bis Ende 2009/Anfang 2010 ersichtlich. In der ersten Periode, die von einem Kreditboom in den Jahren 2007 und 2008 gekennzeichnet ist, bestimmten allgemeine Nachfrageeffekte die Kreditvergabe des Bankensektors, in der nachfolgenden „reinen“ Krisenphase dominieren Angebotsfaktoren, hier: der Anstieg der notleidenden Kredite. Eine Interpretation der Ergebnisse von Schätzungen für die Westbalkanländer steht unter dem Vorbehalt einer erheblichen Reduzierung der Anzahl der Beobachtungen; sie bringt qualitativ schlechtere Schätzergebnisse, die aber einen ähnlichen Wechsel der Triebkräfte zeigen, wobei die notleidenden Kredite in den Privathaushalten stärker ins Gewicht fallen als in der gesamten Ländergruppe. Damit rücken die Analyse der Dimension der notleidenden Kredite und die Lösung dieses Problems in den Mittelpunkt der weiteren Analyse.

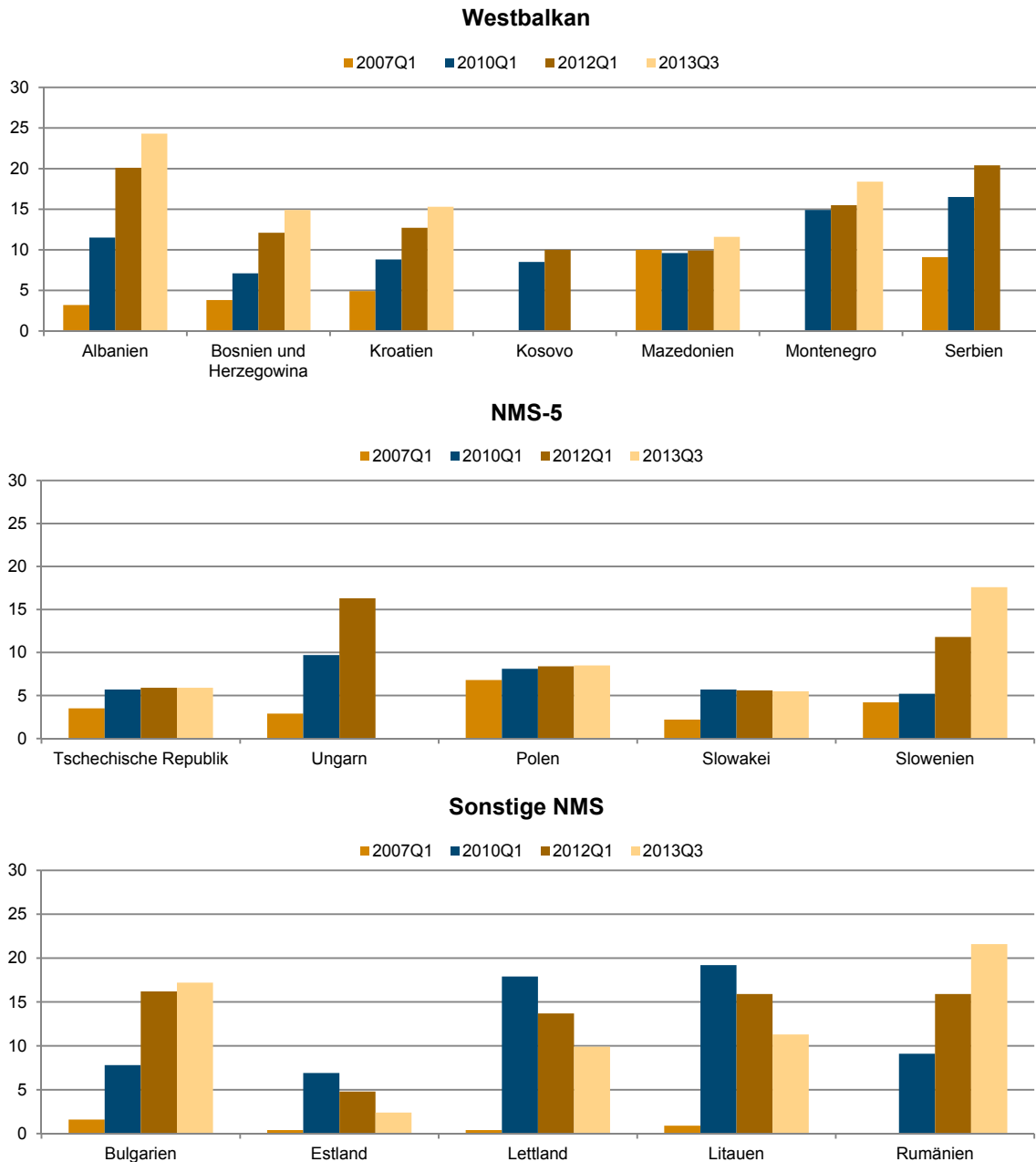
3.4. DIE DIMENSION DES PROBLEMS NOTLEIDENDER KREDITE

Als notleidende Kredite gelten allgemein Forderungen, die bereits länger als 90 Tage nicht bedient wurden.¹³ Ihr Anteil am gesamten Kreditportfolio des Bankensektors hat seit 2007, aber besonders rasant und bedrohlich ab 2009 in allen Westbalkanländern und einigen NMS zugenommen (Abbildung 3.4). Ausnahmen sind unter den neuen Mitgliedsstaaten Polen, Tschechien und die Slowakei. Die 2012/2013 erreichten Niveaus kommen in etwa denjenigen in den ostasiatischen Ländern nach der Krise 1997/98 sowie in der Türkei im Jahre 2001.¹⁴ Unter den neuen Mitgliedsländern der EU verzeichneten Rumänien und Ungarn einen mit den Westbalkanländern vergleichbaren Anstieg. Die von den Banken in der Westbalkanregion erwarteten weiteren Kreditangebotsrestriktionen werden offensichtlich auch durch Erwartungen hinsichtlich eines weiteren Anstiegs der notleidenden Kredite gespeist. Die sog. Kategorie-2-Forderungen, d.h. jene Forderungen, die zwischen 31-90 Tagen überfällig sind, betrug 2012 in Serbien und Montenegro bereits 20 % aller Gesamtkredite, in Albanien waren sie bis März 2013 auf 8,3 % gestiegen (World Bank, 2013).

Besonders betroffen von notleidenden Krediten sind die ausstehenden Forderungen des Bankensektors an den nicht-finanziellen Unternehmenssektor, während die notleidenden Kredite an die privaten Haushalte geringere Anteile signalisieren (Abbildung 3.5). Gleichwohl haben in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Montenegro die Anteile der notleidenden Kredite an allen Krediten an die privaten Haushalte im zweiten Quartal 2013 die 10-%-Grenze überschritten; für Albanien und den Kosovo liegen keine aufgegliederten Daten vor. Der Vergleich mit NMS-5-Ländern zeigt, dass dieses Muster für Ungarn und Polen nicht gilt: In diesen beiden Ländern sind die Kredite an die privaten Haushalte stärker belastet. Dies dürfte für die ungarische Regierung der Grund gewesen sein, ihre Problemlösungsansätze eher auf die Verschuldung der privaten Haushalte zu richten, insbesondere mit dem angedrohten Zwang zur Umwandlung von Hypothekarkrediten in fremder Währung in lokale Währung zu einem Präferenzwechselkurs. Die durchgeführten Regressionsanalysen für den Westbalkan signalisieren aber auch, dass eine Lösung des Problems bei den Privathaushalten erhebliche positive Effekte auf die Wiederbelebung des Unternehmenskredits erwarten lässt.

¹³ Die Begrifflichkeit ist allerdings häufig von Land zu Land unterschiedlich, wodurch auch die Vergleichbarkeit von Statistiken beeinträchtigt wird.

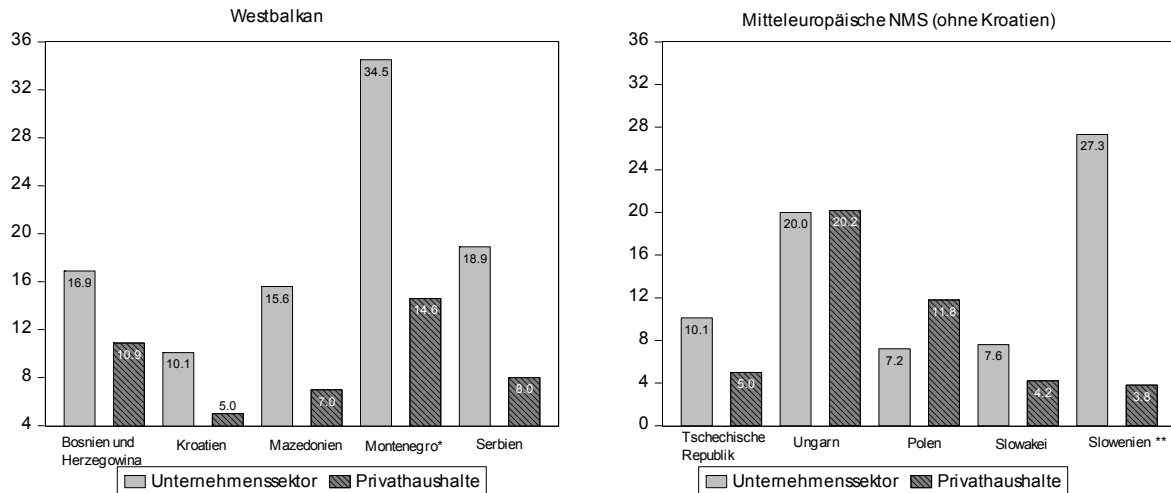
¹⁴ Etwa um die 30 %; zu erwähnen ist auch Norwegen mit einer ähnlichen Problematik, wobei der Anteil der notleidenden Kredite 1991 knapp 17 % erreichte (European Banking Coordination „Vienna Initiative“, 2012).

Abbildung 3.4 / Not leidende Kredite in % aller Kredite des Bankensektors nach Regionen

Quelle: wiiw-Datenbank. Kosovo (2010 und 2012): World Bank, 2013.

Eine zentrale Ursache für den rasanten Anstieg der notleidenden Kredite an den Unternehmenssektor dürfte der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit in den Hauptabnehmerländern (Jakubik und Reiniger, 2013) gewesen sein, dessen Überwindung allerdings außerhalb der Reichweite der Politik der jeweiligen Regierung liegt. Vom Rückgang der externen Nachfrage dürften die Privathaushalte direkt weniger betroffen sein – und wenn, dann über einen Rückgang der Einkommen und über einen Anstieg des Zinsniveaus für Hypothekenkredite. Politisch relevant sind dagegen lokale Makro- und Mikrorisiken wie etwa ein inadäquates Risikomanagement der Banken, fehlende Währungssicherung, und – und das erscheint besonders wichtig – Bail-out-Erwartungen der Banken.

Abbildung 3.5 / Not leidende Kredite in % aller Kredite des Bankensektors an den Unternehmenssektor und die Privathaushalte (zweites Quartal 2013)



* 4. Quartal 2012. ** Angaben für die Privathaushalte stehen für das zweite Quartal 2012.

Quellen: wiiw-Datenbank; Montenegro: Nationalbank per e-mail; eigene Darstellung.

- › *Risikomanagement:* Die Anfälligkeit eines Kreditportfolios hängt auch von der Risikoanalyse vor der Kreditvergabe ab. Das Risikomanagement der Banken war in der Boom Phase bis 2009 unzureichend. Die Anwendung internationaler Standards in der Risikobeurteilung eines Kreditnehmers war beeinträchtigt, weil die Kreditkomitees der Banken eher dem Ziel folgten, Marktanteile zu gewinnen. Dies führte bei noch fehlenden Kreditregistern dazu, dass Kredite an neue Klienten vergeben wurden, für die keine Kredithistorie vorlag. Die Situation hat sich insofern allgemein verbessert, als mittlerweile in allen Ländern öffentliche oder private Kreditregister bestehen. In Serbien wurde eine expansive Kreditvergabe durch die geringe Bankenkonzentration begünstigt, so dass der Kreditzins nicht in allen Fällen dem Risiko der finanzierten Projekte entsprach. Eine Zahl von 33 Banken erscheint für eine relativ kleine Volkswirtschaft wie Serbien noch immer als zu groß.
- › *Währungssicherung:* Fehlende Währungssicherung durch Banken und Kreditnehmer ist eine wichtige lokale Ursache für notleidende FX-Kredite in Albanien, Kroatien und Serbien und führt zu einer ineffizienten Kreditstruktur – etwa bei Hypothekarkrediten für private Haushalte. Die albanische Nationalbank berichtet, dass nahezu 49 % aller Bankenkredite Ende 2012 nicht währungsgesichert waren. Die kroatische Nationalbank berichtete sogar einen Anteil von 93 % für das 1. Quartal 2013. In Serbien betrieben nur wenige Banken Wertsicherungsgeschäfte (2011: 6 von 33), und der Umfang der Geschäfte ist in den vergangenen Jahren eher reduziert worden. Währungssicherung erfordert Märkte für Forward-Kontrakte, die auf eine Teilung der Risikokosten zwischen den Vertragspartnern hinauslaufen. Diese Märkte sind in den Westbalkanländern nur wenig entwickelt. Zwei Gründe scheinen hierfür ausschlaggebend zu sein (Djenic et al., 2012): Erstens führen unklare Regeln für die Derivatmärkte zu einer Beschränkung der Derivate auf Forward-Verträge, was auch diesen Markt in seinen Entwicklungsmöglichkeiten hemmt. Ein zweiter Grund liegt im Kreditcharakter von Forward-Transaktionen. Ihr Umfang ist seit 2008 mit allgemein restriktiver gehandhabten Kreditbedingungen geschrumpft.

- › *Bail-Out-Erwartungen*: Eine wesentliche Rolle für den Anstieg der notleidenden Kredite spielte die Untätigkeit der Banken, aus eigenem Antrieb eine Umstrukturierung notleidender Forderungen vorzunehmen und damit ihre Bilanzen von aktuellen und zukünftigen Problemfällen zu entlasten. Dieses Verhalten ist zu einem Teil auf Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Forderungen zurückzuführen. Gänzlich uneinbringliche Forderungen, die eine Liquidation des Schuldners verlangen, stellen nur einen Teil der notleidenden Kredite. Ein großer Teil könnte durch eine temporäre Anpassung der Kreditkonditionen wieder dem Portfolio „guter“ Forderungen zugeführt werden. Bisher haben sich Regierungen und Bankenaufsichtsbehörden gegenüber den Banken eher duldsam verhalten. Dadurch wurde den Banken eine neue Option verschafft. Sie besteht in der Erwartung, dass die Regierung im Rahmen von Umstrukturierungsprogrammen Subventionen an Unternehmen zahlt - wie bereits in Serbien geschehen. Die Aufsichtsbehörden einiger Länder haben ihrerseits durch die Aufweichung der Klassifikation von Aktiva und der Regeln zur Behandlung notleidender Kredite zu dieser Option beigetragen, die auf eine Bail-Out-Erwartung hinausläuft. Möglicherweise haben auch die Erfahrungen aus einigen EU-Ländern, deren Regierung den Bankensektor mit hohen fiskalischen Kosten saniert hat anstatt auf die Entwicklung eines eigenen Sanierungsplans der Banken zu drängen, zu einem derartigen abwartenden Verhalten beigetragen. Es kommt aber auf Maßnahmen an, die die Banken veranlassen, aus eigener Kraft nach einer Lösung des Problems notleidender Kredite zu suchen.

- › *Zahlungsrückstände*: In Albanien führten Zahlungsrückstände der Regierung gegenüber den Unternehmen (einschließlich Umsatzsteuererstattungen) zwar zu einer Halbierung des fiskalischen Defizits in Prozent des BIP zwischen 2009 und 2012, trugen allerdings zum Anstieg der notleidenden Kredite bei. Ein Teil der Rückstände wurde im ersten Quartal 2013 beglichen, was prompt zu einem erneuten Anstieg des öffentlichen Defizits führte (Bank of Albania, 2013).

Auf die Realwirtschaft wirken hohe Quoten notleidender Kredite zuallererst über eine Beschränkung des potenziellen Kreditangebots. Banken in der Region bildeten den Vorgaben der Bankenaufsicht entsprechend unverzinsliche Loan-Loss-Reserven (LLRs) und beschränkten die Kreditvergabe nicht nur gegenüber Unternehmen in Verzug, sondern auch gegenüber solventen und liquiden Unternehmen. Die LLRs deckten Mitte 2013 einen Großteil der notleidenden Kredite ab. Banken offerierten kürzere Laufzeiten und geringere Kreditsummen, erhöhten ihre Anforderungen an Wertsicherungen und verlangten höhere Bearbeitungsgebühren sowie Zinssätze. Soweit sich Unternehmen der Region direkt an ausländische Banken zu wenden versuchten, blieben die Effekte begrenzt, da internationale Banken zögerlich in ihrer direkten Kreditvergabe an Unternehmen waren. Hinzu kommt, dass der Markt für internationale Direktkredite wenig entwickelt ist, weil internationale Banken ihr Kreditgeschäft vorzugsweise über lokale Tochterbanken abwickeln. Es kann angenommen werden, dass – über die Zuführungen zu den Reserven oder die Erhöhung der Kapitalquoten – notleidende Kredite an die privaten Haushalte auch die Kreditvergabe an die privaten Unternehmen beeinträchtigen.

Ein hoher Anteil notleidender Kredite erhöht den Abschreibungs- und Kapitalbedarf und senkt die Erträge der Banken. Der Abschreibungs- und Kapitalbedarf wird insbesondere durch die Identifizierung und Abwicklung uneinbringlicher Forderungen, d.h. der schlechtesten Klasse notleidender Kredite, bestimmt. Temporäre Zinssenkungen für notleidende Kredite in besseren Klassen entsprechen einem Einkommensverlust. Eine fehlende Transparenz hinsichtlich der Gesamtheit notleidender Kredite und eine nicht an wirtschaftlichen Kriterien erfolgende Einstufung (in der Regel nur an der Überfälligkeit

orientiert) wie in den Westbalkanländern häufig der Fall erhöht die potenziellen Gefahren für die Stabilität der Banken.

Laufende Kosten entstehen durch die Einrichtung von speziellen Abteilungen, die sich mit der Abwicklung der Forderungen, aber auch mit dem Management von Wertsicherungen einschließlich Immobilien und anderem realen Kapital befassen. In den Westbalkanländern ist der Markt für *Assets under Management*, auf dem eine Bank ein Kreditportfolio mit entsprechenden Abschlägen an spezialisierte Investoren (AMCs – Asset Management Companies) verkauft, unterentwickelt. Internationale Investoren schätzen beispielsweise den Markt für zweifelhafte Forderungen in Polen als größer ein als die Märkte Russlands, Kroatiens, der Tschechischen Republik und Ungarns zusammen, nicht zuletzt durch eine starke Beteiligung internationaler Investment Fonds.¹⁵ Ein hoher Anteil von notleidenden Krediten führt auch zu Reputationsverlust gegenüber anderen Banken und erhöht dadurch die Kosten der Refinanzierung. Dadurch wird das bereits erhöhte Zinsniveau für Unternehmen in einem Land mit einer nur geringen Tiefe der Finanzintermediation zusätzlich nach oben gedrückt.

3.5. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DISKUSSION

3.5.1. Die bisherige Politik

Die bisherige Untätigkeit der Geschäftsbanken bei der Lösung des Problems notleidender Kredite beruht auf Fehlanreizen, die von der Politik gesetzt werden:

- › In fast allen Ländern wurden die Bestimmungen für Zuführungen in die LLR durch die Regulierungsbehörde seit 2008 mehrmals gelockert, wobei die Raten der Zuführung – gestaffelt nach der Dauer der Überfälligkeit einer Forderung – gesenkt wurden. Da die Reserven unverzinst sind, setzt eine Lockerung der Zuführungsquoten auch gleichzeitig einen Anreiz für die Banken, bei der Bereinigung ihres Kreditportfolios abzuwarten. Notwendig wäre also das Gegenteil: Eine Verschärfung der Zuführungsregeln und ein drohender Rückgang der Ertragsraten (Return on Equity).
- › Die Regierungen der Länder scheinen vorzugsweise bei einer Umstrukturierung im Unternehmenssektor anzusetzen (mit entsprechend subventionierten Programmen wie im Falle Serbiens) unter der falschen Annahme, dass das Problem vorrangig durch eine Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen und der Exportnachfrage ausgelöst wurde und deshalb im Unternehmens- und Exportsektor zu bereinigen sei. Diese Programme mussten weitgehend ohne positive Effekte bleiben, weil die Ursachen im Bankensystem der Länder (Risikomanagement und Bail-Out-Erwartungen) liegen, ergänzt durch Schwächen im institutionellen Umfeld. Ein erfolgreiches Programm müsste also hier ansetzen.

Ohne Restrukturierung der Kreditportfolios ist ein weiterer Anstieg der notleidenden Kredite zu erwarten. Für die Stabilität des Bankensystems ergeben sich dann höhere Risiken, wenn sich im Zuge der Überprüfung der großen EU-Banken (Stichwort: Bankenunion) ein erhöhter Restrukturierungs- und Rekapitalisierungsbedarf bei jenen Bankengruppen einstellen sollte, die die Kreditvergabe in den Westbalkanländern dominieren. Insofern ist das Zeitfenster für die Lösung des Problems der

¹⁵ http://www.citibank.com/transactionservices/home/securities_svcs/docs/poland_local_insights.pdf. Gelesen: 20.11.2013.

notleidenden Kredite in den Westbalkanländern auf zwei bis drei Jahre beschränkt. Ohne eine Lösung werden die Chancen für ein produktivitätsgeführtes Wirtschaftswachstum auf Dauer geschädigt. Primärziel der lokalen Wirtschaftspolitik sollte daher sein, den Bestand der notleidenden Kredite innerhalb dieses Zeitfensters zumindest auf das jeweilige Vorkrisenniveau zurückzuführen. Dass dies möglich ist, zeigt das Beispiel der Türkei (siehe Box 3.1). Wie schwierig und langwierig dies aber auch sein kann, zeigen in der EU die Beispiele Irland und Slowenien. Allen drei Fällen ist gemeinsam, dass ein extrem hoher Anteil an notleidenden Krediten am Portfolio der Banken mit einer davon unabhängigen Bankenkrise verbunden war, die ohne Restrukturierung und Liquiditätszuführung von außen nicht überwunden werden konnte bzw. kann. In allen drei Fällen war bzw. ist das Bankensystem nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft eine Umstrukturierung des Portfolios vorzunehmen.

BOX 3.1 / DER ISTANBUL-APPROACH (IA)

Die Finanzkrise von 2001 ließ im türkischen Bankensektor nicht nur eine hohe Verschuldung, sondern auch eine große Belastung in Form von notleidenden Krediten auf der Aktiva Seite zurück. Anfang 2001 belief sich der Anteil der notleidenden Kredite am gesamten Kreditportfolio der Banken auf 29% verglichen mit nur 9 % ein Jahr vorher. Im Jahre 2006 waren es nur noch 3,9 %. Zwischen 2002 und 2005 wurden ca. 94 % aller notleidenden Kredite (322 Unternehmen) umstrukturiert. Im Jahre 2007 wurde im Rahmen des IA ein weiteres Programm gestartet. Das Programm umfasste die Umstrukturierung der notleidenden Kredite von 120 mittleren und kleinen Unternehmen (über eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten, die Erneuerung von Krediten an die Unternehmen, die Reduzierung der Schuldsumme, der Zinssätze und/oder der Strafzinsen – bezogen auf jene notleidenden Kredite, die zu den Kategorien B, C und D gehören („NPL-Recovery“). Forderungen der Banken in der Kategorie E, in der der Cash-Flow eines Unternehmens dauerhaft unterhalb der Schuldendienstpflichten liegt, wurden im Zuge der Insolvenz des Unternehmens liquidiert („NPL-Resolution“). Im Falle einer Insolvenz oder Umstrukturierung wurde das Quorum der Zustimmung der Gläubigerbanken von 100 % auf 75 % herabgesetzt. Weitere zentrale Elemente des IA waren die Gründung von Asset-Management-Firmen (AMCs), wobei umfangreiche steuerliche Anreize gesetzt wurden. Dem staatlichen Einlagensicherungsfonds SDIF wurde ermöglicht, sich am Kapital der AMCs mit bis zu 20 % zu beteiligen.

Quelle: Banking Regulation and Supervision Agency (2010).

Die von den Nationalbanken der Westbalkan-Länder durchgeführten Stresstests zeigen, dass das gesamte Bankensystem derzeit noch ausreichend kapitalisiert ist, obwohl einzelne Banken unterkapitalisiert sind. Die Quoten des risikogewichteten Eigenkapitals (Capital Adequacy Ratio – CAR) der Bankensysteme liegen formal oberhalb der Basel II- und –III-Empfehlungen. Diese Beurteilung erfolgt indes unter Vorbehalt: Entsprechende Stresstests nach den sich innerhalb der EU durchsetzenden Regeln haben im Falle Sloweniens weit stärkere Risiken aufgedeckt als die früheren in nationaler Regie durchgeführten Stresstests (siehe Anhang Box 1 im Anhang B). Die Anpassungsmaßnahmen sind erheblich und reichen von der Privatisierung der slowenischen Banken über ihre Rekapitalisierung auch aus dem Staatshaushalt, wenn sich keine externen Kapitalgeber finden, sowie die Gründung einer Bad Bank, für die faktisch der Staatshaushalt bürgt.

Von zentraler Bedeutung ist eine entschiedene Strategie zur Reduzierung der notleidenden Kredite durch die Banken selbst. Eine derartige Strategie liegt derzeit in keinem Westbalkanland vor. Erst wenn eine solche Strategie vorliegt, sollten Aktionen, die den Staatshaushalt kurzfristig und perspektivisch belasten könnten, als Ergänzung erwogen werden.

3.5.2. Elemente eines Programms zur Verringerung der notleidenden Kredite

Das nachfolgend skizzierte Programm hat den Vorteil, relativ schnell implementiert werden zu können und die fiskalischen Kosten zu begrenzen. An prominenter Stelle steht eine schärfere und an internationalen Standards orientierte Bewertung des Portfolios notleidender Kredite – orientiert am „*Loan Accounting Paper*“ des Basel-Komitees von 1999/2006 (Basel Committee, 2006). Auf der europäischen Ebene wird diese Diskussion derzeit unter dem Stichwort der Aktiva-Qualität (*Asset Quality Review-AQR*) geführt. Ein effektives AQR ist die Voraussetzung für effektivere Stresstests, wie das slowenische Beispiel gezeigt hat. Die Aufsichtsbehörde hat zu bewerten, ob die Aktiva und die Sicherheiten einer Bank adäquat und die damit zusammenhängenden Rückstellungen angemessen sind. Die Aufsichtsbehörden der Westbalkanländer sollten internationale Standards anwenden, die derzeit auf der europäischen Ebene (Bankenunion) entwickelt und diskutiert werden. Bilanztests setzen eine größere Transparenz der Bankbilanzen voraus. Dazu sollte auch die Vereinheitlichung der Definitionen der notleidenden Kredite und der Stundungsvereinbarungen – ebenfalls entlang internationaler Standards – dienen. Diese grundlegende Bedingung von Transparenz wird von den Aufsichtsbehörden in den Westbalkanländern bisher noch nicht gesichert. Es ist zu empfehlen, dass die Westbalkanländer die 2013 festgelegten Standards der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) übernehmen.

Gewöhnlich werden notleidende Kredite von einer Bank in mehrere Klassen eingeteilt, wobei die letzte Klasse dem erwarteten Verlust der Forderung entspricht. Die Klassifizierung erfolgt anhand der Zahl der überfälligen Tage bei der Bedienung des Kredits. Erforderlich wäre aber auch eine ökonomische Bewertung, gestützt auf Informationen über den zu erwartenden Cash-Flow eines Schuldners. Diese Informationen kann eine Bank grundsätzlich aus den Kontenbewegungen des Kreditnehmers, aber auch aus Interviews gewinnen. Daraufhin ist eine Entscheidung zu treffen, welche Kredite, die sich noch in „besseren“ Klassen befinden, letztlich der letzten Klasse zuzuführen und abzuschreiben wären. Diese Bewertung ermöglicht es relativ genau, Instrumente wie Zinsreduktionen, Laufzeitverlängerungen, Zahlungsaufschub anzuwenden, auf eine Umstrukturierung des Schuldners zu drängen oder die Forderung abzuschreiben. Ergänzt werden sollte dieses System durch die irische Erfahrung, wonach die Regulierungsbehörde eine permanente Aufsicht über die Reaktion der Banken – u.a. auch durch fortgesetzte Kontakte – ausübt, allein um schon zu verhindern, dass die erwähnten Instrumente (wie in Irland) keine nachhaltige, sondern nur temporäre Entlastung bringen. Ein mit Unterstützung der Weltbank in Montenegro angewendetes ähnliches Modell trug dazu bei, den größten Teil der als B und C klassifizierten Forderungen (überfällig zwischen 31 und 90 Tagen) umzustrukturieren und nur einen kleineren Teil bereits vorzeitig den Verlustkategorien D und E zuzuführen.

Unabhängig von den Stresstests sollte die Regulierungsbehörde zwei Maßnahmen ergreifen und einige weitere in Erwägung ziehen:

- › Erstens sollten Anreize für die Geschäftsbanken beseitigt werden, ihre notleidenden Forderungen nicht unverzüglich und aus eigener Kraft zu bereinigen. Notwendig erscheint eine Verschärfung der Regeln für die Zuführung von Reserven in die LLR. Ein damit verbundener Rückgang der Profitabilität könnte die Banken zwingen, ihr Portfolio umzustrukturieren bzw. ihre internationalen Eigentümer veranlassen, auf eine derartige Sanierung hinzuwirken.
- › Zweitens sollte die Regulierungsbehörde den Geschäftsbanken quantitative und zeitliche (quartalsweise) Vorgaben für die Restrukturierung ihrer notleidenden Kredite setzen. Ein Verfehlen der Ziele durch einzelne Banken könnte seitens der Behörde etwa durch eine erhöhte

Reservezuführung sanktioniert werden. In Irland wurde eine derartige Vorgehensweise gewählt, deren Erfolge sich allerdings nur sehr langsam einstellen (siehe Anhang Box 2 im Anhang B). Dies spiegelt die noch immer unzureichende Kapitalisierung des irischen Bankensystems wider.

Zur Reduzierung der Optionen für Banken in der Handhabung notleidender Kredite könnten auch strengere Anforderungen bezüglich der CARs und der *Leverage Ratios* (bzw. Senkung der Verschuldungsobergrenze) erwogen werden, die eine Alternative zu einer Aufstockung der LLRs aus den Umsätzen darstellt. Die größere Wirkung entstünde bei einer Erhöhung der CAR, da die Banken ihren RoE nur über eine Bereinigung des Kreditportfolios von notleidenden Krediten stabilisieren könnten. Im Falle einer Erhöhung der *Leverage Ratio* wäre dies bereits möglich über eine gleichmäßige Reduktion der Aktiva über alle Risikogruppen hinweg.¹⁶

Die globale Finanzkrise und die Stresstests im Bankensystem wecken erhebliche Zweifel an den gegenwärtig gängigen Kapitalquoten. Auch eine Kernkapitalquote von 8 % ist ja nur eine Empfehlung nach Basel III. CARs von 30 % und mehr sollten wieder in Erwägung gezogen werden. Deshalb sind auch die Bankensysteme der Westbalkanländer mit CARs um die 17 bis 20 % herum als unterkapitalisiert anzusehen, weil das besondere Risiko¹⁷ derzeit nicht abgedeckt sein dürfte. Allerdings müsste bei einer deutlichen Anhebung der CAR oder anderer Reserven bzw. einer Senkung der Verschuldungsobergrenze in Erwägung gezogen werden, dass der bereits beschränkte Spielraum der Banken zur Kreditvergabe weiter eingeengt werden könnte., wenn die (internationalen) Eigentümer der Banken zu keiner Rekapitalisierung bereit sind – ein angesichts ihrer eigenen Schwierigkeiten durchaus realistisches Szenario. Dann kann allerdings eine höhere Eigenkapitalanforderung zusätzlichen Druck auf die Banken ausüben, das Kreditportfolio umzustrukturieren, d.h. den Wert der risikogewichteten Aktiva zu senken. Die Ergebnisse der Regressionen (siehe Anhang B) lassen vermuten, dass eine Reduzierung der notleidenden Kredite (also der höchsten Risikoklasse) um einen Prozentpunkt zu einer erheblichen Ausweitung der Kreditvergabe an den Unternehmenssektor beitragen würde – ohne Berücksichtigung weiterer Bestimmungsgründe etwa 5% bis 6 % nach drei Quartalen. Aus dieser Perspektive erscheint eine Erhöhung der Eigenkapitalerfordernisse als natürliches Element eines Programms, welches die Banken zu eigenem Handeln drängt.

3.5.3. Maßnahmen mit fiskalischen Wirkungen

Mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise entstanden weltweit Restriktionen in der Kreditvergabe durch den Bankensektor. Erste Maßnahmen zielten darauf, mit externen Liquiditätszuführungen die Banken zu stabilisieren, ihr Vertrauen in den Interbankenmarkt zu stärken und die Kreditvergabe an den nicht-finanziellen Sektor zu sichern. Die Maßnahmen umfassten vor allem staatliche Hilfen mit fiskalischen Wirkungen:

- › Der Staat übernimmt die Garantie (Bürgschaften) für in Schwierigkeiten geratene Banken.

¹⁶ Die CAR drückt das Verhältnis des regulatorischen Kapitals zu den risikogewichteten Aktiva aus, die Leverage Ratio zu allen Aktiva. Die Summe der risikogewichteten Aktiva ist größer als die der Aktiva insgesamt und erfordert deshalb ein höheres Eigenkapital.

¹⁷ Hellwig (2014) argumentiert mit der *Leverage Ratio*, d.h. dem Verhältnis zwischen Kernkapital und Bilanzsumme, die gemäß Basel III mindestens 3 % betragen sollte, was einer Verschuldungsobergrenze von 97 % entspräche, und plädiert für 20 bis 30 % - ein Wert, der auch von keinem Westbalkanland erreicht wird, obwohl die Risiken nach unserer Einschätzung dort höher als im EU-Geschäft sind.

- › Der Staat übernimmt Anteile an den Banken und führt diesen (staatliches) Eigenkapital zu. Dies kann bis zur vollständigen Übernahme von sog. systemrelevanten Banken (in Deutschland: Hypo-Real Estate) gehen. Der Staat übernimmt damit nicht nur faktisch die Rolle des letzten Schuldners gegenüber den Gläubigern der betreffenden Banken, sondern kann auch die Eigenkapitalbasis erhöhen. Die Verstaatlichung einzelner Banken wird in der Regel als *ultima ratio* angesehen.
- › Das britische Modell der Bankensanierung sah vor, die Geldhäuser gesetzlich zu zwingen, staatliche Hilfe anzunehmen, wenn sie bestimmte Kriterien - etwa eine Kernkapitalquote von zehn Prozent - nicht einhalten. Das britische System der "kontrollierten Insolvenz" nicht überlebensfähiger Institute, so wird argumentiert, minimiere die Ansteckungsgefahr und die Kosten für die Steuerzahler, denn Anteilseigner würden für Verluste maximal herangezogen.
- › In Deutschland wurde von der Regierung die Gründung von Bad Banks bei einzelnen Instituten präferiert, in die toxische Wertpapiere ausgelagert werden konnten, und für die der Staat garantiert.

In den Westbalkanländern gehörte eine Verstaatlichung der Banken bisher nicht zu den präferierten Optionen der Politik, wohl auch deshalb nicht, weil die Banken größtenteils im Eigentum von EU-Bankengruppen sind. Generell wurden die fiskalischen Kosten einer Bankensanierung vergleichsweise (Ausnahme: Slowenien) gering gehalten und fielen allenfalls über den Umweg von Subventionen an insolvente Unternehmen an. Eine Option mit allerdings potenziell hohen fiskalischen Kosten wäre die Einrichtung einer Bad Bank zur Stabilisierung einzelner insolventer oder illiquider Banken. Die in Frage kommende(n) Bank(en) müssten darüber hinaus systemrelevante Funktionen einnehmen. Erfahrungsgemäß eignet sich diese Option vor allem für Hypothekenkredite mit langer Laufzeit. Wie die Analyse gezeigt hat, ist auch der Anteil der notleidenden Kredite im Sektor der privaten Haushalte in Montenegro besonders hoch (Juni 2012: 18 %), gefolgt von Kroatien und Bosnien und Herzegowina mit knapp 10 % (September 2012). Und wie die ökonometrische Analyse ergänzend gezeigt hat, trägt eine Reduzierung dieser Anteile erheblich zu einer Belebung des Unternehmenskredits bei.

Der institutionelle Vorteil einer *Bad Bank* besteht darin, dass es sich bei ihr nicht um eine Bank im eigentlichen Sinne handelt, sondern um eine Zweckgesellschaft, die deshalb auch ohne Banklizenz arbeiten kann. Die Zweckgesellschaft könnte einen Großteil der uneinbringlichen Forderungen einer Bank gegen Schuldverschreibungen und mit einem Abschlag übernehmen, so dass sich die risikogewichteten Vermögenswerte der Bank deutlich verbessern und damit auch ihre CAR. Dadurch wird Kreditvergabemöglichkeit der Bank wieder ausgeweitet, ebenso, wenn sie die Schuldverschreibungen bei der Zentralbank einreichen kann.

Allerdings sollte die Gründung einer *Bad Bank* erst – wie in Slowenien (siehe Anhang Box 1 im Anhang B) – nach einem ausführlichen AQR erfolgen, um kein *Moral Hazard* zu fördern. Problematisch ist auch, dass eine Bad Bank in jedem Falle zur Übernahme privater Risiken durch die Allgemeinheit führt. Dies wäre kurzfristig zu rechtfertigen, wenn damit die Investitionen und das Wirtschaftswachstum gefördert würden. Langfristig scheint dagegen die Zuführung von neuem Privatkapital in das Bankensystem als bessere Lösung.

3.5.4. Zusammenfassung

Für alle Westbalkanländer besteht dringender Handlungsbedarf zur Lösung des Problems notleidender Kredite. Dazu bedarf es vor allem Anstrengungen des Bankensektors selbst und einer entsprechenden

Verpflichtung der Bankenaufsichtsbehörden, Anreize für ein abwartendes Verhalten bei den Banken zu beseitigen und Anreize zur Lösung des Problems zu setzen. Insoweit kann der Umfang fiskalischer Hilfen gegenüber einem Programm zur Subventionierung des Unternehmenssektors begrenzt werden. Dies gilt für alle Länder, für einige Länder – hier Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Kroatien – bietet sich die Einrichtung einer *Bad Bank* zur Abwicklung notleidender Hypothekenkredite der privaten Haushalte an. Diese Option sollte aber erst nach einer eingehenden Beurteilung der uneinbringlichen Forderungen erwogen werden, um keine Anreize für Banken, soviel wie möglich Hypothekarverbriefungen auf den Staatshaushalt abzuwälzen und damit die fiskalischen Kosten zu erhöhen, zu schaffen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang Asset Quality Review Stresstests, die von Institutionen durchgeführt werden, die unabhängig von Zentralbank und Regierung sind. Auf Basis der Ergebnisse sollte dann auch eine Vereinheitlichung der Standards für notleidende Kredite erfolgen.

Die diskutierten wirtschaftspolitischen Optionen zielen auf eine möglichst kurz- bis höchstens mittelfristige Wiederbelebung der Kreditvergabe durch eine Lösung des Problems der notleidenden Kredite ab. Die Berechnungen zeigten, dass diese Lösung ein erhebliches Potenzial für die Ausweitung der Kredite bietet. Nicht im Zentrum der Betrachtungen standen weitergehende Maßnahmen wie die Einführung der Privatinsolvenz, die Förderung eines Marktes für *Assets under Management* sowie entschiedenere Reformschritte als bisher zur Lösung der sog. *Enforcement*-Probleme. Diese werden natürlich nicht überflüssig, sondern helfen, zukünftig notleidende Kredite effizient und wirksam abzuwickeln.

LITERATUR¹⁸

Ayyagari, M., Demircuc-Kunt, A. und V. Maksimovic (2012), „Financing of Firms in Developing Countries“ World Bank, Policy Research Working Paper 6036.

Banka Slovenije (2013), „Full report on the comprehensive review of the banking system“.
<https://www.bsi.si/en/banking-supervision.asp?Mapald=1601>; online-Zugriff am 27. Oktober 2013.

Banking Regulation and Supervision Agency (2010), „From Crisis to Financial Stability (Turkish Experience)“.
Working Paper.

Central Bank of Ireland (2013), „Mortgage Area Resolution Targets“.

Central Bank of Ireland (2014), „Macro-Financial Review. 2014:1“.
<http://www.centralbank.ie/publications/Documents/Macro-Financial%20Review%202014.1.pdf>; gelesen am 1. Juni 2014.

Basel Committee on Banking Supervision (2006), „Sound credit risk assessment and valuation for loans“.
Bank for International Settlement.

Chen, M. und A. Guariglia (2013), „Internal financial constraints and firm productivity in China: Do liquidity and export behaviour make a difference?“. *Journal of Comparative Economics*, 41, 1123-1140.

Croatian National Bank (2013), „Financial Stability“, No. 11, July. <http://www.hnb.hr/publikac/epublikac.htm>

Djenic, M., Popovic-Avric, S., und L. Barjaktarovic (2012), „Importance of forward contracts in the financial crisis.“ *Journal of Central Banking Theory and Practice*, No. 2, S. 75-96.

European Banking Coordination „Vienna Initiative“ (2012), „Working Group on NPLs in Central, Eastern and Southern Europe“. Online: Zugriff am 1. November 2013:
<http://www.imf.org/external/region/eur/pdf/2012/030112.pdf>

¹⁸ Weitere Literaturverweise siehe im ersten Zwischenbericht.

European Investment Bank (2014), CESEE Bank Lending Survey. H2-2013

Hellwig, M. (2014), "Regulierung der Finanzbranche: "Der Bankensektor muss schrumpfen". Interview mit Martin Hellwig, Spiegel-Online, Zugriff am 30. Juni 2014.

Jakubik, P. und T. Reininger (2013), "Determinants of Nonperforming Loans in Central, Eastern and Southeastern Europe." Oesterreichische Nationalbank, Focus on European Economic Integration, Q3/13, S. 48-66.

King, R. G. und R. Levine (1993), "Finance and Growth: Schumpeter Might Be Right." The Quarterly Journal of Economics, vol. 108 (3), S. 717-737.

Klapper, L., Laeven, L. und R. Rajan (2006), "Entry regulation as a barrier to entrepreneurship." Journal of Financial Economics, vol. 82 (3), S. 591-629.

Krueger, A. und A. Tornell (1999), "The Role of Bank Restructuring in Recovering from Crises: Mexico 1995-98." NBER Working Paper No. 7042, www.econ.ucla.edu/people/papers/Tornell/Tornell238.pdf. Zugriff: 14. 11. 2013.

Sen, K. und C. Kirkpatrick (2011), "A Diagnostics Approach to Economic Growth and Employment Policy in Low Income Economies: The Case of Kosovo." Journal of International Development, 23, S. 132-154.

World Bank (2013), Private and Financial Sector Development Europe and Central Asia Region. "Western Balkan Financial Sectors". Financial Sector Outlook No. 2, p. 3

Datenbanken - online

Bank of Albania – online: Statistics:

http://www.bankofalbania.org/web/Statistics_Entry_230_2.php?kc=0,3,0,0,0

Central Bank of Bosnia and Herzegovina. <http://www.cbbh.ba/>

Central Bank of Kosovo: <http://www.bqk-kos.org/>

Central Bank of Montenegro: <http://www.cb-mn.org/>

Croatian National Bank. 2013. <http://www.hnb.hr/>

Eurostat. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database

Federal Reserve Bank of St. Louis data base online: <http://research.stlouisfed.org/fred2/categories/32264;>

European Central Bank:

http://www.ecb.europa.eu/stats/pdf/130708_ssi_table.pdf?ce6d18fbad7f569f26c3c7e013f03ce9

National Bank of the Republic of Macedonia. Financial Stability Indicators.

<http://www.nbrm.mk/default-en.asp?ItemID=7AC5135E1C568A419A7E1B7EC93725D8>

National Bank of Serbia. 2013b "Consolidated Sheet of the Banking System.

<http://www.nbs.rs/internet/english/80/>

UNESCO Institute for Statistics. 2014. <http://www.uis.unesco.org/ScienceTechnology/Pages/default.aspx>

Data extracted on 18 Mar 2014 16:03 UTC (GMT) from UIS/ISU

WIIW – Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: <http://data.wiiw.ac.at/>

4. Kapitalzuflüsse und reale Aufwertung

4.1. ZIEL UND STELLUNG DER UNTERSUCHUNG

Im vorigen Kapitel wurden die Auswirkungen der Kreditfinanzierung des Unternehmenssektors durch das inländische Bankensystem auf die Wettbewerbsfähigkeit untersucht. Gleichzeitig wurde konstatiert, dass Kredit- und Einlagengeschäft der inländischen Banken in hohem Maße in Fremdwährungen stattfinden. In diesem Kapitel werden nun die grenzüberschreitenden Kapitalströme hinsichtlich ihrer kausalen Beziehungen zum realen Wechselkurs untersucht. Der nachfolgende Abschnitt liefert zunächst einen Überblick über die Entwicklung der grenzüberschreitenden Kapital- bzw. Finanzströme und die sie begleitende reale Aufwertung. Der nächste Abschnitt diskutiert die Ergebnisse ökonomischer Analysen zur Kausalität beider Phänomene und zur Rolle einzelner Finanzströme. In der Gesamtheit der beiden Kapitel entsteht das ungünstige Bild einer Kombination hoher inländischer Finanzierungskosten mit einer realen Aufwertung der Währungen. Der letzte Abschnitt konzentriert sich auf wirtschaftspolitische Optionen wie die Wechselkurspolitik unter Einbeziehung auch geldpolitischer Betrachtungen, und die Anwendung von Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einem Anhang C zu den Techniken und Ergebnissen der ökonomischen Analyse.

4.2. ÜBERBLICK ÜBER DIE ENTWICKLUNG

In der Zahlungsbilanzsystematik umfassen die Kapitalströme die ausländischen Direktinvestitionen, die Portfolioinvestitionen und Andere Investitionen; sie sind in der sog. Finanzierungsbilanz als Brutto- und Nettowerte aufgeführt. Die Position der „Anderen Investitionen“ umfasst eine Vielzahl von Transaktionsformen, die teilweise nicht identifizierbar sind und deshalb in als Residualgröße erscheinen (International Monetary Funds, 2014); die wichtigsten Positionen sind Handelskredite, IWF-Kredite, Entwicklungshilfe (z.B. Weltbank), langfristige Kredite, Währungen und Einlagen im Geschäftsbankensektor infolge von grenzüberschreitenden Transaktionen. In der folgenden Darstellung und Analyse wird, wie in der empirischen Literatur üblich, die Leistungsbilanz als Variable für die Nettokapitalströme verwendet (Reinhart und Reinhart, 2009). Definitionsgemäß ist die Summe der Leistungsbilanz, der Finanzierungsbilanz und Änderungen der offiziellen Reserven gleich Null (in Abwesenheit von Fehlern und Auslassungen). Ein Argument, Änderungen in den offiziellen Reserven auszublenden, verweist darauf, dass sie das Ergebnis administrativer, nicht-privater Entscheidungen sind (Reinhart und Reinhart, 2009).

Die Leistungsbilanz enthält allerdings auch Einkommenstransaktionen und Transferzahlungen, deren Gegenbuchung je nach Charakter in verschiedenen Positionen der Handelsbilanz oder der Finanzierungsbilanz erfolgen kann, wobei eine eindeutige Identifizierung der Gegenbuchung nicht immer möglich ist. Einige Länder des Westbalkans verzeichneten erhebliche Zuflüsse von Lohneinkommen von internationalen Organisationen (Bosnien und Herzegowina) und/oder Arbeitnehmerüberweisungen („Remittances“). Diese Finanztransaktionen sind nur selten Gegenstand von Analysen des realen Wechselkurses (wie etwa bei Bakardzieva et al., 2010). Da sie aber Auswirkungen auf die

Handelsbilanz ausüben, entweder direkt über eine konsumtive oder investive Verwendung, oder indirekt über den realen Wechselkurs, werden sie hier neben den Kapitalzuflüssen ebenfalls berücksichtigt.

Alle Länder des Westbalkans (WB) verzeichneten vor dem Ausbruch der globalen Finanzkrise und der ihr folgenden Abschwächung der internationalen Nachfrage umfangreiche Kapital- und Finanzzuflüsse – wie auch die neuen Mitgliedsstaaten der EU (NMS). In diesem Abschnitt vermitteln die Abbildungen 4.1 bis 4.6 einen Eindruck von Höhe und Dynamik der Nettokapitalzuflüsse und anderer Devisenzuflüsse (alle Angaben in % des BIP) und der Entwicklung des realen Wechselkurses in den sieben WB-Ländern und in sieben NMS-Länder („NMS-7). Aus Abbildung 4.I (im Anhang C) wird – auch mit Blick auf die Skalierung – deutlich, dass die Defizitbildung in der Leistungsbilanz (= Nettokapitalimporte) der WB-Länder stärker ausfiel als in den NMS-7 mit Ausnahme des „Ostbalkanlandes“ Bulgarien. Während nach dem Ausbruch der Krise für Slowenien, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und auch Kroatien der Rückgang bzw. die Stagnation der wirtschaftlichen Aktivität eine deutliche Verbesserung der Leistungsbilanz über die Anpassung der Importe brachte, blieb das Defizit in den Leistungsbilanzen Albaniens, Bosniens und Herzegowinas, Montenegros und Serbiens trotz Wirtschaftskrise weiterhin hoch.

Die meisten Direktinvestitionen (netto) relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zogen vor der gegenwärtigen Krise Montenegro und Bulgarien an (Abbildung 4.II im Anhang C). In alle anderen Länder investierten ausländische Investoren kaum einmal mehr als 10 % des jeweiligen BIP, und wenn doch, dann nur für kurze Zeit. Erstaunlich gering war die Bedeutung für die Volkswirtschaften Polens und Sloweniens. Generell zeigt sich, dass die Relevanz der Direktinvestitionen seit Ausbruch der Krise eher abnahm; besonders deutlich wird dies für die früheren Hauptadressaten Montenegro und Bulgarien.

Ein gänzlich anderes Bild zeigen die Portfolioinvestitionen (Abbildung 4.III im Anhang C). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt fiel ihr Anteil in den Westbalkanländern deutlich niedriger als die Direktinvestitionen aus. Dies galt zwar auch für die NMS, aber der Abstand zwischen beiden Formen der Kapitalströme war nicht so deutlich (somit liefert eine einheitliche Skalierung keine zusätzlichen Einsichten). Dieser Unterschied spiegelt nicht zuletzt auch die besser entwickelten Finanzsektoren in den NMS (siehe Kapitel 3 der Studie). Der zweite unmittelbar sichtbare Unterschied zu den Direktinvestitionen ist die höhere Volatilität, was im Charakter von Portfolioströmen liegt. Käufe und Verkäufe von Wertpapieren auf den Finanzmärkten reagieren deutlich schneller und stärker auf Finanzschocks als etwa die Liquidation von Realkapital.

Ein ähnliches Volatilitätsmuster zeigt auch die Nettoposition der Anderen Investitionen (Abbildung 4.IV im Anhang C). Gemessen am BIP verzeichneten die Westbalkanländer und wiederum das Ostbalkanland Bulgarien bis zur Krise die höchsten Nettozuflüsse. Nach Ausbruch der Krise drehte sich die Bilanz zeitweise stark ins Minus. Da diese Position im Unterschied zu Direkt- und Portfolioinvestitionen zu einem großen Teil aus Krediten aller Art besteht, zeichnete sich eine externe Schuldenfinanzierung ab, die für den Westbalkan und Bulgarien stärker als für die restlichen NMS ausfiel. Nach dem Ausbruch der globalen und europäischen Finanzkrise und Rezession nahm der Anteil dieser Finanzierung für die gesamte Region deutlich ab. Dies gilt deutlich für Kroatien und Serbien, nicht jedoch für Bosnien und Herzegowina, wo bei reduziertem Niveau die Anderen Investitionen weiterhin die Kapitalzuflüsse dominierten. Dieses Bild entspricht einer zunächst leichten und zuletzt immer schwieriger werdenden Refinanzierung des lokalen Kreditgeschäfts über ausländische (EU-) Bankengruppen, wie in Kapitel 3 dargestellt.

Abbildung 4.V (im Anhang C) zeigt die Entwicklung der Summe der privaten Arbeitnehmerüberweisungen und –entlohnungen,¹⁹ die als Transfers bzw. Einkommen in der Leistungsbilanz erfasst werden – wiederum als Anteile am BIP. Die Differenzen zwischen den beiden Ländergruppen WB und NMS-7 waren - soweit Daten zur Berechnung vorlagen (ohne Polen) - erheblich. In den NMS überstieg dieser Anteil zu keinem Zeitpunkt die 3%-Grenze (Angaben über Arbeitnehmerentlohnungen lagen allerdings nicht vor). Unter den Westbalkanländern zeigte lediglich Mazedonien ein ähnlich moderates Niveau. In allen anderen WB-Ländern zeichnet der Saldo der Leistungsbilanz ein noch zu gutes Bild der Wettbewerbsfähigkeit. Dies galt insbesondere für Bosnien und Herzegowina bis weit in das vergangene Jahrzehnt hinein und dürfte mit der Anwesenheit der IFOR-Friedensmission (unter NATO-Kommando) zu erklären sein. Die Gegenbuchung ist wahrscheinlich nicht durchgängig in der Finanzierungsbilanz erfolgt. Eine Korrelationsanalyse zwischen diesen Positionen der Leistungsbilanz und den Anderen Investitionen zeigt nur eine schwache und insignifikante Korrelation (Koeffizient: 0,333; p-Wert: 0.726). Damit können diese Leistungsbilanzpositionen als eigenständige und unabhängige Variable für die Erklärung des realen Wechselkurses herangezogen werden.

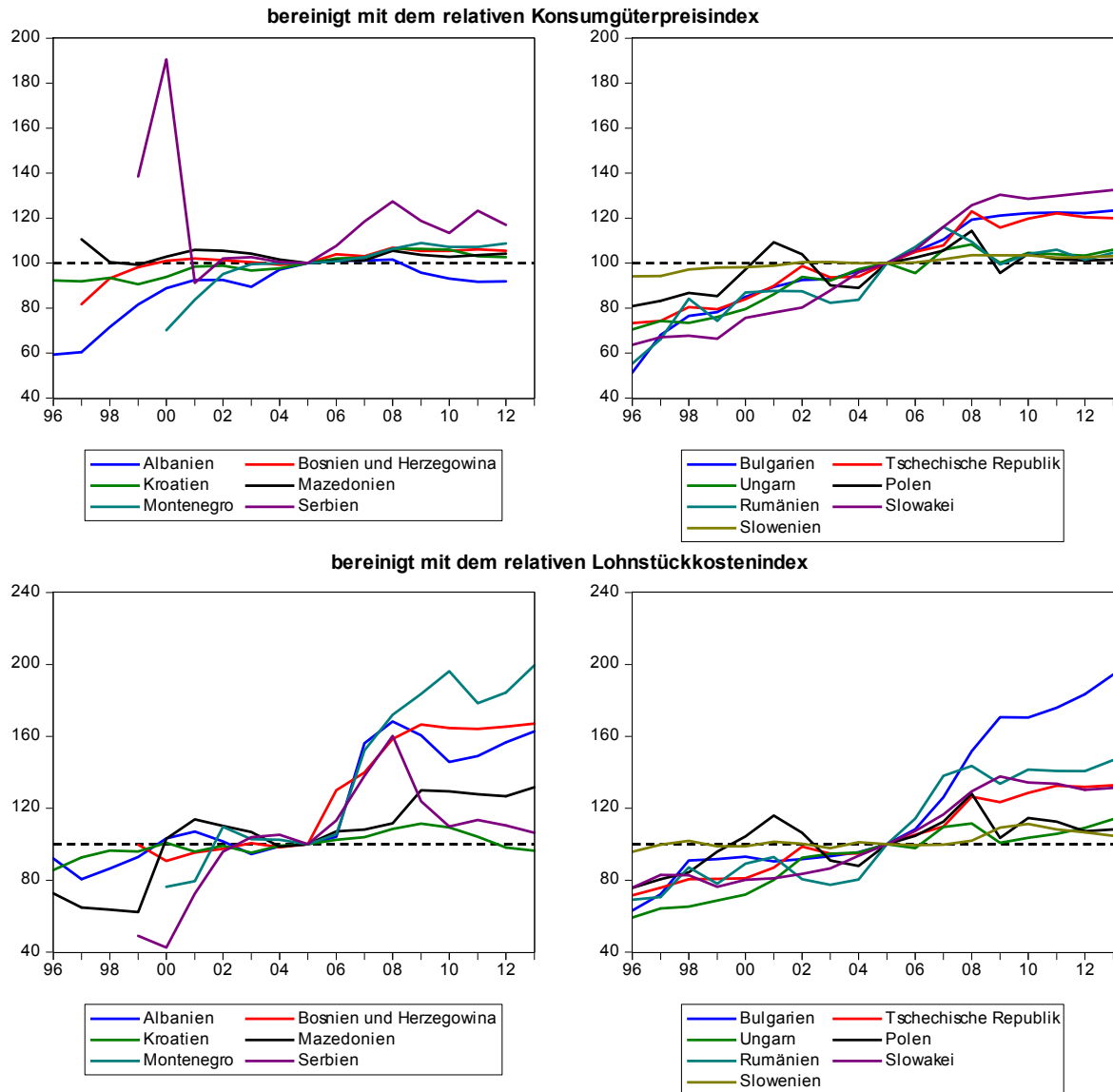
Abbildung 4.1 zeichnet die Entwicklung des realen Wechselkurses nach, die die Bewegungen in der Zahlungsbilanz begleitete. Dabei entspricht ein Anstieg einer realen Aufwertung. Der reale Wechselkurs kann konzeptionell unterschiedlich gefasst werden. Häufig wird der Index des nominalen Kurses mit dem relativen Inflationsindex (inländische zu ausländische Inflationsrate) bereinigt, wobei in der Regel der Index der Konsumgüterpreise verwendet wird. Dahinter steht die Annahme, dass die ausländische Nachfrage nach Exportgütern wie auch die inländische Nachfrage nach Importgütern negativ von den relativen Preisen dieser Güter abhängen. Ein ebenfalls häufig verwendetes Konzept des realen Wechselkurses ist die Bereinigung des nominalen Kurses mit dem Verhältnis der inländischen und ausländischen Lohnstückkosten. Dies ist dann angebracht, wenn angenommen werden kann, dass die relative Lohnstückkostenentwicklung den realen Wechselkurs besser erklärt als das Inflationsdifferenzial. Weitere mögliche Indikatoren basieren auf einer Bereinigung mit den relativen Produzentenpreisen, auf einer Gewichtung mit Handelsanteilen („effektive Kurse“) oder auf dem Verhältnis der Preise für nicht-handelbare Güter zu denen der handelbaren. Diese Studie beschränkt sich auf die beiden zuerst genannten, zum einen, weil die Lohnstückkostenentwicklung auch in den Produzentenpreisen zum Ausdruck kommen sollte, zum anderen, weil für die anderen Konzepte keine Daten in ausreichender Menge vorlagen (zu den Einzelheiten der Berechnung siehe den Anhang C „Datenquellen“). Mit den relativen Lohnstückkosten wird auch der Bogen zu Kapitel 5 geschlagen, in dem der Arbeitsmarkt hinsichtlich seiner Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der WB-Länder untersucht wird.

Für alle Länder (für den Kosovo lagen keine oder keine vergleichbaren Angaben vor) ist seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und bis 2009 eine fortgesetzte reale Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem Euro bzw. seinen Vorgängerwährungen in Einklang mit den Nettokapital- und Finanzzuflüssen zu beobachten. Seitdem nahmen die Zuflüsse erheblich ab, aber der reale Wechselkurs zeigte bestenfalls eine verzögerte Korrektur nach unten dort, wo die Volkswirtschaften mit Abwertungen ihres nominalen Wechselkurses auf die Finanzkrise zu reagieren vermochten (Polen, Ungarn, Serbien, Albanien). Die Baltischen Länder, die hier nicht angeführt sind, passten sich über eine sog. interne Abwertung an, da ihnen das Wechselkursinstrument fehlt. Die interne Abwertung umfasste insbesondere eine Senkung

¹⁹ Letztere von internationalen Organisationen.

der Lohnkosten. Albanien ist unter den hier aufgeführten Ländern insofern eine Ausnahme, als der inflationsbereinigte, nicht aber der lohnstückkostenbereinigte Wechselkurs abwertete.

Abbildung 4.1 / Die Entwicklung des Index der realen Wechselkurse (2005 = 100)^a



a Relativer Konsumgüterpreisindex: zum entsprechenden Index der EU. Relativer Lohnstückkostenindex: zum entsprechenden Index des Euro-12-Gebiets (siehe auch Annex).

Quellen: wiiv-Datenbank; Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung.

Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit wurde in den meisten Fällen maßgeblich durch die relative Lohnkostenentwicklung und weniger durch die allgemeine Inflationsrate verursacht. Ganz deutlich wird, dass sich die Aufwertung des realen Wechselkurses in vier der Westbalkanländer sogar in der Krise fortsetzte. Dies könnte darauf hinweisen, dass in der gesamtwirtschaftlichen Lohnfunktion Verteilungsziele, die Starrheit von Tarifverträgen und nicht-ökonomische Ziele dominierten.

Dies dürfte besonders in jenen Ländern ausschlaggebend gewesen sein, die über keine eigene Währung verfügen (Montenegro) oder ein Currency Board keine Flexibilität erlaubt (Bosnien und Herzegowina). Es dürfte aber auch in Kroatien und Mazedonien zum Tragen kommen, wo die Flexibilität des Wechselkurssystems eingeschränkt ist (siehe dazu Abschnitt 4.4). Diese Länder hätten dem Weg der Baltischen Länder folgen können, die ihren realen Wechselkurs über eine interne Abwertung, d.h. faktisch über eine Senkung der Geldlöhne, anpassten, was sie aber nicht taten. Ein systematisches Bild des Zusammenhangs zwischen Wechselkursarrangement und realem Wechselkurs einerseits und der Transmission von Kapitalströmen zeichnet sich allerdings nicht ab. Das Wechselkurssystem Serbiens ist flexibler als das Kroatiens, und trotzdem fand in beiden Ländern eine Korrektur des realen Kurses nach unten statt (in Serbien stärker als in Kroatien). Auffallend ist auch die starke reale Abwertung für Albanien nach 2009, wenn man auf den mit dem Inflationsdifferenzial bereinigten Kurs blickt, gegenüber der weiterhin starken realen Aufwertung nach den relativen Lohnstückkosten, obwohl das albanische Wechselkurssystem de-facto dem serbischen nahe kommt. Zuletzt ist es trotz des Verfalls des Euro gegenüber dem US-Dollar zu einer Fortsetzung der Abwertung des realen effektiven Wechselkurses der serbischen und albanischen Währung gekommen. Dieser Prozess, der sich günstig auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporte beider Länder auswirkt, spricht generell für eine Flexibilität des nominalen Wechselkurses. Die Vorteile müssen aber auch gegen die Nachteile abgewogen werden; dies ist Gegenstand der Diskussion in Abschnitt 4.4.1.

4.3. EMPIRISCHE ANALYSE UND DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Der vorige Abschnitt hat zunächst nur gezeigt, dass die grenzüberschreitenden Kapitalzuflüsse von einer Aufwertung des realen Wechselkurses „begleitet“ wurden. Der Begriff „Begleitung“ ist angemessen, weil die Literatur nur sehr wenige Studien bietet, in denen die eine empirische Erscheinung auf die andere unter Separierung weiterer Faktoren bezogen wurde. Dieser „Mangel“ ist erstaunlich, weil die Annahme einer bestimmten Kausalität wirtschaftspolitische Bedeutung besitzt. Ein Beispiel dafür ist der *Euro Plus Pakt*, der von 23 EU-Ländern im März 2011 verabschiedet wurde. Der Pakt sieht zu hohe Lohnstückkosten in EU-Defizitländern als Ursache der finanziellen Ungleichgewichte an. Während also die Ursache-Wirkungskette von den inländischen Bestimmungsfaktoren über die Leistungsbilanz hin zur Finanzierung verläuft, befasst sich eine umfangreiche Literatur auch mit einer umgekehrten Wirkungskette (für einen Überblick vgl. Gabrisch und Staehr 2014). Während also die angenommene Wirkungskette des Euro-Plus-Pakts Reformen in den Sozialsystemen, der Arbeitsmarktstrukturen und des fiskalischen Sektors in den Defizitländern nahelegt (European Council 2011), schließt die umgekehrte Kausalität die Anwendung von Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen und – sofern ein Land noch über eine eigene Währung verfügt – Anpassungen des Wechselkursarrangements ein.

Der Literatur fehlt ein Test auf die jeweils angenommene Kausalität. Eine Ausnahme ist Morande (1988), der mit kleineren Vektor-Autoregressionsmodellen (VAR) und Monatsdaten für Chile der Jahre 1977-83 testete, ob eine reale Aufwertung vor oder nach den Kapitalzuflüssen stattfand. Das Ergebnis war eindeutig: Die Richtung verlief von der Kapitalbilanz zum realen Wechselkurs. Zu dem gleichen Ergebnis kamen Gabrisch und Staehr (2014), die mit Granger-Kausalitäten und VAR-Modellierung die Kausalität für die EU-Länder für den Zeitraum 1995 bis 2015 testeten. Im Unterschied zu Morande (1988) standen im Zentrum der Tests die relativen Lohnstückkosten als Indikator einer realen Aufwertung. Die Studie gehört zu den wahrscheinlich wenigen, die die Relevanz der Kapitalströme für

die Wettbewerbsfähigkeit in der Debatte über die Europäischen *Governance*-Reformen betonen. Kausalität bedeutet, dass eine vermutete Ursache ihrer Wirkung zeitlich vorhergehen muss, d.h. die erklärenden Variablen sind statistisch immer zeitlich verzögert. Hier wird der Granger-Kausalitätstest verwendet. Die methodischen Einzelheiten für den durchgeführten Test sowie die Ergebnisse in tabellarischer Form sind im Anhang C angeführt. Nachfolgend wird eine nicht-technische Zusammenfassung der Ergebnisse präsentiert.

Für die Westbalkanregion zeigen die Tests, dass eine Verschlechterung der Leistungsbilanz (= Zunahme der Nettokapitalimporte) statistisch kausal für eine reale Aufwertung war und nicht umgekehrt. Dabei fiel die Signifikanz eines Zusammenhangs mit den relativen Lohnstückkosten deutlich höher aus als mit dem Inflationsdifferenzial, so dass hier unterschiedliche Übertragungskanäle am Werk gewesen sein dürften. Ein Anstieg der Lohnstückkosten schlug sich offenbar nicht in einem entsprechenden Anstieg der inländischen Inflation nieder, u. a. auch, weil die Importkonkurrenz den Inflationsdruck verringerte. Für die wirtschaftspolitische Diskussion folgt daraus, dass gesamtwirtschaftliche („makroprudentielle“) Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Westbalkanregion auch, und vielleicht an zentraler Stelle, eine Abwehr destabilisierender Kapitalimporte umfassen sollten. Dasselbe statistische Ergebnis zeigt sich nicht für die NMS-7. Der Kausalitätstest bestätigt eher die Annahme, dass die Veränderungsrate des realen Wechselkurses ursächlich für Veränderungen der Nettokapitalzuflüsse war und nicht umgekehrt. Allerdings wiesen die zeitverzögerten Werte des realen Wechselkurses das „falsche“ (= positive, statt negative) Vorzeichen auf; d.h. der Anstieg der relativen Lohnstückkosten war statistisch kausal für eine Verbesserung der Leistungsbilanz, bzw. zu einem Rückgang der Nettokapitalzuflüsse) – ein Ergebnis, das in keinem Zusammenhang mit den gängigen Theorien des Wechselkurses steht.

Belastbare Rückschlüsse auf Übertragungswege der grenzüberschreitenden Kapitalströme kann die Kausalitätsanalyse allerdings nicht liefern. Die Literatur kennt aber durchaus eine Reihe von möglichen Erklärungen:

- › *Dutch-Disease*: In diesem Modell (Sy und Tabarraei 2009, Edwards 1988, Corden und Neary 1982, Lartey 2008) führt ein plötzlicher, aber permanenter Einkommenszuwachs (oder Kapitalimport) in fremder Währung zu steigenden Importen und zu einer Unterminierung der industriellen Basis; dies kommt einer realen Aufwertung gleich. Dieses Modell wird beispielsweise in der neueren Literatur zur Erklärung unzureichender Effekte von Entwicklungshilfe verwendet (Rajan und Subramanian 2005).
- › Eine andere Erklärung ist das durch Kapitalimporte ergänzte *Balassa-Samuelson*-Theorem (Belke und Dreger 2011). Die Übertragung der Effekte aus Kapitalimporten in den realen Wechselkurs erfolgt über den Lohnzusammenhang zwischen den Sektoren handelbarer und nicht-handelbarer Güter, wobei ein Lohnanstieg bei handelbaren Gütern dem Produktivitätsanstieg folgt und in den Sektor der nicht-handelbaren Güter übertragen wird. Häufig ist diese Erklärung allerdings wenig überzeugend, weil ein Anstieg der Lohnstückkosten auch im Sektor der handelbaren Güter stattfindet.
- › Modelle, die auch die Finanzmärkte und Finanzmarktprozesse einbeziehen, stellen vor allem auf *Vermögenspreisspekulation* ab und folgen Minskys *Financial Instability Hypothesis* (Minsky, 1982): Anleger bilden mit zeitlichem Abstand zu einer Krisenphase euphorische Erwartungen über die zukünftige Entwicklung der Vermögenspreise und berücksichtigen nicht mehr die Fundamentalwerte der Anlagen. Direktinvestitionen (im Immobiliensektor) aber auch Investitionen in Finanztitel

(Portfolioinvestitionen) können zu einem Vermögenspreisboom beitragen, der zu einem allgemeinen Anstieg der Nachfrage führt und sich bis in den Arbeitsmarkt fortsetzt und einen persistenten Lohnstückkostenanstieg bewirkt. Obwohl die Transmissionskanäle theoretisch noch wenig beschrieben sind, ist dieser Zusammenhang empirisch für Irland (Nyberg Report, 2011) und Spanien (Poncela 2012) diagnostiziert worden. Für den Westbalkan erscheint diese Erklärung nicht ausgeschlossen, als nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen und dem Beginn einer neuen Reformära positive Erwartungen bei Investoren und Anlegern durchaus fundiert waren, sich aber angesichts politisch stabilerer Verhältnisse in euphorische Erwartungen verwandelt haben. Investitionen in den Immobiliensektor (Montenegro und Kroatien) könnten zu einem allgemeinen Nachfrageboom beigetragen haben, der auf dem Arbeitsmarkt zu steigenden Lohnstückkosten führte.

- › *Carry Trade*: Das für kurzfristige spekulative Anlagen am besten beschriebene Modell ist das des *Currency Carry Trades*, bei denen Händler auf den Devisenmärkten in Währungen mit hoher Verzinsung investieren und sich dazu in Währungen mit niedriger Verzinsung refinanzieren. Der Übertragungsweg verläuft dabei über Depositen im Bankensektor (also Andere Investitionen). Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat in der Vergangenheit eine Reihe von Zielwährungen von *Carry Trades* identifiziert, darunter die tschechische Krone und den ungarischen Forint (Gyntelberg und Remolona, 2007). Hayward hat in seiner Dissertationsarbeit beträchtliche Niveaus von Zinsspekulation in neuen Mitgliedsstaaten der EU einschließlich Kroatien diagnostiziert (Hayward, 2014), wobei *Carry Trades* kein Preisarbitrage repräsentiert und somit zu einer dauerhaften realen Aufwertung beitragen kann. Negative Effekte auf die relative Lohnstückkostenposition sind dabei jedoch nicht begründet. Kurzfristige Spekulation verursacht eher einen Anstieg des Inflationsdifferenzials, wie die Kausalitätsanalyse (Tabelle 4.C im Anhang C) zeigt. Soweit eine höhere inländische Inflation auch zu höheren Löhnen führt, bleiben die Reallöhne ja konstant.

Die Kausalitätsanalyse kann auch keine Hinweise auf einzelne Komponenten der grenzüberschreitenden Finanzströme liefern. Dazu wurde in einem ergänzenden Schritt ein strukturelles Modell geschätzt, in dem der reale Wechselkurs auf Veränderung einzelner Komponenten der grenzüberschreitenden Kapital- und Finanzflüsse regressiert wurde. Ein Ergebnis war, dass Arbeitnehmerüberweisungen und aus dem Ausland bezogener Arbeitslohn weder zu einem Anstieg der lokalen Lohnstückkosten noch des Inflationsdifferenzials beitragen, und zwar unabhängig von der Wahl der realen Wechselkursvariablen. Vielmehr zeichnete sich eher eine Verbesserung der Lohnstückkostensituation bzw. ein Abbau des Inflationsdifferenzials ab. Insbesondere die Arbeitnehmerüberweisungen, die in der Westbalkanregion erheblich waren, könnten zur Finanzierung von Unternehmensneugründungen gedient haben, in denen die Arbeitskosten niedriger ausfielen als im Rest der Wirtschaft. Dieses Bild gilt auch für die NMS. Eine *Dutch-Disease*-Problematik liegt also eher nicht vor.

Was die Komponenten der Kapitalzuflüsse betrifft, so zeichnete sich für die Westbalkanländer ein deutlicher Beitrag zu einem Anstieg der relativen Lohnstückkosten ab, nicht jedoch zum Inflationsdifferenzial. Das Ergebnis des Kausalitätstest wiederholte sich. Aber es zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zu den NMS-7: Direktinvestitionen trugen dort deutlich und signifikant zu Rückgang der relativen Lohnstückkosten bei. Erklärlich ist die geringe produktivitätssteigernde Wirkung in den Westbalkanländern vor dem Hintergrund eines großen Anteils von Direktinvestitionen in traditionelle Dienstleistungen und den Immobiliensektor – dies trägt Zeichen eines Immobilienpreisbooms wie er ähnlich für Irland und Spanien beschrieben wurde. Gleiches gilt für

Portfolioinvestitionen und Andere Investitionen, die einen hohen Erklärungswert für die Entwicklung der Lohnstückkosten, weniger dagegen für das Inflationsdifferenzial besitzen. Auch hier zeigen sich Unterschiede zu den NMS: In diesen haben die Portfolioinvestitionen keinen signifikanten Einfluss auf die Lohnkostenentwicklung – etwa über spekulative Finanzanlagen. Dies ist schon wahrscheinlicher in den Westbalkanländern, wo ein derartiger Vermögenspreisboom über den Investitionsgütersektor in die reale Wirtschaft – und damit auch den Arbeitsmarkt – übertragen worden sein dürften.

4.4. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DISKUSSION

Kapitalzuflüsse haben bis zum Ausbruch der Krise zu einer massiven realen Aufwertung der Währungen der Westbalkanländer geführt. Ihre Abschwächung und teilweise Umkehr in den Krisenjahren hat zu keiner Korrektur der realen Aufwertung beigetragen, dafür jedoch zu einer inländischen Kreditbeschränkung und höheren Finanzierungskosten. Das Problem der Länder besteht nun darin, Exportüberschüsse (=Nettokapitalexporte) zu erreichen, ohne eine weitere Beschränkung der inländischen Finanzierung und des Einkommensniveaus zu riskieren. Wenn kein sozialer Konsens erreicht werden kann, durch eine Senkung der Geldlöhne („interne Abwertung“) die Wettbewerbsposition kurzfristig zu verbessern, bleibt nur der längere Weg von Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivitätsentwicklung, was entsprechende Anpassungen in der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik erfordert. Die nachfolgende Diskussion beschränkt sich auf Optionen zur Abwehr unerwünschter bzw. Förderung erwünschter Kapitalzuflüsse: Anpassungen im Wechselkursarrangement und Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen.

4.4.1. Wechselkurspolitik und -arrangement

Die Wechselkurspolitik, die angesichts der Herausforderungen von Kapitalzuflüssen und -abflüssen betrieben werden kann, hängt von der Wahl des Wechselkursarrangements ab. Diese Wahl fußt jedoch auf weiter gefassten Überlegungen als nur auf Aspekten der Fremdwährungszuflüsse, insbesondere geldpolitische Ziele, Ziele in der Haltung internationaler Reserven sowie in der Abwehr internationaler Finanzkrisen. Insofern sinkt die Effektivität der Wechselkurspolitik zur Vermeidung einer unerwünschten realen Abwehr mit der Anzahl der Ziele, die die Wechselkurspolitik zu beachten hat.

Während die Finanzkrisen der 1990er Jahre zu erheblichen Anpassungen in den Wechselkursarrangements geführt hatten, wobei der Übergang zu flexibleren Arrangements den globalen Trend bestimmten, haben sich die Systeme in den vergangenen 15 Jahre eher stabilisiert, woran auch der Ausbruch der globalen Finanzkrise nichts geändert hat. Soweit Änderungen erfolgten, waren dafür vorwiegend Änderungen des geldpolitischen Rahmens ausschlaggebend. Dies gilt beispielsweise für einige NMS der EU, die sich nach ihrem Beitritt zur Union im Jahre 2004 auf die Übernahme des Euro und damit der Geldpolitik der EZB vorbereiteten und im Zuge dieser Vorbereitungen dem Europäischen Wechselkursmechanismus beitraten. Andere NMS wie Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und Rumänien behielten das nach den Finanzkrisen Ende der 1990er Jahre gewählte System freier Kurse bei – ebenso, wie die Baltischen Länder und Bulgarien an ihrem *Currency Board* festhielten und von dort aus unmittelbar dem Euro-Gebiet beitraten bzw. beizutreten beabsichtigen. Auch die Wechselkurssysteme in der Westbalkanregion zeichnen sich durch Stabilität aus. Soweit krisenbedingt Anpassungen erfolgten, gingen sie von Änderungen in den Reservezielen (Albanien 2012) oder in der Anwendung geldpolitischer Instrumente (Serbien) aus. Tabelle 4.1 gibt

einen Überblick über die gegenwärtigen De-Facto-Wechselkursarrangements in der Westbalkanregion im Zusammenhang mit dem jeweiligen geldpolitischen Rahmen und dem Inflationsdifferenzial zum Eurogebiet.

Tabelle 4.1 / Klassifizierung der De-facto Wechselkursarrangements im Westbalkan nach der Reklassifizierung 2009

	De-Facto Arrangement	Bedeutung	Geldpolitischer Rahmen	Inflations-differenzial zum Euro 2013 in Prozentpunkten
Albanien	Floating	Flexibilität gegenüber Euro eingeschränkt; mit Devisenmarkt-interventionen	Inflationsziel 2009 bis 2011 und 2012-2014: 3 %	0,9
Bosnien und Herzegowina	Non-floating	Currency Board (Euro)	regelbasiert	-1,4
Kosovo	Keine eigene Währung	Euro als offizielle Währung	Keine separate Geldpolitik	
Kroatien	Non-floating	Crawl-like ^a (gleitende Parität gegenüber Euro)	Wechselkursziel	1,3
Mazedonien	Non-floating	„Stabilized arrangement“ ^b (= peg-like gegenüber Euro) (Band)	Wechselkursziel	1,9
Montenegro	Keine eigene Währung	Euro als offizielle Währung	Keine separate Geldpolitik	1,2
Serbien	Floating	Ohne Devisenmarktinterventionen	Inflationsziel: 2009-2011: 2-4 %; 2014-2016: 4 %	13,1

a „Crawl like“: Spot market exchange rate bleibt über mindestens sechs Monate in den Grenzen von 2 % Abweichung von einem statistisch identifizierten Trend. – b „Stabilized arrangement“: spot market exchange rate, die über mindestens sechs Monate in den Grenzen von 2 % bleibt.

Quelle: International Monetary Fund (2013); Eurostat; wiiw-Datenbank.

Ein frei floatender Wechselkurs wird von Albanien und Serbien bevorzugt. Er besitzt den Vorteil, dass die höhere Volatilität des Wechselkurses das Risiko für kurzfristige spekulative Anlagen bei gegebenem Zinsdifferenzial erhöht. Allerdings können *Carry Trades* auch in Phasen auftreten, in denen das Zinsdifferenzial weit genug ist, um die Volatilität eines flexiblen Wechselkurses abzudecken. Er besitzt darüber hinaus den Vorteil, dass die Unabhängigkeit der Geldpolitik von grenzüberschreitenden Finanzbewegungen bei der Sicherung des internen und externen Gleichgewichts gewahrt bleibt und die Notenbank als *Lender of Last Resort* auftreten kann. Die Ausrichtung der Geldpolitik auf ein mittelfristiges Inflationsziel ist effektiver als bei einem fixierten Kurs, so dass es besser gelingt, die Inflationserwartungen zu stabilisieren. Grenzüberschreitende Kapitalzuflüsse in den Finanzsektor führen dann zwar zu einer realen Aufwertung der Währung, aber nicht zu einer höheren Inflationsrate, denn die Aufwertung reduziert die internationale Komponente der Geldbasis. Dagegen würde bei einer plötzlichen und starken Umkehr der Kapitalströme nicht nur mit einer nachfolgenden nominalen und realen Abwertung zu rechnen sein (Beispiel Serbien 2009, 2012 und Albanien 2009), sondern auch mit einer höheren Inflationsrate, da die Abwertung die internationale Komponente der Geldbasis ausweitet. Diese rein theoretische Betrachtung muss aber ergänzt werden durch die kombinierten Wirkungen aus dem Preiseffekt (Abwertung) und dem Mengeneffekt (Abzug von Kapital aus dem Finanzsektor), die in der Regel nicht symmetrisch auftreten. Wenn der prozentuale Abzug von Kapital aus dem Finanzsektor stärker ausfällt als die prozentuale Abwertung, steigt zwar die Geldbasis wegen der Abwertung, gleichwohl kann es zu einer Kreditrestriktion mit realen Folgen kommen, wenn das Kreditgeschäft vorwiegend in internationaler Währung erfolgt wie in allen Ländern des westlichen Balkans. Tatsächlich ist dann auch eine Reduzierung der Inflationsrate von der Nachfrageseite her möglich. Dieser Effekt

könnte erklären, warum in Serbien 2009 und 2012 die nominale Abwertung mit einer Abschwächung der Inflation einherging (in der Tat sank der Dinar-Wert der *Net Foreign Assets* des Geschäftsbankensektors in den Jahren 2011 und 2013). Ein expansiver Impuls der Geldpolitik über eine Ausweitung der inländischen Komponente der Geldbasis könnte dann stabilisierend wirken. Voraussetzung für den Erfolg ist allerdings, dass dadurch die Inflationserwartungen nicht steigen, was weniger problematisch ist bei einem niedrigen Inflationsdifferenzial zum Euro (Albanien) als bei einem hohen (Serbien). Nicht nur die höhere Reaktionsfähigkeit der Geldpolitik, sondern auch die Schwierigkeit der geldpolitischen Steuerung in einem floatenden Arrangement in einem ungünstigen makroökonomischen Umfeld wird deutlich im ziemlich schnellen Wechsel der Offenmarktpolitik in Serbien: angesichts einer sinkenden Inflationsrate zunächst im Juli 2012 zu liquiditätserweiternden zweiwöchigen Repotransaktionen und dann wieder zurück zu liquiditätsabsorbierenden im Dezember desselben Jahres (IMF 2013).

Das bestehende Wechselkurssystem Albanien wird bereits als ein „Managed Float“ beschrieben, da der Notenbank Devisenmarktinterventionen zum Aufbau von Reserven erlaubt sind, auch wenn dadurch eine Ausweitung der Basisgeldmenge einher geht. So wechselte die Nationalbank im Jahre 2012 ihr Interventionsverhalten. Während sie davor intervenierte, um ein Nettoreserveziel in internationaler Währung zu verfolgen, strebt sie nunmehr an, Reserven zu halten, die ausreichen, um die Importe des Landes für vier Monate sowie die kurzfristige Verschuldung zu decken. Eine derartige Strategie geriete dann nicht in Konflikt mit dem Inflationsziel, wenn die Notenbank die inländische Nachfrage als schwach einschätzt, wie letztens in Albanien. Der Aufbau von Reserven wäre auch dann gerechtfertigt, wenn die Nationalbank zur Überzeugung kommt, dass die Kapitalzuflüsse vorwiegend spekulativen Charakter besitzen oder wenn ein Übergang von einem freien zu einem intermediären oder fixen Wechselkursarrangement erwogen wird, welches bekanntlich ausreichende Reserven der Notenbank zu seiner Verteidigung voraussetzt.

Der große Nachteil eines frei floatenden gegenüber einem fixierten Wechselkurses ist allerdings die höhere Volatilität des realen Kurses in der kurzen Frist. In der Regel erweist sich diese höhere Volatilität als Hindernis der Exporttätigkeit, so dass Exporteure zur Währungssicherung greifen müssen. Wenn allerdings Währungssicherung als zu teuer angesehen wird oder einfach der fehlenden Märkte wegen nicht möglich ist, wird ein volatiler Wechselkurs zu einem Exporthemmnis. Wie Kapitel 3 gezeigt hat ist Währungssicherung in der Westbalkanregion, aber besonders in Albanien, Serbien und Kroatien eher die Ausnahme. Besonders kostenträchtig ist *Hedging* für kleine und mittlere Unternehmen und Neugründungen. Insofern ist zu erwägen, ob nicht bei einem fixen Wechselkurs die Exportpotenziale besser genutzt werden können ohne dass unerwünschte Effekte von Kapitalzuflüssen wie auch – Abflüssen eintreten.

Bei einem Wechselkursarrangement mit einem fixierten Wechselkurs im traditionellen Sinne, bei der eine Änderung der zentralen Parität möglich ist, ist die Geldpolitik möglicherweise durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, den Einfluss von Kapitalzuflüssen auf ihr Inflationsziel zu sterilisieren. Kapitalzuflüsse erhöhen die ausländische Komponente der Geldbasis, so dass das Inflationsziel der Notenbank unterlaufen und eine Aufwertung des realen Kurses ausgelöst werden könnte. Dem steht der Vorteil gegenüber, dass die Exporteure Planungssicherheit besitzen und kein *Hedging* betreiben müssen. Insofern kommt ein fixierter Kurs dem institutionellen Umfeld der Westbalkanländer entgegen. Kommt eine Notenbank zu dem Schluss, dass die Kapitalzuflüsse einen unerwünschten Einfluss auf die monetären Aggregate und den realen Wechselkurs ausüben, steht ihr neben Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen als Instrument nur die Sterilisierung der Effekte der Zuflüsse zur Verfügung. Problematisch wird es allerdings dann, wenn die Kapitalzuflüsse zu stark sind und die

Kosten der Sterilisierung zu groß werden, wobei hier insbesondere ein Zielkonflikt mit der Fiskalpolitik ausgelöst werden kann. Zudem können andauernd hohe Zinsen weitere und weniger erwünschte Kapitalzuflüsse im kurzfristigen spekulativen Bereich auslösen.

Sterilisierung erfolgt in den meisten Fällen über Offenmarktoperationen der Notenbank, indem sie durch den Verkauf von inländischen Schatzbriefen ausländische Währung erwirbt und damit den Effekt der vorhergehenden Devisenmarktintervention (Verkauf von Devisen) ausgleicht. Allerdings bestehen zwei Restriktionen für eine derartige Politik. Erstens könnten die fiskalischen Kosten hoch sein, wenn der Zinssatz auf Staatspapiere höher ist als auf Papiere in internationaler Währung (z.B. in Euro) – ein übliches Phänomen in den neuen Marktwirtschaften des Westbalkans. Zweitens könnte der Markt für Regierungspapiere sehr eng sein – auch dies trifft für die Westbalkanländer zu. In diesen Fällen könnte eine weniger orthodoxe Sterilisierung erfolgreicher sein, wenn sie auf eine Erhöhung der Mindestreservesätze der Banken oder auf eine Verschiebung der Regierungseinlagen von den Geschäftsbanken zur Zentralbank setzt. Der erste Fall käme einer Steuer für das Geschäftsbankensystem gleich, die anfällt, wenn Banken sich zu stark im Ausland refinanzieren. In beiden Fällen verlöre das Geschäftsbankensystem an Profitabilität aus Geschäften mit ausländischen Banken (für einen Überblick siehe Goldstein 1995).

Umgekehrt können zu starke Kapitalabflüsse zu realen Kosten über eine Erhöhung des Zinsniveaus und zu Problemen im Bankensektor führen. Die Option, eine Finanzkrise mit nachfolgender realer Abwertung zuzulassen, dürfte angesichts der bekannt hohen volkswirtschaftlichen Kosten wenig empfehlenswert sein. Dagegen könnte die Notenbank im Falle eines unerwünschten Kapitalabflusses die Geldbasis stabilisieren, indem sie Staatspapiere für ausländische Währung ankauft. Dies könnte unter den Umständen des Westbalkans die fiskalischen Kosten senken, könnte aber auch am mangelnden Erfolg einer Platzierung entsprechender Bonds auf den internationalen Finanzmärkten scheitern. In diesem Falle wäre spiegelbildlich eine Senkung der Mindestreservesätze für Banken in Betracht zu ziehen, was allerdings ein gesundes Geschäftsbankensystem voraussetzt, das Kredite zu risikoadäquaten Konditionen vergibt – ein Problem, welches in Kapitel 3 diskutiert wurde. Es bleibt somit eine expansive Geldpolitik, die, weil sie die inländischen Zinsen niedrig hält auch Anreize für spekulative Geldzuflüsse beseitigt. Auf diese Weise würde die inländische Komponente der Geldbasis verstärkt werden, was den positiven Nebeneffekt einer De-Euroisierung hätte.

Kein Westbalkanland besitzt einen fixen Wechselkurs im traditionellen Sinne. Das *Currency Board*, welches Bosnien und Herzegowina besitzt, beinhaltet zwar auch einen fixierten Kurs, aber die obigen Überlegungen zur Sterilisierungspolitik gelten nicht in einem monetären Umfeld, wie es ein *Currency Board*, darstellt. Hier kann Geldpolitik über die Zins- oder Offenmarktpolitik selbst dann nicht betrieben werden, wenn es einen Markt für Regierungspapiere gäbe. Allerdings lehren die Erfahrungen, dass ein Spielraum in der Mindestreservpolitik bestehen bleiben kann (beispielsweise Estland bis zur Übernahme des Euro). Dieses Instrument ist aber nur dann anwendbar, wenn die Devisenreserven im Bankensystem ausreichend hoch sind. Im *Currency Board* ist die Mindestreservpolitik allenfalls effektiv, wenn die Notenbank überzeugt ist, es nur mit einer kurzfristigen Liquiditätskrise geringeren Ausmaßes zu tun zu haben vgl. Brügemann et al., 2000). Ansonsten bleibt als Lösung nur die Aufgabe des *Currency Boards* oder eine interne Abwertung, die den notwendigen Exportüberschuss über eine Senkung der inländischen Realeinkommen ermöglicht. Vor diesen Alternativen stehen auch Bosnien und Herzegowina, Montenegro und der Kosovo, wobei in den beiden letzteren der Euro die offizielle Währung ist. Wie bekannt, entschieden sich die baltischen Länder in der globalen Finanzkrise für die zweite Option, auch deshalb, weil sie massive finanzielle Unterstützung aus EU-Funds erhielten,

Arbeitsemigration förderten und eine starke Integration ihres Exportsektors mit Skandinavischen Produzenten aufwiesen (Kattel und Raudla, 2012). All dies weisen die drei genannten Länder nicht auf. Bosnien und Herzegowina erweist sich dabei als Sonderfall, weil die Wahl eines *Currency Boards* offensichtlich eher allgemeinpolitischen als wirtschaftspolitischen Überlegungen folgt.

Bei der Bewertung der Option für Montenegro und den Kosovo, wieder zu einer eigenen Währung zurückzukehren, muss allerdings auch bedacht werden, dass diese Volkswirtschaften dann kaum eine eigenständige Geld- und Wechselkurspolitik betreiben könnten. Sie sind zu klein, und ihre Volkswirtschaften sind international zu stark integriert, als dass sich dafür ein effektiver Spielraum ergäbe. Hinzu käme, dass bei der bestehenden Finanzintegration die Märkte sofort die Geld- und Wechselkurspolitik testen würden, was zu einer überschießenden Abwertung führen könnte. Problematisch wäre insbesondere die Einführung eines fixen Kurses oder eines wie auch immer gestalteten Wechselkursbandes. Hier müsste die Zentralbank über ausreichende Devisenreserven zur Verteidigung des Kurses besitzen.

Für Serbien und Albanien sind die Kosten eines Übergangs von einem freien zu einem weniger flexiblen Wechselkurs vergleichsweise gering. Kein Land dieser Größenordnung ist selbst bei einem freien Wechselkurs in seiner Geldpolitik unabhängig, wenn die Volkswirtschaft handels- und finanzmäßig liberalisiert und euroisiert ist. Gleichwohl erscheint ein Übergang zu einem gänzlich fixen Wechselkurs als wenig attraktive Option, die Nettoexporte zu fördern sowie plötzliche Kapitalabflüsse und spekulative Kapitalzuflüsse zu vermeiden. Ein intermediäres System wie in Kroatien und Mazedonien vereinigt die besten und leider auch die schlechteren Seiten der beiden anderen Arrangements. Zu den guten Seiten gehört, dass die Beschränkungen einer orthodoxen Geldpolitik im Rahmen einer geldpolitischen Regel wie der Taylor-Regel mit einem direkten oder indirekten Inflationsziel durch unorthodoxe Instrumente gelockert werden können. Die Notenbank überlässt die Bestimmung des Wechselkurses in einer Bandbreite um die zentrale Parität herum nicht allein den Devisenmärkten. Sie kann – je nach Erfordernis – die Bandbreite verringern oder erweitern, die zentrale Parität ändern oder die Rate der gleitenden Abwertung. Bei zu starken Kapitalzuflüssen bleibt Raum für Sterilisierungsmaßnahmen, und sollten diese zu hohe Kosten verursachen, kann die Notenbank die Bandbreite erweitern oder die zentrale Parität ändern, ohne ein bestehendes Inflationsdifferenzial vollständig abzudecken. Zu den positiven Seiten gehört auch, dass die Volatilität innerhalb des Bands spekulativen Druck verringert.

Zu den problematischeren Seiten gehört, dass die einzelnen Parameter entweder nicht ausreichen, dem Marktdruck zu widerstehen oder die Kontrolle über die monetäre Entwicklung im Inland zu bewahren. Die für Kroatien und Mazedonien bestehende Schwankungsbreite im Band von 1 % bzw. 2 % verhindert zwar einen überschießenden Wechselkurs bei plötzlich auftretenden Kapitalabflüssen, nicht jedoch eine starke Kompression der Geldbasis über den negativen Mengeneffekt. Darüber hinaus besteht immer das Problem, dass politische Erwägungen die notwendige Anpassung der Parameter verzögern. Dies könnte eine der Ursachen dafür sein, dass weder in Mazedonien noch in Kroatien eine Ausweitung des Bandes oder eine Änderung der zentralen Parität stattfand, um die starken Kapitalzuflüsse bis 2009 und die danach eintretenden Abflüsse abzuwehren.

Unter den gegenwärtigen Umständen des Westbalkans – Kapitalabflüsse und Kreditrestriktion plus rückläufige gesamtwirtschaftliche Nachfrage plus schwache Exportbasis - erweist sich ein floatendes Wechselkursarrangement wie auch ein Currency Board oder das gänzliche Fehlen einer eigenen Währung als Hemmnis für die kurz- und mittelfristige Stärkung der Exporttätigkeit. Deshalb sollte in

Albanien und Serbien der Übergang zu einem intermediären Wechselkurssystem erwogen werden, in Kroatien und Mazedonien dagegen eine Ausweitung der Bandbreiten. Im Falle Albanien könnte die Bandbreite angesichts eines nur geringen Inflationsdifferenzials zum Euro (0,9 Prozentpunkt 2013) größer als für Serbien (13 Prozentpunkte) ausfallen. Die größere Schwankungsbreite für Albanien wäre dazu geeignet, spekulativen Marktdruck zu verringern und den Geschäftsbankensektor zur Suche nach längeren Refinanzierungsmöglichkeiten zu veranlassen. Eine geringere Schwankungsbreite gekoppelt mit einem gleitenden Band für Serbien ist angesichts der noch hohen Inflationsrate gerechtfertigt. Für Mazedonien und Kroatien erscheint die bisherige Bandbreite bei derzeit drohenden Kapitalabflüssen als zu gering. Für Montenegro und den Kosovo kann der Übergang zu einer eigenen Währung nicht empfohlen werden.

4.4.2. Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen

Im Unterschied zur Gestaltung der Wechselkurspolitik sind Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen zielgenauer zur Gestaltung von Kapitalzuflüssen und –abflüssen einsetzbar, da der Konflikt zwischen mehreren Zielen vermieden wird. Praktisch können sie zur Abwehr kurzfristiger Kapitalzuflüsse eingesetzt werden, ohne den Zutritt für ausländische Direktinvestitionen zu versperren. Aus theoretischer Sicht dienen sie dazu, die Wohlfahrt in einem Umfeld nicht-effizienter Märkte mit erheblichen Externalitäten zu steigern. Das Argument lautet, dass individuelle Investoren aggregierte Preise und finanzielle Konditionen als gegeben hinnehmen und ihren eigenen Beitrag zur finanziellen Instabilität nicht internalisieren. Nachfolgend werden jene Kontroll- bzw. Lenkungsmöglichkeiten diskutiert, die auf unerwünschte Kapitalzuflüsse wirken, d.h. im wesentlichen Mindestreservesätze und steuerliche Maßnahmen, die in der neueren Literatur auch als makroprudenzielle Kontrollen bezeichnet werden (für einen Überblick über alle Kontrollen siehe Neely, 1999).

Die meisten Länder, so auch die Westbalkanländer, tendieren bisher dazu, mit der Gestaltung unverzinslicher Mindestreservesätze unerwünschte Kapitalzuflüsse bzw. –abflüsse zu verhindern. Die Erhebung einer Mindestreserve auf Einlagen in fremder Währung wirkt wie eine Steuer für Banken, die über eine mögliche Reduzierung der Einlagensätze für Anleger die Attraktivität von Kapitalzuflüssen verringert (und vice versa bei Kapitalabflüssen). Nach unserer Schätzung dürfte der implizite Steuersatz auf Einlagen in Euro 2012 in Serbien und einer Mindestreservepflicht von ca. 30 % auf Einlagen bis zwei Jahren bei ca. 1,05 % gelegen haben, was bei einem Zinssatz von 3,33 % etwa ein Drittel des Zinsertrages wegsteuerte.²⁰ Die Gestaltung der Mindestreserve durch die Notenbank fällt dabei in einem System freier Wechselkurse leichter als bei einem Fixkurssystem. Denn dort gehört die Mindestreservpolitik zu den Instrumenten der Sterilisierungspolitik, die weniger auf einzelne Komponenten der Kapitalzuflüsse als auf die Nettozuflüsse insgesamt abzielt. Wenn in einem Fixkurssystem die Notenbank den Einfluss von Kapitalzuflüssen auf die Geldbasis zu sterilisieren gedenkt, könnten Mindestreserven auch die Zuflüsse aus Direktinvestitionen oder langfristigen Krediten reduzieren. Oder aber es müsste ein extrem hoher Mindestreservesatz auf kurzfristige Zuflüsse erhoben werden, der faktisch nicht nur spekulative, sondern auch notwendige liquiditätserhöhende Zuflüsse verhindert. Umgekehrt wird bei drohenden Kapitalabflüssen eine Senkung der Mindestreserven etwa auf das Null-Niveau diese zwar verhindern, aber unter Umständen bei als weiterhin zu hoch angesehener Inflation den Marktzinssatz auf ein zu niedriges Niveau drücken. Dies gilt insbesondere für Länder wie

²⁰ Berechnet nach offiziellen Angaben der Nationalbank Serbiens. Der Mindestreservesatz auf Euroeinlagen bis zu zwei Jahren betrug 2011 30 % und wurde 2012 auf 29 % reduziert. Zum Vergleich: Die implizite Steuer auf Kreditaufnahme chilenischer Banken im Ausland betrug Anfang der 1990er Jahre fast 4 %.

Kroatien, die sich an der Inflationsrate des Euroraums orientieren wollen bzw. sich auf die Übernahme des Euro vorbereiten und deshalb die Konvergenzkriterien erfüllen müssen.

Eine Variante der Mindestreserven Politik, die noch stärker auf die Abwehr unerwünschter Kapitalzuflüsse fokussiert ist, ist die Bardepotpflicht, d.h. die zinslose Einlage, die Inländer auf einem Sonderkonto bei der Notenbank leisten müssen. Die Bardepotpflicht ist ein Instrument, das von vielen Ländern angewendet wurde oder noch wird. Die Bundesrepublik Deutschland hatte diese in einem Umfeld freier Wechselkurse nach dem Fall von Bretton-Woods 1972 eingeführt, 1974 aber wieder aufgegeben, weil die Umgehungsmöglichkeiten es haben unwirksam werden lassen. Die Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne forcierten das Kreditgeschäft mit inländischen Nichtbanken, so dass es in restriktionspolitischen Phasen häufig zu erheblichen Kapitalzuflüssen kam (Köhler und Meyer 1979). Argentinien führte die Bardepotpflicht 2005 ein, um spekulativen Zuflüssen von Auslandskapital einen Riegel vorzuschieben, und lockerte 2013 die Beschränkungen wieder, weil eine Devisenknappheit drohte und die Reserven der Notenbank innerhalb kurzer Zeit um fast ein Viertel gefallen waren.

Ein eher unkonventionelles Instrument ist die Erhebung einer expliziten Steuer auf verschiedene Formen von Kapitalzuflüssen (wie etwa die „Tobin Tax“). Diese Steuer könnte unabhängig vom Wechselkurssystem und dem geldpolitischen Rahmen mit unterschiedlichen Niveaus für unterschiedliche Typen von Kapitalzuflüssen ausgestaltet werden und einen Teil der Zinsdifferenz zwischen In- und Ausland absorbieren. Insofern ist sie eine reine Lenkungssteuer. Ob eine Steuer erhoben werden soll, ist zunächst eine rechtliche Frage, deren Beantwortung davon abhängt, ob ihre Einführung oder Änderung die Zustimmung des Gesetzgebers erfordert. Die bevorzugte Anwendung der Mindestreservpolitik besitzt ja den Vorteil, dass sie ausschließlich in die Kompetenz der Regierung oder Notenbank fällt und je nach Erfordernis kurzfristig gestaltet werden kann, während eine Steuer faktisch in die Hoheit des Gesetzgebers fällt und somit unter Umständen nicht zeitgerecht geändert werden kann. Brasilien bietet das in der Literatur am häufigsten zitierte Beispiel, weil das Land mit vielen unterschiedlichen Formen von Kontrollen von Kapitalzuflüssen experimentiert hat, wobei zu Beginn und im Mittelpunkt die Beschränkung von *Carry Trades* stand, später Maßnahmen eingeführt wurden, die den Handel mit inländischen Wertpapieren im Ausland unter Umgehung von Zulassungsverfahren beschränkten (*American Depository Receipts* - ADRs). Brasilien ist insofern ein besonderer Fall, als dort eine Steuer auf Kapitalzuflüsse bereits bestand und das Finanzministerium diese ohne parlamentarische Zustimmung ändern kann (einschließlich eines Zinssatzes von Null). Das Land erweist sich damit als Beispiel für eine große Flexibilität der Kontrollen hinsichtlich Höhe, Dauer und Gegenstand der Besteuerung. Untersuchungen scheinen zu zeigen, dass die Kontrollen in Brasilien wirksam in dem Sinne waren, als sie die Nettoerträge aus lokalen Vermögenswerten senkten, was ja das Ziel einer Internalisierung der allgemeinen Kosten in die einzelwirtschaftliche Kalkulation war. Die Kontrollen könnten Brasilien geholfen haben, eine Vermögenspreisblase zu vermeiden.

Eine explizite Steuer auf ausgewählte Kapitalzuflüsse eignet sich in einem intermediären Wechselkurssystem mit eingeschränkter Flexibilität des Kurses besser als die Änderung der Mindestreservesätze zur Abwehr kurzfristiger Kapitalzuflüsse. Allerdings sollte der Zentralbank das Recht gegeben werden, je nach Lage auf dem Devisenmarkt und des realen Wechselkurses den Steuersatz selbständig zu variieren. Dieser Vorschlag gilt jedoch nicht für monetäre Systeme, in denen weder der Wechselkurs frei floatet noch eine eigenständige Geldpolitik betrieben werden kann (Kosovo, Montenegro, Bosnien und Herzegowina). Hier wäre zur Erzielung größerer Effekte eine Kombination beider Maßnahmen – Steuer und Mindestreservesätze – angebracht.

4.5. ZUSAMMENFASSUNG

Die Westbalkanländer sollten in erster Linie darauf achten, keine Anreize für Kapitalzuflüsse zu schaffen, die nur schwache Fortschritte bei Exporten und Produktivität ermöglichen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- › Unter den gegenwärtigen Umständen von Kapitalabflüssen, Kreditrestriktionen, rückläufiger gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und schwacher Exportbasis erweist sich ein floatendes Wechselkursarrangement wie auch ein Currency Board oder das gänzliche Fehlen einer eigenen Währung als Hemmnis für die kurz- und mittelfristige Stärkung der Exporttätigkeit. Deshalb sollte in Albanien und Serbien der Übergang zu einem intermediären Wechselkurssystem erwogen werden, in Kroatien und Mazedonien dagegen eine Ausweitung der Bandbreiten. Größere Schwankungsbreiten wären dazu geeignet, spekulativen Marktdruck zu verringern und den Geschäftsbankensektor zur Suche nach längeren Refinanzierungsmöglichkeiten zu veranlassen. Dagegen ist eine geringere Schwankungsbreite, gekoppelt mit einem gleitenden Band, für Serbien angesichts der noch hohen Inflationsrate gerechtfertigt. Für Mazedonien und Kroatien erscheint die bisherige Bandbreite bei derzeit drohenden Kapitalabflüssen als zu gering.
- › Ein intermediäres Wechselkurssystem entlastet die Mindestreserven Politik, die als Instrument zur Steuerung von Kapitalzuflüssen angesehen werden kann. Bei einem Fixkurssystem und einem floatenden Wechselkursregime könnten höhere Mindestreserven auch erwünschte Kapitalzuflüsse reduzieren. Darüber hinaus besteht immer die Möglichkeit, nach Art der Kapitalzuflüsse spezifische Mindestreserven zu erheben. Das institutionelle Problem der Mindestreserverpolitik ist der Konflikt zwischen den Zielen der Geldwertstabilität und einer Steuerung der Kapitalzuflüsse, der ihre Effektivität beschränkt.
- › Als Alternative zur Mindestreserven Politik dient die Einführung einer diversifizierten Steuer auf verschiedene Formen von Kapitalzuflüssen. Diese Lösung ist für Länder mit intermediärem Wechselkurssystem angemessen und steht nicht in Konflikt mit der Stabilitätspolitik der Zentralbank. Für Länder ohne eigene Geldpolitik oder mit floatendem Wechselkurs kann eine Kombination aus Mindestreserverpolitik und Steuer erwogen werden.

LITERATUR

Bakardzhieva, D., Ben Naceur, S. und B. Kamar (2010), "The impact of capital and foreign exchange flows on the competitiveness of developing countries", IMF Working Paper, no. WP/10/154, International Monetary Fund.

Belke, A. und C. Dreger (2011), "Current account imbalances in the euro area: catching up or competitiveness", DIW Discussion Papers, no. 1106, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Brüggemann, A. Gabrisch, H., Kämpfe, M., Linne, T., Orlowski, L.T. und J. Stephan (2000), „Währungskrisen in Mittel- und Osteuropa“. Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Bad 5, Nomos: Baden-Baden, S. 153ff.

Corden, M. und P. Neary (1982), "Booming sector and de-industrialisation in a small open economy", *Economic Journal*, 92(368): 825-848.

Edwards, S. (1988), "Real and monetary determinants of real exchange rate behavior: theory and evidence from developing countries", *Journal of Development Economics*, 29(3): 311-341.

- European Council (2011), "European Council – 24/25 March 2011 – Conclusions", General Secretariat of the Council, European Council, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/120296.pdf.
- Gabrisch, H. und K. Staehr (2014), „The Euro Plus Pact, Cost Competitiveness and External Capital Flows in the EU Countries”. European Central Bank (ECB), Working Papers Nr. 1650.
- Goldstein, M. (1995), "Copint with Too Much of a Good Thing. Policy Responses for Large Capital Inflows in Developint Countries". World Bank Policy Research Working Papers 1507.
- Gyntelberg, J. und E. Remolona (2007), „Risk in carry trades: a look at target currencies in Asia and the Pacific". BIS Quarterly Review, December 2007, 73-83.
- Hayward, R. (2014), "Towards a model of speculation in the foreign exchange market". Dissertation, University of Brighton Business School.
- International Monetary Fund (2013), "Annual Report on Exchange Arrangements and Exchange Restrictions", Washington D.C., CD-ROM Edition.
- International Monetary Fund (2014), "Balance of Payments Manual", Ch. XX, S. 95ff. Online: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/bopman/bopman.pdf>.
- Kattel, R. und R., Raudla (2012), "Austerity That Never Was? The Baltic States and the Crisis". Levy Economics Institute of Bard College, Policy Brief 2012/5. 2012, http://www.levyinstitute.org/pubs/pn_12_05.pdf.
- Kohler, R. und W. Meyer (1979), „Grenzen der Bundesbankpolitik, Duncker & Humblott Berlin, S. 60.
- Korinek, A. (2011), "The New Economics of Prudential Capital Controls: A Research Agenda". IMF Economic Review 59, 523-561ff.
- Lartey, E. K. K. (2008), "Capital inflows, Dutch Disease effects, and monetary policy in a small open economy", Review of International Economics, vol. 16, no. 5, pp. 971-989.
- Minsky, H. P. (1982), Can "It" Happen Again? Essays on instability and Finance. M.E. Sharpe: Armonk, New York, pp.117-162.
- Morande, F. G. (1988), "Domestic currency appreciation and foreign capital inflows: What comes first? (Chile, 1977-1982)", Journal of International Money and Finance, vol. 7, no. 4, pp. 447-466.
- Neely, C. J. (1999), "An Introduction to Capital Controls", Federal Reserve Bank of St. Louis Review November/December, 13-30.
- Nyberg Report (2011), "Misjudging risk: causes of the systemic banking crisis in Ireland. Report of the Commission of Investigation into the Banking Sector in Ireland March 2011.
- Poncela, J. A. (2012), "Factors explaining the crisis in Spain", WWWforEurope Workshop on European Governance and the Problems of Peripheral Countries, 12-13 July 2012, Vienna, mimeo.
- Rajan, R. G. und A. Subramanian (2005), "What Determines Aid's Impact on Growth?", NBER Working Papers No. 11657.
- Reinhart, C. und V. Reinhart (2009), "Capital flow bonanzas: an encompassing view of the past and present", in Jeffrey Frankel & Francesco Giavazzi (eds.): NBER International Seminar on Macroeconomics 2008, Chicago: University of Chicago Press.
- Sy, M. und H. Tabarraei (2009), "Capital inflows and exchange rate in LDCs: The Dutch disease problem revisited", Paris School of Economics, Working Paper, 26.

5. Integration in Produktionsnetzwerke und Entwicklungen im Güterhandel

Die Westbalkanländer sind gekennzeichnet durch ein relativ schwach ausgeprägtes produzierendes Gewerbe mit einem gewichteten durchschnittlichen Anteil am BIP von 12,7% im Jahr 2012. Dieser Anteil wird getragen von Ländern wie Kroatien und Serbien, deren Anteil etwas über 14% liegt – Länder wie Albanien und Montenegro weisen hingegen nur einen Anteil von 7,6% bzw. 4,3% auf. Der kleine Industriesektor ist hauptverantwortlich für das hohe und relativ stabile Leistungsbilanzdefizit in der Höhe von ungefähr 10% des BIP, das alle Westbalkanländer mit Ausnahme von Kroatien und Mazedonien aufweisen. Darüber hinaus geht damit auch eine relativ schwache Integration in internationale Produktionsnetzwerke einher.

Das folgende Kapitel wirft einen detaillierten Blick auf die Produktionsnetzwerke der Westbalkanländer. Als Einstieg dient ein Überblick über die Exportstruktur, danach werden komparative Kostenvor- und -nachteile aufgezeigt und das Ausmaß des Zwischengüterhandels analysiert. Die Industrien werden hierzu nach Technologieintensität zusammengefasst. Weiteres werden bestehende Produktionsnetzwerke und deren geographische Struktur aufgezeigt. Abschließend zeigt eine Analyse der „unit values“ relative Qualitätsverbesserungen bei den gehandelten Gütern auf.

5.1. STRUKTUR DER EXPORTE

Die Exporte der Westbalkanländer sind charakterisiert durch einen relativ hohen Anteil der „low- und low-medium-tech“ Industrien.²¹ Deren Anteil an den Gesamtexporten liegt in den Westbalkanländern im Jahr 2012 bei insgesamt 60% und rangiert zwischen 55% in Kroatien und 77% im Kosovo. Besonders sticht der traditionell hohe Anteil der Schwerindustrie wie Metallerzeugung und -verarbeitung hervor. Während auch die NMS-5 am Beginn der Wende eine sehr ausgeprägte Schwerindustrie besaßen, nahm deren Anteil an den Exporten bereits in den 1990er Jahren stark ab. Der Anteil der low und low-medium tech Industrien macht in den NMS-5 2012 nur noch 38% aus. Die Länder mit der am geringsten diversifizierten Exportstruktur sind Albanien und der Kosovo. In Albanien macht neben der stark ausgeprägten Textil- und Schwerindustrie Erdöl allein 25% der Exporte aus. Der Anteil von Produkten der medium-high und high-tech Industrien macht hingegen nur 4% der albanischen Exporte aus, im Kosovo sind es 7%. Im Vergleich liegt der Anteil der higher-tech Industrien in den anderen Westbalkanländern bei 39% in Kroatien, 32% in Serbien, 27% in Mazedonien, 19% in Bosnien und Herzegowina und 11% in Montenegro. Während der Anteil in den NMS-5 bei 58% liegt, macht dieser in den Westbalkanländern im Schnitt 30% aus.

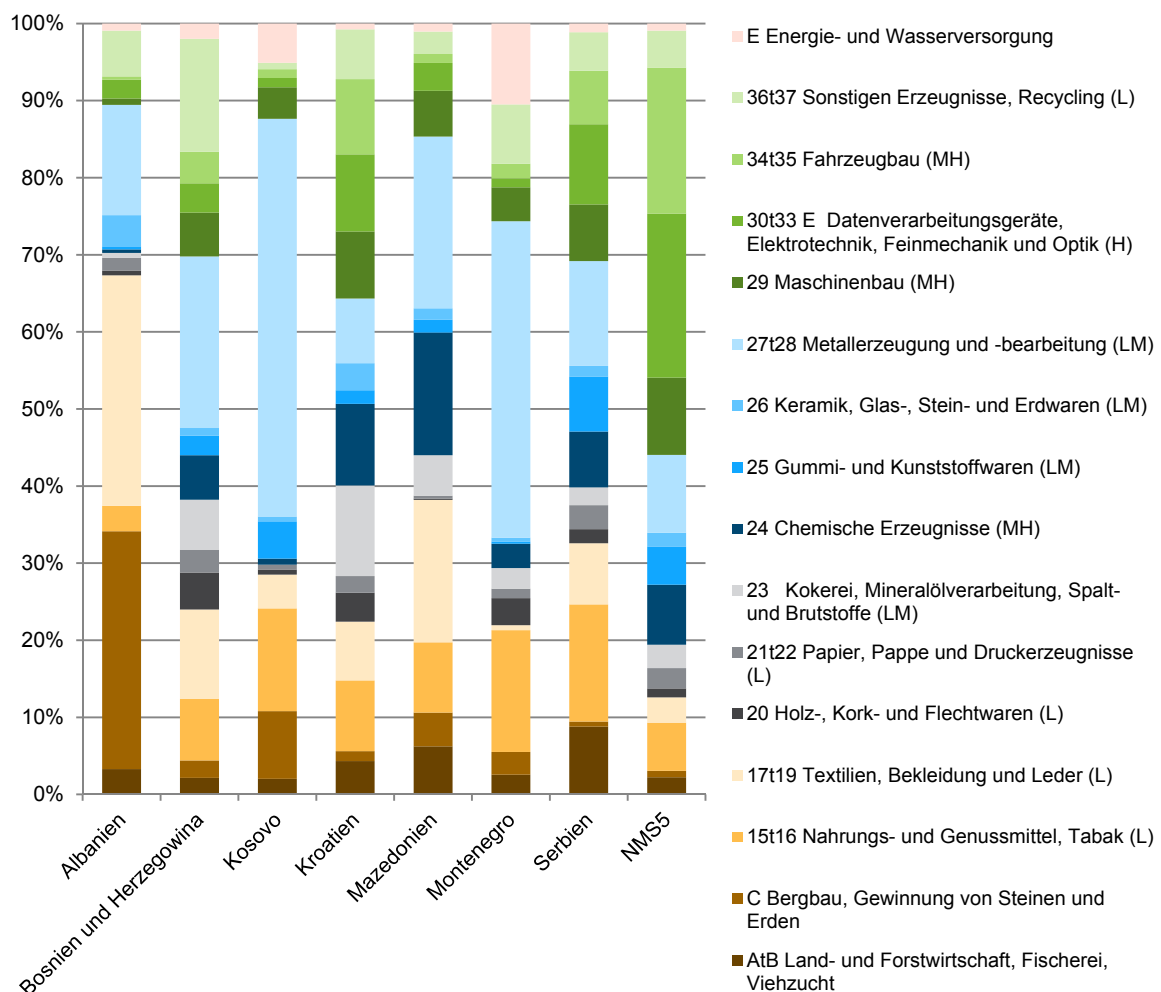
²¹ Die Klassifizierung erfolgt nach OECD (2005), wobei zu den low-tech Industrien die Papier-, Holz-, Nahrungsmittel- und Textilindustrie, und zu den low-medium-tech Industrien der Schiffbau, die Plastik-, Erdöl-, Baustoff- und Grundmetallindustrie gezählt werden. Zu den medium-high-tech Industrien gehören der Maschinenbau, die Automobil-, Eisenbahn- und chemische Industrie. Zu den high-tech Industrien zählen die Luftfahrt-, die pharmazeutische, Computer-, Kommunikations- und Präzisionsinstrumente-Industrie.

Diese Spezialisierungsmuster spiegeln zum einen starke Pfadabhängigkeiten wieder – der Anteil der higher-tech Industrien hat sich in Albanien und Kroatien seit 2000 nur marginal verändert. Auch für die NMS-5, die seit 2000 eine enorme Entwicklung durchgemacht haben, hat sich dieser Anteil nur um 5 Prozentpunkte erhöht.

Länder die seit 2000 einen dramatischeren strukturellen Wandel durchgemacht haben sind bei den NMS-5 die Slowakei und Tschechien – sie haben den Anteil der higher-tech Industrien an den Exporten um 12 bzw. 9 Prozentpunkte erhöht. Bei den Westbalkanländern haben Mazedonien und Serbien eine starke Veränderung aufzuweisen, insbesondere durch das Engagement von Fiat in Serbien und die Entwicklung der chemischen Industrie in Mazedonien. Neben Pfadabhängigkeiten sind relative komparative Vorteile durch niedrige Löhne z.B. in der Textil- und Lebensmittelindustrie ein weiterer wichtiger Faktor.

Abbildung 5.1 / Struktur der Güterexporte nach NACE Rev.1 (2012)

und Klassifizierung der Industrien nach Technologieintensität in low (L), medium-low (LM), medium-high (MH) und high-tech (H)



Quelle: Comtrade, Comext

5.2. KOMPARATIVE VORTEILE

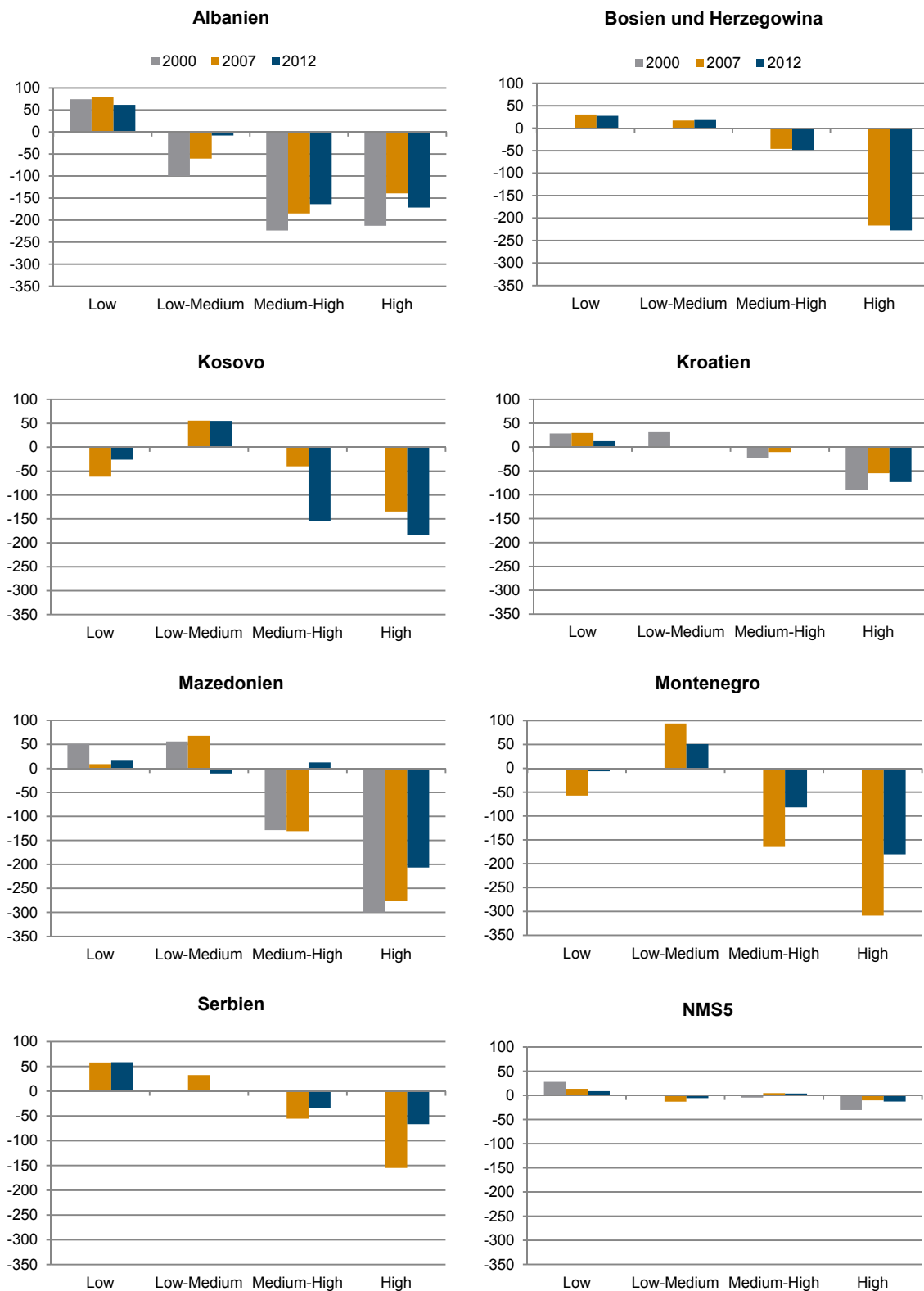
Um relative Vor- und Nachteile eines Landes in Bezug auf die Produktion bestimmter Güter zu zeigen, werden im Folgenden „Revealed Comparative Advantages“ (RCA) aus den Handelsdaten berechnet. Die Idee dahinter geht auf Ricardos Konzept der komparativen Kostenvorteile zurück. Balassa entwickelte 1965 den gleichnamigen Balassa-Index zur Berechnung der relativen Handelsstrukturen eines Landes, die diese komparativen Vorteile widerspiegeln. Die hier verwendete Formel zeigt die komparativen Vor- und Nachteile eines Landes im Außenhandel und wird berechnet als RCA_i , wobei X_i für die Exporte aus Industriegruppe i und M_i für die Importe von Produkten, die dieser Industriegruppe zugerechnet werden. Werte über Null charakterisieren einen komparativen Vorteil in dieser Industriegruppe, negative Werte einen komparativen Nachteil.

$$RCA_i = 100 \times \ln \left(\frac{X_i/M_i}{\sum_i X_i / \sum_i M_i} \right)$$

Die Berechnungen wurden für das produzierende Gewerbe durchgeführt, wobei die Industrien nach Technologieintensität gruppiert wurden (siehe Abbildung 5.2). Eine der ersten Auffälligkeiten ist die wesentlich stärkere Ausprägung von komparativen Vor- und Nachteilen im Vergleich mit den NMS-5 Ländern. Einzige Ausnahme hierbei ist Kroatien, welches zusammen mit Slowenien innerhalb der Zollunion des ehemaligen Jugoslawiens (im Gegensatz zu den agrarisch geprägten und Ressourcen extrahierenden anderen Teilrepubliken) sich auf eine technologisch diversifizierte Produktion spezialisiert hatte. Alle anderen Westbalkanländer besitzen wie erwartet einen sehr starken komparativen Nachteil in den higher-tech Industrien und einen komparativen Vorteil in den lower-tech Industrien. Besonders Albanien, das nur bei Produkten im untersten Technologie-level einen komparativen Vorteil aufweist, sticht hervor. Positiv ist jedoch zu vermerken, dass sich die Intensität der komparativen Nachteile in den meisten Ländern seit 2000 reduziert hat. Nur im Kosovo nahmen die komparativen Nachteile weiter zu, während es in Bosnien und Herzegowina kaum Veränderungen bei den Indikatoren gab. Insbesondere Serbien, das zu einem Hauptziel von FDI Investoren in der Westbalkanregion wurde und dessen Güterexporte von 2007 bis 2012 um 71% stiegen, konnte die komparativen Nachteile in den higher-tech Segmenten auf ein sehr niedriges Niveau bringen. Eine der treibenden Kräfte dahinter ist der Fiat-Konzern, der durch die Umstrukturierung des Autoproduzenten Zastava und die damit verbundene Ansiedlung von Zulieferfirmen einen entscheidenden Beitrag zu der Entwicklung leistete.

Umgekehrt haben sich im selben Zeitraum die komparativen Vorteile in den lower-tech Industrien verringert. Eine Rolle dabei könnten dabei die stark steigenden Reallöhne in einigen der Länder gespielt haben, welche natürlich durch Anstrengungen in der Produktivitätsentwicklung wettgemacht hätten können (siehe Abbildung 1.7). Die Verringerung der komparativen Vorteile zeigt jedoch, dass dies in den eher lohnintensiven lower-tech Industrien nicht der Fall war. Die Aufgabe einer aktiven Industriepolitik sollte hier sein, den Übergang zu medium-tech Industrien zu fördern um einen weiteren Abbau des ohnehin in den meisten Ländern schon sehr kleinen Industriesektors zu verhindern. Bestehende Agglomerationen in lower-tech Industrien wie Metallherstellung und -verarbeitung sind hierbei eine gute Voraussetzung, um Ansiedlungen von Firmen, die im nächsten Schritt der Wertschöpfungskette stehen (Maschinenbau, Automobilbranche), zu erreichen.

Abbildung 5.2 / Revealed Comparative Advantages nach Technologieintensität der Industrien

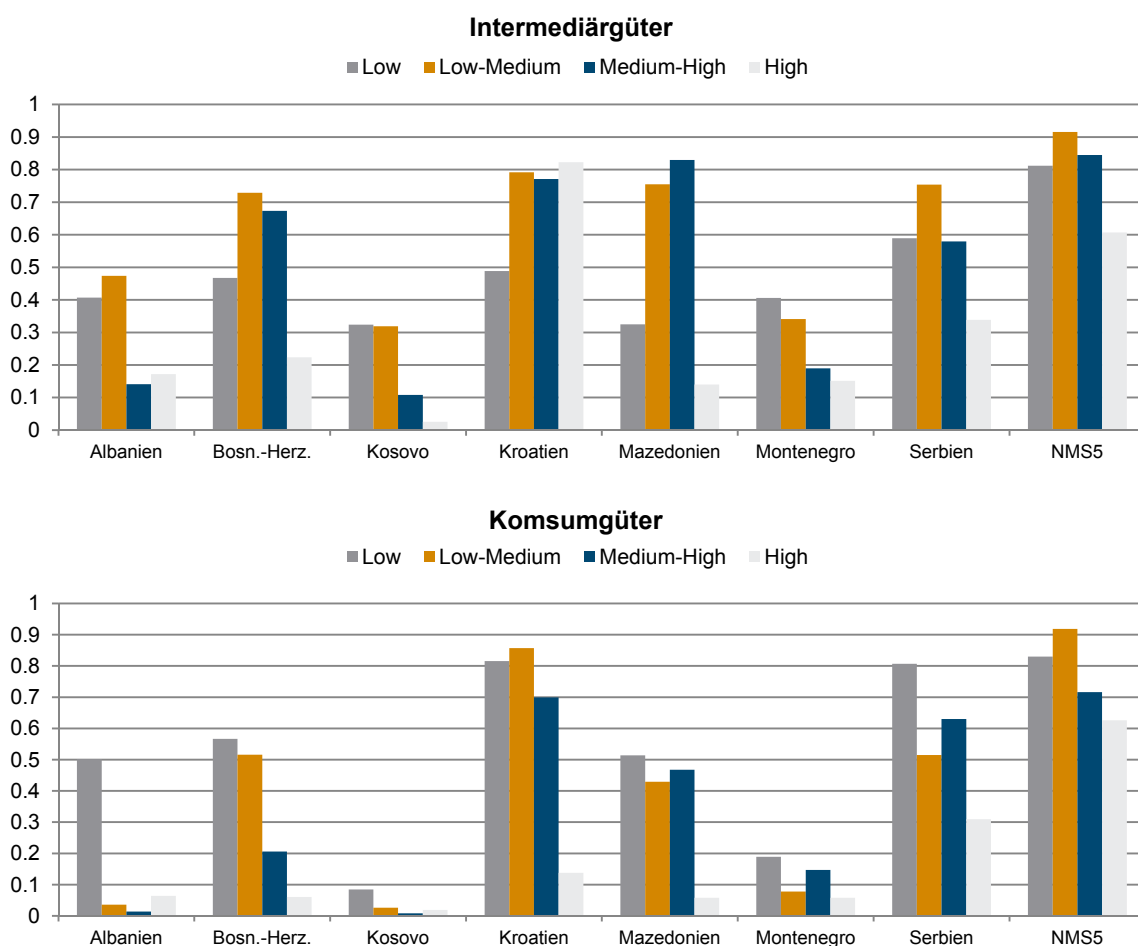


Quelle: Comtrade, Comext

5.3. INTRA-INDUSTRIELLER HANDEL UND INTEGRATION IN INTERNATIONALE PRODUKTIONSNETZWERKE

Wie bereits zuvor erwähnt, sind einige Westbalkanländer nur sehr ungenügend in internationale Produktions- und Wertschöpfungsketten integriert. Im Folgenden werden detaillierte Handelsdaten aus der UN Comtrade (HS 6-Steller) und der EU Comext (für Kosovo: CN 8-Steller) Datenbank verwendet, um gehandelte Produkte in Konsumgüter, Vorleistungsgüter und Kapitalgüter zu unterteilen. Diese Unterteilung ermöglicht eine Analyse von Handelsströmen an Vorleistungsgütern, die einen Indikator für internationale Produktionsintegration darstellen, um Produktionsnetzwerke mit bestimmten Partnerregionen zu identifizieren.

Abbildung 5.3 / Grubel-Llyod Index mit Unterteilung in Intermediärgüter und Konsumgüter für 2012



Quelle: Comtrade, Comext

Des Weiteren wird der Grubel-Llyod Index (Grubel und Llyod, 1975) verwendet, um den intra-industriellen Handel an Zwischen- und Finalgütern zu analysieren. Dies kann als Maß dafür dienen, wie stark bzw. in welchem Teil der Wertschöpfungskette die jeweilige Industrie integriert ist. Ein Grubel-Llyod Index von 1 zeigt, dass das Land gleich hohe Importe und Exporte an Gütern dieser Kategorie in

dieser Industrie aufweist. Im Falle von Vorleistungsgütern würde ein Index von 0 zeigen, dass das Land entweder nur Intermediärgüter exportiert oder importiert. Im ersten Fall beliefert das Land nur andere Firmen in der Wertschöpfungskette mit Vorprodukten und ist daher am Anfang der Wertschöpfungskette angesiedelt, im zweiten Fall importiert es Intermediärgüter und produziert daraus Finalgüter. Der Index berechnet sich wie folgt:

$$GL_i = \frac{(X_i + M_i) - |X_i - M_i|}{X_i + M_i} = 1 - \frac{|X_i - M_i|}{X_i + M_i}$$

X_i und M_i stehen wieder für die Exporte und Importe von Produkten der Industriegruppe i . Zur besseren Übersicht wurden die Ergebnisse des Index wieder nach Technologieintensität der Industrien aggregiert.²²

Die Ergebnisse in Abbildung 5.3 zeigen einen relativ starken intra-industriellen Handel an Zwischengütern für Kroatien, Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina an. Albanien, Kosovo und Montenegro weisen einen durchschnittlich sehr niedrigen Grubel-Llyod Index auf. Da sie in allen Industriegruppen mehr Vorleistungsgüter importieren als exportieren, werden diese zur Herstellung oder Instandhaltung von Finalgütern verwendet. Da diese Länder jedoch auch keine starken Exporteure von Finalgütern sind, werden die Finalgüter hauptsächlich für den heimischen Markt produziert bzw. die Intermediärgüter zur Instandhaltung von bestehenden Maschinen, Transportmitteln, etc. verwendet. Diese Fakten legen somit für diese Länder eine sehr schwache Integration in internationale Produktionsnetzwerke eher am Ende der Wertschöpfungskette (d.h. z.B. Assembly) nahe.

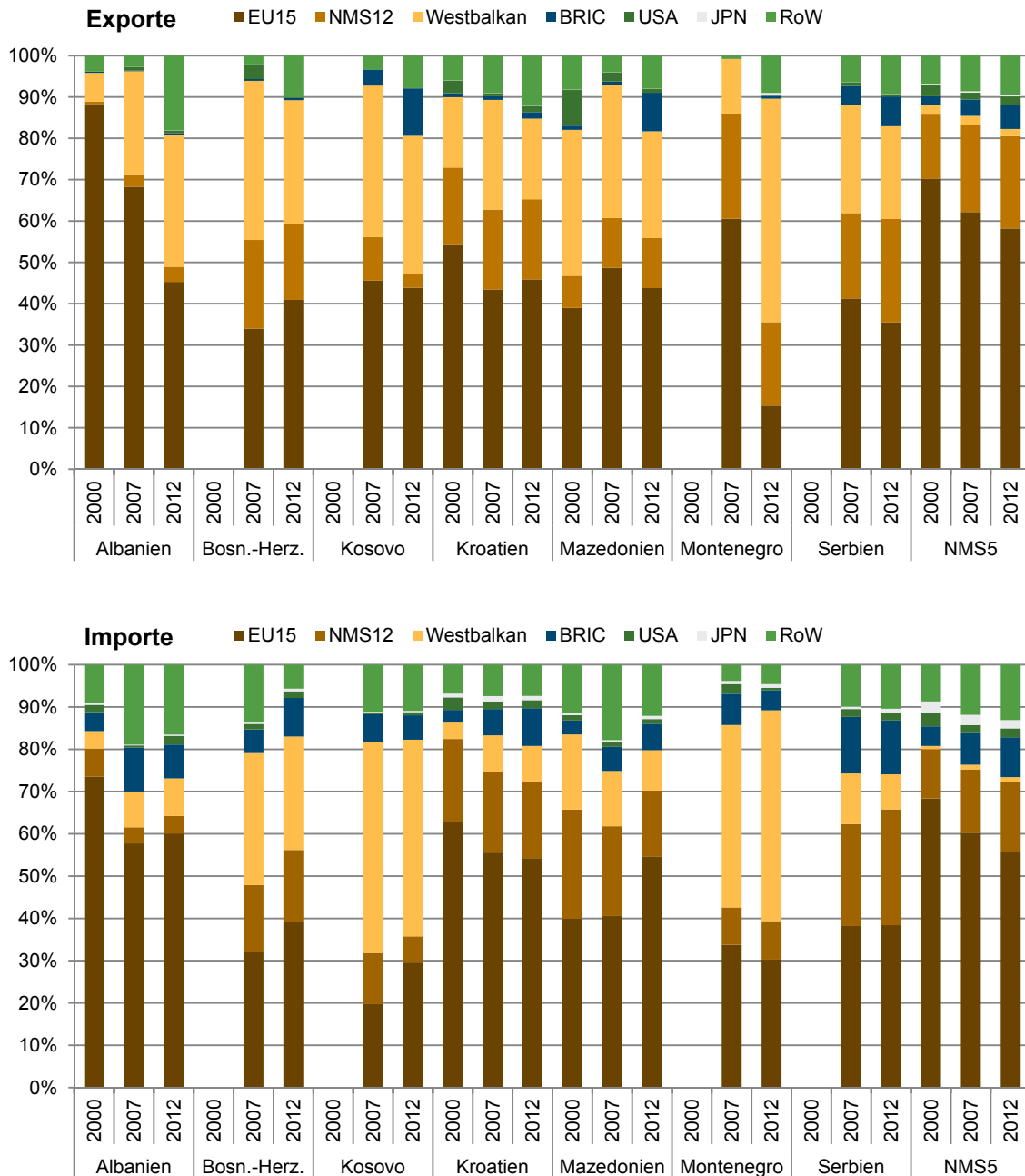
Im high-tech Segment beobachtet man nur in Kroatien einen hohen intra-industriellen Handel an Zwischengütern. Bei Konsumgütern ist dieses Muster noch extremer, da Länder wie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Montenegro so gut wie gar keine Exporte an Produkten aus higher-tech Industrien aufweisen und fast alle Güter importieren.

Nachdem das Niveau der Integration in die Wertschöpfungsketten analysiert wurde, werfen wir nun einen genaueren Blick auf die geographische Ausdehnung des Zwischengüterhandels. Abbildung 5.4 zeigt hierzu die Exporte und Importe von Intermediärgütern nach Partnerregionen. Die EU-15 Region ist nach wie vor die wichtigste Exportdestination für Intermediärgüter der Westbalkanregion. Obwohl die relative Bedeutung seit 2000 abgenommen hat, gehen 2012 immer noch 41% der Exporte in EU-15 Länder. Darüber hinausgehen im selben Jahr 19% der Zwischengüterexporte in die NMS-12 und 22% in Westbalkanländer. In den einzelnen Ländern zeigen sich überaus unterschiedliche Entwicklungen. In Albanien geht immer noch der Großteil der Exporte nach Italien, doch andere Westbalkanländer haben stark an Bedeutung als Exportmärkte gewonnen. Auch in Montenegro schreitet die Integration mit anderen Westbalkanländern sichtlich voran. In Mazedonien, Bosnien und Herzegowina und Serbien wiederum sinkt der Anteil anderer Westbalkanländer an den Exporten. Bei den Importen verhalten sich die Entwicklungen über die Zeit sehr ähnlich zu den Exporten für die einzelnen Länder. Insgesamt nimmt die EU-15 hierbei jedoch noch eine weit wichtigere Rolle ein, da 46% der Importe von Intermediärgütern 2012 noch aus der EU-15 kommen. Die NMS-12 liefern 18% der Intermediärgüter, der Handel zwischen den Westbalkanländern macht hier nur 14% aus. Insgesamt zeigt sich ein Ansteigen

²² Der Index zum Messen des intra-industriellen Handels wurde zuerst auf NACE Rev.1 2-Steller Ebene berechnet. Die Ergebnisse wurden daraufhin nach Technologieintensität der Industrien aggregiert. Als Gewichtung wurde die Summe aus Exporten und Importen der jeweiligen Industrie verwendet.

der Verflechtung innerhalb der Westbalkanländer vor der Krise, die jedoch während der Krise wieder ein wenig abnimmt.

Abbildung 5.4 / Exporte (oben) und Importen (unten) von Intermediärgütern nach Partnern

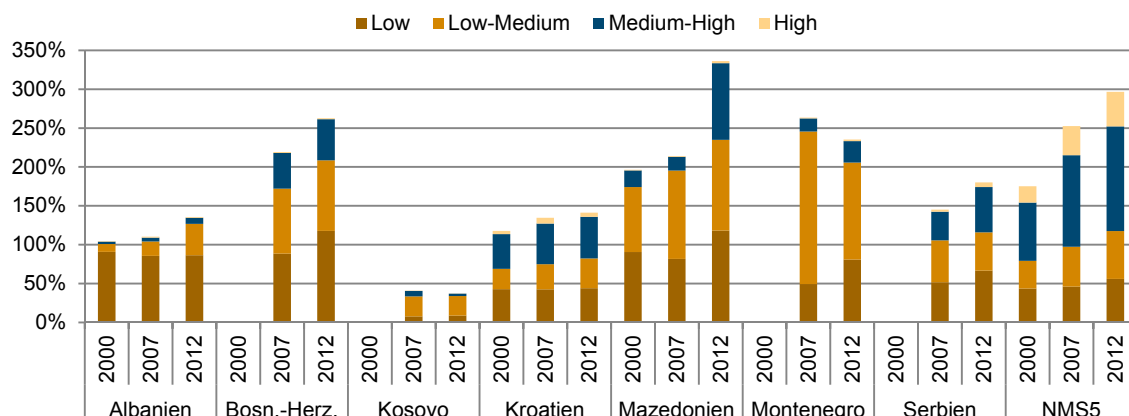


Quelle: Comtrade, Comext

5.4. EXPORTPERFORMANCE DES PRODUZIERENDEN GEWERBES

Man kann die Exporte des produzierenden Gewerbes in Relation zur gesamten Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes setzen.²³ Damit bekommt man einen Überblick über die Wichtigkeit der Exporte. Zu bedenken ist, dass einige Industrien generell eine stärkere Exportquote als andere aufweisen und die Ergebnisse sind natürlich durch diese Effekte der Industriekomposition beeinflusst.

Abbildung 5.5 / Güterexporte in Prozent der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes nach Industriegruppen



Quelle: Comtrade, Comext, wiiw Datenbank, nationale Quellen

Die Daten zeigen dass insbesondere Mazedonien, aber auch Bosnien und Herzegowina und Montenegro eine relativ starke Exportperformance relativ zur Größe des produzierenden Gewerbes aufweisen. Das produzierende Gewerbe macht zwar in Montenegro nur 4% des BIP aus, die *Exportquote* ist dabei aber ähnlich jener der NMS-5 Länder, auch wenn hier angemerkt werden muss, dass Montenegro als kleine Volkswirtschaft stärker vom Handel abhängig ist. Andererseits zeigen Albanien, der Kosovo, aber auch Kroatien eine sehr schlechte Exportperformance relativ zur Größe des verarbeitenden Gewerbes, was darauf hindeutet, dass verhältnismäßig mehr Firmen in diesen Ländern nicht auf internationalen Märkten konkurrenzfähig sind. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass der Anteil der Firmen, die das Produktivitätsniveau erreicht haben, das notwendig ist um zu exportieren in diesen Ländern geringer ist (siehe Melitz, 2003).

5.5. EXPORTE UND RELATIVE QUALITÄTSVERBESSERUNGEN

Die Analyse von „unit values“ erlaubt eine Interpretation inwieweit sich die Qualität der gehandelten Güter im Vergleich mit einer Partnerregion entwickelt hat. Die Berechnung basiert auf Comtrade und Comext Daten auf 6-Steller Ebene und folgt der Methodologie beschrieben in Timmer (1996). Um den unit value eines Produktes k zum Zeitpunkt t zu berechnen, wird der Wert der Exporte v_{kt} durch ein Quantitätsmaß q_{kt} (Tonnen) dividiert.

²³ Zumeist werden die Exporte in % des gesamten BIPs ausgedrückt – das reflektiert zum Großteil jedoch die Größe des verarbeitenden Gewerbes. Um die Exportstärke relativ zur Größe des Sektors zu zeigen, werden die Exporte hier nur relativ zur Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes gesetzt. Um die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern wären Daten zu value added Handel vorteilhaft, diese existieren jedoch für die Westbalkanländer nicht.

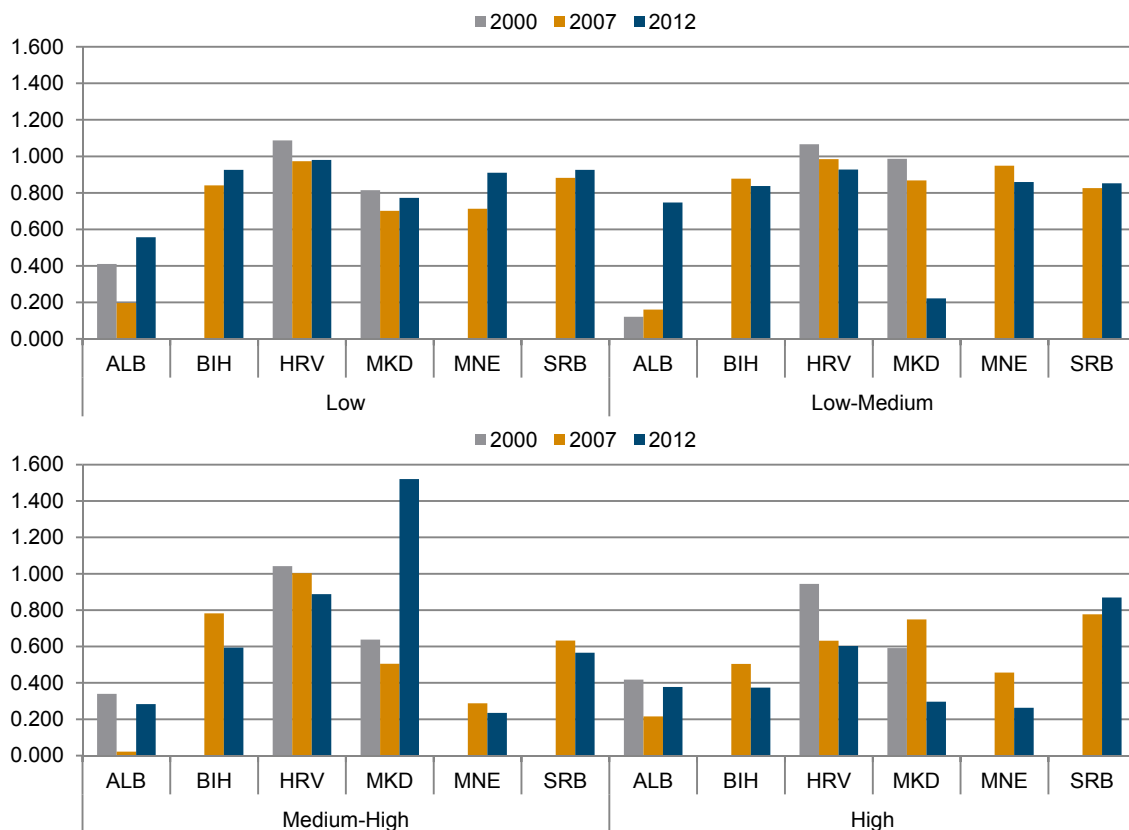
$$UV_{kt} = v_{kt}/q_{kt}$$

Dadurch kann man die Qualitätsentwicklung eines einzelnen Produktes k in einem Westbalkanland W jener in den NMS-5 gegenüberstellen. Um dies für ganze Industrie(gruppe)n i durchzuführen, müssen die unit values aggregiert werden.

Dazu werden die Summen über alle unit values der Produkte k in Industrie i für das Westbalkanland und die Vergleichsregion gebildet. Die Gewichtung erfolgt in beiden Fällen durch die Menge der Exporte des Westbalkanlandes q_{kt}^W . Danach wird die gewichtete Summe der unit values des Westbalkanlandes durch jene der NMS-5 Gruppe dividiert. Werte über (unter) 1 zeigen auf, dass das Westbalkanland qualitativ hochwertigere (qualitativ weniger wertige) Produkte exportiert als die NMS-5 Länder. Besonderes Augenmerk liegt bei diesem Vergleich auf der Entwicklung über die Zeit.

$$UVR_{it}^{WN} = \frac{\sum_{k,k \in i} UV_{kt}^W * q_{kt}^W}{\sum_{k,k \in i} UV_{kt}^N * q_{kt}^W}$$

Abbildung 5.6 / Entwicklung der unit value ratios im Vergleich mit den NMS5



Quelle: Comtrade, Comext

Die Ergebnisse der Analyse sind in Abbildung 5.6 zu sehen. Im Hinblick auf den Qualitätslevel der Exporte ist nur Kroatien in fast allen Kategorien auf dem Niveau der NMS-5. Über die Zeit verzeichnet es jedoch in allen Technologiesegumenten eine relative qualitative Verschlechterung des Exportwarenkorbs. Eine stetige relative Verbesserung über die Zeit in allen Segmenten ist bei keinem

Land zu beobachten. Serbien weist bis auf das medium-high tech Segment in allen eine leicht positive Entwicklung auf. Mazedonien hat insbesondere 2012 im medium-high Segment ein sehr starkes Upgrading verzeichnet. Dies erfolgte durch den starken Anstieg an Exporten der chemischen Industrie, insbesondere von „Reaktionsauslösern, Reaktionsbeschleunigern und katalytischen Zubereitungen“, die 2012 bereits 18% der Exporte ausmachen, während es 2009 noch weniger als 1% waren.

Über die Länder beobachtet man im Produktsegment der low-tech Industrien generell ein leichtes Upgrading im Vergleich zu den NMS-5. Im low-medium Bereich zeigt sich ein sehr uneinheitliches Bild. Während Albanien von einem sehr niedrigen Niveau Qualitätsverbesserungen im Vergleich zu den NMS5 ausweist, fällt Mazedonien stark zurück. Die anderen Länder zeigen außer Serbien leichte relative Qualitätsverschlechterungen.

Im medium-high und high-tech Segment ist bei so gut wie allen Ländern eine negative Qualitätsentwicklung relativ zu den NMS-5 zu beobachten. Allein Mazedonien hat wie zuvor erwähnt eine starke Entwicklung in der chemischen Industrie aufzuweisen und Serbien hat sich im high-tech Bereich positiv im Vergleich mit den NMS5 entwickelt.

5.6. ZUSAMMENFASSUNG UND POLITIKEMPFEHLUNGEN

Die Exporte der Westbalkanländer werden zu 60% von „low- und low-medium-tech“ Industrien produziert. Metallherstellung und -verarbeitung sind traditionell sehr stark vertreten. Die komparativen Vorteile der Westbalkanländer in diesen lower-tech Industrien haben sich aber seit 2000 verringert. Parallel dazu ist eine Verringerung der komparativen Nachteile in higher-tech Industrien beobachtbar und ein schrittweiser Übergang zum medium-tech Industriesegment ist bei vielen Ländern schon im Gange.

Die Analyse des Handels mit Intermediärgütern zeigt einen relativ starken intra-industriellen Handel an Zwischengütern für Kroatien, Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina an. Albanien, der Kosovo und Montenegro hingegen weisen eine schwache Integration in internationale Produktionsnetzwerke auf. Die wichtigste Partnerregion ist die EU-15 – 41% der Exporte und 46% der Importe an Zwischengütern kommen aus dieser Region. Vor der Krise ist ein Ansteigen der Verflechtung innerhalb der Westbalkanländer sichtbar, was jedoch während der Krise wieder ein wenig zurück geht.

Zusätzlich zu einer schlechten Integration in internationale Produktionsnetzwerke zeigt sich bei Ländern wie Albanien und dem Kosovo, aber auch Kroatien eine relativ niedrige Exportquote des produzierenden Gewerbes. Das deutet an, dass relativ mehr Firmen in diesen Ländern nicht auf internationalen Märkten konkurrenzfähig sind. Mazedonien, Montenegro und Bosnien und Herzegowina hingegen weisen eine Exportquote vergleichbar mit den NMS-5 auf.

Aus der Analyse ergeben sich zwei unterschiedliche Politikempfehlungen: (1) Länder wie Montenegro und Albanien benötigen primär eine aktive Industrie- und FDI-Politik, um Firmengründungen und -ansiedlungen zu fördern. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP ist in diesen Ländern sehr niedrig, was konstante Leistungsbilanzdefizite zur Folge hat. (2) Firmen in Ländern wie Kosovo, Kroatien und auch Albanien weisen eine unterdurchschnittliche Exportrate auf, was auf niedrige Produktivitätsniveaus bzw. Wettbewerbsfähigkeit hinweist. Hierbei ist es weit schwieriger die richtigen

Maßnahmen zu finden. Eine mögliche Palette an Maßnahmen, aus der gewählt werden kann, ist eine Reduktion von tarifären und nicht-tarifären Handelsbeschränkungen, der Abbau bürokratischer Hürden für Firmengründungen und -neuansiedlungen und eine Reduktion der Subventionierung von „National Champions“. Diese können mithilfe von Subventionen und ihrer Marktmacht aufstrebende Firmen aus dem Markt drängen, wodurch struktureller Wandel unterminiert wird.

Die Analyse der Qualitätsentwicklungen der Exporte relativ zu den NMS-5 ergibt tendenziell eine relative Verbesserung der Produktqualität in lower-tech Industrien und eine relative Verschlechterung in higher-tech Industrien. Insgesamt ist anzumerken, dass auch die NMS5 Länder gerade im Vergleichszeitraum eine enorme Entwicklung durchgemacht haben und ein Vergleich daher eine hohe Messlatte vorlegt. Die geographische Nähe der NMS-5 zum europäischen Manufacturing Core (insbesondere Deutschland, Norditalien und Österreich) haben einen entscheidenden Beitrag zur deren starker Einbindung in die Produktionsnetzwerke geliefert. Den Westbalkanländern mit deren Nähe zu anderen südeuropäischen Ländern fehlt dieser Motor, da Griechenland und Süditalien selbst mit ähnlichen Problemen im Hinblick auf industrielle Entwicklung kämpfen.

Es sollte daher das erklärte Ziel einer zukünftigen EU Strategie für das produzierende Gewerbe sein, sich nicht nur auf Entwicklungen im high-tech Segment und auf Länder des Manufacturing Core zu fokussieren, sondern vor allem Strategien für die industrielle Zukunft Südeuropas zu erarbeiten. Nicht alle EU Länder können sich zukünftig auf Automobilbau und elektronische Produkte spezialisieren. Die Westbalkanländer sind durch ihre komparativen Vorteile hierbei ein wichtiges Element einer solchen Strategie. Die EU könnte sich beispielsweise zum Ziel setzen die Einbindung der Länder Süd- und Südosteuropas in internationale Produktionsnetzwerke gerade in den Industrien des lower- und medium-tech Bereiches zu fördern.

LITERATUR

Balassa, B. (1965), Trade Liberalisation and Revealed Comparative Advantage. Manchester School of Economics and Social Studies, 33:99-123.

Grubel, H. G., und P. Lloyd (1975), Intra-Industry Trade: The Theory and Measurement of International Trade in Differentiated Products. London: MacMillan.

Melitz, M. (2003), The Impact of Trade on Intra-Industry Reallocations and Aggregate Industry Productivity. *Econometrica*, vol. 71(6), pages 1695-1725.

OECD (2005), Science, Technology and Industry: Scoreboard 2005. OECD, Paris.

Timmer, M. (1996), On the Reliability of Unit Value Ratios in International Comparisons. GGDC Research Memorandum 199631, Groningen Growth and Development Centre, University of Groningen.

6. Die Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors in den Westbalkanländern

6.1. EINLEITUNG

Der Dienstleistungssektor ist der größte Wirtschaftszweig in entwickelten Volkswirtschaften und stellt wichtige organisatorische Voraussetzungen für deren wirtschaftliche Entwicklung bereit (Banken, Telekommunikation, Distribution, Transport, Bauwesen). Eine funktionierender Dienstleistungssektor ist daher eine Vorbedingung für die Entwicklung eines Landes (Grčar, Ilesanu, 2006). Auch in den Westbalkanländern ist der Dienstleistungssektor der wichtigste Wirtschaftszweig, insbesondere in Kroatien und Montenegro spielt der Tourismus eine bedeutende Rolle. In ihrer 2020 Strategie für Südosteuropa wollen die Westbalkanländer die Wettbewerbsfähigkeit von handelbaren Gütern und Dienstleistungen stärken, um somit deren Export von insgesamt EUR 94,4 Mrd. EUR auf 209,5 Mrd. EUR im Jahr 2020 zu erhöhen. Die Strategie erkennt somit die Wichtigkeit des freien Güter- und Dienstleistungshandels an (RCC, 2013).

Dieses Kapitel analysiert den Dienstleistungssektor in den Ländern des Westbalkans, hinsichtlich seiner Rolle in der Wertschöpfung, Beschäftigung, ausländischen Direktinvestitionen und im Handel. Wichtige Liberalisierungsschritte werden aufgezeigt, sowie als Beispiel der Informations- und Kommunikationssektor näher beschrieben. Grundsätzlich wird die Analyse jedoch durch die schwierige Datenlage limitiert. Diese betrifft die Daten des Dienstleistungssektors im Allgemeinen (insbesondere Handelsdaten), sowie die Daten des Balkans im Besonderen. Diese sind noch lückenhaft und im Aufbau begriffen.

6.2. BEDEUTUNG DES DIENSTLEISTUNGSSEKTORS

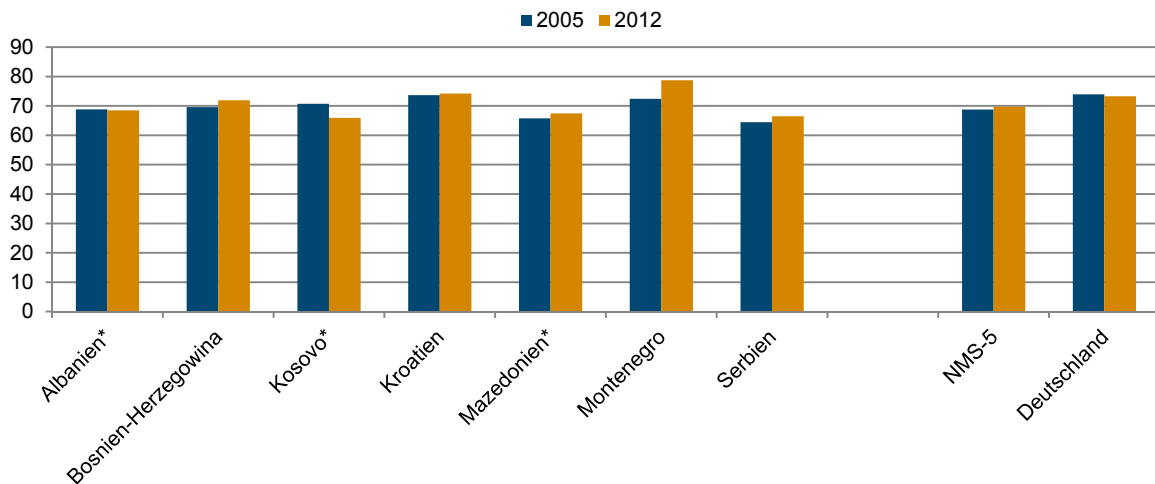
Während der Landwirtschaftssektor eine vergleichsweise große Rolle am Westbalkan spielt und die Industrie eine relativ kleine, so hat der Dienstleistungssektor in den Westbalkanländern ungefähr die gleiche Bedeutung wie in den Nachbarländern:²⁴ In den NMS-5 nimmt der Dienstleistungssektor in etwa 70% der Bruttowertschöpfung ein, in Deutschland ist der Dienstleistungssektor mit 74% etwas größer (2012). In der Region hat Montenegro den größten Dienstleistungssektor, wo er rund 79% der Bruttowertschöpfung im Jahr 2012 ausmachte. Auch in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina hält er Anteile von 74% beziehungsweise 72%. Der Dienstleistungssektor ist relativ kleiner in Albanien (68%), Mazedonien (67%), sowie in Serbien und dem Kosovo (66%, siehe Abbildung 6.1). Zwischen 2005 und 2008 sind die Anteile des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung geringfügig gestiegen. Die einzige Ausnahme war der Kosovo.

Als Anteil an der Gesamtbeschäftigung nimmt der Dienstleistungssektor zwischen 60% in Serbien und Mazedonien, 65% in Kroatien, 77% im Kosovo und 82% in Montenegro ein, wo er am höchsten ist. In

²⁴ Der Dienstleistungssektor inkludiert auch den Bausektor.

den NMS-Ländern liegt der Dienstleistungsanteil zwischen 65% in Polen und 71% in Ungarn (siehe Abbildung 6.2).

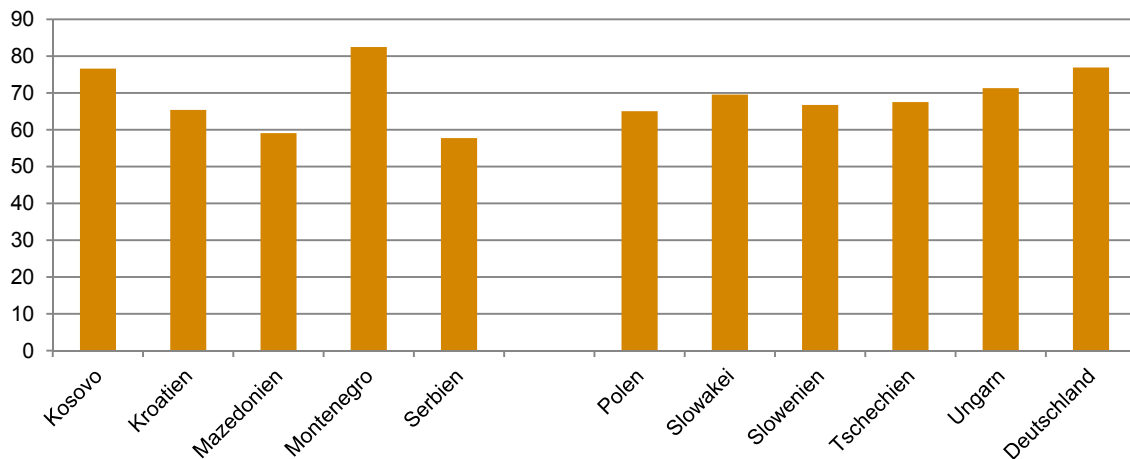
Abbildung 6.1 / Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung (zu laufenden Preisen)



Anmerkungen: * Albanien 2011, Kosovo 2006 und 2011, Mazedonien 2011.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat.

Abbildung 6.2 / Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtbeschäftigung (LFS), 2012



Quelle: wiiw-Datenbank.

Tabelle 6.1 und 6.2 zeigen die wichtigsten Dienstleistungszweige in der Region wieder als Anteil an der Gesamtwertschöpfung.²⁵ Insgesamt sind der Handel und das Grundstücks- & Wohnungswesen (d.h.

²⁵ Bedingt durch die unterschiedlichen Klassifikationen in der Region – einige Länder haben ihre Statistiken bereits auf NACE rev. 2 umgestellt, andere verwenden noch die alte NACE rev. 1 Klassifikation – können nur die jeweiligen Länder miteinander verglichen werden. Tabelle 6.1 zeigt die Länder mit der NACE rev.2 Klassifikation, Tabelle 6.2 diejenigen mit NACE rev.1. In Albanien sind nicht alle Branchen vorhanden und es gibt nur eine Sammelgruppe für die Dienstleistungen J-O.

Vermieter und Makler, Hausverwaltung) die größten Dienstleistungsbranche am Westbalkan, während die Beherbergung & Gastronomie sowie „sonstige Dienstleistungen“ die kleinsten Zweige darstellen. Dazwischen liegen die Bauwirtschaft, der Informations- und Kommunikationssektor, der Transportsektor, das Kredit- und Versicherungswesen, sowie die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (d.h. freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen) mit einem Anteil zwischen 4-6%. Verhältnismäßig größere Bedeutung hat das Kredit- und Versicherungswesen in Kroatien, die Beherbergung- und Gastronomie in Montenegro, oder das Bauwesen in Mazedonien, Albanien und dem Kosovo. Wesentlich kleiner hingegen sind unternehmensbezogene Dienstleistungen in Mazedonien und Montenegro.

Tabelle 6.1 / Die wichtigsten Dienstleistungssektoren in der Region I (NACE rev. 2). Anteil an der Gesamtbruttowertschöpfung, in %

	Kroatien	Mazedonien	Montenegro	Serbien	NMS-5	Deutschland
	2012	2011	2012	2012	2012	2012
F Bauwesen	5,4	7,4	5,5	4,8	6,4	4,7
G Handel	11,1	15,4	14,7	11,0	13,6	9,0
H Verkehr	4,6	3,9	4,9	5,4	6,0	3,8
I Beherbergung und Gastronomie	4,3	1,4	8,0	1,2	1,6	1,7
J Information und Kommunikation	4,7	4,7	5,9	5,2	4,5	4,0
K Kredit- und Versicherungswesen	7,0	2,8	4,9	3,8	4,4	4,0
L Grundstücks- und Wohnungswesen	11,0	7,8	8,6	11,6	7,2	12,1
M Freiberufliche, wissensch. & techn. Dienstleistungen	5,3	2,6	3,4	4,2	5,4	6,1
N Sonstige Dienstleistungen	2,0	1,1	1,1	1,8	2,4	5,0

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat.

Tabelle 6.2 / Die wichtigsten Dienstleistungssektoren in der Region II (NACE rev. 1). Anteil an der Gesamtbruttowertschöpfung, in %

	2010	2011	2012
Albanien			
F Bauwesen	11,0	10,7	.
G Handel, Beherbergung und Gaststätten	21,0	21,8	,
I Verkehr & Nachrichtenübermittlung	9,5	9,4	,
J-0 Andere Dienstleistungen	27,5	26,7	
Bosnien-Herzegowina			
F Bauwesen	5,1	4,8	4,7
G Handel	15,6	15,5	15,9
H Beherbergung und Gaststätten	2,5	2,4	2,7
I Verkehr & Nachrichtenübermittlung	8,1	8,1	8,0
J Kredit- und Versicherungswesen	4,5	4,6	4,7
K Grundstücks- und Wohnungswesen & Unternehmensbez. DL	10,4	10,5	10,7
Kosovo			
F Bauwesen	9,5	10,1	9,8
G Handel	16,3	16,6	17,9
H Beherbergung und Gaststätten	0,9	1,7	0,9
I Verkehr & Nachrichtenübermittlung	4,2	4,3	5,1
J Kredit- und Versicherungswesen	5,4	5,3	5,7
K Grundstücks- und Wohnungswesen & Unternehmensbez. DL	10,8	9,7	6,6

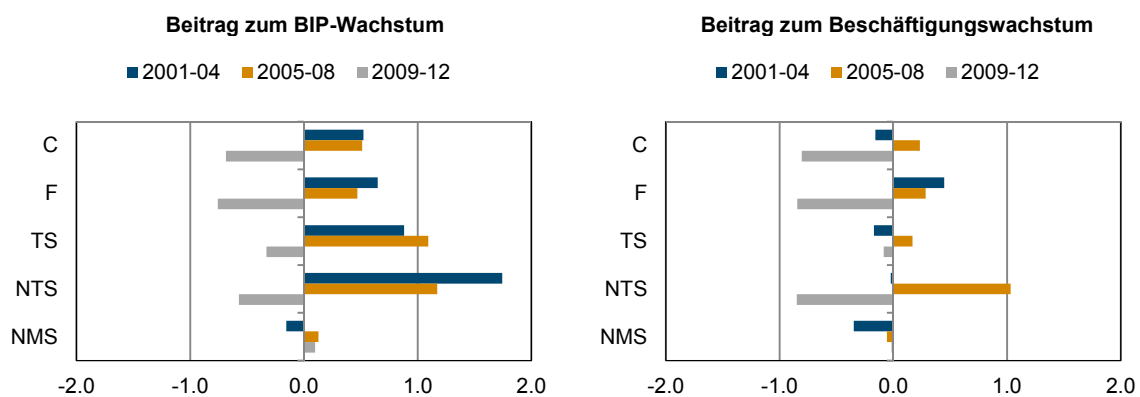
Quelle: wiiw-Datenbank.

6.3. ENTWICKLUNG HANDELBARER UND NICHT-HANDELBARER DIENSTLEISTUNGSSEKTOREN

Der Dienstleistungssektor hat bedeutend zum Wirtschaftswachstum in der Balkanregion vor der Krise beigetragen. Eine Unterteilung in handelbare und nicht-handelbare Dienstleistungen soll Klarheit über die Entwicklung dieser beiden Subsektoren bringen. Wie eine Analyse der strukturellen Veränderungen in der EU zeigt (vgl. Hanzl-Weiss, Landesmann, 2013), hat die Krise in einigen Ländern der EU-Peripherie strukturelle Ungleichgewichte offengelegt. In diesen Ländern sieht man eine stärkere Expansion der nicht-handelbaren Aktivitäten (Bauwesen, nicht-handelbare Dienstleistungen) im Vergleich zu handelbaren Sektoren (v.a. Verarbeitendes Gewerbe, handelbare Dienstleistungen). Damit verbunden sind ansteigende Leistungsbilanzdefizite und in vielen Fällen ein starker Verlust der Wettbewerbsfähigkeit bzw. relative Verkleinerung des handelbaren Sektors.

Abbildung 6.3 / Kroatien: Beitrag zum BIP- (zu konstanten Preisen) und Beschäftigungswachstum.

Durchschnitte über die Zeitperiode

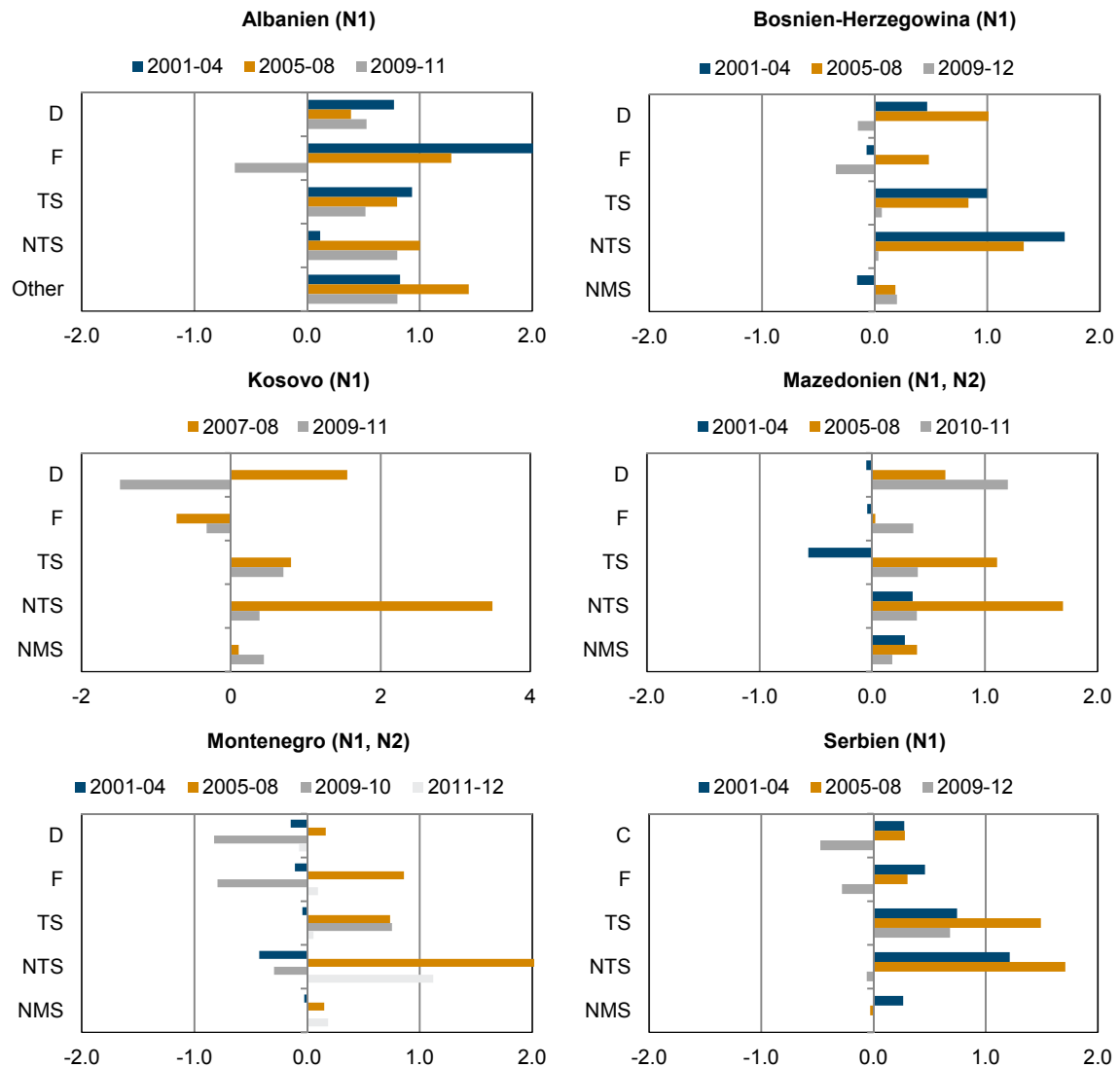


Anmerkungen: Kroatien basierend auf NACE Rev. 2 Klassifikation: C (Verarbeitendes Gewerbe), F (Bau), TS (Handelbare Dienstleistungen H,J,K,M), NTS (Nichthandelbare Dienstleistungen G,I,L,N,R,S,T), NMS (Öffentliche Dienstleistungen O,P,Q). Die Beiträge werden durch Multiplikation des Anteils am Gesamten-BIP zu laufenden Preisen mit der realen Wachstumsrate zu Preise des vergangenen Jahres errechnet. Beschäftigung 2001-2008 basierend auf NACE Rev. 1 Klassifikation.

Quelle: wiiw Datenbank basierend auf nationalen und Eurostat Statistiken.

In **Kroatien** hat der nicht-handelbare Dienstleistungsbereich (NTS) am stärksten zum Wirtschaftswachstum vor der Krise beigetragen, gefolgt von den handelbaren Dienstleistungen (TS), der Bauwirtschaft (F) und dem Verarbeitenden Sektor (C, siehe Abbildung 6.3, links). Somit haben vor der Krise strukturelle Ungleichgewichte im gewissen Ausmaß bestanden. In der Periode danach wurden diese teilweise korrigiert, d.h. die Bauwirtschaft und nicht-handelbare Dienstleistungen trugen übermäßig zum Wirtschaftsrückgang bei. Die Verarbeitende Industrie ist jedoch ebenfalls stark betroffen. Strukturelle Ungleichgewichte werden anhand der Beschäftigungsentwicklung noch deutlicher erkennbar (siehe Abbildung 6.3, rechts). Die nicht-handelbaren Dienstleistungen trugen vor der Krise mit Abstand am meisten zum Beschäftigtenwachstum bei, die Korrektur erfolgte dann in diesem Bereich zusammen mit der Bauwirtschaft am stärksten. Allerdings ist auch hier die Verarbeitende Industrie stark betroffen.

Abbildung 6.4 / Beitrag zum BIP- (zu konstanten Preisen) und Beschäftigungswachstum. Durchschnitt über die Zeitperiode



Anmerkungen: **NACE Rev. 1 Klassifikation (N1):** D (Verarbeitendes Gewerbe), F (Bau), TS (Handelbare Dienstleistungen I, J), NTS (Nichthandelbare Dienstleistungen G, H, K, O,P), NMS (Öffentliche Dienstleistungen L, M, N).

NACE Rev. 2 Klassifikation (N2): C (Verarbeitendes Gewerbe), F (Bau), TS (Handelbare Dienstleistungen H,J,K,M), NTS (Nichthandelbare Dienstleistungen G,I,L,N,R,S,T), NMS (Öffentliche Dienstleistungen O,P,Q). Die Beiträge werden durch Multiplikation des Anteils am Gesamten-BIP zu laufenden Preisen mit der realen Wachstumsrate zu Preise des vergangenen Jahres errechnet.

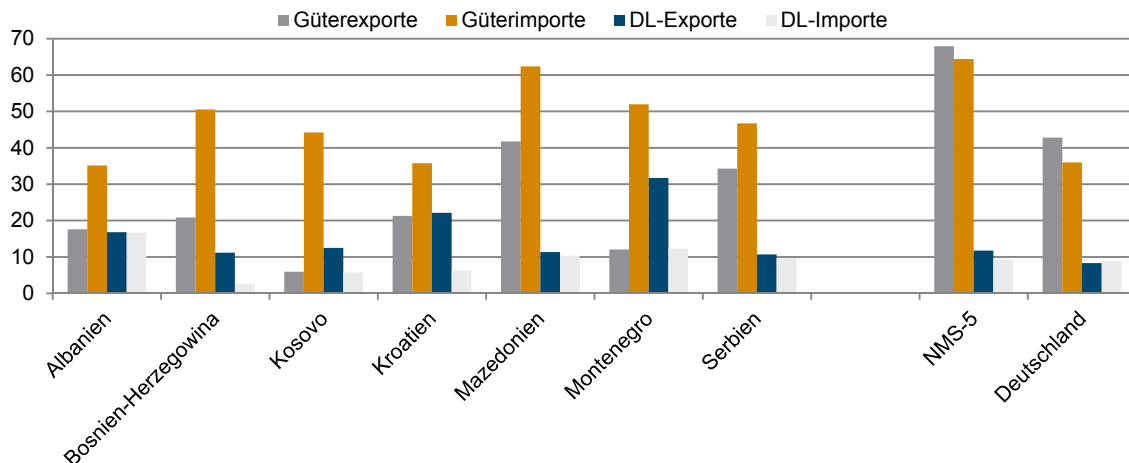
Quelle: wiiw Datenbank basierend auf nationalen Statistiken.

6.4. DIENSTLEISTUNGSHANDEL

Die wichtige Rolle des Dienstleistungssektors in der Westbalkanregion wird erst durch die Betrachtung des Dienstleistungshandels evident. Während der Handel mit Gütern in den Westbalkanländern stark defizitär ist und damit zum hohen Leistungsbilanzdefizit beiträgt, ist die Bilanz mit Dienstleistungen positiv, d.h. Dienstleistungsexporte sind höher als Dienstleistungsimporte. Abbildung 6.5 verdeutlicht die Größe der Warenexporte und Importe, sowie der Dienstleistungsexporte und Importe in % des BIP. In

den NMS-5 und auch Deutschland machten sowohl die Dienstleistungsexporte wie auch Importe etwa 10% des BIP aus. Während in einigen Westbalkanländern dieser Anteil ebenfalls 10% für die Exporte beträgt – so in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien, ist er in Albanien (17%), Kroatien (22%) und Montenegro (32%) wesentlich höher.

Abbildung 6.5 / Güter- und Dienstleistungshandel in % des BIP, 2013

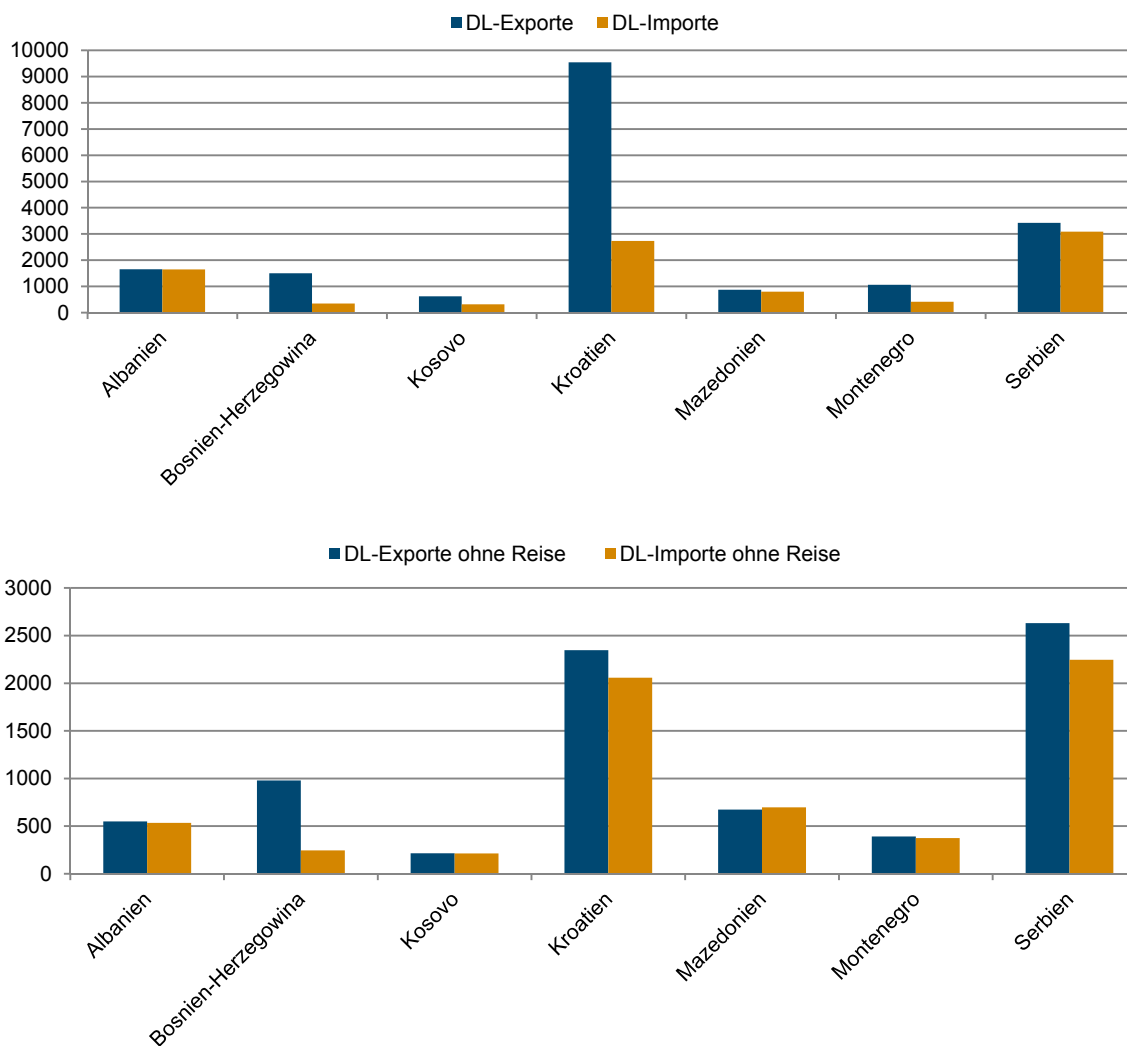


Anmerkungen: Bosnien-Herzegowina BOP 6th Edition.

Quelle: wiiw Datenbank, Eurostat.

Insbesondere in Montenegro spielen Dienstleistungsexporte im Vergleich zu den Güterexporten eine herausragende Rolle (vgl. 32% zu 12% des BIP). In diesen drei Ländern ist der Tourismus – bedingt durch die Küste am Adriatischen Meer – der wichtigste Exportzweig. Auch die Importe betragen ungefähr 10% des BIP in Mazedonien, Montenegro und Serbien. In Albanien ist dieser Anteil etwas höher (17%), während er in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Kroatien kleiner als 10% ist.

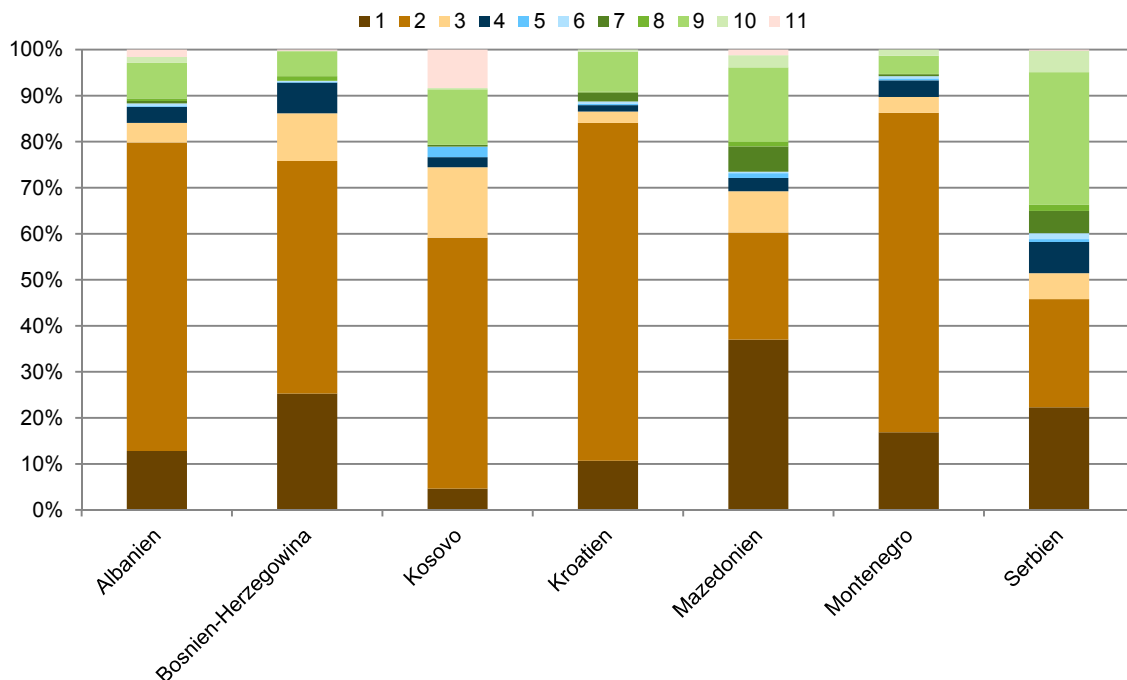
Kroatien ist der größte Exporteur in der Region, mit Dienstleistungsexporten von mehr als 9 Mrd. EUR 2013, gefolgt von Serbien mit 3.4 Mrd. EUR. In Albanien und Bosnien-Herzegowina lag das Volumen bei 1.6 Mrd. und 1.5 Mrd. in Mazedonien und Montenegro bei rund 1 Mrd. (siehe Abbildung 6.6 oben). Kroatien hat einen beträchtlichen Überschuss, der vor allem im Tourismusbereich entsteht. Auch die anderen Länder erwirtschafteten einen Überschuss, wobei der von Bosnien-Herzegowina rund 1.1 Mrd. betrug, in den andern Ländern jedoch kleiner ausfiel. Abbildung 6.6, unten zeigt den Dienstleistungshandel ohne den Reiseverkehr. Hier sieht man, dass Serbien der größte Exporteur von Dienstleistungen ist, gefolgt von Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Außer Mazedonien, konnten alle Länder auch hier einen Überschuss erzielen.

Abbildung 6.6 / Dienstleistungsexporte und Importe, 2013, in EUR mn

Anmerkungen: Bosnien-Herzegowina BOP 6th Edition.

Quelle: wiiw Datenbank.

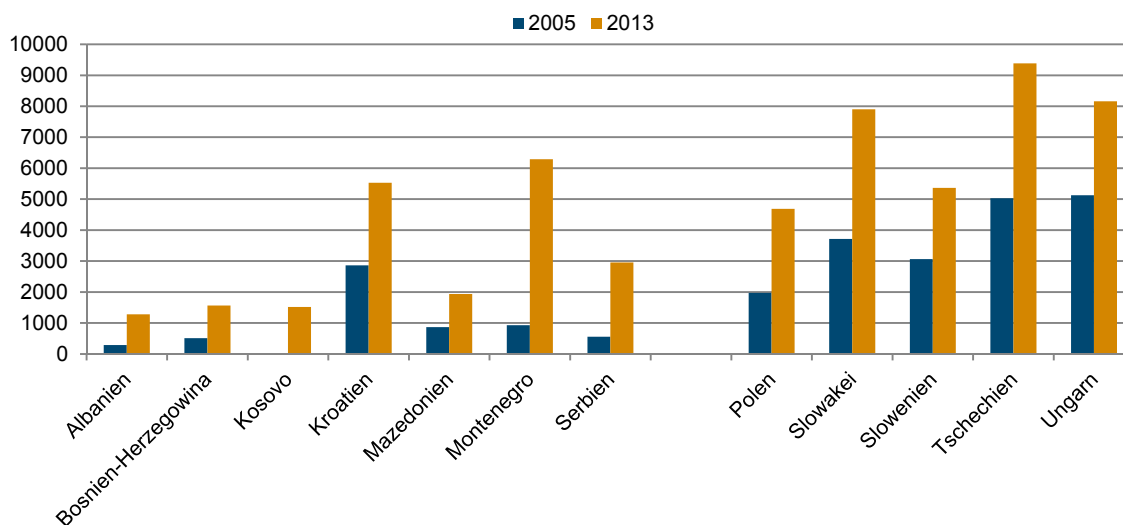
Sieht man sich die genaue Struktur der Dienstleistungsexporte an, so erkennt man wieder die wichtige Rolle des **Reiseverkehrs** als größter Exporteur in der Region (siehe Abbildung 6.7). Als Anteil an den gesamten Dienstleistungsexporten macht er in Bosnien-Herzegowina (Wintertourismus) und dem Kosovo (Reisen der Diaspora) rund 50% aus, in den Ländern an der Adriaküste sogar um die 70%. In Mazedonien und Serbien hat er hingegen einen kleineren Anteil mit 24%. An zweiter Stelle folgt in den meisten Ländern der **Transportsektor** (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Montenegro). In Mazedonien hält er sogar den größten Anteil (37%) – bedingt durch die Rolle als Transitland –, im Kosovo hingegen ist er am kleinsten in der Region (5%). **Unternehmensbezogene Dienstleistungen** stellen in den meisten Ländern eine wichtige Exportkategorie dar, in Serbien ist es sogar die Größte (29%). **Kommunikationsdienstleistungen** sind verhältnismäßig größer in Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und Mazedonien.

Abbildung 6.7 / Struktur der Dienstleistungsexporte, 2011, in %

Anmerkungen: Extended Balance of Payments Classification (EBOPS): Transport (1), Reiseverkehr (2), Kommunikationsdienstleistungen (3), Bauleistungen (4), Versicherungsdienstleistungen (5), Finanzdienstleistungen (6), EDV- und Informationsdienstleistungen (7), Patente und Lizenzen (8), Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen (9), Persönliche Dienstleistungen, Kultur und Erholung (10), Regierungsleistungen, a.n.g. (11).
Quelle: wiiw Trade in Services Datenbank, Kosovo National Bank.

6.5. AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN

Im Vergleich zu den NMS-5 erfolgte der Zufluss an ausländische Direktinvestitionen in den Westbalkan erst mit einer zeitlichen Verzögerung. Ein starker Anstieg der FDI geschah erst in den 2000ern, vor allem nach 2003 (vgl. Estrin, Uvalic, 2013). Somit ist es nicht verwunderlich, dass der Bestand an ausländischen Direktinvestition (FDI) am Westbalkan geringer ist als in den NMS-5 (siehe Abbildung 6.8). Gemessen an den Direktinvestitionen pro Kopf sind die Zahlen für die Länder am Westbalkan kleiner als die für Tschechien, Ungarn und die Slowakei. In Montenegro nehmen ausländische Direktinvestitionen jedoch eine herausragende Stellung ein (EUR 6.200 pro Kopf und 117% des BIP). Hier spielen vor allem russische Investitionen im Tourismusbereich eine große Rolle (siehe Hunya, 2014). Auch in Kroatien ist der Bestand an Direktinvestitionen pro Kopf hoch (EUR 5.500), während er in Serbien schon wesentlich niedriger ist (EUR 3.000). In den anderen Westbalkanländern sind die Direktinvestitionen geringer. Bemerkenswert sind die Zuwachsraten in allen Ländern der Region zwischen 2005 und 2013, wobei insbesondere die Direktinvestitionen in Montenegro und Serbien besonders stark gestiegen sind (siehe Abbildung 6.8).

Abbildung 6.8 / Bestand an ausländischen Direktinvestitionen, in EUR pro Kopf

Quelle: wiiw FDI-Datenbank.

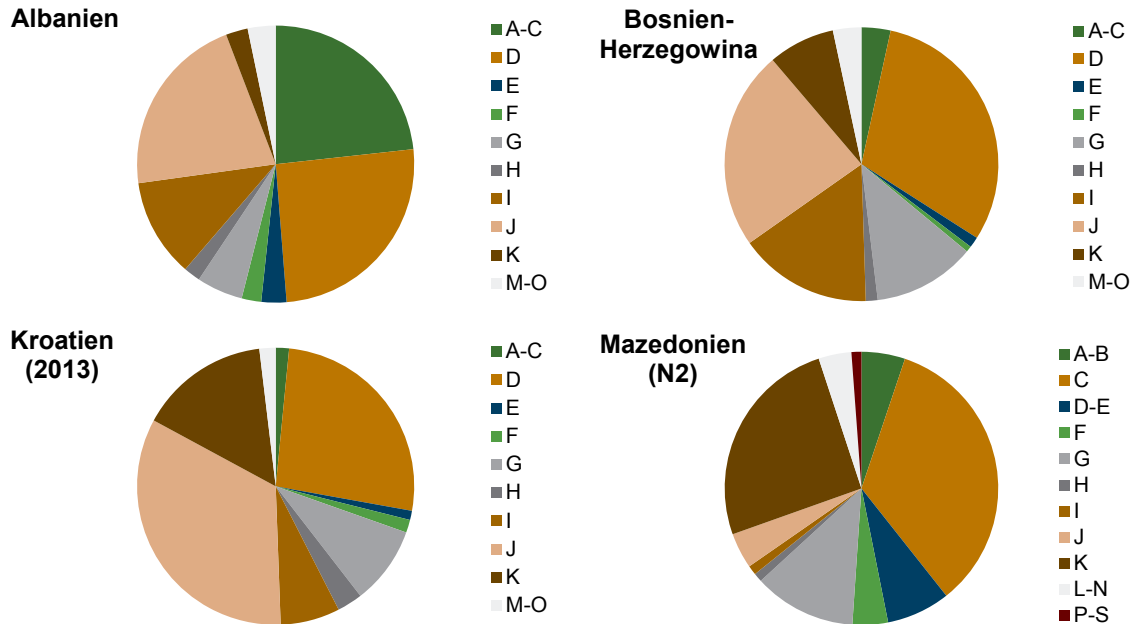
Der Anteil der Dienstleistungen an den gesamten FDI-Beständen betrug 2012 in Albanien 45%, 65% in Bosnien-Herzegowina, 71% in Kroatien und 53% in Mazedonien und hängt vor allem auch davon ab, ob das jeweilige Land Investitionen in der Sachgütererzeugung (z.B. Mazedonien) oder auch im Bergbau (z.B. Albanien) erzielte. Der Privatisierungsprozess und große Privatisierungsdeals z.B. von Banken und Telekomunternehmen spielen ebenso eine Rolle für den Zufluss von FDI. Sieht man sich die ausländischen Direktinvestitionen nach Dienstleistungsbranchen an (siehe Abbildung 6.9), so gingen in **Albanien** die meisten FDI in den Sektor Finanzdienstleistungen (21%), gefolgt von „Verkehr und Nachrichtenübertragung“ (11%). Der Handelssektor erhielt einen vergleichsweise geringen Anteil, ebenso die unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Auch in **Bosnien-Herzegowina** waren 2012 die meisten FDI in den Finanzdienstleistungen zu verzeichnen (24%), wieder gefolgt vom Sektor „Verkehr und Nachrichtenübertragung“ (16%). Ein nicht unbedeutender Anteil der FDI ging auch in den Handelssektor (12%) und in die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (8%).

In **Kroatien** sind die ausländischen Direktinvestitionen mit einem Anteil von 34% stark im Finanzdienstleistungssektor konzentriert. Auch die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (15%) zeigten einen vergleichsweise hohen Anteil auf (hier gingen die FDI vor allen in den Bereich Realitätenwesen und in sonstige Dienstleistungen). Der Handelssektor erhielt 9% der Direktinvestitionen.

In **Mazedonien** sind die FDI wieder vorrangig im Finanzsektor (25%) konzentriert, gefolgt vom Handelssektor (12%). FDI in die Bereiche Verkehr (H) und Information- und Kommunikation (J) ist vergleichsweise gering (kompatibel mit „Verkehr und Nachrichtenübertragung in Albanien und Bosnien-Herzegowina“).

Abbildung 6.9 / Bestand an ausländischen Direktinvestitionen nach Branchen, 2012

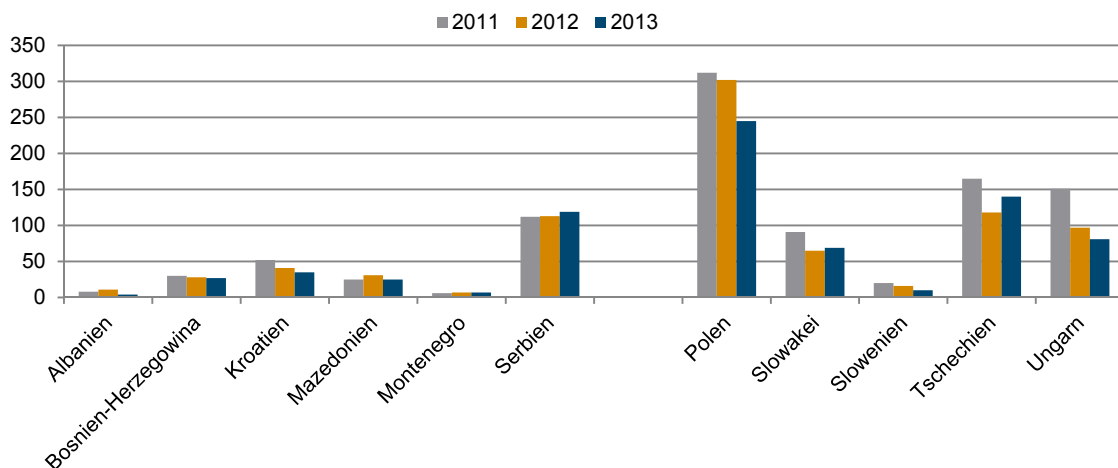


Anmerkungen: **NACE rev. 1 Klassifikation** (alle Länder außer Mazedonien): A-C (Landwirtschaft, Bergbau), D (Sachgütererzeugung), E (Energie), F (Bauwesen), G (Handel), H (Beherbergung), I (Verkehr und Nachrichtenübertragung), J (Finanz), K (Unternehmensbezogene Dienstleistungen), M-O (Öffentliche Dienstleistungen).

NACE rev. 2 Klassifikation (Mazedonien): A-B (Landwirtschaft, Bergbau), C (Sachgütererzeugung), D-E (Energie), F (Bauwesen), G (Handel), H (Verkehr), I (Beherbergung), J (Information und Kommunikation), K (Finanz), L-N (Unternehmensbezogene Dienstleistungen), P-S (Öffentliche Dienstleistungen).

Quelle: wiiw FDI Datenbank.

Abbildung 6.10 / Anzahl der Greenfield Projekte (Gesamtwirtschaft), 2011, 2012 und 2013



Quelle: fDi Markets.

Die Datenbank von FDI Intelligence (www.fdimarkets.com), einer Abteilung der Financial Times Ltd, basiert auf Medienberichten über einzelne Investitionsprojekte und erlaubt einen Blick auf die neuen Investitionsvorhaben in der Gesamtwirtschaft in der Region (Abbildung 6.10). Dabei zeigt sich, dass die

Anzahl der Projekte in den einzelnen Westbalkanländern sehr klein ist. 2013 zum Beispiel wurden nur 4 Projekte in Albanien, oder 7 in Montenegro registriert. Einzig Serbien ist mit seinen über 100 Projekten ein wichtiges Ziel für Greenfield Investitionen geworden, wobei es hier 2012 sogar Ungarn überholt hat und etwas hinter Tschechien lag. Polen hat mit seinen fast 250 Projekten 2013 die meisten Projekte erhalten. Während zwischen 2011 und 2013 die Projekte in den NMS-5 und in den Westbalkanländern im Aggregat zurückgingen, sind die Projekte in Serbien kontinuierlich gestiegen. Hunya (2013) zeigt auch, dass in Serbien der Anteil der ‚advanced services‘ (Forschung & Entwicklung; Design, Entwicklung & Testing; ICT & Internet Infrastruktur; Headquarters) an den gesamten Greenfield Projekten im Jahr 2012 stark zugenommen hat und damit auch im regionalen Vergleich sehr prominent ist.

6.6. EINE ANALYSE DER INVESTITIONSPROJEKTE FÜR DAS JAHR 2013 ZEIGT FOLGENDE BRANCHENAUFTEILUNG

In **Bosnien-Herzegowina (27 Projekte)** gingen 52% der Projekte in den Einzelhandel (z.B. im Bereich Textil- und Bekleidung oder im Nahrungsmittel- und Getränkebereich), 30% in die Sachgüterproduktion, 7% in unternehmensbezogene Dienstleistungen, keine in ‚advanced services‘.

In **Kroatien (35)** gingen ein Drittel der Projekte ebenfalls in den Einzelhandel, gefolgt vom Logistik-, Distributions- und Transportsektor (23%), der Sachgütererzeugung und ‚advanced services‘ (je 11%). Unternehmensbezogene Dienstleistungen erhielten 6% der Projekte.

In **Mazedonien (25)** wurden zwei Fünftel aller Projekte im Sachgüterbereich getätigt (Autokomponenten, Medizinische Geräte), gefolgt vom Einzelhandel (20%) und unternehmensbezogene Dienstleistungen (12%). ‚Advanced services‘ erzielten einen Anteil von 8%. Ein Call Center war unter den Projekten.

In **Serbien (119)** ist die Sachgüterindustrie der wichtigste Investitionsbereich (35%) gefolgt vom Einzelhandel (29%). Sales, Marketing und Support konnten einen Anteil von 10% der Investitionsprojekte auf sich ziehen, unternehmensbezogene Dienstleistungen 9%.

6.7. LIBERALISIERUNG DES DIENSTLEISTUNGSHANDELS

› WTO/GATS

Auf weltweiter Ebene stellt das GATS (General Agreement on Trade in Services), eine der Säulen der WTO (World Trade Organisation), das wichtigste Instrument zur Liberalisierung des Dienstleistungshandels dar. Unter den Ländern des Westbalkans wurden Albanien und Kroatien im Jahr 2000 WTO-Mitglieder, Mazedonien 2003 und Montenegro 2012. Verhandlungen finden mit Bosnien-Herzegowina und Serbien statt, während der Kosovo keine Schritte für einen WTO-Beitritt getätigt hat. Die wichtigsten Kennzeichen des GATS sind die Sektor spezifischen Verpflichtungslisten, sowie die Definition des Dienstleistungshandels nach 4 Erbringungsarten („Modes“).²⁶ Die Verpflichtungen der Westbalkanländer sind hier sehr umfangreich: während ein WTO-Mitglied im Durchschnitt in einem Drittel der Sub-Sektoren Verpflichtungen eingetht, liegt die

²⁶ Mode 1: Grenzüberschreitender Handel
 Mode 2: Konsum im Ausland
 Mode 3: Kommerzielle Präsenz
 Mode 4: Anwesenheit natürlicher Personen

Anzahl in den Westbalkanländern bei zwei Drittel (Grčar, Iseanu, 2010; Kronberger, Wolfmayr, 2005).²⁷ Die Anzahl der Dienstleistungssektoren mit GATS-Verpflichtung (insg. 155 Sektoren) sind wie folgt:

- Albanien (108)
- Kroatien (127)
- Mazedonien (116)
- Montenegro (132)²⁸

› Regionale Ebene

Auf regionaler Ebene hat das Zentraleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA) die Liberalisierung und gegenseitige Öffnung der Westbalkan-Märkte zum Ziel. Das Zentraleuropäische Freihandelsabkommen trat 1993 in Kraft, um Zölle und nichttarifäre Handelshemmnissen abzubauen. Mitgliedsländer waren Polen, die CSFR, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Mazedonien. Nach dem Beitritt der meisten dieser Länder in die EU im Jahr 2004 und 2007 wurde das Abkommen reformiert und erweitert. Dem CEFTA 2006 gehören nun Albanien, Bosnien-Herzegowina, Moldawien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und der Kosovo an. Im Artikel 27 verpflichten sich die Länder zu einer schrittweisen Liberalisierung und gegenseitigen Öffnung der Dienstleistungsmärkte. Nachdem zuerst der freie Handel für Güter in der Region möglich wurde, wurden weitere Anstrengungen im Bereich der Agrargüter unternommen. Als nächstes wird nun das Augenmerk auf die Vereinfachung und die Liberalisierung des Dienstleistungshandels zwischen den CEFTA-Ländern gelegt (siehe RCC, 2013).

› Europäische Ebene

Der freie Dienstleistungsverkehr stellt eine der vier Grundfreiheiten des EU Binnenmarktes dar. Die wichtigste rechtliche Regelung ist die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die am 28. Dezember 2006 in Kraft trat. Ziel der Richtlinie ist es „bürokratische Hemmnisse abzubauen, den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen zu fördern und so zur Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes beizutragen“ (Klein, 2009). Grundlegende Bestandteile der DL-Richtlinie sind die Schaffung eines einheitlichen Ansprechpartners (sogenannte „one-stop shops“), funktionsfähige elektronische Verfahren („E-Government“) und die Prüfung der geltenden Normen, um Hindernisse abzubauen. Einige Dienstleistungsbereiche sind von der Richtlinie ausgenommen.

Die Annäherung der Westbalkanländer an die EU findet über die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) statt, die als Vorstufe zu einem EU-Beitritt gedacht sind (vgl. Breuss, 2007). Fast alle Länder haben SAA abgeschlossen (in Bosnien-Herzegowina ist nur das Interimsabkommen über den Handel und Handelsfragen in Kraft getreten), während im Herbst 2013 die Verhandlungen mit dem Kosovo über ein SAA begonnen haben. Kroatien wurde mit 2. Juli 2013 das 28. Mitgliedsland der EU. Voraussetzungen sind hier die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien²⁹. Die relevanten Entwicklungen werden jährlich in den Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission dokumentiert. Durch die besonderen Charakteristika und Eigenschaften von Dienstleistungen ist deren

²⁷ Grčar, Iseanu (2010) merken an, dass diese Verpflichtungen jedoch hinter dem aktuellen Stand der Liberalisierung zurück liegen können und führen hier das Beispiel Kroatien an.

²⁸ <http://i-tip.wto.org/services/> Stand März 2014.

²⁹ Erfüllung des politischen Kriteriums, des wirtschaftlichen Kriteriums (funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit dem Wettbewerbsdruck standzuhalten), sowie die Übernahme der EU Acquis Communautaire.

„Handel“ als solcher schwieriger abzugrenzen. GATS definiert dabei den Dienstleistungshandel nach vier Erbringungsarten (siehe Fußnote 3). In den EU-Fortschrittsberichten werden dazu Änderungen im Bereich „Niederlassungsrecht und freien Dienstleistungsverkehr“ (Mode 3 und Mode 1) beschrieben. Wichtigste Maßnahme in diesem Bereich ist die Übernahme der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Die Westbalkanländer werden in diesen Bereichen als mäßig fortgeschritten eingestuft, es besteht noch erheblicher Handlungsbedarf (EU-Kommission, 2012 und 2013). Die jüngsten Liberalisierungsschritte werden in Kasten 6.1 kurz skizziert. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Mode 4) wird hier nicht dargestellt. Informationen dazu, sowie zur gegenseitigen Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise, gibt es im Kapitel 7.

BOX 6.1 / JÜNGSTE LIBERALISIERUNGSSCHRITTE IM BEREICH NIEDERLASSUNGSRECHT UND FREIER DIENSTLEISTUNGS-VERKEHR IN DEN WESTBALKANLÄNDERN

Niederlassungsrecht:

- › Albanien: Schritte zur Vorbereitung für die Vereinfachung und Verkürzung der Vergabe von Baugenehmigungen
- › Mazedonien: Aufbau einer Datenbank für alle Lizenzen und Genehmigungen
- › Montenegro: Verfahren zur Registrierung von Unternehmen auf zentraler Ebene schreiten voran; im Dezember 2012 wurde ein elektronisches Portal für Unternehmenslizenzen gestartet (reduziert Kosten und Zeit der Lizenzierung)
- › Serbien: keine Fortschritte verzeichnet
- › Kosovo (Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr): eine Reihe von Gesetzen wurde 2012 verabschiedet; das Ministerium für Handel und Industrie hat eine Datenbank über den Handel mit Dienstleistungen aufgebaut

Freier Dienstleistungsverkehr:

- › Albanien: Im April 2013 Gründung einer Arbeitsgruppe und Plan für die Übernahme der DL-Richtlinie angenommen, fehlende personelle Ressourcen
- › Bosnien-Herzegowina: Vorbereitungen zur Umsetzung der DL-Richtlinie haben noch nicht begonnen
- › Mazedonien: Änderung des Gesetzes für Anwälte, ermöglicht permanente Erbringung von grenzüberschreitenden DL; Defizite noch in folgenden DL-Sektoren: Tiermedizin, private Bildung, Bauwesen, Tourismus, regulierte Berufe
- › Montenegro: Vorbereitungen für die Übernahme der DL-Richtlinie haben begonnen; Arbeitsgruppe gegründet
- › Serbien: Gesetz für die Übernahme der DL-Richtlinie fehlt, Stärkung der personellen Ressourcen notwendig

Quelle: Europäische Kommission (2013), Fortschrittsberichte der Westbalkanländer.

6.8. ZUSAMMENFASSUNG UND POLITIKEMPFEHLUNGEN

Der Dienstleistungssektor (einschließlich Bauwesen) ist der wichtigste Wirtschaftszweig in den Westbalkanländern, in der Größe ähnlich dem in den Nachbarländern (66%-79% an der Bruttowertschöpfung, 60%-82% an der gesamten Beschäftigung). Wichtigste Dienstleistungszweige in der Region sind der Handel und das Grundstücks- und Wohnungswesen. Im Allgemeinen trug der Sektor bedeutend zum Wirtschaftswachstum vor der Krise bei, strukturelle Ungleichgewichte zugunsten der Bauwirtschaft und nicht-handelbarer Dienstleistungssektoren bestanden in gewissem Ausmaße in

Kroatien, Montenegro und Serbien. Der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen erfolgte erst vergleichsweise spät, der Dienstleistungssektor war aber dann ein bedeutendes Ziel (45%-71% der gesamten FDIs). Der Bereich Finanzdienstleistungen (Banken) hält in allen Ländern den größten Anteil an den FDI-Beständen im Dienstleistungsbereich, gefolgt vom Sektor „Verkehr und Nachrichtenübertragung“ (Telekomunternehmen) und dem Handel. 2013 war der Einzelhandel wichtigstes Ziel für neue Greenfield-Projekte.

Während der Außenhandel mit Gütern in den Westbalkanländern stark defizitär ist, ist die Bilanz im Dienstleistungshandel positiv. Dienstleistungsexporte spielen vor allem in Albanien, Kroatien und Montenegro eine besondere Rolle, bedingt durch den Tourismus. Der freie Dienstleistungshandel wird im Rahmen des GATS, CEFTA und der Annäherung an die EU vorangetrieben. Es besteht jedoch noch erheblicher Handlungsbedarf in diesem Bereich.

Allgemeine Empfehlungen:

- › Der Dienstleistungssektor ist der größte Wirtschaftsbereich in den Westbalkanländern. Er sollte daher auch in der Formulierung von Strategien als solcher wahrgenommen und nicht im Vergleich zur Industrie weniger beachtet werden.
- › „Stärken stärken“: Der Tourismussektor ist ein wichtiger Exportzweig in den Ländern, die an die Adria grenzen (Kroatien, Montenegro, Albanien). Hier sollte das Potential erkannt und weiter gefördert werden.
- › Potential in Bereichen mit höherer Wertschöpfung erhöhen: Der IT-Sektor, sowie der Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen stellen Bereiche mit höherer Wertschöpfung dar. Der IT-Sektor hat großes Potential, bei den Exporten nimmt er jedoch einen geringen Anteil ein. In beiden Bereichen könnte man die Exporte fördern sowie Anreize für FDI setzen.

Empfehlungen für den Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (basierend auf Kasten 6.2):

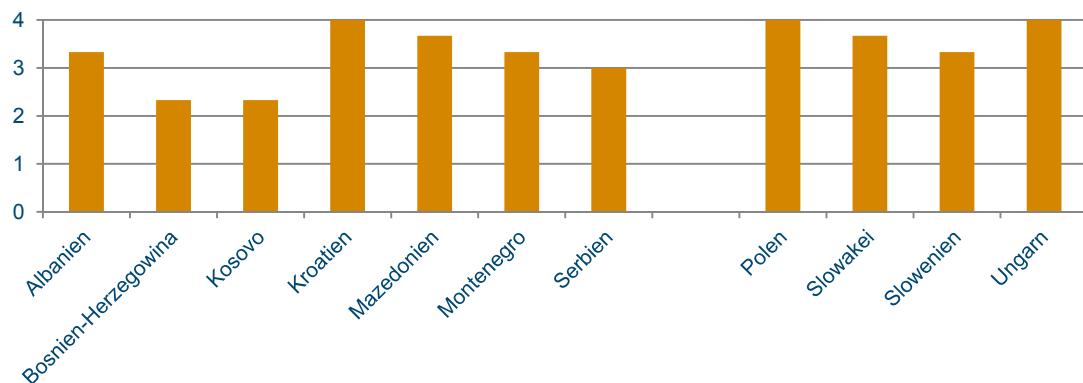
- › Ausbildung: Orientierung der Ausbildungssysteme am Markt; Forcierung des lebenslangen Lernens, da Wissen insbesondere im IT-Sektor sehr kurzlebig ist
- › Verstärkte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben (KMUs)
- › Weitere Angleichung der Regelungen an den EU-Acquis, Vereinfachung von Regulierungen, Abbau von Hemmnissen im Dienstleistungshandel

BOX 6.2 / FALLBEISPIEL INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIESEKTOR AM WESTBALKAN

Der Informations- und Kommunikationssektor (definiert als Sektor J in der NACE rev.2 Klassifikation) nimmt ungefähr 5% der Wertschöpfung in den Westbalkanländern ein, in Montenegro sogar 6%. Er ist somit vergleichsweise größer als in den NMS-5 (4.5%) oder in Deutschland (4%, siehe Tabelle 6.1).

Der EBRD-Transformationsindikator für den Informations- und Kommunikationstechnologiesektor (IKT) basiert auf der Einschätzung der Marktstruktur einerseits, der Institutionen und Politiken im IKT-Bereich andererseits und gibt auf einer Skala von 1 bis 4+ die Lücke zu einer funktionierenden Marktwirtschaft an – diese kann groß, mittel, klein oder nicht mehr vorhanden sein (Abb. Box 6.1). Kroatien, Mazedonien und die meisten NMS haben die Höchstnote erreicht, ihre Standards gleichen denen einer fortgeschritten Marktwirtschaft. Weit fortgeschritten sind Albanien und Montenegro (3+), während Serbien (3), und vor allem Bosnien-Herzegowina (2+) und der Kosovo (2+) mittelmäßig fortgeschritten sind.

Abbildung Box 6.1 / Reformindikator Informations- und Kommunikationstechnologie, 2013



Quelle: EBRD.

Tabelle Box 6.1 / Infrastrukturindikatoren für den IKT-Sektor, 2013

	Mobiltelefon-verträge, pro 100 Einwohner	Verträge für fixe Breitband-anschlüsse, pro 100 Einwohner	Anteil an Personen, die Internet nutzen	Anteil der Haushalte mit Internetzugang
Albanien	116,16	5,75	60,1	13,7 *
Bosnien-Herzegowina	91,17	11,76	67,9	,
Kroatien	114,51	21,54	66,7	64,6
Mazedonien	106,17	15,70	61,2	58,3 **
Montenegro	159,95	12,78	56,8	55,0 **
Serbien	119,39	13,93	51,5	56,0
Polen	150,02	15,61	62,8	71,9
Tschechien	131,25	17,03	74,1	72,6
Slowakei	113,91	15,52	77,9	77,9
Slowenien	110,21	24,96	72,7	75,6
Ungarn	116,43	24,12	72,6	71,5
Deutschland	119,03	34,58	84,0	87,7

Anmerkungen: *) 2010.- **) 2012.

Quelle: International Telecommunication Union: <http://itu.int>; WKO (2014) für Serbien.

Wichtig für den IKT-Sektor sind die Infrastruktur (ausgebaut, zuverlässig, günstig), Schutz des geistigen Eigentums (z.B. wichtig im Bereich Software), sowie das Humankapital. Je nach Indikator und Land unterscheidet sich die Ausstattung mit der notwendigen Infrastruktur im IKT-Bereich (siehe Tabelle Box 6.1). Während der Indikator für Mobiltelefonverträge für Montenegro sogar am höchsten ist, ist er für Verträge für fixe Breitbandanschlüsse schon deutlich unter dem Vergleichswert für Deutschland oder Slowenien und Ungarn (wobei hier auch innerhalb der NMS Unterschiede bestehen). Auch die Internetnutzung von Personen oder der Anteil der Haushalte mit Internetzugang liegt wesentlich unter dem deutschen und dem NMS-Wert. Während in Serbien der Anteil der Haushalte mit Internetzugang 2013 bei 56% lag, betrug er für Unternehmen 98% (siehe WKO, 2014).

Eine SWOT-Analyse des Informations- und Technologiesektors am Westbalkan soll die Stärken und Schwächen, sowie die Chancen und Risiken des Sektors darstellen.

Stärken-Schwächen, Chancen-Risiken-Analyse (SWOT-Analyse)³⁰:

Stärken:

- › Softwareentwicklung (Kroatien, Mazedonien, Serbien), Back-Office Development, Call-Centers
- › Vergleichsweise niedrige Lohnkosten (OECD, 2009, Grčar, Iseanu, 2010)
- › ICT Cluster in Serbien
- › Gute Ausbildung
- › Gute Sprachenkenntnisse

Schwächen:

- › Ungenügende Anzahl an qualifizierten Arbeitskräften
- › Ausbildungssystem nicht am Markt orientiert, zu wenig Investitionen; Beispiel Serbien: fehlende Spezialisierung der Arbeitskräfte, schlechte Kooperation zwischen Universitäten und der Privatwirtschaft, Mangel an qualifizierten Lehrern
- › Stark segmentierte und fragmentierte nationale Märkte (KMUs), nicht die notwendige Kapazität
- › Inflexibler Mode 4 (Freizügigkeit der Arbeitnehmer)
- › Infrastruktur in großen Städten vorhanden, jedoch in ländlichen Gegenden zurückgeblieben
- › Beispiel Serbien: Mehrwertsteuer für IT Hardware im 3-Quartal 2013 von 8% auf 20% erhöht

Chancen:

- › Wachstumsmarkt, Nachfrage nach Geschäftsprozess- und IT-Outsourcing Dienstleistungen steigt
- › Nähe zu EU-Märkten ("Nearshoring")
- › Förderung des KMU-Bereichs als Chance für die IT-Branche
- › Ausländische Investoren bieten Ausbildungsprogramme für serbische IT-Experten an (z.B. Microsoft, Cisco)
- › EU-Beitrittsperspektive (vermehrt FDI, Angleichung der gesetzlichen Regelungen)
- › Zusammenarbeit in der Region
- › Alle Westbalkanländer haben den IT-Sektor als Priorität in ihren Entwicklungsstrategien hervorgehoben (Handjiski, Šestović, 2011). Im Mazedonien wurde eine Strategie verabschiedet die speziell den Export von IT-Dienstleistungen fördern soll (Europäische Kommission, 2013). Der Kosovo hat ein Programm zur Investitionsförderung verabschiedet: als wichtigste Sektoren werden unter anderen der Geschäftsprozess und IT-Outsourcing genannt sowie auch „Electronic Contract Manufacturing Services“ (Europäische Kommission, 2012).

³⁰ Basierend auf OECD (2009), Grčar, D., Iseanu, A. (2010), WKO (2014)

Risiken:

- › Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte ("Brain-drain")
- › Anstieg der Lohnkosten, im IT-Bereich werden die höchsten Löhne gezahlt, ausländische Unternehmen bieten höhere Löhne, für inländische KMUs zu teuer (WKO, 2014)
- › Für KMUs schwierig an öffentliche Aufträge zu kommen

LITERATUR

Breuss, F.(2007), 'Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU', WIFO Monatsberichte 8/2007.

Christen, E. (2014), 'Österreichs außenwirtschaftliche Beziehungen mit den westlichen Balkanländern', WIFO-Monatsberichte, 87 (3), p. 197-211.

EBRD (2013), Transition Report 2013: Stuck in Transition?, London.

Estrin, S. und M. Uvalic (2013), 'FDI into transition economies: are the Balkans different?', 12th EACES conference and the International Conference on occasion of the 75th Anniversary of the Faculty of Economics, University of Belgrade (Belgrade, 20-22 September 2012).

Europäische Kommission (2012), Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2012-2013, COM (2012) 600 final.

Europäische Kommission, Fortschrittsberichte, verschiedene Länderberichte.

http://ec.europa.eu/enlargement/countries/strategy-and-progress-report/index_de.htm

Grčar, D. und A. Ieseanu (2010), 'Potentials for the Liberalisation of Trade in Services among CEFTA 2006 Parties, Identifying Opportunities, Gains and Foundations for the Launching of Negotiations', First Study, ECORYS ICS Consortium, implemented by Human Dynamics.

Handjiski, B. und L., Šestović (2011), Barriers to Trade in Services in the CEFTA Region, World Bank Study, Washington.

Hanzl-Weiss, D. und M. Landesmann (2013), 'Special section III: Structural adjustment and unit labour cost developments in Europe's periphery', in: Astrov V. et al. (2013), Double-dip Recession over, yet no Boom in Sight, Current Analyses and Forecasts, The Vienna Institute for International Studies, No. 11, March.

Hunya, G. (2013), 'Growth Engine Stutters', wiiw FDI Report 2013, Central, East and Southeast Europe, wiiw.

Hunya, G. (2014), 'Hit by Deleveraging', wiiw FDI Report 2014, Central, East and Southeast Europe, wiiw.

Kathuria, S. (ed.) (2008), Western Balkan Integration and the EU: An Agenda for Trade and Growth, World Bank, Washington.

Klien, T., Icks, A. und F. Wallau (2009), 'Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie Zielsetzung und Stand der Umsetzung', Working Paper, Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn, No. 05/09.

Kronberger, R und Y. Wolfmayr (2005), 'Liberalisierung des Dienstleistungshandels im Rahmen des GATS', WIFO Monatsberichte 6/2005 .

Regional Cooperation Council (RCC) (2013), South East Europe 2020 Strategy – Jobs and Prosperity in a European Perspective, verfügbar auf: <http://www.rcc.int/pages/62/south-east-europe-2020-strategy>

WKO (2014), 'Branchenprofil Serbien: Informations- und Kommunikationstechnologie', Reihe Außenwirtschaft, Wirtschaftskammer Austria/Aussenwirtschaftscenter Belgrad, März.

7. Arbeitsmarkt und Migration in den Westbalkanländern

7.1. EINLEITUNG

Die Arbeitsmärkte der Westbalkanländer sind im europäischen Vergleich durch sehr niedrige Beschäftigungs- und Erwerbsquoten (insbesondere von Frauen) und hohe und anhaltende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Zudem erreicht die Jugendarbeitslosigkeit und der Anteil Langzeitarbeitsloser Ausmaße wie nirgendwo sonst in Europa. Nach wie vor spielt die Landwirtschaft (Subsistenzwirtschaft) als Arbeitgeber eine wichtige Rolle. Der Dienstleistungssektor ist verglichen mit den NMS-5 und EU-15 unterentwickelt und die Beschäftigung in der Industrie seit Jahren rückläufig. Der informelle Sektor stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar (EC, 2013).

Nahezu die gesamte Region ist mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert, lediglich Albanien und Kosovo bilden mit einem hohen Anteil von jungen Menschen (0-15 Jahre) eine Ausnahme. Diese negativen Trends werden sich auch mittelfristig fortsetzen (Weltbank, 2009). Neben der Überalterung trägt auch die anhaltende Abwanderung in das EU Ausland und nach Übersee zu dieser Entwicklung bei, gleichzeitig findet wenig Immigration in diese Länder statt.

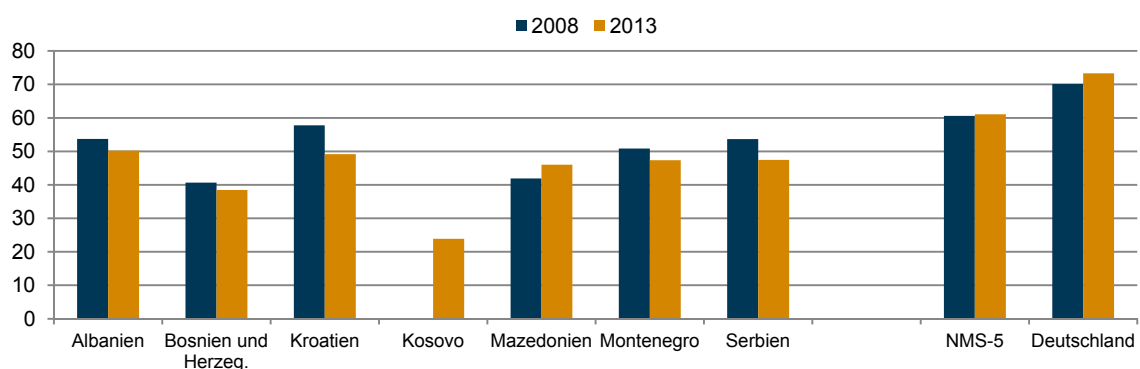
Die im Folgenden durchgeführte Arbeitsmarktanalyse stützt sich auf Arbeitskräfteerhebungsdaten (LFS) der einzelnen Westbalkanländer. Aufgrund von Brüchen in den statistischen Zeitreihen (insbesondere in Serbien und Montenegro) sowie des verspäteten Beginns dieser Erhebungen in Bosnien und Herzegowina und Albanien ist ein Vergleich über eine längere Zeitperiode erst ab 2008 möglich. Informationen über die Beschäftigung im informellen Sektor der Wirtschaft, der in den Westbalkanländern eine weitaus wichtigere Rolle einnimmt als in den NMS, sind nur in den LFS Daten für Serbien und Mazedonien verfügbar.

7.2. BESCHÄFTIGUNG

Im Jahr 2013 waren in den Westbalkanländern rund 6,3 Million Personen beschäftigt oder um rund 800.000 weniger als im Vorkrisenjahr 2008. Hinsichtlich der Struktur der Beschäftigten arbeiten im Durchschnitt noch immer rund 20% in der Landwirtschaft (in Albanien über die Hälfte), 25% in der Industrie und 55% im Dienstleistungssektor. Letzterer ist allerdings wesentlich bedeutender in Montenegro (77%), wo der Tourismus eine große Rolle spielt und im Kosovo (65%). Zieht man allerdings den hohen Anteil der Schattenwirtschaft, der traditionell Teile des Dienstleistungssektors miteinschließt, in Betracht, dürfte der tatsächliche Anteil der in diesem Sektor Beschäftigten höher sein. Schlussendlich dient Arbeitsmigration seit Jahrzehnten als wichtiger Faktor zur Abfederung der Arbeitsmarktprobleme. In Albanien und Mazedonien dominiert der Privatsektor als Arbeitgeber mit einem Beschäftigungsanteil von 83% und 75%, während in Serbien und in Montenegro nur etwa 55% in der Privatwirtschaft tätig sind und der Staat als Arbeitgeber noch immer eine wichtige Rolle spielt.

Die Westbalkanländer sind durch niedrige Beschäftigungs- und Erwerbsquoten gekennzeichnet. Wie Abbildung 7.1 zeigt, erreicht die Beschäftigungsquote nur in Albanien die 50% Marke, während sie in allen anderen Ländern, insbesondere im Kosovo und Bosnien und Herzegowina, zum Teil weit darunter liegt. Im Vergleich dazu beträgt die Beschäftigungsquote in Deutschland mehr als 70% und in den NMS-5 rund 60%. Mit Ausnahme von Mazedonien verzeichneten alle Länder der Region zwischen 2008 und 2013 einen Rückgang der Beschäftigungsquote. In einigen Ländern gibt es eine große geschlechtsspezifische Diskrepanz: im Kosovo beträgt der Unterschied der Beschäftigungsquote zwischen Männern und Frauen 27 Prozentpunkte, in Bosnien und Herzegowina 19 Pp., in Mazedonien 17 Pp. und in Serbien 15 Pp. (Deutschland 9 Pp.). Die Unterschiede nehmen mit zunehmendem Ausbildungsgrad ab und sind bei Personen mit tertiärer Ausbildung wesentlich niedriger als in den NMS-5 oder auch in Deutschland. Insgesamt können die zum Teil beträchtlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede auf soziale, kulturelle und institutionelle Faktoren zurückgeführt werden. Oft fehlt es an Kinderbetreuungseinrichtungen, Einrichtungen für ältere Menschen, die häufig von Frauen betreut werden oder auch an flexiblen Beschäftigungsmodellen.

Abbildung 7.1 / Beschäftigungsquote (Anteil der Beschäftigung an der Erwerbsbevölkerung (15-64 Jahre) in %

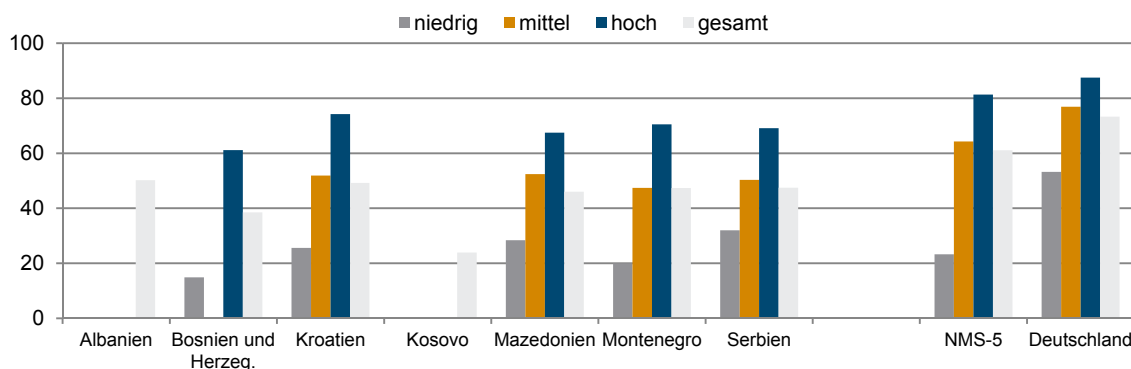


Quelle: Eurostat und nationale Statistiken.

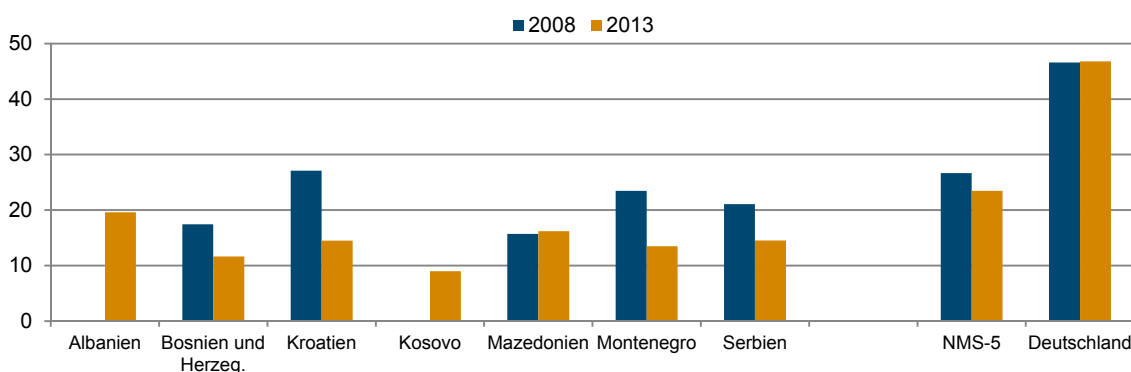
Die Beschäftigung steigt mit zunehmendem Ausbildungsgrad, zeigt aber deutliche Unterschiede verglichen mit den NMS-5. In den Westbalkanländern übersteigen die Beschäftigungsquoten in den Bereichen mittlere und höhere Ausbildung zwar jene mit niedriger Ausbildung, liegen aber signifikant (um 16 bzw. 13 Prozentpunkte) unter den für die NMS-5 ausgewiesenen Werten. Verglichen mit Deutschland sind die Unterschiede noch gravierender.

Besonders niedrig sind die Beschäftigungsquoten von Jugendlichen, die aufgrund der geringen Schaffung von Arbeitsplätzen mit einem schwierigen Übergang von der Schule ins Erwerbsleben konfrontiert sind und meist erst nach einer Phase der Arbeitslosigkeit in den Arbeitsmarkt eintreten (WIBF, 2012).³¹ So beträgt die Beschäftigungsquote Jugendlicher im Kosovo nur 9%, in Bosnien und Herzegowina knapp über 10% und in den übrigen Ländern mit Ausnahme Albaniens knappe 15% (Deutschland 47%, NMS 24%), siehe Abbildung 7.3.

³¹ Beim Übergang von der Schule ins Berufsleben erhalten die Schüler/Studenten wenig formelle Hilfe einen Arbeitsplatz zu finden. Die Hilfestellung kommt meist von Seiten der Familie und Freunden und nicht von Arbeitsmarktverwaltungen oder Berufsberatungseinrichtungen <http://blogs.lse.ac.uk/lsee/2014/06/05/vet-balkans/>

Abbildung 7.2 / Beschäftigungsquote nach Ausbildungsgrad, in %

Quelle: Eurostat und nationale Statistiken.

Abbildung 7.3 / Beschäftigungsquote (Anteil der Beschäftigung an der Erwerbsbevölkerung (15-24 Jahre) in %

Quelle: Eurostat und nationale Statistiken.

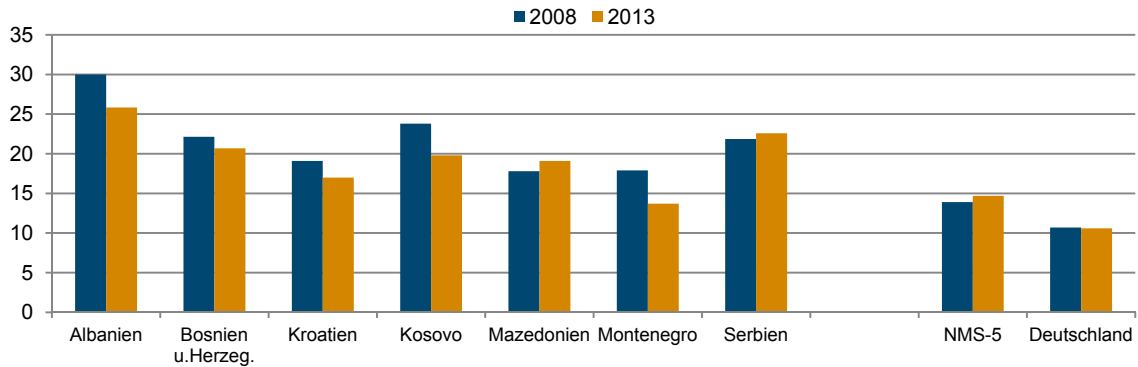
Beschäftigung im informellen Sektor der Wirtschaft

In den Westbalkanländern arbeitet noch immer ein bedeutender Anteil der Beschäftigten in der Schattenwirtschaft, was eine genaue Analyse des Arbeitsmarktes erschwert. Ergebnisse von Arbeitskräfteerhebungen (LFS) für Serbien und Mazedonien – die einzigen Länder der Region, für die diese Daten erhoben werden - zeigen, dass 2012/2013 19,3% bzw. 22,5% der Arbeitskräfte im informellen Sektor beschäftigt waren. Im Falle von Jugendlichen ist dieser Anteil wesentlich höher, in Serbien 31% und in Mazedonien sogar 42%. Den serbischen Erhebungen zufolge haben Beschäftigte in der Schattenwirtschaft eine geringe Ausbildung und arbeiten in der Landwirtschaft, im Bauwesen, Gastgewerbe oder in Privathaushalten.

Zieht man für die übrigen Länder, die keine entsprechenden Informationen in den jeweiligen LFS erfassen, Daten der Selbständigen heran - die häufig als Gradmesser für die Schattenwirtschaft verwendet werden - so dürften im regionalen Durchschnitt rund 20% der Beschäftigten im informellen Sektor Arbeit finden (Abbildung 7.4); in Albanien sogar ein Viertel. In den NMS-5 und in der EU-15 sind es rund 15%. Insgesamt verringerte sich der Anteil der Selbständigen zwischen 2008 und 2013 in allen

Ländern mit Ausnahme Mazedoniens und Serbiens.³² In Montenegro wurde 2013 ein ähnlich hoher Anteil erreicht wie in der EU-15.

Abbildung 7.4 / Selbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung

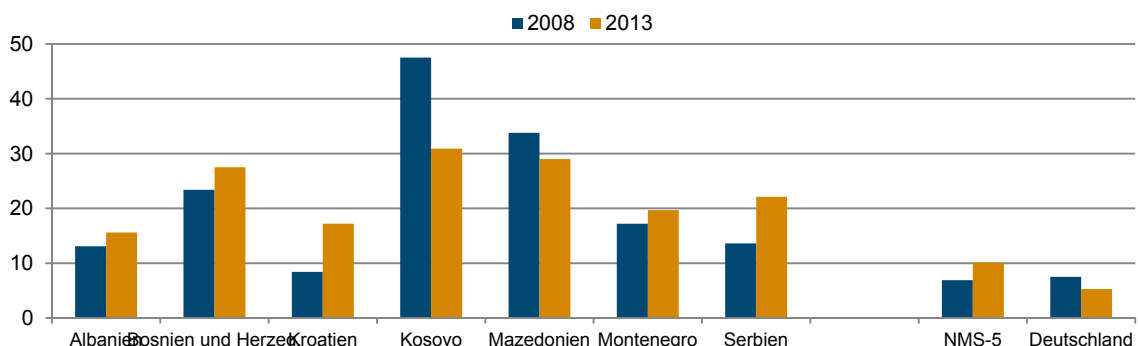


Quelle: Eurostat und nationale Statistiken. Kosovo bezieht sich auf 2012 statt 2013.

7.3. ARBEITSLOSIGKEIT

Die Arbeitslosigkeit in den Westbalkanländern war bereits zu Zeiten des ehemaligen Jugoslawien hoch, differierte jedoch nach den jeweiligen Teilrepubliken und zeigte auch im Laufe der Transformation eine unterschiedlichen Entwicklung. Im Jahr 2013 betrug die Arbeitslosenquote zwischen 31% im Kosovo und 17% in Kroatien, der Durchschnitt der gesamten Region lag bei 23% also mehr als doppelt so hoch wie in den NMS-5 bzw. in der EU-15. Der Vergleichswert für Deutschland lag bei 5,3% (Abbildung 7.5). Mit Ausnahme Mazedoniens überstieg die Arbeitslosenquote somit in allen Westbalkanländern den Wert des Vorkrisenjahres 2008. Besonders stark betroffen vom Anstieg der Arbeitslosigkeit waren bzw. sind noch immer Serbien und Kroatien. Der ausnehmend deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in Kosovo ist auf Änderungen in der Erhebungsmethode zurückzuführen und ist daher nicht aussagekräftig.

Abbildung 7.5 / Arbeitslosigkeit in %

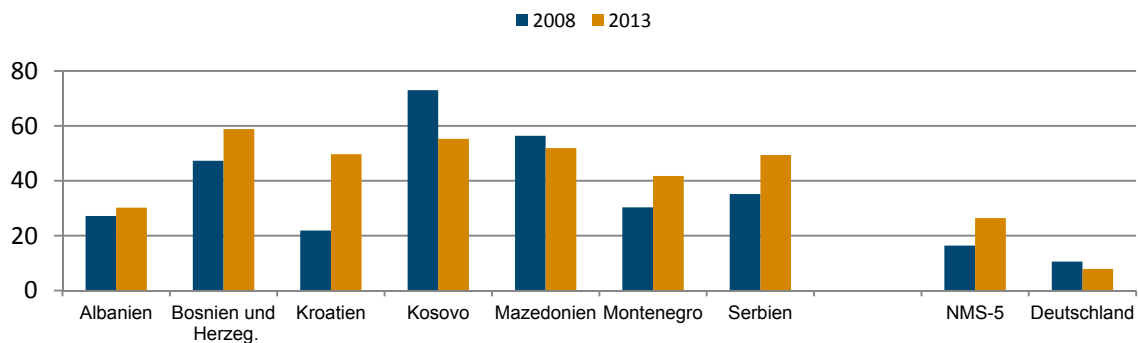


Quelle: Eurostat und nationale Statistiken.

³² Hier zeigen sich Unterschiede zu den Erhebungsdaten (Labour Force Konzept) wonach sich in Serbien der Anteil der Beschäftigten im informellen Sektor zwischen 2010 und 2013 marginal und in Mazedonien deutlich (von 26% auf 22%) verringert hat.

Jugendarbeitslosigkeit ist wie die Arbeitslosigkeit insgesamt seit Jahren anhaltend hoch und hat sich seit dem Ausbruch der Krise weiter verschärft. Mit Ausnahme Mazedoniens ist die Arbeitslosigkeit junger Menschen in allen Ländern im Zeitraum 2008-2013 gestiegen, besonders drastisch in Kroatien und in Serbien. In Bosnien und Herzegowina und Kosovo erreichen die Arbeitslosenquoten dieser Altersgruppe rund 60% (Abbildung 7.6); in Serbien, Mazedonien und Kroatien ist rund die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos, wobei junge Frauen und Männer gleichermaßen betroffen sind.

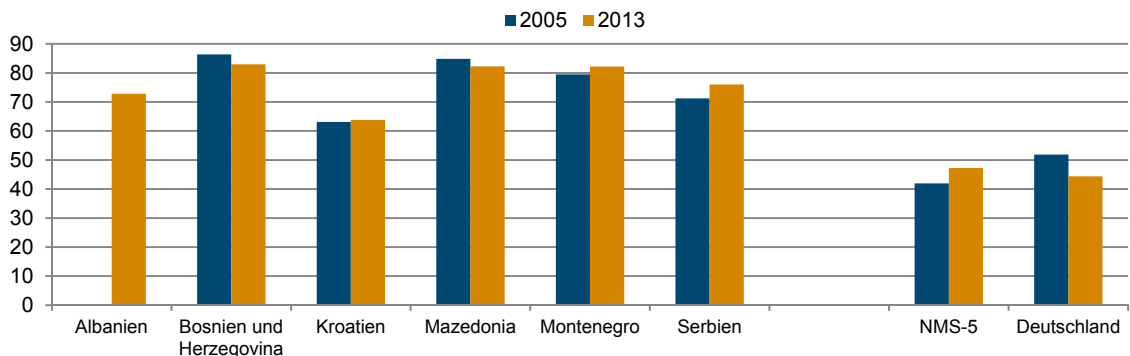
Abbildung 7.6 / Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre), in %



Quelle: Eurostat und nationale Statistiken.

In nahezu allen Westbalkanländern sind ähnlich wie in der EU junge Menschen mit niedriger Qualifikation am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen; in Serbien hingegen weisen Jugendliche mit tertiärer Ausbildung die höchste Arbeitslosenquote auf. Ein anderes Merkmal der Jugendarbeitslosigkeit besteht im hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen. Insgesamt geht ein Großteil der Jugendlichen prekären Beschäftigungsverhältnissen nach (Teilzeit oder befristet) bzw. arbeitet im informellen Sektor der Wirtschaft, das heißt ohne soziales Sicherungsnetz und mit geringerer Bezahlung als im offiziellen Sektor. So gesehen ist ein Weg aus der Krise häufig die Migration.

Abbildung 7.7 / Langzeitarbeitslosigkeit (länger als ein Jahr arbeitslos), in % der gesamten Arbeitslosen



Quelle: Eurostat

Hohe und anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit ist ein weiteres Ausprägungsmerkmal der Arbeitsmärkte in den Westbalkanländern und ist seit Jahren wesentlich höher als in den NMS-5. Wie Abbildung 7.7

zeigt, beträgt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in den meisten Ländern zwischen 70 und 80%. Betroffen sind vor allem ältere Personen, die im Zuge der Privatisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben, Frauen, gering Qualifizierte oder Personen in ländlichen Regionen, Angehörige von Minderheiten (Roma) und Jugendliche. Wie in anderen Ländern auch sinken mit andauernder Langzeitarbeitslosigkeit die Chancen auf Beschäftigung aufgrund des Verlustes von Fertigkeiten und Kenntnissen und es besteht die Gefahr vollständig aus dem Arbeitsmarkt auszuschneiden.

7.4. LÖHNE

Insgesamt weisen die Westbalkanländer große Lohnunterschiede auf. Kroatien hat das weitaus höchste Lohnniveau, gefolgt von Montenegro und Bosnien und Herzegowina, während Albanien mit deutlichem Abstand am unteren Ende der Skala angesiedelt ist. Die meisten Westbalkanländer verzeichneten in der Vorkrisenperiode eine sehr hohe Lohndynamik: das Reallohnwachstum war doppelt so hoch wie in den NMS-5. In den vergangenen fünf Jahren war das Wachstum ähnlich wie in den NMS-5 allerdings sehr verlangsamt und die Arbeitsmärkte in einer sehr schwierigen Situation. Die vergleichsweise niedrigen Löhne in Serbien sind unter anderem auf einen zweijährigen Lohnstopp (2009-2010), sowie auf Abwertungen des Dinar zurückzuführen.

Tabelle 7.1 / Monatliche Durchschnittslöhne (brutto) zu Wechselkursen und reale Veränderungen in %

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Albanien	161	177	221	279	273	252	260	268	291
Bosnien und Herzegowina	405	444	488	569	615	622	650	660	660
Kroatien	844	906	961	1044	1051	1054	1049	1048	1048
Kosovo	,	,	,	,	,	,	,	,	,
Mazedonien	348	376	394	428	488	491	497	498	504
Montenegro	326	377	497	609	643	715	722	727	726
Serbien	307	377	485	561	470	460	517	508	537
Tschechien	616	690	755	906	883	944	995	997	965
Ungarn	638	648	736	790	713	735	763	771	777
Polen	587	636	706	838	717	807	826	844	870
Slowakei	448	504	596	697	745	769	786	805	824
Slowenien	1157	1213	1285	1391	1439	1495	1525	1525	1523
reale Veränderung (brutto) in Nationalwährung, in %									
Albanien	2,6	6,7	21,6	21,3	2,9	-7,0	1,5	0,2	7,4
Bosnien und Herzegowina	2,9	2,7	8,2	8,5	8,6	-1,0	0,7	-0,5	-0,1
Kroatien	1,1	2,9	3,2	0,9	-0,2	-1,5	-0,8	-2,3	-1,4
Kosovo	,	,	,	,	,	,	,	,	,
Mazedonien	2,2	4,6	2,4	0,3	15,0	-0,6	-2,6	-3,0	-1,6
Montenegro	5,4	12,2	10,2	14,1	2,1	10,6	-2,1	-3,3	-0,1
Serbien	6,8	11,4	14,1	3,9	0,2	0,6	0,1	1,0	-1,9
Tschechien	3,1	4,0	4,3	1,4	2,3	0,7	0,6	-0,8	-1,3
Ungarn	5,0	4,1	0,0	1,3	-3,5	-3,4	1,3	-0,9	1,7
Polen	1,8	4,0	5,5	5,9	2,0	1,4	1,4	0,1	2,5
Slowakei	6,3	3,3	4,3	3,3	1,4	2,2	-1,6	-1,2	1,0
Slowenien	2,3	2,3	2,2	2,5	2,5	2,1	0,2	-2,4	-2,0

Quelle: wiiw Datenbank

In den Westbalkanländern erfolgt die Lohnsetzung wie auch in den NMS-5 vorwiegend auf Betriebsebene und nicht zentralisiert auf Industrieebene wie beispielsweise in Deutschland oder Österreich.

Gewerkschaften

In den meisten Westbalkanländern ist die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften zurückgegangen, ist aber höher als in den NMS-5; die Organisationen sind zersplittert. Gewerkschaften sind nach wie vor stark im öffentlichen Sektor vertreten, kaum jedoch in der Privatwirtschaft. In den meisten Ländern, außer Bosnien und Herzegowina und Kosovo, bestehen gesetzliche Vorschriften für trilaterale Konsultationen, allerdings meist nur auf dem Papier. Häufig findet kein Dialog zwischen Regierung und Sozialpartnern statt. Die rückläufige Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften ist ein europaweites Phänomen, das allerdings in den ehemaligen Transformationsländern mehr ausgeprägt ist. Gründe sind unter anderem die De-Industrialisierung und das Wachsen des Dienstleistungssektors, der weniger gewerkschaftlich organisiert ist, aber auch der Vertrauensverlust in die Institutionen besonders in den ehemaligen kommunistischen Ländern. Privatisierungen, hohe Arbeitslosigkeit und die Entstehung von zahlreichen Kleinbetrieben (Anspal und Vork, 2007) haben den Rückgang weiter beschleunigt.

7.5. ARBEITSMARKTPOLITIK

In den Westbalkanländern konzentriert sich die Arbeitsmarktpolitik in erster Linie auf die passive Arbeitsmarktpolitik in der Form von Arbeitslosenunterstützung. Mit Ausnahme von Kosovo wurden zu Beginn der 1990er Jahre in der gesamten Region Arbeitslosenversicherungssysteme eingeführt, die jedoch hinsichtlich Deckungsgrad, Dauer und Höhe verglichen mit den EU Ländern sehr eingeschränkt sind.

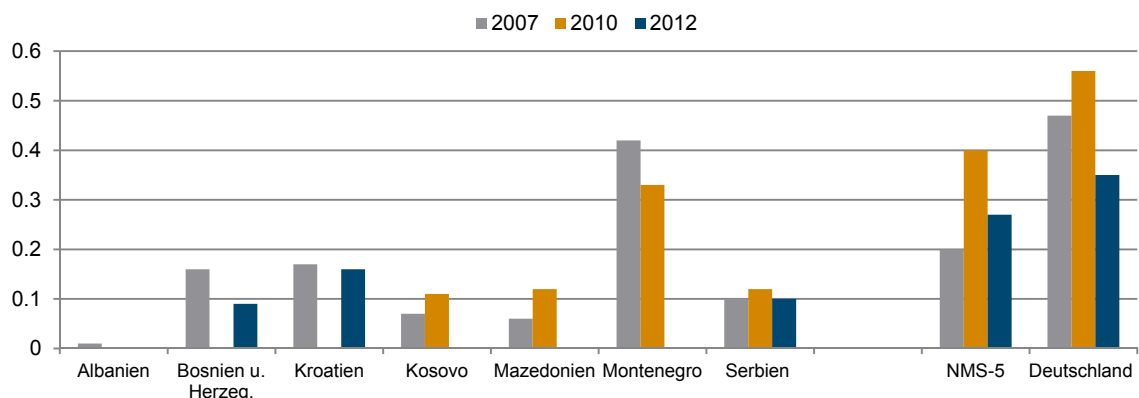
Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden in den meisten Westbalkanländern ab Mitte der 1990er Jahre eingeführt. In vielen Ländern der Region – insbesondere im Kosovo und in Mazedonien wurden aktive Maßnahmen vorrangig durch internationale Organisationen (UNDP und Weltbank) unterstützt. Generell bleibt die aktive Arbeitsmarktpolitik jedoch auf wenige Instrumente beschränkt und die Anzahl der Teilnehmer an Maßnahmen ist im internationalen Vergleich gering. Es mangelt aber auch an gut ausgebildeten Mitarbeitern in den Arbeitsmarktverwaltungen um die Programme umzusetzen. Schwerpunkte der aktiven Arbeitsmarktpolitik variieren von Land zu Land: in Bosnien und Herzegowina und in Kroatien zielen die Maßnahmen in erster Linie auf Beschäftigungsanreize (Lohnsubventionen für Betriebe um Arbeitsplätze zu halten oder zu schaffen), in Mazedonien auf Firmengründungen ab; Serbien und Montenegro setzen auf einen Maßnahmen Mix von Training, Beschäftigungsanreizen, direkter Schaffung von Arbeitsplätzen und Firmengründungen. Im Gegensatz dazu liegt der Schwerpunkt in den EU Ländern auf Trainingsprogrammen, Hilfe bei der Arbeitssuche und gemeinnütziger Beschäftigung.

Trotz der kontinuierlichen Bereitstellung von Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik ist der Anteil gemessen am BIP immer noch gering: im Jahr 2012 betrug dieser in den Westbalkanländern im Durchschnitt rund 0,1% des BIP und war niedriger als in den NMS-5 (0,3%) (Abbildung 7.8). Lediglich in Montenegro wurde ein wesentlich höherer Anteil verzeichnet. Die Wirtschaftskrise hat die Situation generell verschärft, sodass die Ausgaben für aktive Maßnahmen zum Teil zurückgefahren (Kroatien, Serbien) und mehr Mittel für Arbeitslosenunterstützung bereitgestellt werden mussten.

In der Praxis werden nur sporadisch Evaluierungen aktiver Maßnahmen durchgeführt. So kommen Arandarenko und Krstic (2008) zum Schluss, dass sich in Serbien Programme zur Vermittlung und Beratung am effizientesten erwiesen haben, gefolgt von Lohnzuschüssen und Training, während sich

gemeinnützige Tätigkeiten als am wenigsten effizient herausstellten. Ergebnisse für Mazedonien (Mojsoska Blazevski, 2012; Jackman und Corbanese, 2007) zeigen, dass Programme zur Förderung selbständiger Unternehmertätigkeit sowie Lohnzuschüsse hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen (über die Zeit der Maßnahme hinaus) am erfolgreichsten waren. Lohnzuschüsse sollten allerdings in erster Linie für benachteiligte Gruppen eingesetzt werden. Gemeinnützige Tätigkeiten wurden als teuer eingestuft.

Abbildung 7.8 / Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in % des BIP



Anmerkung: NMS-5 (2011)

Quelle: Eurostat und CEPESEE.

Die Arbeitsmarktverwaltungen in den Westbalkanländern sind personalmäßig unterbesetzt und unterfinanziert. Die Arbeitsbelastung ist daher sehr hoch und verhindert die Durchsetzung effektiver arbeitspolitischer Maßnahmen. Im Kosovo, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina entfallen auf einen Mitarbeiter der Arbeitsmarktverwaltung mehr als 600 arbeitslose Personen, was nach internationalen Standards sehr hoch ist; der EU Durchschnitt beträgt 1:150 und liegt in vielen Ländern unter 100. Nur in Montenegro ist dieses Verhältnis günstiger (Vidovic et al., 2011). In den vergangenen Jahren wurden die Arbeitsmarktverwaltungen reformiert und modernisiert und die Serviceorientierung verbessert, jedoch wird ihre Rolle durch geringe Finanzierung und die hohe Arbeitsbelastung eingeschränkt.

7.6. ARBEITSMARKTREGULIERUNGEN UND BESCHÄFTIGUNGSSCHUTZ

Als wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit wird häufig die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, im Sinne einer Kombination vereinfachter Regeln zum Einstellen und Kündigen von Arbeitskräften, aber auch in der Absicherung für Arbeitslose und einer proaktiven Beschäftigungspolitik (*Flexicurity-Konzept*) gesehen. Arbeitsmarktregulierungen und besonders der Kündigungsschutz werden zum Teil mit hoher Arbeitslosigkeit bzw. mit Einschränkungen bei der Einstellung von Beschäftigten aufgrund hoher Kosten in Verbindung gebracht.

So haben die Länder des Westbalkans im vergangenen Jahrzehnt ähnlich wie die NMS eine Reihe von Arbeitsmarktreflexen durchgeführt. Tabelle 7.2 zeigt den *Employment Protection Legislation (EPL)*

*Index*³³, der Auskunft über Regelungen zu Kündigungsschutz, reguläre und befristete Beschäftigung gibt. Demnach haben alle Länder, mit Ausnahme von Mazedonien und zum Teil Kroatien und Bosnien und Herzegowinas, einen ähnlichen Liberalisierungsgrad erreicht wie die EU-15.³⁴ Reguläre Arbeitsverträge sind in Albanien am flexibelsten und auch Serbien liegt unter dem EU-15 Durchschnitt. Was befristete Arbeitsverträge betrifft so sind die Regulierungen in einigen Westbalkanländern (Mazedonien, Kroatien und Bosnien und Herzegowina) restriktiver als in der EU-15. Kollektive Kündigungen werden in Bosnien und Herzegowina und in Kroatien flexibler gehandhabt als in der EU-15. Es ist allerdings anzunehmen, dass sich die einzelnen Indikatoren in den vergangenen Jahren weiter in Richtung Liberalisierung entwickelt haben. Neuere Berechnungen des EPL-Index, die diese Veränderungen mit einbeziehen sind nicht verfügbar. Insgesamt würden diese Ergebnisse darauf hinweisen, dass Arbeitsmarktregulierungen keinen beschränkenden Faktor für Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum darstellen.

Tabelle 7.2 / EPL- Index für die Westbalkanländer

	EPL Index	EPL zusammen-	Reguläre	Befristete	Massen-
	Ende 1990er	fassender Index	Arbeitsverträge	Arbeitsverträge	entlassungen
		2007			
Albanien	2,0	2,1	1,8	1,9	3,4
Bosnien und Herzegowina	3,2	2,6	2,0	3,3	2,6
Kroatien	3,6	2,7	2,7	2,8	2,5
Mazedonien	2,8	3,1	2,1	3,8	3,8
Montenegro	2,9	2,2	2,6	1,9	3,6
Serbien	2,9	2,2	2,0	1,9	3,6
EU-10	2,4	2,1	2,6	1,2	3,4
EU-15	2,5	2,4	2,3	2,0	3,4

Anmerkung: EU-10 ohne Rumänien und Lettland; EU-10 und EU-15 Angaben beziehen sich auf 2003.

Quelle: ILO - William Nero, März 2010

Es gibt nur wenige Studien über die Auswirkungen der Arbeitsmarkttrigidität (EPL) auf den Arbeitsmarkt der Westbalkanländer. Micevska (2004) und Iara (2008) finden, dass die Intensität des Beschäftigungsschutzes keine Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit insgesamt hat, allerdings striktere Regulierungen bezüglich befristeter Beschäftigungsverhältnisse die Arbeitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen erhöht und die Erwerbsbeteiligung senkt.

7.7. BILDUNG

Eine wichtige Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit bildet die Qualifikation der Beschäftigten und das zugrundeliegende Bildungssystem. Studien über das Bildungssystem der Westbalkanländer (Arandarenko und Bartlett, 2012; Fortschrittsberichte der EU Kommission) belegen eine nur langsame Anpassung der Ausbildung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, was unter anderem auf Faktoren wie Reformresistenz der Lehrenden, Korruption im staatlichen Ausbildungssystem, mangelnde

³³ Der EPL Index ist ein gewichteter Durchschnitt von 22 Indikatoren und nimmt Werte zwischen 1 und 6 an. Je höher der Wert des EPL Index, desto restriktiver sind die Kündigungsschutzregelungen.

³⁴ Laut IWF (2014) sind die Arbeitsmarktreformen noch nicht abgeschlossen und es besteht weiterhin ein Unterschied zwischen den gesetzlichen Regelungen und deren tatsächlicher Umsetzung.

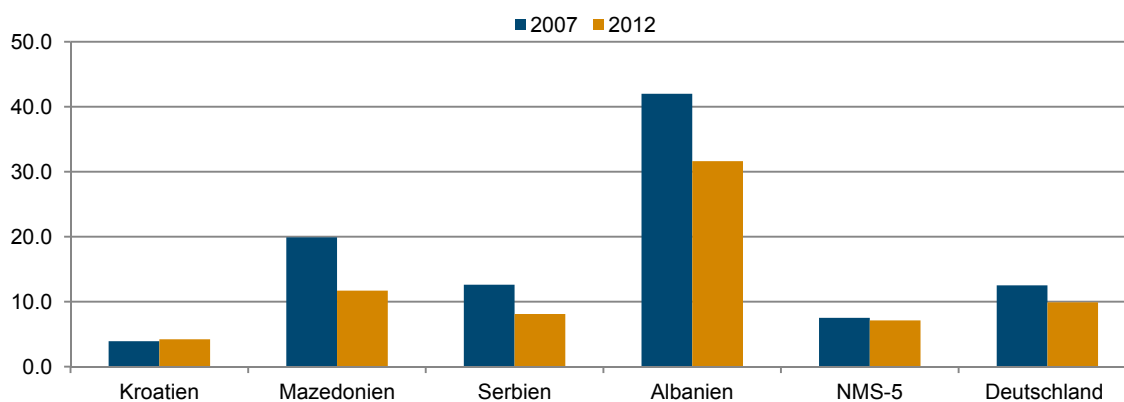
Qualitätskontrolle in privaten Ausbildungsinstitutionen und den geringen Anreiz für neue Anbieter von Berufsausbildung zurückzuführen ist.

Im letzten Jahrzehnt sind alle Westbalkanländer mit Ausnahme des Kosovo dem Bologna Prozess, der die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraums sowie die Mobilität von Studierenden und die Kooperation zwischen Universitäten zum Ziel hat, beigetreten. Kroatien wurde 2001 Mitglied, die übrigen Länder im Jahr 2003; Montenegro (zunächst ein Teil von Serbien und Montenegro) trat nach der Abspaltung von Serbien im Jahr 2005 bei. Trotz der Bereitstellung einer konzeptuellen Basis für die Modernisierung der Hochschulen (higher education) zeichnete sich der Prozess der Europäisierung anfangs häufig nur, durch kosmetische Änderungen' aus (Zgaga et al. 2013).

Ergebnisse einer jüngst durchgeführten Studie (Bartlett et al., 2014) zeigen, dass die Einschreibungen in berufsbildende Schulen innerhalb der Region stark variieren. Während Albanien einen sehr niedrigen Anteil an Schülern in dieser Schultype aufweist, melden Serbien, Kroatien und Montenegro einen fast gleich hohen Anteil wie Österreich, was sich allerdings nicht in einem ähnlich hohen Niveau der Wirksamkeit zum Erwerb fachlicher Kompetenzen niederschlägt. Berufsbildende Schulen sind aufgrund mangelnder Investitionen in Ausstattung und Gebäude mit schlechter Infrastruktur ausgestattet, die Berufsbilder sind veraltet und haben sich nicht an die veränderten Erfordernisse des Arbeitsmarktes angepasst, ebenso entsprechen die Lehrmethoden und das Wissen der Lehrer nicht mehr den aktuellen Erfordernissen. Die Zeit, die für Praktika in Unternehmen aufgewendet wird, unterscheidet sich je nach Schule und Land. Insgesamt ist die praktische Ausbildung nicht ausreichend um ein solides berufliches Wissen und Erfahrung zu vermitteln.

Ein wichtiges Merkmal der Hochschulausbildung des vergangenen Jahrzehnts ist der Boom der Privatuniversitäten in nahezu allen Westbalkanländern, der durch Gesetzesänderungen und den Mangel an Finanzierung staatlicher Institutionen zu Beginn der Transformation ermöglicht wurde. Im Studienjahr 2010/11 existierten neben 47 staatlichen Universitäten rund 250 Privatuniversitäten und andere Hochschuleinrichtungen. Die meisten Studenten in privaten Universitäten wurden im Kosovo (37%) verzeichnet, die wenigsten in Kroatien. Insgesamt ist die Anzahl der Studierenden in privaten Universitäten allerdings geringer (500 im Durchschnitt) als in den staatlichen Einrichtungen. Nur rund 20 private Institutionen können auf mehr als 1000 Studierende verweisen (die größte davon ist die Singidunum Universität in Serbien mit rund 10 000 Studenten). Problematisch sind allerdings die Zulassungsbestimmungen für private Universitäten: Lizenzen für die Errichtung sind in den meisten Fällen ohne großen bürokratischen Aufwand zu bekommen und die rasche Entwicklung der privaten Studieneinrichtungen geht nicht mit entsprechenden Regelungen zur Qualitätssicherung und Akkreditierung der Programme und Institutionen einher (Zgaga et al., 2013). So gibt es beispielsweise in Albanien 53 private Bildungseinrichtungen, von denen nur 14 eine Akkreditierung haben (Doci, 2014).

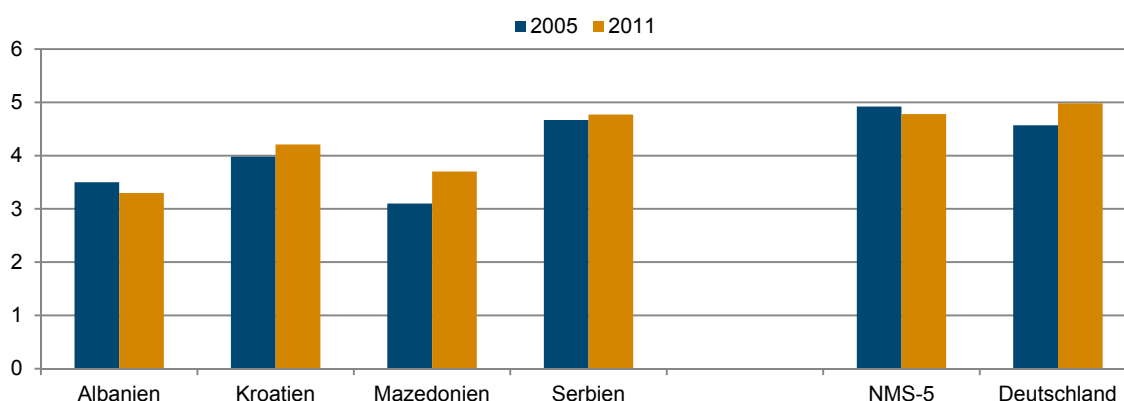
Insgesamt zeigt sich, dass in den vergangenen Jahren in einigen Ländern der Region ein Großteil der Mittel für Bildung in den tertiären Sektor geflossen ist und so Überkapazitäten in dieser Bildungskategorie entstanden sind, während der primäre und sekundäre Ausbildungssektor vernachlässigt wurden. Dies hat zur Folge, dass die Grundausbildung der Schüler schlecht ist und der Anteil der Schulabbrecher hoch bleibt.

Abbildung 7.9 / Anteil der Schulabbrecher in %

Quelle: Eurostat.

Abbildung 7.9 zeigt, dass der Anteil der Schulabbrecher in Serbien und vor allem aber in Kroatien sehr gering ist und weit unter dem EU-15 Durchschnitt (12,7%) liegt, während er in Mazedonien zwar fällt aber immer noch vergleichsweise hoch ist (11,4%). Albanien ist mit fast einem Drittel an Schulabbrechern ein Sonderfall. Betroffen sind vor allem Kinder aus Romafamilien und Mädchen. In Bosnien und Herzegowina und Serbien schließen nur rund ein Drittel der Romakinder die Pflichtschule ab.

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt liegen die Bildungsausgaben in den Westbalkanländern deutlich unter dem für Deutschland errechneten Wert (Abbildung 7.10). Die niedrigste Bildungsausgabenquote melden Albanien und Mazedonien, gefolgt von Kroatien während Serbien eine vergleichbare Quote wie die NMS-5 aufweist. Insgesamt haben die Bildungsausgaben in den Jahren 2005-2011 (letzte verfügbare Angaben) in allen drei Ländern zugenommen.

Abbildung 7.10 / Bildungsausgaben, in % des BIP

Quelle: Eurostat. Für Albanien Progress Report 2013.

Weitere Informationen bezüglich der zum Teil mangelnden Ausbildung in den Westbalkanländern liefern die Ergebnisse der PISA Tests. Trotz Verbesserungen im Erhebungszeitraum gehören die 15 Jährigen in Albanien und Montenegro hinsichtlich der Fähigkeiten in Mathematik, Naturwissenschaften und

Leseverständnis zu den am schlechtesten Ausgebildeten am Westbalkan und liegen auch im internationalen Vergleich weit hinter den NMS-5 zurück (Tabelle 7.3). Kroatien ist das Land mit den relativ besten Ergebnissen in der Region (41. Rang in Mathematik, 37. Rang in Naturwissenschaften, 36. Rang in Bezug auf Leseverständnis) gefolgt von Serbien.

Tabelle 7.3 / Ergebnisse der PISA-Studien

Land	Mathematik					Naturwissenschaften					Lesekompetenz				
	2000	2003	2006	2009	2012	2000	2003	2006	2009	2012	2000	2003	2006	2009	2012
Albanien	381			377	394	376			391	397	349			385	394
Kroatien			467	460	471			493	486	491			477	476	485
Mazedonien	381					401					373				
Montenegro			399	403	410			412	401	410			392	408	422
Serbien		437	435	442	449		436	436	443	445		412	401	442	446
Vergleichsländer															
Polen	470	490	495	495	518	483	498	498	508	526	479	497	508	500	518
Slowak. Rep.		498	492	497	482		495	488	490	471		469	466	477	463
Slowenien			504	501	501			519	512	514			494	483	481
Tschech. Rep.	498	516	510	493	499	511	523	513	500	508	492	489	483	478	493
Ungarn	488	490	491	490	477	496	503	504	503	494	480	482	482	494	488
Deutschland	490	503	504	513	514	487	502	516	520	524	484	491	495	497	508

Quelle: OECD.

7.8. MIGRATION

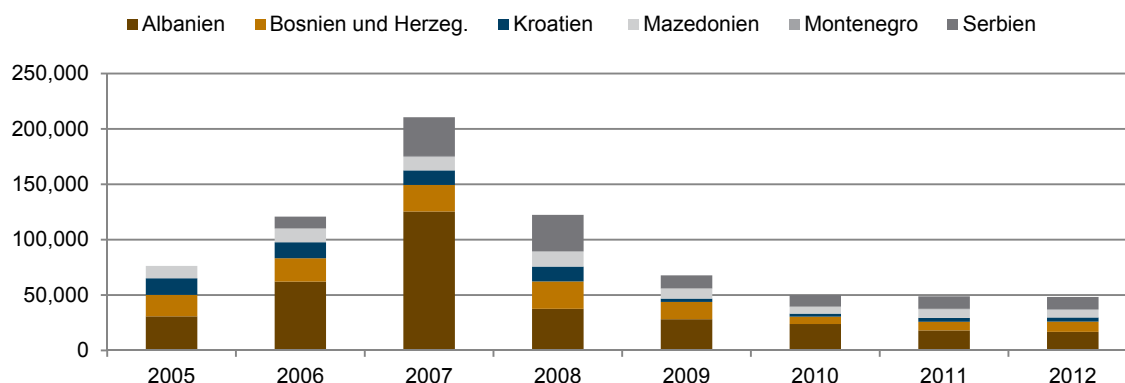
Eine Reaktion auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Land ist die Arbeitsmigration. Diese hat auf dem Westbalkan schon eine jahrzehntelange Tradition und wurde in den 1960er Jahren durch Anwerbeabkommen zwischen Deutschland (und Österreich) und dem damaligen Jugoslawien massiv in Gang gesetzt. Insgesamt zählt der Westbalkan rund 4,5 Millionen Migranten, wobei ein Drittel auf Bosnien und Herzegowina und Albanien entfällt. Mehr als zwei Drittel der Migranten aus den Westbalkanländern lebt in der EU; albanische Staatsbürger bevorzugen Italien und Griechenland als Gastländer, Staatsangehörige aus Bosnien und Herzegowina leben vorrangig in Deutschland, Österreich, Slowenien und Schweden und Migranten aus Kroatien in Deutschland, Frankreich und Österreich. Wie aus Abbildung 7.11 hervorgeht, war der Zuzug von Migranten aus den Westbalkanländern in die EU-27 im Jahr 2007 am stärksten und verringerte sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise drastisch.

Kroatien, seit 1. Juli 2013 EU Mitglied, hat freien Zugang zu den Arbeitsmärkten in 14 EU Ländern, während in den übrigen Staaten – darunter auch Deutschland – Übergangsregelungen zur Anwendung kommen. Für alle anderen Westbalkanländer gelten Drittstaatsregelungen.

Seit Dezember 2009, können Staatsangehörige aus Mazedonien und Serbien ohne Visum in die EU einreisen. Im Dezember 2010 wurde die Visa Freiheit auch für Staatsbürger aus Albanien und Bosnien und Herzegowina eingeführt. Die Visa Liberalisierung hat zu einer Intensivierung der zirkulären Migration und einer Reduzierung der irregulären Migration beigetragen. Die schwierige wirtschaftliche

Situation in Griechenland und Italien hatte eine große Welle von Rückkehrmigration – insbesondere von albanischen Staatsangehörigen – zur Folge.

Abbildung 7.11 / Einwanderung von Staatsangehörigen aus den Westbalkanländern in die EU 27, 2005-2012



Quelle: Eurostat.

Tabelle 7.4 / Gastarbeiterüberweisungen, in Mil. USD

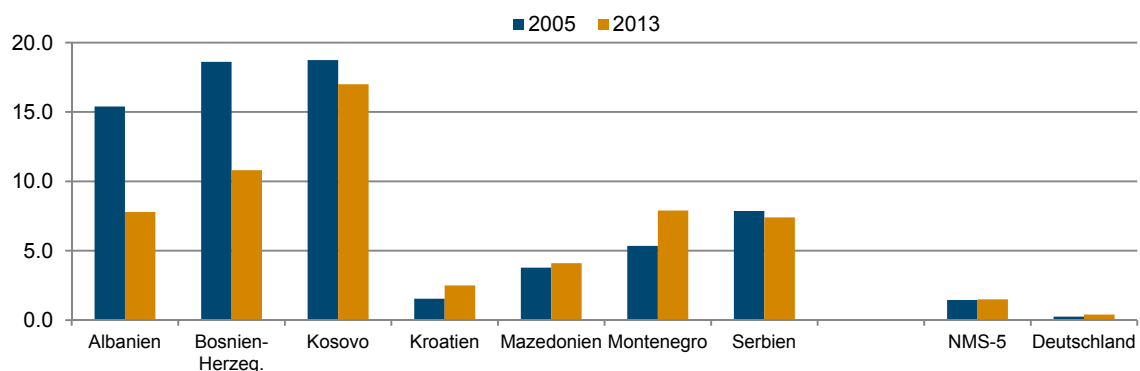
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013e
Albanien	1468	1495	1318	1156	1126	1027	779
Bosnien u. Herzegowina.	2686	2718	2127	1822	1958	1849	1896
Kroatien	1072	1234	1208	1212	1348	1385	1499
Kosovo	919	1042	1055	997	1122	1059	1125
Mazedonien	345	407	381	388	434	394	409
Montenegro	196	298	303	301	343	333	357
Serbien	3062	2708	3933	3349	3271	2763	3234
Westbalkanländer	9749	9902	10326	9225	9602	8810	9298
NMS-5	16476	17314	14247	13674	14235	13677	14286

Source: World Bank.

Überweisungen von Gastarbeitern stellen eine wichtige Einkommensquelle für die Westbalkanländer dar und gehören auch im internationalen Vergleich zu den höchsten. Sie spielen eine besonders wichtige Rolle in Kosovo, Bosnien und Herzegowina und Albanien, wo ihr Anteil am jeweiligen Brutto-Inlandsprodukt im Jahr 2013 17%, 11% und 8% ausmachte. Dies bedeutete allerdings einen zum Teil erheblichen Rückgang verglichen mit 2005 als die entsprechenden Anteile in Kosovo um 2 Prozentpunkte und im Bosnien und Herzegowina und in Albanien um rund 8 Prozentpunkte höher waren (Abbildung 7.12). Rückblickend erreichten die Überweisungen für die gesamte Region 2009 einen bisherigen Höchststand (USD 10,3 Mrd.), fielen während der Krise und nahmen in der Folge wieder auf USD 9,3 Milliarden im Jahr 2013 zu (Tabelle 7.2). Rund ein Drittel der gesamten Überweisungen entfällt auf Serbien und ca. 20% auf Bosnien und Herzegowina. Mit Ausnahme von Albanien und Bosnien und Herzegowina überstiegen die Überweisungen im Jahr 2013 in allen Westbalkanländern das Vorkrisenniveau.

Überweisungen werden vor allem für Konsumausgaben und den Bau und die Renovierung von Häusern verwendet. Ein eher geringer Teil – 6% in Bosnien und Herzegowina und 10% in Albanien - dient zur Firmengründung (Belorgey et al. 2012). Studien belegen weiters die wichtige Rolle von Überweisungen in Bezug auf Armutsbekämpfung in einigen Ländern der Region und als soziales Sicherheitsnetz (IMF, 2014; Petreski et al., 2013). Im Kosovo beispielsweise beziehen deutlich mehr Haushalte Auslandsüberweisungen als Sozialhilfeleistungen. Anderen Überlegungen zufolge haben die hohen Geldflüsse aus dem Ausland auch Auswirkungen auf die Arbeitsmarktdynamik in der Region: Bezieher von Überweisungen haben eine längere Suchdauer nach einer geeigneten Arbeit bzw. sind nicht bereit unter dem Akzeptanzlohn (reservation wage) eine Beschäftigung anzunehmen (IWF, 2014).

Abbildung 7.12 / Gastarbeiterüberweisungen in % des BIP



Quelle: Weltbank

Mobilität von Arbeitskräften in den Westbalkanländern

In den vergangenen Jahren ist auch die Mobilität von Arbeitskräften in den Westbalkanländern gestiegen. Mit Ausnahme von Serbien und Kosovo beruht die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften auf Quotenregelungen. Montenegro ist laut Angaben der erteilten Arbeitsbewilligungen das weitaus wichtigste Zielland für Arbeitsmigranten aus der Region (im Jahr 2012 rund 15,000); Kroatien liegt an zweiter Stelle, beschäftigte allerdings nur 2500 regionale Arbeitskräfte. Serbien und Bosnien und Herzegowina sind die wichtigsten Entsendeländer. Vielfach handelt es sich um saisonale Arbeitsmigration im Tourismus, in der Landwirtschaft und im Bauwesen. Trotz der Zunahme von Arbeitsmigranten ist ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung mit Ausnahme von Montenegro niedrig. Ziel (SEE 2020 Strategie) ist es, den regionalen Arbeitsmarkt bis 2020 vollständig zu liberalisieren.

Exkurs: SEE 2020 Strategie

Im November 2013 verabschiedete die Konferenz von Wirtschaftsministern in Anlehnung an die EU 2020 Strategie ein Strategiedokument für den Westbalkan - 'Jobs and prosperity in a European Perspective' - bis zum Jahr 2020. Diese setzt sich aus fünf Schwerpunkten zusammen: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sowie 'good governance' mit einer besseren Koordinierung der nationalen und regionalen Wirtschaft. Ziel für integratives Wachstum ist die Anhebung der Beschäftigungsquote (15+) von 39,5% im Jahr 2010 auf 44,4% im Jahr 2020, sowie die Schaffung von 1 Million neuen Arbeitsplätzen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist geplant:

- › (1) die volle Mobilität von Arbeitskräften in der Region bis 2020 zu ermöglichen (derzeit ist der Arbeitsmarkt mittels Quoten geregelt); die Strategie sieht unter anderem vor, die Datenlage hinsichtlich der regionalen Mobilität zu verbessern und so die Grundlage für tiefgreifende Analysen zu schaffen, um das Missverhältnis von Qualifikationsangebot und –nachfrage zu verringern.
- › (2) die Arbeitsmarkt-Governance zu verbessern: darunter fallen die Erhöhung der Kapazitäten von Arbeitsmarktinstitutionen für erkenntnisbasierte Politikgestaltung sowie die Förderung von Partnerschaften für den Übergang von der Schule ins Berufsleben mit Bildungs- und Trainingseinrichtungen, Sozialpartnern und anderen relevanten Interessengruppen. Arbeitsmarktverwaltungen sollen gestärkt werden um zur besseren Umsetzung von Beschäftigungsmaßnahmen beitragen zu können und das Monitoring und die Evaluierung von Programmen sicherzustellen. Sozialpartner sollen in die Gestaltung und Umsetzung von Arbeitsmarktprogrammen einbezogen werden. Des Weiteren sollen Programme geschaffen werden um die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen und benachteiligten Gruppen (z.B. ethnischen Minderheiten) zu fördern. Ferner soll eine Lösung für die Bekämpfung der Schwarzarbeit gefunden werden.
- › (3) sozialwirtschaftliche Initiativen anzuregen: hierzu gehören die Schaffung der dafür notwendigen gesetzliche Bestimmungen, die Entwicklung von Strategien und Anreizsystemen und der Aufbau von entsprechenden Kapazitäten; die Förderung der Vernetzung und Kooperation zwischen den Projekten sowie der Austausch von Wissen und die Bildung von Clustern.

Die Erreichbarkeit der gesetzten Ziele gestaltet sich allerdings als schwierig: allein seit Einsetzen der Krise sind zwischen 2008 und 2013 mehr als 800,000 Arbeitsplätze in der Region verloren gegangen, der Großteil davon in Serbien und in Kroatien. Die Beschäftigungsquote liegt mit Ausnahme Albanien deutlich unter der Zielgröße, die im europäischen Vergleich ohnehin sehr niedrig ist.

7.9. ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

Der Arbeitsmarkt der Westbalkanländer ist durch niedrige Erwerbs- und Beschäftigungsquoten bei gleichzeitig hoher und anhaltender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Frauen und Jugendliche gehören zu den besonders benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist die höchste in Europa. Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat zu einer weiteren Verschlechterung der Situation beigetragen. Die Migration von Arbeitskräften vor allem in die EU Länder liefert bereits seit den frühen 1960er Jahren einen wichtigen Beitrag zur zumindest teilweisen Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme in der Region. Die berufliche Ausbildung wird vernachlässigt, ist veraltet und entspricht nicht den Erfordernissen des Arbeitsmarktes.

Empfehlungen zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation:

- › Die Kooperation von Bildungseinrichtungen und Unternehmen soll gefördert werden um das Funktionieren des Arbeitsmarkts zu verbessern. Derzeit sind die Ausbildungs- und Trainingssysteme nur unzureichend mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes abgestimmt. In diesem Zusammenhang sind auch regelmäßige Befragungen von Unternehmern als Instrument zur Früherkennung von Qualifikationserfordernissen –Qualifizierungsmonitor - sinnvoll.

- › Berufsbildende Schulen sollen mehr finanzielle Mittel zufließen, die Ausbildung der Lehrer und die Vermittlung von Wissen an die Schüler verbessert werden sowie die Berufsbilder (Curricula) in Abstimmung mit den Sozialpartnern aktualisiert werden.
- › Zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit ist der Ausbau eines besseren Matching-Prozesses zwischen Angebot und Nachfrage nach Fachkräften erforderlich. Eine Möglichkeit besteht darin ein ähnliches duales Ausbildungssystem wie in Deutschland oder Österreich einzuführen. Die Implementierung dualer Elemente braucht allerdings Zeit und kann nicht kurzfristig erfolgen. Dazu gehört die Unterstützung durch die politischen Entscheidungsträger ebenso wie die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Betriebe müssten Stellen für Auszubildende schaffen und qualifizierte Ausbilder bereitstellen, Berufsschulen und Betriebe sich gegenseitig abstimmen und Gewerkschaften Ausbildungsverträge aushandeln.
- › Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen gezielt eingesetzt werden, d.h. Zielgruppen definiert werden wie z.B. Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Angehörige von Minderheiten und Ältere.
- › Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen sich im Falle von Jugendlichen auf die Qualifizierung konzentrieren (z. B. Ausbildungsgarantie) und im Falle von Älteren und Langzeitarbeitslosen auf Lohnzuschüsse und gemeinnützige Tätigkeiten. Ebenso sollen Hilfestellungen für die Gründung von Unternehmen intensiv angeboten werden.
- › Die Arbeitsmarktverwaltungen sollen gestärkt werden: Aufstocken der Mitarbeiter sowohl in Hinblick auf die Zahl der Beschäftigten als auch in Richtung Qualifikation. Arbeitsmarktverwaltungen sollen von ‚branchenfremden Tätigkeiten‘ wie Krankenversicherungsagenden entlastet werden.
- › Der Bildungsbereich braucht Hilfestellungen bei Verfahren und Kriterien für die Akkreditierung von Bildungseinrichtungen als Privatuniversitäten und für die Akkreditierung von Studiengängen bzw. Universitätslehrgängen an Privatuniversitäten.
- › Im Rahmen der universitären Ausbildung ist eine Intensivierung der Kooperation von Universitäten und des Austausches von Studenten mit EU Ländern aber auch innerhalb der Region wünschenswert, um den Wissensaustausch zu fördern.
- › Hilfestellung bei der Rückkehr von Migranten: Bereitstellung von Informationen zur Gründung von Unternehmen, Steuererleichterungen.
- › Generell soll das Unternehmertum, das derzeit vernachlässigt wird, gefördert werden, etwa durch die Beseitigung von gesetzlichen Hindernissen bei Unternehmensgründungen bzw. durch eine Senkung der Steuerlast und die erleichterte Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Bereits eingeleitete Aktivitäten etwa im Rahmen der Tätigkeit des SEECEL (South East European Centre for Entrepreneurial Learning) sollen fortgesetzt und intensiviert werden.
- › Die Vorbeitrittsbeihilfen bzw. Mittel des Europäischen Sozialfonds sollten für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik effektiver genutzt und Twinning Projekte vermehrt in Anspruch genommen werden.

- › Verbesserung der Arbeitsmarkt-Statistiken und Aufbau einer Arbeitsmarktforschung in allen Ländern: Erhebung der Arbeit im informellen Sektor im Rahmen des Labour Force Surveys in allen Ländern des Westbalkans.

LITERATUR

Andjelkovic, B. und P.Golicin (2010), 'Evaluation of the public works programme in Serbia in the period 2008-2009', in Poverty and social inclusion in the Western Balkans conference, World Bank, Dezember, 2010, Brüssel.

Anspal, S. und A. Vork (2007). 'Labour Market Institutions and Productivity in the New EU Member States'. PRAXIS Working Paper, No. 27, http://www.praxis.ee/fileadmin/tarmo/Toimetised/toimetised_27_2007.pdf

Arandarenko, M. und G. Krstic (2008), 'Impact analysis of employment policy and active labour market measures in the Republic of Serbia', Government of Serbia, Social Inclusion Team.

Bartlett, W., Cino Pagliarello, M., Gordon, C. und S. Milio (2014), 'South Eastern Europe, Israel and Turkey - Trends, perspectives and challenges in strengthening vocational education for social inclusion and social cohesion', Synthesis Bericht des ETF Projektes 'Mapping of VET educational policies and practices for social inclusion and social cohesion' (contract CON/12/ETF/0012).

Belorgey, N, Garbe-Emden, B., Hostmann, S., Kuhn, A., Vogel, D. (alle GVG) und P. Stubbs (Ökonomisches Institut Zagreb) (2012), 'Social Impact of Emigration and Rural-Urban Migration in Central and Eastern Europe' (VT/2010/001), Brüssel, Juni.

Doci, N. (2014), 'Annual Review of Labour Relations and Social Dialogue in South East Europe: Albania', Friedrich Ebert Stiftung, Jänner.

Europäische Kommission (2013), Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2013-2014, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, COM(2013) 700 final, Brüssel, den 16.10.2013

Gligorov, V., Iara, A., Landesmann, M., Stehrer, R. und H. Vidovic (2008), 'Western Balkan Countries: Adjustment Capacity to External Shocks, with a Focus on Labour Markets; wiiw Research Report Nr. 352, Wien, Dezember.

IWF (2014), 'Boosting Job Growth in the Western Balkans', IMF Working Paper /14/16, Jänner.

Jackman, R. und V. Corbanese (2007), 'Evaluation of Active Labour Market Measures & Employment Programme in Macedonia', UNDP.

Micevska, M. (2004), 'Unemployment and labour market rigidities in South-East Europe', GDN-SEE Working Paper; Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), Wien, Juni.

Mojsoska-Blazevski, N. (2012), EEO Review: Long-term unemployment, 2012; Country Report: former Yugoslav Republic of Macedonia; Juli.

Petreski, M. und B. Jovanovic, Hrsg. (2013), 'Remittances and Development in the Western Balkans: the Cases of Macedonia, Kosovo and Bosnia-Herzegovina'; Skopje, September.

Regional Cooperation Council RCC (2013), 'South East Europe 2020 Strategy – Jobs and Prosperity in a European Perspective', Sarajevo <http://www.rcc.int/pages/62/south-east-europe-2020-strategy>

Vidovic, H., Gligorov, V., Hauptfleisch, R., Holzner, M., Korolkova, K., und M. Natter (2011), 'Developing Efficient Activation Approaches and Identifying Elements for Regional Cooperation in the Western Balkans, wiiw Research Report no 374, Wien, Oktober.

Zgaga, P., Klemencic, M., Komljenovic, J., Miklavic, K., Repac, I. und V. Jakacic (2013), 'Higher education in the Western Balkans: Reforms, developments, trends'; Ljubljana.

8. SWOT-Analyse und Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – Länderanalysen

Im Folgenden werden in einzelnen Länderanalysen für die sieben Westbalkanländer jeweils eine SWOT-Analyse und eine Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit skizziert. Das Ziel der SWOT-Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft und beschreibt gegenwärtige Zustände und keine konkreten Maßnahmen die der Erreichung dieses Zieles dienen. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen) und die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren). Diese Zustände können in eine Matrix wie jene in Abbildung 8.1 eingetragen werden. Die Quadranten erlauben eine weiterführende strategische Zielsetzung, im Uhrzeigersinn von links oben beginnend, i) zur Übereinstimmung von Stärken und Chancen, ii) zur Umwandlung von Schwächen in Stärken um Chancen zu nutzen, iii) zur Verteidigung vor Risiken trotz Schwächen und iv) zur Neutralisierung von Risiken mit Hilfe von Stärken.

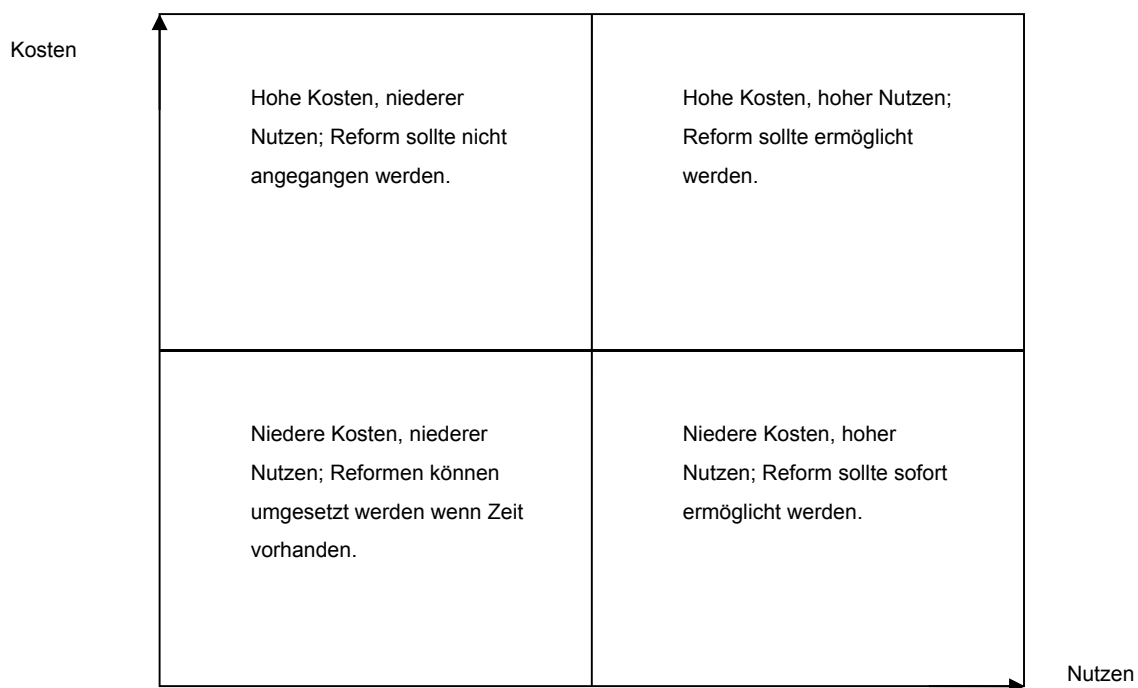
Abbildung 8.1 / SWOT-Analyse Matrix mit abzuleitenden strategischen Zielsetzungen

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwächen
Externe Analyse	Chancen	Übereinstimmung von Stärken und Chancen	Umwandlung von Schwächen in Stärken um Chancen zu nutzen
	Risiken	Neutralisierung von Risiken mit Hilfe von Stärken	Verteidigung vor Risiken trotz Schwächen

Notiz: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkrete Maßnahmen.

Hinsichtlich der Darstellung konkreter Politikempfehlungen dient eine Kosten-Nutzen Matrix effizienter Maßnahmen, wie in Abbildung 8.2 ersichtlich. Die horizontale Achse stellt den ansteigenden Nutzen dar und die vertikale Achse die ansteigenden Kosten der jeweiligen Maßnahme. Zentrale Achsen teilen die Darstellung in vier Quadranten. Diese beinhalten, im Uhrzeigersinn von links oben beginnend: i) Maßnahmen die mit hohen Kosten verbunden sind und nur geringen Nutzen bringen - diese Reformen sollten nicht angegangen werden; ii) Maßnahmen mit hohen Kosten aber auch hohem Nutzen - diese Reformen sollten ermöglicht werden; iii) Kostengünstige Maßnahmen mit hohem Nutzen - diese Reformen sollten sofort ermöglicht werden; iv) Kostengünstige Maßnahmen mit niederem Nutzen - diese Reformen können umgesetzt werden wenn genügend Zeit und Kapazitäten vorhanden sind. Einzelne Maßnahmen sind fett gekennzeichnet wenn sie auch kurzfristig umsetzbar sind, bzw. kursiv dargestellt wenn bei deren Umsetzung mit gesellschaftlichem und politischem Widerstand zu rechnen ist.

Abbildung 8.2 / Kosten-Nutzen Matrix



Notiz: Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

In der Liste der externen Chancen steht den meisten Westbalkanländern der eine oder andere geographische Vorteil zur Verfügung. Die Anrainerstaaten der Adria, also insbesondere Kroatien, Montenegro und Albanien (der Meereszugang Bosnien und Herzegowinas ist vernachlässigbar) verfügen zum einen über touristisch nutzbare Küstenabschnitte und Inseln sowie Seehäfen für den internationalen Handel. Die Westbalkanländer entlang des Hauptkamms der Dinarischen Alpen, also insbesondere Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien, Kosovo und an den Ausläufern auch Mazedonien haben die Voraussetzungen für einen Sommer- und Wintertourismus im Gebirge. Nennenswerte landwirtschaftliche Anbauflächen gibt es nur im Osten Kroatiens und vor allem im Norden Serbiens. Große Waldflächen sind in fast allen Ländern des Westbalkans vorhanden.

Auch großer Wasserreichtum und fossile Energielagerstätten zur Energieerzeugung sind in den meisten Westbalkanstaaten existent. Eine breite Palette an Bodenschätzen kann am Westbalkan gefunden werden. Dazu gehören unter anderem Bauxit, Eisen, Nickel, Kobalt, Blei, Zink, Silber, Kupfer und Chrom. Einige der Länder, wie Kroatien, Mazedonien, Serbien und teilweise auch Bosnien-Herzegowina sind in internationale Produktionsnetzwerke eingebunden. In internationale Transportnetzwerke stärker eingegliedert sind dagegen nur Kroatien und Serbien aufgrund ihrer geographischen Lage als Transitland und an der Donau gelegen. Eine wichtige institutionelle externe Chance für Wachstum und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bietet die EU-Mitgliedschaft für Kroatien bzw. die Teilnahme am EU-Integrationsprozess für die übrigen Westbalkanländer.

Dementsprechend gehören zu den externen Risiken die Exklusion vieler Länder des Westbalkans aus internationalen Transportnetzwerken und im Falle Albanien, des Kosovo und Montenegros auch aus internationalen Produktionsnetzwerken. Die Landumschlossenheit einiger Westbalkanländer birgt ein ähnliches Risiko. Ein wesentliches Risiko bietet das regionale politische Provisorium in dem sich direkt oder indirekt alle Länder des Westbalkans befinden. Vor allem Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien befinden sich in einem fragilen politischen Zustand und konnten als Staaten nur bedingt Souveränität über das gesamte Territorium erlangen. Dies gilt insbesondere für Bosnien-Herzegowina, wo fehlende Merkmale von Staatlichkeit (starkes fiskalisches Zentrum) die interne wirtschaftliche Integration – eine Voraussetzung auch für internationale Wettbewerbsfähigkeit - behindern. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Übertragung von staatlichen Funktionen auf Garantiemächte (zu denen im Falle Bosnien-Herzegowinas auch Kroatien und Serbien zählen) keine Lösung des inneren Integrationsprozesses und des externen Wettbewerbsproblems ist.

Zu den internen Stärken zählen zum Teil lange Traditionen im Tourismus, im Bergbau, der Land-, Forst- und Energiewirtschaft. Ebenso lange Erfahrungen gibt es mit zirkulärem Migrationsverhalten, was mancherorts auch mit besonders guten Fremdsprachkenntnissen einhergeht. Die meisten Staaten des Westbalkans waren zuletzt imstande als politisch stabilisierende Faktoren im regionalen politischen Provisorium zu agieren oder aber zumindest gewisse Überlebensfähigkeiten im Provisorium zu erlangen. Zur Liste der internen Schwächen gehören der nur wenig entwickelte und innovative Industriesektor und unternehmens- und exportorientierte Dienstleistungssektor, die Institutionen, die Arbeitsmärkte, die Qualität des Humankapitals, die sozialpartnerschaftliche Kooperation, die unternehmerische Tradition und die makroökonomischen Rahmenbedingungen. Abgesehen von Albanien und dem Kosovo haben auch noch die meisten Westbalkanländer starke demographische Schwächen alternder Bevölkerungen.

Die Summe all dieser Schwächen ist insbesondere ein Nachteil hinsichtlich der Risiken des regionalen politischen Provisoriums. Gegenwärtig dürfte es aber fast allen politisch Verantwortlichen am Westbalkan möglich sein ex ante glaubwürdige politische, institutionelle, ökonomische und auch infrastrukturelle Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem regionalen politischen Provisorium einzugehen, was für den Fall, dass destabilisierende Elemente das Provisorium bedrohen, stabilisierende Wirkung hätte.

Die, insbesondere in den Schwerpunktberichten, vorgeschlagenen Maßnahmen sind weitgehend ähnlich für die sieben Westbalkanländer. Dazu zählen bei den Maßnahmen mit hohen Kosten, aber auch hohem Nutzen, Investitionen in die Transportinfrastruktur, nicht nur mit Augenmerk auf grenzüberschreitende Straßenbauprojekte, sondern – wie im Falle Bosnien und Herzegowinas – auch auf die interne

Integration. Hinzu kommen Projekte zum Ausbau der rückständigen Schienen- und Energieinfrastruktur. Auch in die Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems sollte investiert werden. Ebenso kostspielig aber mit hohem potentiellm Nutzen verbunden wäre eine aktive Exportförderung für die verarbeitende Industrie aber auch den exportorientierten Dienstleistungssektor und eine Industriepolitik die den Übergang von einer low zu einer medium-tech Industriestruktur begleitet. Ähnliche Ansprüche könnte eine gezieltere FDI-Politik haben, die zudem auch noch (etwa durch ein Ausweiten der bisherigen Förderungen in diesem Bereich) kurzfristiger einsetzbar wäre. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre ebenso wünschenswert, diese hätte aber vermutlich mit großen Schwierigkeiten in der politischen Umsetzung zu rechnen. Eine aktivere Arbeitsmarktpolitik könnte vergleichsweise schnell implementiert werden.

Hinsichtlich der Gruppe der kostengünstigen Maßnahmen mit hohem Nutzen lässt sich für die Westbalkanländer eine Reihe von Reformen vorschlagen. Dazu zählen insbesondere Reformen des Wechselkurssystems die zur Sicherung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen können. Für die beiden Länder mit flexiblem Wechselkurs, Albanien und Serbien, wird der Übergang zu einem intermediären Wechselkurssystem mit einem gleitenden Band zum Euro empfohlen welches den exportorientierten Firmen mehr Wechselkurssicherheit bietet. Hingegen wäre für die beiden Länder mit fixem Wechselkurs, Kroatien und Mazedonien, eine Ausweitung des Wechselkursbandes zum Euro anzuraten um das Risiko unerwünschter Kapitalzuflüsse mit negativen Auswirkungen auf den realen Wechselkurs zu verringern. Für Montenegro und Kosovo welche den Euro unilateral übernommen haben, sowie das currency-board Land Bosnien-Herzegowina wird ein Verbleib im gegenwärtigen Wechselkursregime empfohlen, da die Risiken der Spekulation gegen eine eigene Währung bei den gegebenen geringen Währungsreserven zu hoch wären.

Als Alternative zu einer nominellen Abwertung des Wechselkurses welche zwar zu einer schlagartigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führen könnte aber gegeben der starken Euroisierung, insbesondere im Kreditbereich, nicht realistisch ist, könnte eine fiskalische Abwertung dienen. Diese kann durch eine Anhebung der Umsatz- und Verbrauchsteuern und einer Senkung der Einkommensteuern und der Sozialversicherungsabgaben erreicht werden. Ein intelligentes Design einer solchen fiskalischen Abwertung könnte den politischen Widerstand gegen regressiv wirkende Auswirkungen auf die Einkommensverteilung abwenden. Eine weitere, langfristig effektive Alternative wäre die Stärkung von sozialpartnerschaftlichen Arrangements die Lohnpolitik in eine von den wichtigen Tarifpartnern getragene makropolitische Entwicklungspolitik einbinden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in allen Ländern wird gegenwärtig auch durch hohe Kosten der Investitionsfinanzierung insbesondere über Kredite des Bankensektors gehemmt. Die zentrale Ursache dafür ist ein stark gewachsener und hoher Anteil von notleidenden Krediten (NPL) im Portfolio der Banken. Um dieses Wachstumshemmnis zu überwinden, ist es notwendig, dass Regierung und Regulierungsbehörden Anreize für ein abwartendes Verhalten der Banken abbauen und stattdessen Anreize setzen, damit diese aus eigener Kraft das Problem notleidender Kredite lösen. Ebenso rasch müssen unabhängige und an internationalen Standards orientierte Bewertungen des Kreditportfolios der Banken und Stresstests als Voraussetzung einer eventuellen Rekapitalisierung und –strukturierung der Banken durchgeführt werden. Die Schaffung einer Bad Bank für Hypothekarkredite wird insbesondere für Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Kroatien empfohlen. Eine solche Gründung würde aber aufgrund potentiell hoher fiskalischer Belastung mit entsprechendem politischem Widerstand rechnen müssen.

So wie die meisten bisher in dieser Gruppe erwähnten Maßnahmen wären auch Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen (insbesondere Mindestreservemaßnahmen) wie auch Steuern auf potenziell destabilisierende Kapitalzuflüsse schnell einführbar. Mehr Zeit in Anspruch nehmen würden wohl weitere Reformen des Katasters und des Privatinsolvenzrechtes. Ebenso zeitintensiv wären Maßnahmen zur Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln und von Maßnahmen die darauf abzielen sowohl im Heimat- wie auch im Gastland die allgemein dienliche Zirkularmigration zu unterstützen. Eine Maßnahme die oft auch kurzfristige Effekte für die Wettbewerbsfähigkeit bringt wäre die Reduktion von nicht-tarifären-Handelshemmnissen. Diese sind aber häufig dazu eingeführt bestimmte Gruppen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen und deren Abschaffung könnte zu entsprechendem politischem Widerstand führen.

In der Gruppe der kostengünstigen Maßnahmen mit geringem Nutzen befinden sich beispielsweise langfristige Maßnahmen wie ein professionelles country branding, dessen Nutzen aber nur schwer bewertbar ist. Weitere Maßnahmen in dieser Gruppe, die zudem auch noch kurzfristig einsetzbar wären, beinhalten das Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen oder den Austausch von good practice Beispielen in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit wichtigen Bereichen.

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen die sehr kostspielig sein können aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei den meisten Westbalkanländern, welche über keine nennenswerten Forschungsinstitutionen oder größere Unternehmen verfügen, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Das bisher erwähnte wird in detaillierter Form in den folgenden sieben Länderanalysen für jeden Westbalkanstaat einzeln aufgearbeitet. Dabei kommt es notgedrungen zu Wiederholungen, da sich diese Länder in vielem ähneln. Was Handlungsempfehlungen für die Europäische Union anbelangt so lassen sich beispielhaft einige Tätigkeitsfelder aufzählen. Die Europäische Kommission tut gut daran auch weiterhin und mit verstärkten Mitteln nationale und regionale Investitions-Komitees zu unterstützen die zur Erarbeitung von sogenannten „single project pipelines“ zur Identifizierung von vorrangigen Infrastrukturprojekten führen. Um auch tatsächlich mehr grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen (und ganz allgemein interregionale Strukturmaßnahmen) zu ermöglichen sollte die EU verstärkt die regionale Koordination einfordern und unterstützen. Dazu gehört auch eine zusätzliche Hilfe bei der lokalen Organisation zur Absorption von EU Fördermitteln. Auch im Bereich der Förderung der Zirkularmigration kommt der EU eine besondere Bedeutung zu. Diese sollte aktiv begünstigt und als Chance für alle beteiligten Parteien gesehen werden. Im Bereich der dualen Ausbildung wäre es wünschenswert wenn die EU ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die Lehrlingsförderung auch in den Kandidatenländern lenken würde. In weiterer Folge sollte die Union in einer umfassenderen Industrie-Strategie auch die Unterstützung der Westbalkanländer bei der Integration in internationale Produktionsnetzwerke ausbauen. Auch sollten die Westbalkanländer dabei unterstützt werden ihre statistische Datensammlung noch schneller an die europäischen Standards heranzuführen um in der Region eine vergleichbare, evidenzbasierte Politikgestaltung zu ermöglichen.

8.1. LÄNDERANALYSE ALBANIEN

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit Albanien

Albanien zählt zu den ärmsten Ländern Europas. Das Land erreicht nur rund ein **Viertel des deutschen Einkommensniveaus** gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten. Gleichwohl zählt Albanien gemeinsam mit Polen zu den wenigen erfolgreichen Transformationsländern, wenn es um die Einkommenskonvergenz mit den westlichen Industriestaaten geht.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten gering

Die geringe Wettbewerbsfähigkeit Albanien wird durch ein **persistentes, zweistelliges Leistungsbilanzdefizit** als Anteil am BIP dokumentiert. Das Land ist strukturell nicht in der Lage den Import von Gütern und Dienstleistungen durch eigene Exporte zu decken, wodurch langfristig eine unhaltbare Auslandsverschuldung droht. Bei den Gütern konnte der Anteil der Exporte am BIP zwar seit 2005 verdoppelt werden, liegt jedoch mit weniger als 20% immer noch unter dem Durchschnitt der Westbalkanländer und ist weit entfernt von den Quoten, die die mitteleuropäischen neuen EU Mitgliedsstaaten mit fast 70% zuletzt erreichten.

Die albanischen **Güterexporte sind technologisch rückständig** und bestehen zum Großteil aus Rohstoffen, Energie, Textilien und Schuhen. Qualitativ hochwertigere Exporte von Maschinen und Fahrzeugen oder chemischen Erzeugnissen kommen so gut wie nicht vor. Immerhin konnte trotz leicht steigender Lohnstückkosten der Marktanteil albanischer Güterexporte in die EU in den letzten Jahren von einem niedrigen Niveau ausgehend ausgeweitet werden, was unter anderem auf eine bestimmte qualitative Aufwertung des vorhandenen Warenangebots hinweisen könnte. Der frei floatende Wechselkurs (zuletzt eher ein „managed float“) erlaubt eine Abwertung des nominalen Kurses im Falle externer Schocks, was in der Vergangenheit für die Exporttätigkeit durchaus förderlich war. Die erheblichen nicht-tarifären Handelshemmnisse stellen hingegen eine Belastung der Exportwirtschaft dar. Dabei handelt es sich unter anderem um unvollständige Übernahme von EU-Standards.

Ein weiteres Manko ist die **fehlende Integration in internationale Produktionsnetzwerke**. Der intra-industrielle Handel ist nur sehr schwach ausgeprägt und vorwiegend im Niedrig-Technologie-Bereich beheimatet. Insgesamt werden mehr Vorleistungsgüter importiert als exportiert. Diese werden zu einem guten Teil zur Instandhaltung von Maschinen und Transportmitteln verwendet. Ein geringerer Teil dient der Produktion von exportorientierten Finalgütern. Generell ist die Exportperformance des produzierenden Gewerbes in Albanien schwach. Hauptexportmarkt ist Italien. Weitere wichtige Zielländer liegen sowohl in Südeuropa als auch auf dem Westbalkan. Unter den handelbaren Dienstleistungen nimmt der Tourismus in Albanien eine prominente Rolle ein. Die Tourismuswirtschaft steckt allerdings noch in den Kinderschuhen und kann zurzeit größtenteils nur ein regionales Publikum ansprechen. Dementsprechend tragen die Netto-Dienstleistungsexporte nicht zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Qualität öffentlicher Institutionen ausgesprochen niedrig

Umfragen bezüglich der Qualität öffentlicher Institutionen weisen Albanien regelmäßig als Nachzügler unter den Westbalkanländern aus, einer Region die im Vergleich mit den neuen EU Mitgliedsstaaten aus Mitteleuropa an sich nicht besonders gut abschneidet. Der Schutz der Eigentumsrechte ist gering, die **Unabhängigkeit des Justizwesens eingeschränkt** und die Korruption allgegenwärtig. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Zustand auch der relativ späten Teilnahme am EU Integrationsprozess geschuldet. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren die regulatorische Qualität um einiges gebessert. Die Leistungsfähigkeit des Staates hinkt aber noch diesen Veränderungen nach.

Qualität öffentlicher Infrastruktur bescheiden aber verbessert

Für ein Land, das bis vor 25 Jahren keinen privaten Kraftfahrzeugverkehr gekannt hatte und ein neuzeitliches Straßennetzwerk vermissen hat lassen, wurde im letzten Jahrzehnt ein **ansehnliches Autobahnnetz** mit Hilfe massiver Investitionen ausgebaut. Der Schienenverkehr hatte in kommunistischen Zeiten wesentlichen Anteil am Transportwesen, wurde aber in der Transformationsphase der Bedeutungslosigkeit preisgegeben. Die Versorgung mit elektrischer Energie ist noch immer ein Schwachpunkt, auch wenn sich die Lage in letzter Zeit um einiges verbessert hat. Aufgrund der Abhängigkeit von Wasserkraftwerken und daher von den Schwankungen der jährlichen Niederschlagsmengen, sowie aufgrund eines veralteten Stromnetzwerkes sind **Stromausfälle** keine Seltenheit.

Ausbildung und Forschung unzureichend

Bei fast allen Bildungs- und Innovationsindikatoren belegt Albanien den letzten Platz in der Region. Die PISA-Testergebnisse der Schüler sind schlecht ausgefallen. Immerhin ist die sehr junge Bevölkerung für ihre Fremdsprachenkenntnisse bekannt, die sie insbesondere zu Zwecken der Migration und der Ausbildung im Ausland pflegt. Im Land selber gibt es allerdings für Forscher und Techniker kein geeignetes Umfeld. Besonders unzulänglich für eine längerfristige Ausweitung der lokalen Produktionskapazitäten ist ein **extrem geringer Anteil an Jugendlichen in technischer und berufsbildender höherer Sekundärausbildung** für die es auch kaum entsprechendes Lehrpersonal gibt. Insgesamt hat Albanien eine sehr niedrige Bildungsausgabenquote, die noch dazu über die letzten Jahre hinweg gefallen ist.

Arbeitsmarkteffizienz mangelhaft

Obgleich die Arbeitslosenquote mit annähernd 15% für die Verhältnisse am Westbalkan vergleichsweise gering ist, zeigt sich die mangelhafte Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes an den extrem hohen Migrationszahlen, der großen Zahl der selbständig Beschäftigten (als Indikator für die Schattenwirtschaft) und an der Tatsache dass noch immer mehr als ein **Drittel der Bevölkerung in der Subsistenzlandwirtschaft** beschäftigt ist. An einem überregulierten Arbeitsmarkt oder zu hohen Löhnen kann es vermutlich nicht liegen, zumal das Heuern und Feuern ausgesprochen flexibel gestaltet ist und der durchschnittliche Bruttolohn eines Arbeitnehmers bei rund 300 Euro liegt. In den wenigen Industriebetrieben des Landes scheinen immerhin die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen einigermaßen kooperativ gestaltet zu sein und die Lohnsetzung verhältnismäßig koordiniert zu erfolgen.

Entwicklung des Finanzmarktes zurückgeblieben und notleidend

Modernes Bankwesen ist ein relativ neues Phänomen in Albanien. Die wenigen Banken des Landes sind größtenteils in ausländischem Eigentum. Die Bankautomatendichte ist noch sehr bescheiden und das Kreditvolumen gering. Wie in den meisten anderen Ländern des Westbalkans ist die Dynamik der Kreditvergabe in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen und die realen Kreditzinsen sehr hoch. Hinzukommt dass fast **ein Viertel der Kredite notleidend** sind. Diese stehen einer expansiven Kreditfinanzierung notwendiger privater Investitionen im Wege.

Einschätzung der bisherigen Politiken Albanien

Das generelle politische Klima Albanien kann als konfrontativ bezeichnet werden. Das nominell sozialdemokratische und konservative Lager wechselt sich in der Machtausübung ab und agiert dabei stets kompromisslos und machtbewusst. Statt Dialog und einvernehmlichen Anstrengungen herrscht immer wieder eine revanchistische Grundeinstellung. Allerdings ist das gemeinsame **Ziel eines EU Beitritts unumstritten**. Somit gilt der EU Integrationsprozess auch als der entscheidende Anker für die demokratische Entwicklung Albanien hin zu einem gefestigten Rechtsstaat.

Geld- und Wechselkurspolitik vergleichsweise flexibel

Der im Prinzip **freie Wechselkurs hat eine Pufferfunktion** gegenüber einem externen Schock wie er 2009 eintrat. Der Anteil an Fremdwährungskrediten liegt zwar über 60%, ist aber niedriger als in den anderen Westbalkanländern. Somit ergeben sich für die Zentralbank größere geldpolitische Handlungsräume. Die Bruttoauslandsverschuldung ist mit unter 60% im Mittelfeld der Region angesiedelt. In den letzten Jahren hat die Zentralbank allerdings ein Wechselkursziel, dessen Verfolgung Restriktionen für die Geldpolitik setzt.

Fiskalpolitik erst expansiv dann restriktiv, Arbeitsmarktpolitik passiv

Das fiskalische Verhalten der letzten Jahre war von einem allgemeinen krisenbedingten Rückgang der Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern, sowie einer Zunahme der Sozialausgaben gekennzeichnet. Die lange Zeit stagnierenden **öffentlichen Ausgaben für Anlageinvestitionen wurden zuletzt stark gekürzt**. Die rückläufigen öffentlichen Einnahmen gehen jedoch auch auf eine Reduktion des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer und des Arbeitgeberbeitrages zur Sozialversicherung zurück. Dies hat vermutlich über die letzten Jahre hinweg zu einer die Wettbewerbsfähigkeit fördernden fiskalischen Abwertung geführt, allerdings sind die Steuertarifikürzungen zuletzt wieder aufgehoben worden. In Albanien sind gezielte Aktivierungsmaßnahmen für eine **moderne Arbeitsmarktpolitik bisher nicht implementiert** worden. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik liegt unter der Wahrnehmungsgrenze.

Ordnungs- und Strukturpolitik nur rudimentär vorhanden

Eine Strukturpolitik durch **gezielte Investitionsförderung ist kaum vorhanden**. Die wenigen Staatsausgaben für Subventionen wurden in den letzten Jahren weitestgehend eliminiert. Das „Albania for One Euro“-Programm bietet das Registrieren einer Firma in nur einer Behörde im Laufe eines

einzigsten Tages um einen Euro sowie die Pacht von staatlichen Baugründen um einen Euro an. Für den Import von Maschinen bestehen Zoll- und Umsatzsteuerrückvergütungen. Weitere Maßnahmen können diskretionär erteilt werden. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie hat sich zwar in den letzten Jahren etwas gesteigert, ist aber dennoch im regionalen Vergleich sehr niedrig. Die Ordnungspolitik Albaniens wird im Wesentlichen vom EU-Integrationsprozess bestimmt. Dabei dient die **Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität**.

Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential ausbaubar

Ähnlich den anderen Ländern der Region engagiert sich Albanien vor allem im Bereich **internationale Kooperation bei Transport- und Energieinfrastruktur**. Dabei wurden vorrangig Projekte gefördert, die eine verbesserte Verbindung mit dem Kosovo ermöglichen, sei es durch Autobahnbau oder die Errichtung von grenzüberschreitenden Starkstromleitungen. Darüber hinaus gibt es auch konkrete Pläne für eine Anbindung an internationale Gas-Pipeline-Netzwerke sowie für den Bau eines Flüssigerdgas-Terminals an der Adriaküste.

SWOT-Analyse für Albanien

Die SWOT-Analyse beschreibt den gegenwärtigen Zustand Albaniens und bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden erst in der folgenden Kosten-Nutzen-Analyse präsentiert. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen), sowie die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren).

Interne Stärken nur dünn gesät

Für europäische Verhältnisse hat Albanien eine besonders **junge Bevölkerung**. Diese ist zudem überaus flexibel und mobil und hat einschlägige Erfahrungen in der Migration und bei Bildungsaufenthalten im Ausland und dementsprechend gute Fremdsprachenkenntnisse. Die Außenpolitik des Landes ist ausgesprochen zurückhaltend und wirkt auf die Region stabilisierend.

Interne Schwächen im Überfluss

Die Liste der internen Schwächen Albaniens ist sehr lang. Zentrales Defizit ist ein **unterentwickelter und technologisch rückständiger Industriesektor**. Auch ein unternehmens- und exportorientierter Dienstleistungssektor ist kaum vorhanden oder nur unzulänglich entwickelt. Die Qualität öffentlicher Institutionen ist beschränkt. Die **Qualität öffentlicher Infrastruktur ist verbesserungswürdig**. Die Effizienz des Arbeitsmarktes ist bescheiden. Die **Qualität des Humankapitals ist gering**, insbesondere was die technische und berufsbildende höhere Sekundärausbildung angeht. Auch die sozialpartnerschaftliche Koordination ließe sich noch stärken. Ebenso fehlt es weitgehend an unternehmerischen Traditionen abseits des Kleinhandels. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen könnten verbessert werden.

Externe Chancen sind gegeben

Albanien ist von der Natur mit einem **Meereszugang** und pittoresken Küsten- und Gebirgsabschnitten ausgestattet, was gute Bedingungen für Seehandel und Tourismus schafft. Darüber hinaus existieren ergiebige **Bodenschätze und Wasserreichtum**. Neben Erdöl und Erdgas finden sich unter anderem auch Bestände an Chrom, Kupfer, Nickel und Kohle. Die Waldbestände sind umfangreich. Hohe Jahresniederschläge bedienen eine Vielzahl an Flüssen mit erheblichen Gefällestufen, so dass die Abhängigkeit von Energieimporten verringerbar ist. Das Land hat die Möglichkeit bekommen, am **EU-Integrationsprozess** teilzunehmen und ist seit dem 24. Juni 2014 offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union, was unter anderem die Risiken für ausländische Investoren in produktive Kapazitäten zu investieren verringert.

Externe Gefahren auch vorhanden

Unter anderem aufgrund seiner geographischen Lage, fern der internationalen Transitrouten zu Lande und weit entfernt von den industriellen Zentren Europas, ist Albanien **aus internationalen Transport- und Produktionsnetzwerken ausgeschlossen**. Das Land ist zudem durch **politisch instabile Nachbarländer** umgeben. Dazu zählen insbesondere das Kosovo und Mazedonien. Beide Nachbarn existieren immer noch in politischen Provisorien und konnten nicht vollständige Souveränität erlangen. Außerdem sind auch Albanien's wichtigste Migrationszielländer Italien und Griechenland in einem politisch fragilen Zustand.

Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen für Albanien

Die Kosten-Nutzen-Analyse dient der Darstellung konkreter Politikempfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Albanien's. Auf der Mikroebene ließen sich sowohl Kosten als auch Nutzen in Geldwerten beziehungsweise erwirtschaftetem Mehrwert repräsentieren. Auf der Makroebene – also der einer gesamten Volkswirtschaft – ist dies praktisch kaum zu erreichen. Deshalb muss man sich mit einer groben Einteilung in hohe und geringe Kosten und Nutzen der einzelnen Maßnahmen begnügen. Die Analyse geht auf die vier möglichen Kosten-Nutzen Kombinationen ein und vermerkt ob diese Maßnahmen kurzfristig einsetzbar sind beziehungsweise ob mit politischem Widerstand bei der Implementierung zu rechnen ist.

Geringe Kosten und hoher Nutzen – unbedingt zu ermöglichen

Effiziente Maßnahmen, die allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würden und auch nur längerfristig wirken könnten, beinhalten beispielsweise die **Reform des Katasters und des Privatinsolvenzrechts**. Auch die **Förderung von Zirkularmigration** durch den Abbau von bürokratischen Barrieren wäre allgemein nutzbringend. Besonders wichtig erscheint die **Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln** durch entsprechende Verwaltungsreformen. Öffentliche Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, möglichst nützliche Projekte zu identifizieren und zu kofinanzieren.

Wirksame Maßnahmen, die obendrein auch noch kurzfristig umsetzbar sind, umfassen zum Beispiel den Übergang zu einem intermediären **Wechselkurssystem mit einem gleitenden Band zum Euro**, welches den Exporteuren mehr Planungssicherheit bietet und trotzdem der Abwehr destabilisierender

Kapitalströme dient. Einen ähnlichen Effekt können auch **Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen** im Bereich der Mindestreservenpolitik und der Kapitalbesteuerung haben. Eine weitere wichtige Maßnahme, die schnell umgesetzt werden könnte ist die **Problemlösung der notleidenden Kredite** die in Albanien ein besorgniserregendes Niveau erreicht haben.

Als Alternative zu einer stärkeren nominellen Abwertung des Wechselkurses, welche aufgrund der fortgeschrittenen Euroisierung Albaniens wenig effektiv wäre, bietet sich eine auch kurzfristig durchführbare **fiskalische Abwertung** an. Dazu müsste zum aktuellen Standardsatz der Mehrwertsteuer von 20% beispielsweise ein erhöhter Satz für spezielle Warengruppen eingeführt werden oder der gesamte Standardsatz erhöht werden, sowie entweder die Einkommensteuersätze (aktuell 0%, 13% und 23% für die drei Steuerklassen), oder die Sozialversicherungsabgaben (aktuell 15% für den Arbeitgeber und 9,5% für den Arbeitnehmer) gesenkt werden (ohne dabei die Nettolöhne zu erhöhen). Der politische Widerstand für eine Steuerreform mit potentiell regressiven Verteilungswirkungen kann allerdings recht stark ausfallen.

Mit politischem Widerstand kann auch bei der **Reduktion nicht-tarifärer-Handelshemmnisse** gerechnet werden, zumal einige dieser Hemmnisse Partikularinteressen schützen, deren Abbau aber insbesondere bei Exportbarrieren dazu geeignet ist vergleichsweise kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit Albaniens zu erhöhen. Zu diesen Hemmnissen gehören im Falle Albaniens beispielsweise wenig ausgebaute technische Konformitätsbeurteilungen, die geringe Kooperation mit den regionalen sanitären und phytosanitären Agenturen, sowie hinderliche administrative Formalitäten im Bereich Dokumente und Automatisierung beim Zoll.

Hohe Kosten und hoher Nutzen – zu ermöglichen

Kostspielige Maßnahmen, denen allerdings längerfristig auch hoher Nutzen entspringt, beinhalten zum Beispiel öffentliche **Investitionen in die Transportinfrastruktur**. Diese können die Kosten der heimischen Produktion senken und eine Industrialisierung breiter Sektoren der Wirtschaft wahrscheinlicher machen. Dabei gilt es nicht nur die lokale Transportinfrastruktur zu fördern, sondern auch die überregionale Konnektivität der Transportnetzwerke sicherzustellen. Albanien hat bereits einiges in den Autobahnausbau investiert und sollte jetzt verstärkt Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur und die Hafenanlagen unternehmen, um auch die Entwicklung größerer Betriebe zu ermöglichen, die auf diese Infrastruktur angewiesen sind. Darüber hinaus geben derartige Investitionen auch in der kurzen Frist positive Wachstumsimpulse, die zu einer potentiellen längerfristigen Selbstfinanzierung über die entsprechenden Mehreinnahmen bei Steuern beitragen. Ähnliches gilt auch für **Investitionen in die Energieinfrastruktur** mit dem Ziel die Versorgungssicherheit mit Elektrizität sicherzustellen.

Ebenso kostspielig und erst nach längerer Zeit nutzenbringend ist die **Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems**. Die Kombination aus der Vermittlung von fachlichen Fähigkeiten in den Betrieben und von theoretischem Wissen in den berufsbildenden Schulen ermöglicht den Einsatz qualifizierter Facharbeitskräfte beim schrittweisen Übergang von einer low- zu einer medium-tech Industriestruktur, wie er auch in Albanien sich allzu langsam vollzieht. Dieser Prozess sollte auch durch eine **aktive Industriepolitik und Exportförderung** sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch des exportorientierten Dienstleistungssektors begleitet werden. Eine konkrete Maßnahme dabei könnte die Errichtung von modernen Industriezonen in Hafennähe sein. Eine **sozialpartnerschaftliche**

Lohnpolitik mit dem Ziel, von Vollbeschäftigungswachstum bei niedriger Inflationsrate wäre eine weitere langfristig wirkende Begleitmaßnahme. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre sicherlich wünschenswert aber aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenslagen politisch nur schwer umsetzbar. Anreize und Koordination durch die EU wären vermutlich dazu geeignet entsprechende Widerstände zu überwinden.

Zu den vergleichsweise kurzfristig implementierbaren teuren Maßnahmen zählt eine **verstärkte FDI-Förderung**, beispielsweise mit Hilfe von ansiedlungsunterstützende Unternehmensbesteuerungs- und maßgeschneiderten Infrastrukturlösungen, die zu einem raschen Technologie-Transfer durch ausländische Direktinvestitionen führen kann. Teuer aber kurzfristig einsetzbar ist auch eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, beispielsweise mit gezielten Maßnahmen zur Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und zur Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes oder mit Einstellungsbeihilfen, insbesondere für Jugendliche.

Geringe Kosten und geringer Nutzen – eventuell zu ermöglichen

Bei der Gruppe der kostengünstigen aber nur mäßig nützlichen Politikempfehlungen finden sich zum Beispiel langfristige Maßnahmen wie ein **professionelles country branding**, oder aber kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wie das **Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen** oder den **Austausch von good practice Beispielen** in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeiten wichtigen Bereichen. Diese Maßnahmen würden jedoch bereits sehr knappe öffentliche Ressourcen anderen Verwendungen entziehen, die einen höheren Ertrag versprechen.

Hohe Kosten und geringer Nutzen – zu vermeiden

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen die sehr kostspielig sein können aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei einem Land wie Albanien, welches über keine nennenswerten Forschungsinstitutionen oder größere Unternehmen verfügt, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, **teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden**. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Top-5 Massnahmen mit höchstem Nutzen

1. Investitionen in die Energieinfrastruktur (teuer, langfristig)
2. Investitionen in die Transportinfrastruktur (teuer, langfristig)
3. Verstärkte FDI-Förderung (teuer, kurzfristig)
4. Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln (günstig, langfristig)
5. Problemlösung der notleidenden Kredite (günstig, kurzfristig)

ANHANG 1

Anhang Tabelle 8.1.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Albanien im Vergleich, 2013

	AL	WB-7	NMS-5	DE
Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	-10,4	-6,1	1,7	7,5
Güterexporte in % des BIP	17,6	22,0	67,9	42,7
Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)	0,6	3,9	35,9	18,8
Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)	0,1	2,3	6,8	6,3
Eigentumsrechte, "7"=genau definiert und rechtlich geschützt	2,8	3,7	4,0	5,8
Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	2,3	3,1	3,5	6,0
Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	1,1	0,8	1,5	3,6
Stromausfälle pro Firma im Monat	4,2	3,2	0,4	.
Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten	148	728	2789	3950
Einschreibungen in techn. & berufsüb. höh. Sekundärbildung in %	10,4	50,3	54,0	51,4
Arbeitslosigkeit in %, LFS	15,6	23,1	10,1	5,3
Unselbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	25,8	19,8	14,7	10,6
Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	33,1	54,6	62,9	118,8
Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite	24,3	17,2	11,9	2,7

Anmerkung: Daten entsprechen zumeist dem Jahr 2013, andernfalls dem zuletzt verfügbaren Jahr. Bei den Durchschnittswerten entspricht WB-7 den 7 Westbalkanländern und NMS-5 den 5 neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat, IMF, WEF, UNESCO, WDI, nationale Statistiken.

ANHANG 2

Anhang Abbildung 8.1.1 / SWOT-Analyse Matrix - Albanien

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwächen
Externe Analyse	Chancen	#Junge Bevölkerung mit guten Sprachkenntnissen im #Küstentourismus und #Gebirgstourismus sowie bei #Energiegewinnung und #Bergbau einsetzbar	#EU Integrationsprozess kann nützen #Industriesektor, #Dienstleistungssektor, #Institutionen, #Arbeitsmärkte, #Humankapital, #Sozialpartner, #Unternehmerschaft und #Makroökonomische Rahmenbedingungen zu stärken
	Gefahren	#Junge mobile Bevölkerung kann #Transport- und #Produktionsnetzwerk isolierte Heimat und #Krisengeschüttelte Hauptmigrationsländer Italien und Griechenland verlassen; #Stabilisierender Faktor in einem regionalen politischen #Provisorium	Glaubwürdige ex ante Verpflichtungen in einem regionalen politischen #Provisorium zu #institutionellen, #ökonomischen und #infrastrukturellen Fragen sind möglich

Anmerkung: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkreten Maßnahmen.

Anhang Abbildung 8.1.2 / Kosten-Nutzen Matrix - Albanien

Kosten	#Start-up Förderung für Innovationen, #Förderungsfonds für herausragende Forschung	Investitionen in #Energie- und #Transport-Infrastruktur, #FDI-Förderung , #Lohnpolitik, Investitionen in #Duales Ausbildungssystem, aktive #Exportförderung, #Industriepolitik, <i>interregionale #Strukturpolitik</i> , aktive #Arbeitsmarktpolitik
	#Country branding, regionale #Wirtschaftsforen, #good practice Austausch	Absorption von #EU Fonds, #NPL Lösung, #Fiskalische Abwertung, #Gleitendes FX-Band, #Steuerung von Kapitalzuflüssen, Reduktion #nicht-tarifärer-Handelshemmnisse , #Katasterreform, #Privatinsolvenz, Förderung von #Zirkularmigration
		Nutzen

Anmerkung: Nach Nutzen gereiht. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

8.2. LÄNDERANALYSE BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit Bosnien und Herzegowinas

Das Einkommensniveau Bosnien und Herzegowinas, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten, beträgt nur rund ein **Viertel des deutschen Einkommensniveaus**. Damit zählt das Land wie Albanien und das Kosovo nicht nur zu den ärmsten Ländern Europas, sondern auch der Westbalkanregion. Das Land hat sein relatives Einkommensniveau im Laufe der jüngeren Geschichte nur selten überschritten. Tatsächlich ist das aktuelle relative Einkommensniveau identisch mit jenem Anfang der 1950er, der 1970er oder auch der 1990er Jahre. Darüber hinaus ist das Land noch immer und in vielerlei Hinsicht von den kriegerischen Ereignissen von 1992-1995 gezeichnet. Nicht nur menschliches Leid und materielle Zerstörung sind geblieben. Ein bitteres Erbe des Krieges ist ein fragiler Staatsaufbau nach ethnischen Kriterien mit fehlenden starken zentralen Institutionen, der als wesentliches Hindernis für eine demokratische und wirtschaftliche Entwicklung anzusehen ist. Fehlende oder schwache zentralstaatliche Institutionen beschränken die Effektivität staatlichen Handelns zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, beispielsweise im Bereich der Infrastrukturpolitik.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten schwach

Die niedrige Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Bosnien und Herzegowinas verbindet sich auch mit einer schwachen externen Wettbewerbsfähigkeit, was durch ein **persistentes Leistungsbilanzdefizit** dokumentiert wird. Das Land ist strukturell nicht in der Lage, den Import von Gütern und Dienstleistungen durch eigene Exporte zu decken, wodurch langfristig eine unhaltbare Auslandsverschuldung droht. Bei den Gütern konnte der Anteil der Exporte am BIP von einem niedrigen Ausgangsniveau zwar seit 2005 stark ausgeweitet werden, liegt jedoch mit etwas mehr als 20% immer noch unter dem Durchschnitt der Westbalkanländer und ist weit entfernt von den Quoten, die die mitteleuropäischen neuen EU Mitgliedsstaaten mit fast 70% zuletzt erreichten.

Die bosnischen und herzegowinischen **Güterexporte sind technologisch veraltet** und bestehen zum Großteil aus Metallen, Holz und Möbeln, Textilien und Schuhen. Der Anteil qualitativ hochwertiger Exporte von Maschinen und Fahrzeugen oder chemischen Erzeugnissen liegt im bescheidenen regionalen Durchschnitt. Immerhin konnte trotz steigender Lohnstückkosten der Marktanteil bosnischer und herzegowinischer Güterexporte in die EU in den letzten Jahren - von einem niedrigen Niveau ausgehend - ausgeweitet werden, was unter anderem auf eine bestimmte qualitative Aufwertung des vorhandenen Warenangebots hinweisen könnte. Der im Rahmen eines Currency Boards fixierte Wechselkurs erlaubt keine Abwertung des nominalen Kurses im Falle externer Schocks. Die erheblichen nicht-tarifären Handelshemmnisse stellen eine Belastung der Exportwirtschaft dar. Dabei handelt es sich insbesondere um die unvollständige Übernahme von EU-Standards.

Immerhin sind **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke vorhanden**. Der intra-industrielle Handel ist vorwiegend im Mittlere-Technologie-Bereich beheimatet. Insgesamt werden aber dennoch mehr Vorleistungsgüter importiert als exportiert. Diese werden zu einem guten Teil zur Instandhaltung von Maschinen und Transportmitteln verwendet. Ein geringerer Teil dient der Produktion von exportorientierten Finalgütern. Generell ist die Exportperformance des produzierenden Gewerbes in Bosnien und Herzegowina unbefriedigend. Hauptexportmärkte sind Deutschland, Kroatien und Italien.

Weitere wichtige Zielländer sind Serbien, Österreich und Slowenien. Unter den handelbaren Dienstleistungen nehmen (neben dem Tourismus) die Transportdienstleistungen eine vergleichsweise prominente Rolle ein. Die Tourismuswirtschaft besitzt Potenzial, ist aber noch auf wenige Sehenswürdigkeiten beschränkt. Jedenfalls tragen die Netto-Dienstleistungsexporte zu einer nicht unerheblichen Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Qualität öffentlicher Institutionen beeinträchtigt

Aufgrund des komplizierten Staatsaufbaus, bestehend aus zwei Entitäten, 10 Kantone und einem Sonderverwaltungsgebiet, ist die Qualität der öffentlichen Institutionen auf eine besondere Art stärker beeinträchtigt als in den anderen Westbalkanländern, die ihrerseits bereits im Vergleich mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten ungünstig abschneiden. Dies legen auch Umfragen nahe, welche beispielsweise die **Leistungsfähigkeit des Staates besonders eingeschränkt** sehen. Immerhin haben sich in den letzten Jahren die regulatorische Qualität sowie die **Unabhängigkeit des Justizwesens verbessert**. Dies ist wohl dem jahrelangen Engagement internationaler Organisationen, sowie der EU beim Landesaufbau geschuldet.

Qualität öffentlicher Infrastruktur desolat

Die Transportinfrastruktur ist nicht geeignet, die Wirtschaft des Landes intern zu integrieren und darüber hinaus in die internationale Arbeitsteilung stärker einzubinden. Dabei stellt nicht vorrangig das zweifellos ungünstige gebirgige Relief das wichtigste Hindernis dar, sondern die politische Zersplitterung des Landes. Das Straßennetzwerk Bosnien und Herzegowinas wurde seit Jahrzehnten kaum modernisiert. So wurden in den letzten Jahren nur wenige Autobahnabschnitte gebaut. Das Land wies zuletzt **nur ein paar Dutzend Kilometer Autobahn** auf. Das Schienennetzwerk wird vorwiegend für den schweren Gütertransport genutzt und ist ebenfalls unterentwickelt. Der Ausbau der Transportinfrastruktur wird augenscheinlich auch von den noch nicht überall beseitigten Minenfeldern behindert. Die Versorgung mit elektrischer Energie ist einigermaßen befriedigend. Stromausfälle kommen nur selten vor.

Ausbildung und Forschung unzureichend

Bei vielen Bildungs- und Innovationsindikatoren belegt Bosnien und Herzegowina in der Westbalkanregion nur durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Ränge und ist in einigen Rankings nicht einmal aufgeführt. Im Land sind **nur wenige Forscher und Techniker vorhanden**. Immerhin befindet sich ein regional zumindest **durchschnittlicher Anteil an Jugendlichen in technischer und berufsbildender höherer Sekundärbildung**. Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung sind die niedrigsten der Region. Der Ruf seiner Universitäten entspricht noch nicht internationalen Standards, obgleich Anstrengungen der Leitungen zur Spezialisierung und internationalen Kooperation zu beobachten sind.

Arbeitsmarkteffizienz mangelhaft

Mit einer auch für die Verhältnisse in der gesamten Region hohen **Arbeitslosenquote von fast 28%** zeigt sich die mangelhafte Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes auch an den extrem hohen Migrationszahlen, der großen Zahl der selbständig Beschäftigten (als Indikator für die Schattenwirtschaft) und daran, dass noch immer mehr als ein **Fünftel der Bevölkerung in der**

Subsistenzlandwirtschaft beschäftigt ist. An einem überregulierten Arbeitsmarkt oder zu hohen Löhnen kann es vermutlich nicht liegen. Die Praxis des Einstellens und Kündigens ist ausgesprochen flexibel gestaltet, und der durchschnittliche Bruttolohn eines Arbeitnehmers liegt bei rund 660 Euro. Darüber hinaus ist die Effizienz des Arbeitsmarktes beträchtlich eingeschränkt, da eine Arbeitsmigration zwischen den ethnischen Landesteilen kaum stattfindet. In den wenigen Industriebetrieben des Landes scheinen immerhin die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen einigermaßen kooperativ gestaltet zu sein und die Lohnsetzung verhältnismäßig koordiniert zu erfolgen.

Entwicklung des Finanzmarktes zurückgeblieben

Die Aktiva der Banken Bosnien und Herzegowinas sind zu 95% in ausländischem Eigentum. Die Bankautomatendichte ist noch recht bescheiden und das Kreditvolumen gering. Wie in den meisten anderen Ländern des Westbalkans ist die Dynamik der Kreditvergabe in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen und die realen Kreditzinsen hoch. Hinzukommt dass fast **ein Sechstel der Kredite notleidend** sind. Diese stehen einer expansiven Kreditfinanzierung notwendiger privater Investitionen im Wege.

Einschätzung der bisherigen Politiken Bosnien und Herzegowinas

Das politische Klima Bosnien und Herzegowinas ist vergiftet. Die kleinere, serbisch dominierte Entität „Republika Srpska“ trägt zu keiner Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen bei und strebt mehr oder weniger unverhohlen einen Anschluss an Serbien an. Die größere, bosniakisch und kroatisch dominierte Entität „Föderation Bosnien und Herzegowina“ ist in 10 Kantone aufgespalten. Die Verwaltungen der Entitäten, der Kantone und des Sonderverwaltungsgebiets Brčko-Distrikt erscheinen als wenig leistungsfähig, was 2014 zu gewalttätigen Protesten in Teilen der Bevölkerung geführt hat. Selbst das **Ziel eines gemeinsamen EU Beitritts ist nicht unumstritten**. Dennoch gilt der EU-Integrationsprozess als der entscheidende Anker für die demokratische Entwicklung Bosnien und Herzegowinas hin zu einem funktionierenden Rechtsstaat.

Geld- und Wechselkurspolitik starr

Die Zentralbank Bosnien und Herzegowinas ist eine der wenigen anerkannten gemeinsamen Institutionen des Landes die allerdings nur stark beschränkte geld- und währungspolitische Befugnissen im Rahmen eines sogenannten **Currency Board** besitzt. Somit erscheinen die gemeinsame Währung, der fixierte Wechselkurs und die Unmöglichkeit, einer den Interessen der einzelnen Entitäten nachgebenden Geldpolitik derzeit als einzig funktionierender Anker staatlichen Zusammenhalts. Mit diesem Arrangement der Zentralbank sind allerdings auch Nachteile für die wirtschaftliche Entwicklung verbunden: Die Versorgung mit Zentralbankgeld folgt zwangsläufig dem Nettozufluss an Devisen. Daraus kann eine Stagnation resultieren, wenn eine expandierende inländische Bereitschaft zu Investitionen und Konsum nicht ausreichend zahlungskräftig ist und der Finanzsektor nicht bereit ist, Kredite zu gewähren. Der Anteil der Fremdwährungskredite an den gesamten ausstehenden Krediten liegt de iure zwar nur bei knapp 70%. Aufgrund des gewählten Geld- und Wechselkursarrangements verschulden sich private Haushalte, Unternehmen und der Staat de facto aber zur Gänze in Fremdwährung. Damit droht immer eine schwere Finanzkrise im Falle eines plötzlichen Abzugs ausländischen Kapitals, wie etwa zuletzt, als **15 % aller Kredite notleidend** wurden. Die gesamte Bruttoauslandsverschuldung ist

unbekannt. Die Bruttoauslandsverschuldung des Staates ist jedoch mit unter 30% am BIP relativ niedrig, nicht zuletzt wohl auch, weil der Zentralstaat nur geringe fiskalische Bedeutung besitzt.

Fiskalpolitik und Arbeitsmarktpolitik passiv

Das fiskalische Verhalten der letzten Jahre war von einem konstant leichten Defizit des Gesamtstaatshaushaltes gekennzeichnet. Verluste bei den indirekten Steuern wurden durch höhere Einnahmen bei den direkten Steuern kompensiert. Sowohl Sozialausgaben als auch öffentliche Investitionen sind angestiegen. In Bosnien und Herzegowina sind gezielte Aktivierungsmaßnahmen für eine **moderne Arbeitsmarktpolitik bisher kaum implementiert** worden. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik ist äußerst gering.

Ordnungs- und Strukturpolitik nur bedingt vorhanden

Gezielte staatliche Investitionsförderung ist kaum vorhanden. Die regulative Zuständigkeit für die Unternehmensgründung und –registrierung liegt auf Ebene der Entitäten, was Probleme mit sich bringt, sofern ein Unternehmen flächendeckend in Bosnien und Herzegowina tätig sein will. In beiden Entitäten wurde versucht, Zeit und Kosten der Unternehmensgründung zu verringern. Die gemeinsame Förderungsagentur für ausländische Direktinvestitionen (FIPA) bietet bescheidene Investitionsanreize für ausländisches Kapital an, zumeist in Form von Zollbefreiungen für importierte Kapitalgüter. Daneben gibt es auch Steuerbefreiungen, die allerdings nur auf Entitäts-Ebene gelten. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie hat sich zwar in den letzten Jahren etwas gesteigert, ist aber dennoch im regionalen Vergleich eher niedrig. Die Ordnungspolitik des Landes wird stark vom EU Integrationsprozess mitbestimmt. Dabei dienen die **Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität** und das gemeinsame Koordinationsbüro für Reformen des öffentlichen Sektors (PARCO) als entitätsübergreifende Reformschnittstelle.

Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential vernachlässigt

Durch die vielfachen innerstaatlichen Kompetenzüberschneidungen werden gesamtstaatliche Reformen erschwert und das Engagement im Bereich **internationale Kooperation bei Transport- und Energieinfrastruktur eingeschränkt**. Einige wenige konkrete Straßenbauprojekte versuchen, das Land mit dem kroatischen Autobahnnetzwerk zu verbinden.

SWOT-Analyse für Bosnien und Herzegowina

Die SWOT-Analyse beschreibt den gegenwärtigen Zustand Bosnien und Herzegowinas und bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden erst in der folgenden Kosten-Nutzen-Analyse präsentiert. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen), sowie die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren).

Interne Stärken nur dünn gesät

Die Stärken Bosnien und Herzegowinas liegen vor allem in zurückliegenden Erfahrungen und langer Übung. Dementsprechend lassen sich einige **lange Traditionen** identifizieren, auf die zurückgegriffen werden kann. So hat die bosnische Hauptstadt Sarajevo die XIV. Olympischen Winterspiele 1984 ausgerichtet. Einige Wintersportanlagen sind noch in Funktion. Das Land hat eine lange Tradition im Bereich Forstwirtschaft, Energiegewinnung und Bergbau. Eine weitere Stärke ist die ebenso lang geübte Überlebensfähigkeit in politischen Provisorien.

Interne Schwächen im Überfluss

Die Liste der internen Schwächen Bosnien und Herzegowinas ist sehr lang. Ein wesentliches Defizit ist ein **unterentwickelter und technologisch rückständiger Industriesektor**. Auch ein unternehmens- und exportorientierter Dienstleistungssektor ist nur unzulänglich entwickelt. Die **Qualität öffentlicher Institutionen ist beschränkt**. Insbesondere die Leistungsfähigkeit des Staates ist aufgrund des komplizierten Staatsaufbaus massiv gehemmt. Die **Qualität öffentlicher Infrastruktur ist desolat**. Moderne Straßen sind kaum vorhanden. Die Effizienz des Arbeitsmarktes ist mangelhaft. Die Qualität des Humankapitals ist bescheiden. Auch die sozialpartnerschaftliche Koordination ließe sich noch stärken. Ebenso fehlt es weitgehend an unternehmerischen Traditionen abseits des Kleinhandels. Das Erbe der ethnisch motivierten Kriege lastet schwer auf Wirtschaft und Identifizierung mit dem gemeinsamen Staat. Die gemeinsame Staatlichkeit ist nicht gesichert. Damit einher gehend könnten die makroökonomischen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Externe Chancen sind gegeben

Bosnien und Herzegowina ist von der Natur mit breiten Gebirgszügen ausgestattet, was gute Bedingungen für den Tourismus schafft. Darüber hinaus existieren **Bodenschätze und Wasserreichtum**. Neben Kohle, Eisenerz und Bauxit finden sich unter anderem auch Bestände an Kupfer, Blei und Zink. Die Waldbestände sind äußerst umfangreich. Hohe Jahresniederschläge bedienen eine Vielzahl an Flüssen mit erheblichen Gefällestufen, die sich für die Stromerzeugung eignen. Das Land hat die Möglichkeit bekommen, am **EU Integrationsprozess** teilzunehmen, hat aber bisher nur geringe Fortschritte gemacht und ist über die Stufe eines potentiellen Beitrittskandidaten der Europäischen Union nicht hinausgekommen. Immerhin gibt es beispielsweise im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke**.

Externe Gefahren reichlich vorhanden

Unter anderem aufgrund seiner geographischen Lage, de facto landumschlossen und abseits der internationalen Transitrouten, ist Bosnien und Herzegowina **von internationalen Transportnetzwerken ausgeschlossen**. Der Staat ist zudem seit dem Friedensvertrag von Dayton 1995 als **politisches Provisorium** anzusehen, der von seinen Garantiemächten abhängig ist. Ein fehlendes starkes fiskalisches Zentrum hat zu einer mangelnden internen wirtschaftlichen Integration des Landes beigetragen, welche aber eine Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit wäre.

Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen für Bosnien und Herzegowina

Die Kosten-Nutzen-Analyse dient der Darstellung konkreter Politikempfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Bosniens und Herzegowinas. Auf der Mikroebene ließen sich sowohl Kosten als auch Nutzen in Geldwerten beziehungsweise erwirtschaftetem Mehrwert repräsentieren. Auf der Makroebene – also der einer gesamten Volkswirtschaft – ist dies praktisch kaum zu erreichen. Deshalb muss man sich mit einer groben Einteilung in hohe und geringe Kosten und Nutzen der einzelnen Maßnahmen begnügen. Die Analyse geht auf die vier möglichen Kosten-Nutzen Kombinationen ein und vermerkt ob diese Maßnahmen kurzfristig einsetzbar sind beziehungsweise ob mit politischem Widerstand bei der Implementierung zu rechnen ist.

Geringe Kosten und hoher Nutzen – unbedingt zu ermöglichen

Effiziente Maßnahmen deren Umsetzung allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würde und auch nur längerfristig wirken könnte, beinhalten beispielsweise die **Reform des Katasters und des Privatinsolvenzrechts**. Auch die **Förderung von Zirkulärmigration** durch den Abbau von bürokratischen Barrieren wäre allgemein nutzbringend. Wichtig ist auch die **Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln** durch entsprechende Verwaltungsreformen. Öffentliche Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, möglichst nützliche Projekte zu identifizieren und zu kofinanzieren.

Wirksame Maßnahmen, die obendrein auch noch kurzfristig umsetzbar sind, umfassen zum Beispiel die Abwehr destabilisierender Kapitalströme mit Hilfe von **Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen** im Bereich der Mindestreserven Politik und der Besteuerung von ausgewählten Kapitalimporten. Eine weitere wichtige Maßnahme, die schnell umgesetzt werden könnte ist die **Problemlösung der umfangreichen notleidenden Kredite**. Dazu wäre auch die **Schaffung einer Zweckgesellschaft (Bad Bank)** zur Abwicklung des hohen Anteils notleidender Kredite im Sektor der privaten Haushalte zu überlegen – ein Instrument, mit welchem in anderen Ländern gute Erfahrungen gemacht wurden. Voraussetzung wäre allerdings eine internationalen Standards folgende Bewertung der Bankforderungen, um die potenziellen fiskalischen Risiken in einem akzeptablen Rahmen zu halten. Andernfalls könnte aufgrund des potentiellen Anstiegs der Staatsschulden mit politischem Widerstand zu rechnen sein.

Als Ersatz für die fehlende Option einer nominellen Abwertung des Wechselkurses bietet sich eine auch kurzfristig durchführbare **fiskalische Abwertung** an. Dazu müsste zum aktuellen Standardsatz der Mehrwertsteuer von 17% beispielsweise ein erhöhter Satz für spezielle Warengruppen eingeführt werden oder der gesamte Standardsatz erhöht werden, sowie entweder die Einkommensteuersätze (aktuell 0% und 10% für die beiden Steuerklassen), oder die Sozialversicherungsabgaben (aktuell in der Föderation Bosnien und Herzegowinas 10,5% für den Arbeitgeber und 31% für den Arbeitnehmer) gesenkt werden (ohne dabei die Nettolöhne zu erhöhen). Der politische Widerstand für eine Steuerreform mit potentiell regressiven Verteilungswirkungen kann allerdings recht stark ausfallen.

Mit politischem Widerstand kann auch bei der **Reduktion nicht-tarifärer-Handelshemmnisse** gerechnet werden, zumal einige dieser Hemmnisse Partikularinteressen schützen, deren Abbau aber insbesondere bei Exportbarrieren dazu geeignet wäre, kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit Bosniens und Herzegowinas zu erhöhen. Zu diesen Hemmnissen gehören beispielsweise die mangelnde Übernahme

von technischen EU Regeln, sowie von europäischen sanitären und phytosanitären Maßnahmen, wie auch hinderliche administrative Formalitäten im Bereich Dokumente und Automatisierung beim Zoll.

Hohe Kosten und hoher Nutzen – zu ermöglichen

Durchaus kostspielige Maßnahmen, denen allerdings längerfristig hoher Nutzen entspringt, beinhalten eine **umfassende Staatsreform** auch gegen politischen Widerstand zur Stärkung gesamtstaatlicher Institutionen sowie, etwas realistischer und weniger kontrovers, öffentliche **Investitionen in die Transportinfrastruktur**. Derartige Investitionen können die Kosten der heimischen Produktion senken und eine Industrialisierung breiter Sektoren der Wirtschaft wahrscheinlicher machen. Dabei gilt es nicht nur die lokale Transportinfrastruktur zu fördern, sondern auch die überregionale Konnektivität der Transportnetzwerke sicherzustellen. Bosnien und Herzegowina hat bisher den Autobahnausbau vernachlässigt und sollte seine Bemühungen zur Verbindung der wichtigsten Zentren des Landes miteinander sowie mit dem kroatischen Autobahnnetz forcieren. Darüber hinaus geben derartige Investitionen auch in der kurzen Frist positive Wachstumsimpulse, die zu einer potentiellen längerfristigen Selbstfinanzierung über die entsprechenden Mehreinnahmen bei Steuern beitragen. Ähnliches gilt für die Schienen- und Energieinfrastruktur.

Ebenso kostspielig und erst nach längerer Zeit nutzenbringend ist die **Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems**. Die Kombination aus der Vermittlung von fachlichen Fähigkeiten in den Betrieben und von theoretischem Wissen in den berufsbildenden Schulen ermöglicht den Einsatz qualifizierter Facharbeitskräfte beim schrittweisen Übergang von einer low- zu einer medium-tech Industriestruktur, wie er auch in Bosnien und Herzegowina sich sehr langsam vollzieht. Dieser Prozess sollte auch durch eine **aktive Industriepolitik und Exportförderung** sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch des exportorientierten Dienstleistungssektors begleitet werden. Eine konkrete Maßnahme dabei könnte die Errichtung von modernen Industriezonen beispielsweise in der Nähe des Flusshafens des Sonderverwaltungsgebietes Brčko sein. Die bisherige **sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik** sollte stärker als bisher für eine am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohngestaltung genutzt werden. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre sicherlich wünschenswert, aber aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenslagen politisch nur schwer umsetzbar. Anreize und Koordination durch die EU wären vermutlich dazu geeignet entsprechende Widerstände zu überwinden.

Zu den vergleichsweise kurzfristig implementierbaren, aber fiskalisch kostspieligen Maßnahmen zählt eine **verstärkte FDI-Förderung**, beispielsweise mit Hilfe von die Ansiedlung unterstützenden Unternehmensbesteuerungs- und Infrastrukturlösungen, die zu einem raschen Technologie-Transfer durch ausländische Direktinvestitionen führen kann. Teuer, aber kurzfristig einsetzbar ist auch eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, beispielsweise mit gezielten Maßnahmen zur Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und zur Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes oder mit Einstellungsbeihilfen, insbesondere für Jugendliche.

Geringe Kosten und geringer Nutzen – eventuell zu ermöglichen

Bei der Gruppe der kostengünstigen, aber nur mäßig nützlichen Politikempfehlungen finden sich zum Beispiel langfristige Maßnahmen wie ein **professionelles country branding**, oder aber kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wie das **Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen** oder den **Austausch von good practice Beispielen** in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit wichtigen

Bereichen. Diese Maßnahmen würden jedoch bereits sehr knappe öffentliche Ressourcen anderen Verwendungen entziehen, die einen höheren Ertrag versprechen.

Hohe Kosten und geringer Nutzen – zu vermeiden

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen, die sehr kostspielig sein können, aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei einem Land wie Bosnien und Herzegowina, welches über keine nennenswerten Forschungsinstitutionen oder größere Unternehmen verfügt, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, **teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden**. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Top-5 Maßnahmen mit höchstem Nutzen

1. Umfassende Staatsreform (teuer, langfristig, politisch brisant)
2. Investitionen in die Transportinfrastruktur (teuer, langfristig)
3. Verstärkte FDI-Förderung (teuer, kurzfristig)
4. Lösung des Problems notleidender Kredite (günstig, kurzfristig)
5. Fiskalische Abwertung (günstig, kurzfristig, politisch brisant)

ANHANG 1

Anhang Tabelle 8.2.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Bosnien und Herzegowinas im Vergleich, 2013

	BA	WB-7	NMS-5	DE
Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	-5,5	-6,1	1,7	7,5
Güterexporte in % des BIP	20,8	22,0	67,9	42,7
Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)	4,2	3,9	35,9	18,8
Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)	1,9	2,3	6,8	6,3
Eigentumsrechte, "7"=genau definiert und rechtlich geschützt	3,7	3,7	4,0	5,8
Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	3,9	3,1	3,5	6,0
Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	0,1	0,8	1,5	3,6
Stromausfälle pro Firma im Monat	1,0	3,2	0,4	.
Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten	193	728	2789	3950
Einschreibungen in techn. & berufsb. höh. Sekundärausbildung in %	55,0	50,3	54,0	51,4
Arbeitslosigkeit in %, LFS	27,5	23,1	10,1	5,3
Unselbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	20,7	19,8	14,7	10,6
Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	40,0	54,6	62,9	118,8
Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite	15,1	17,2	11,9	2,7

Anmerkung: Daten entsprechen zumeist dem Jahr 2013, andernfalls dem zuletzt verfügbaren Jahr. Bei den Durchschnittswerten entspricht WB-7 den 7 Westbalkanländern und NMS-5 den 5 neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat, IMF, WEF, UNESCO, WDI, nationale Statistiken.

ANHANG 2

Anhang Abbildung 8.2.1 / SWOT-Analyse Matrix – Bosnien und Herzegowina

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwächen
Externe Analyse	Chancen	#Lange Tradition im #Gebirgstourismus, #Forstwirtschaft, sowie bei #Energiegewinnung und #Bergbau und Ansätze zur Integration in internationale #Produktionsnetzwerke	#EU Integrationsprozess und #Produktionsnetzwerke können nützen #Industriesektor, #Dienstleistungssektor, #Institutionen, #Arbeitsmärkte, #Humankapital, #Sozialpartner, #Unternehmerschaft und #Makroökonomische Rahmenbedingungen zu stärken
	Gefahren	#Überlebensfähigkeit in einem regionalen politischen #Provisorium und de facto #Landumschlossenheit	Glaubwürdige ex ante Verpflichtungen in einem regionalen politischen #Provisorium zu #institutionellen, #ökonomischen und #infrastrukturellen Fragen sind bedingt möglich

Anmerkung: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkreten Maßnahmen.

Anhang Abbildung 8.2.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Bosnien und Herzegowina

Kosten	#Start-up Förderung für Innovationen, #Förderungsfonds für herausragende Forschung	<i>Umfassende #Staatsreform, Investitionen in #Transport-Infrastruktur, #FDI-Förderung, #Lohnpolitik, Investitionen in #Duales Ausbildungssystem, aktive #Exportförderung, #Industriepolitik, interregionale #Strukturpolitik, aktive #Arbeitsmarktpolitik</i>
	#Country branding, regionale #Wirtschaftsforen, #good practice Austausch	Absorption von #EU Fonds, #NPL Lösung, #Bad Bank, #Fiskalische Abwertung, #Steuerung von Kapitalzuflüssen, Reduktion #nicht-tarifärer-Handelshemmnisse, #Katasterreform, #Privatinsolvenz, Förderung von #Zirkularmigration
		Nutzen

Anmerkung: Nach Nutzen gereiht. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

8.3. LÄNDERANALYSE KOSOVO

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit des Kosovo

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten liegt am Kosovo bei nur rund einem **Fünftel des deutschen Einkommensniveaus**. Damit ist es das Land mit dem niedrigsten Einkommen am Westbalkan. Allerdings verzeichnete es in den letzten Jahren auch das höchste Wirtschaftswachstum der Region. Das Land hat sich (nach den kriegerischen Auseinandersetzungen 1999) im Jahre 2008 für unabhängig von Serbien erklärt und wurde bisher von einer knappen Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (darunter 23 EU Staaten) als souverän anerkannt, nicht aber von Serbien. Auch konnte die ethnisch albanisch dominierte Zentralregierung nicht die Kontrolle über das gesamte Territorium erlangen. Der Norden des Landes wird größtenteils von Serbien beziehungsweise von der lokalen serbischen Minderheit kontrolliert. Darüber hinaus bestehen auch noch Elemente eines Protektorates in Form der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX) die über weitreichende Befugnisse verfügt und von den sogenannten KFOR Truppen im Auftrag der Vereinten Nationen abgesichert wird.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten inexistent

Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird durch ein persistentes Leistungsbilanzdefizit dokumentiert. Als ehemals strukturell vernachlässigte Region Serbiens ist es nicht überraschend, dass das Kosovo nunmehr als eigenständiger Staat strukturell noch nicht in der Lage ist, den Import von Gütern und Dienstleistungen durch eigene Exporte zu finanzieren. Gleichwohl: Mit einem aktuellen Anteil von **nur 6% Güterexporte am BIP** konnte dieser Wert seit 2005 verdreifacht werden. Dieser Anteil liegt jedoch noch immer fern unter dem sehr niedrigen Durchschnitt der Westbalkanländer. Vor diesem Hintergrund bleibt es unerlässlich, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produktion zu erhöhen, um einen weiteren Anstieg der bisher noch relativ niedrigen Auslandsverschuldung (30 % des BIP) auf einen langfristig nicht tragfähigen Umfang zu verhindern.

Die kosovarischen **Güterexporte sind technologisch unterentwickelt** und bestehen zum überwiegenden Großteil aus Grundmetallen, Mineralprodukten und Nahrungsmitteln. Qualitativ hochwertigere Exporte von Maschinen und Fahrzeugen oder chemischen Erzeugnissen kommen so gut wie nicht vor. Immerhin konnte trotz stark steigender Lohnstückkosten der Marktanteil kosovarischer Güterexporte in die EU in den letzten Jahren - von einem extrem niedrigen Niveau ausgehend - stark ausgeweitet werden, was unter anderem auf eine bestimmte qualitative Aufwertung des vorhandenen Warenangebots hinweisen könnte. Der vom Kosovo als offizielles Zahlungsmittel unilateral übernommene Euro hat das Instrument von Korrekturen des Wechselkurses nach einem externen Schock (z.B. Kapitalabzug) oder einer intern verursachten realen Überbewertung eliminiert. Die nicht-tarifären Handelshemmnisse sind umfangreich und stellen ebenfalls eine Belastung der Exportwirtschaft dar. Dabei handelt es sich unter anderem um die unvollständige Übernahme von EU-Standards.

Ein weiteres Manko ist die **fehlende Integration in internationale Produktionsnetzwerke**. Der intra-industrielle Handel ist nur sehr schwach ausgeprägt und vorwiegend im Niedrig-Technologie-Bereich beheimatet. Insgesamt werden mehr Vorleistungsgüter importiert als exportiert. Diese werden zu einem guten Teil zur Instandhaltung von Maschinen und Transportmitteln verwendet. Ein geringerer Teil dient

der Produktion von exportorientierten Finalgütern. Hauptexportmarkt ist Italien. Weitere wichtige Zielländer sind Albanien und Mazedonien und neuerdings auch China und Deutschland. Unter den handelbaren Dienstleistungen nimmt neben dem Tourismus das Bauwesen eine prominente Rolle ein. Die Tourismuswirtschaft steckt allerdings noch in den Kinderschuhen. Nichtsdestotrotz tragen die Netto-Dienstleistungsexporte zu einer gewissen Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Qualität öffentlicher Institutionen niedrig

Soweit vorhanden, weisen Umfragen bezüglich der Qualität öffentlicher Institutionen das Kosovo als Nachzügler unter den Westbalkanländern aus, einer Region, die im Vergleich mit den neuen EU Mitgliedsstaaten aus Mitteleuropa bereits nicht besonders gut abschneidet. Unter anderem aufgrund der erst jungen und umstrittenen Eigenstaatlichkeit ist die **Leistungsfähigkeit des Staates noch eingeschränkt** und die Korruption allgegenwärtig. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Zustand auch der späten Teilnahme am EU-Integrationsprozess geschuldet. Ein nicht unwesentliches Problem ist auch die unklare Rechtslage von öffentlichem Besitz, insbesondere an der Grenze zum serbisch kontrollierten Nordkosovo (vor allem was das ehemalige Trepca Mienenkombinat anbelangt). Als größtenteils förderlich kann die Aktivität der EULEX Mission angesehen werden, die dem Land beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung hilft (auch wenn zuletzt Korruptionsvorwürfe innerhalb der Mission aufgekommen sind).

Qualität öffentlicher Infrastruktur nur wenig verbessert

Die Transportinfrastruktur ist größtenteils veraltet und in schlechtem Zustand. Immerhin wurden in den letzten Jahren rund 60 km Autobahn bis zur albanischen Grenze gebaut, und ein weiteres Teilstück hin zur mazedonischen Grenze wird folgen. Auch der Flughafen der Hauptstadt Pristina wurde kürzlich erneuert. Der größte Schwachpunkt ist die **unregelmäßige Versorgung mit Elektrizität**, obgleich am Amselfeld die fünftgrößten Braunkohlereserven der Welt lagern. Zwei hoffnungslos veraltete Kohlekraftwerke produzieren den Großteil der Energie, aber auch massive Luftverschmutzung. Wegen regelmäßiger Störungen der bis zu 50 Jahre alten Kraftwerksblöcke sowie aufgrund eines veralteten Stromnetzwerkes sind Stromausfälle am Kosovo an der Tagesordnung.

Ausbildung und Forschung unzureichend

Für das Kosovo wurden bisher keine vergleichbaren Bildungs- und Innovationsindikatoren erhoben. Aufgrund von Einzelberichten darf davon ausgegangen werden, dass die **Qualität der Bildung schlecht** ist und Forschung kaum existiert. Aber die sehr junge Bevölkerung ist für ihre Fremdsprachenkenntnisse bekannt, die sie für die Migration und die Ausbildung im Ausland pflegt.

Arbeitsmarkteffizienz ungenügend

Mit einer **Arbeitslosenquote von über 30%** hält das Kosovo den Spitzenplatz am Westbalkan inne. Zusätzlich zeigt sich die mangelhafte Fähigkeit des Arbeitsmarktes, die arbeitssuchende Bevölkerung unterzubringen, an den extrem hohen Migrationszahlen und der großen Zahl an selbständig Beschäftigten (als Indikator für die Schattenwirtschaft). Es handelt sich hier offensichtlich – wie in den meisten anderen Westbalkanländern – um ein Problem fehlender Kapazitäten in der Industrie und in

anderen Sektoren, denn eine Überregulierung des Arbeitsmarktes liegt ebenso wenig vor wie ein im internationalen Vergleich zu hohes Lohnniveau.

Entwicklung des Finanzmarktes zurückgeblieben

Ein modernes Bankwesen ist erst im Entstehen. Die Konkurrenz unter den Banken ist vergleichsweise gering, wobei sich die wenigen Banken größtenteils in ausländischem Eigentum befinden. Die Bankautomatendichte ist die niedrigste am Westbalkan, das Kreditvolumen sehr gering und der **reale Kreditzinssatz ist sehr hoch**, so dass von der Kreditfinanzierung nur wenige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzierung von wettbewerbsträchtigen Projekten ausgehen.

Einschätzung der bisherigen Politiken des Kosovo

Das politische Klima des Kosovo muss generell als konfrontativ bezeichnet werden. Die politischen Lager agieren äußerst machtbewusst, und es benötigt regelmäßig die Intervention der US-amerikanischen Botschaft um zu Kompromissen zu finden. Die jüngste Regierungsbildung hat mehrere Monate gedauert. Statt Dialog und einvernehmlichen Anstrengungen herrscht immer wieder eine revanchistische Grundeinstellung. Allein das **Ziel eines EU Beitritts scheint unumstritten**. Somit gilt der EU-Integrationsprozess auch als der entscheidende Anker für die demokratische Entwicklung des Kosovo hin zu einem allgemein anerkannten Rechtsstaat.

Geld- und Wechselkurspolitik fixiert

Im unabhängigen Kosovo wurde zunächst unilateral die Deutsche Mark und in weiterer Folge der **Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt**. Damit ergeben sich für die Zentralbank kaum geldpolitische Handlungsspielräume für die Förderung von Wachstum und Entwicklung durch eine entsprechende Einflussnahme auf die Geldversorgung. Der gesamte Kreditbestand ist daher in fremder Währung.

Fiskalpolitik expansiv, Arbeitsmarktpolitik passiv

Das fiskalische Verhalten der letzten Jahre war von einer ausgeglichenen Entwicklung der Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern, sowie einer starken **Zunahme der Sozialausgaben und öffentlichen Anlageinvestitionen** gekennzeichnet. Das **Budgetdefizit ist gering**. In der Steuerstruktur wurde der Standard-Umsatzsteuersatz erhöht und gleichzeitig der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer zurückgefahren. Dies hat über die letzten Jahre hinweg zu einer die Wettbewerbsfähigkeit fördernden fiskalischen Abwertung geführt. Am Kosovo sind gezielte Aktivierungsmaßnahmen für eine **moderne Arbeitsmarktpolitik bisher nicht implementiert** worden. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik ist ebenso wie in anderen Staaten der Region (z.B. Bosnien und Herzegowina) gering.

Ordnungs- und Strukturpolitik nur rudimentär vorhanden

Der Politik umfangreicher öffentlicher Anlageinvestitionen wird **keine gezielte Investitionsförderung des privaten Bereichs** hinzugefügt. Die Politik beschränkt sich auf regulative Maßnahmen: Für die vereinfachte Unternehmensgründung wird eine One-Stop-Shop-Variante angeboten. Die elektronisch

gestützte Registrierung ist in insgesamt 22 Registrierungs-Zentren möglich und erfolgt innerhalb weniger Tage und ohne Gebühren. Zu den wenigen finanzpolitischen Investitionsanreizen zählt zum Beispiel die Möglichkeit, die Steuern oder den Verlust in der Periode der darauffolgenden sieben Jahre den Einkommen entgegen zu rechnen. Im Sinne einer Stimulierung der lokalen Produktion gibt es Zollbefreiungen für ausgewählte Kapitalgüter oder Rohstoffe. Der Strom ausländischer Investitionen in der verarbeitenden Industrie der letzten Jahre war allerdings kaum der Rede wert. Die Ordnungspolitik des Kosovo wird im Wesentlichen von der EULEX- Mission und vom EU-Integrationsprozess bestimmt. Dabei dient die **Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität**.

Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential ausbaubar

Ähnlich den anderen Ländern der Region engagiert sich die Regierung vor allem für eine **internationale Kooperation bei Transport- und Energieinfrastruktur**. Dabei wurden vorrangig Projekte gefördert, die eine verbesserte Verbindung mit Albanien ermöglichen, sei es durch Autobahnbau oder die Errichtung von grenzüberschreitenden Starkstromleitungen. Weitere Straßenbauprojekte sollen die Hauptstadt Pristina auch mit der mazedonischen und später serbischen Grenze verbinden. Derzeit gibt es am Kosovo keinen Erdgasmarkt. Die einzige Pipeline, die von der mazedonischen Hauptstadt Skopje nach Pristina führt, ist seit fast 30 Jahren nicht mehr in Betrieb. Bei der Zuständigkeit für die Elektrizitäts-Übertragung zeigen sich immer wieder praktische Probleme, da der kosovarische Betreiber mit dem serbischen Betreiber in Konflikt steht.

SWOT-Analyse für das Kosovo

Die SWOT-Analyse beschreibt den gegenwärtigen Zustand des Kosovo und bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden erst in der folgenden Kosten-Nutzen-Analyse präsentiert. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen), sowie die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren).

Interne Stärken nur dünn gesät

Für europäische Verhältnisse hat das Kosovo eine besonders **junge Bevölkerung**. Diese ist zudem überaus flexibel und mobil und hat einschlägige Erfahrungen in der Zirkularmigration und bei Bildungsaufenthalten im Ausland und dementsprechend gute Fremdsprachenkenntnisse. Eine weitere Stärke ist die lang geübte Überlebensfähigkeit in politischen Provisorien.

Interne Schwächen im Überfluss

Die Liste der internen Schwächen des Kosovo ist sehr lang. Zentrales Defizit ist ein **kaum existenter und technologisch rückständiger Industriesektor**, der die ins Arbeitsleben drängenden Generationen nicht zu absorbieren vermag. Auch ein unternehmens- und exportorientierter Dienstleistungssektor ist kaum vorhanden oder nur unzulänglich entwickelt. Die **Qualität öffentlicher Institutionen ist beschränkt**. Insbesondere die Leistungsfähigkeit des Staates ist aufgrund der nicht vollends geklärten Statusfrage des Landes gehemmt. Die **Qualität öffentlicher Infrastruktur verlangt erhebliche Investitionen**. Dies gilt insbesondere für den Elektrizitätssektor. Die Effizienz des Arbeitsmarktes stößt

an Grenzen, die durch die Produktionskapazität der Sektoren bestimmt werden. Die **Qualität des Humankapitals ist gering**. Auch die sozialpartnerschaftliche Koordination ließe sich noch stärken. Ebenso fehlt es weitgehend an unternehmerischen Traditionen abseits des Kleinhandels. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen könnten verbessert werden.

Externe Chancen sind durchaus gegeben

Das Kosovo ist von der Natur mit pittoresken Gebirgsabschnitten ausgestattet, was gute Bedingungen für den Tourismus schafft. Darüber hinaus existieren **ergiebige Bodenschätze**. Neben den fünftgrößten Braunkohlereserven der Welt finden sich unter anderem auch Bestände an Zink, Blei, Silber und Chrom. Das Land hat die Möglichkeit bekommen, am **EU Integrationsprozess** teilzunehmen, hat aber bisher nur geringe Fortschritte gemacht und ist über die Stufe eines potenziellen Beitrittskandidaten der Europäischen Union nicht hinausgekommen. Eine gewichtige Chance für die Kosovaren besteht darin, dass ihre **Hauptmigrationsländer Deutschland und Schweiz** sehr stabile Volkswirtschaften sind.

Externe Gefahren reichlich vorhanden

Unter anderem aufgrund seiner geographischen Lage, landumschlossen, fern der internationalen Transitrouten und weit entfernt von den industriellen Zentren Europas, ist das Kosovo **aus internationalen Transport- und Produktionsnetzwerken ausgeschlossen**. Das Land ist zudem aufgrund der Teilsouveränität, der nicht endgültig geklärten Statusfrage und der damit einhergehenden fehlenden Anerkennung durch Serbien als **politisches Provisorium** anzusehen und zudem auch noch durch politisch instabile Nachbarländer umgeben. Dazu zählt insbesondere Mazedonien, welches ebenfalls mit fehlender Anerkennung durch sein größtes Nachbarland Griechenland sowie durch innere ethnische Spannungen gekennzeichnet ist.

Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen für das Kosovo

Die Kosten-Nutzen-Analyse dient der Darstellung konkreter Politikempfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Kosovo. Auf der Mikroebene ließen sich sowohl Kosten als auch Nutzen in Geldwerten beziehungsweise erwirtschaftetem Mehrwert repräsentieren. Auf der Makroebene – also der einer gesamten Volkswirtschaft – ist dies praktisch kaum zu erreichen. Deshalb muss man sich mit einer groben Einteilung in hohe und geringe Kosten und Nutzen der einzelnen Maßnahmen begnügen. Die Analyse geht auf die vier möglichen Kosten-Nutzen Kombinationen ein und vermerkt ob diese Maßnahmen kurzfristig einsetzbar sind beziehungsweise ob mit politischem Widerstand bei der Implementierung zu rechnen ist.

Geringe Kosten und hoher Nutzen – unbedingt zu ermöglichen

Effiziente Maßnahmen, die allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würden und auch nur längerfristig wirken könnten, beinhalten beispielsweise die **Reform des Katasters und des Privatinsolvenzrechts**. Auch die **Förderung von Zirkularmigration** durch den Abbau von bürokratischen Barrieren wäre allgemein nutzbringend. Wichtig ist auch die **Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln** durch entsprechende Verwaltungsreformen. Öffentliche Verwaltungen müssen in die

Lage versetzt werden, möglichst nützliche Projekte im Zuge der Anwendung internationaler Standards zu identifizieren und zu kofinanzieren.

Wirksame Maßnahmen, die auch noch kurzfristig umsetzbar sind, umfassen zum Beispiel **Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen** mit Hilfe etwa der Mindestreserven Politik und der selektiven Besteuerung von unerwünschten Kapitalimporten. Eine weitere wichtige Maßnahme, die schnell umgesetzt werden könnte, ist die **Lösung des Problems der notleidenden Kredite**.

Als Ersatz für eine Wechselkursabwertung bietet sich eine kurzfristig durchführbare **fiskalische Abwertung** an, die an die bereits gemachten Erfahrungen der letzten Jahre anknüpft. Dazu müsste zum aktuellen Standardsatz der Mehrwertsteuer von 16% beispielsweise ein erhöhter Satz für spezielle Warengruppen eingeführt werden oder der gesamte Standardsatz erhöht werden, sowie entweder die Einkommensteuersätze (aktuell 0%, 4%, 8% und 10% für die vier Steuerklassen), oder die Sozialversicherungsabgabensätze (aktuell 5% für den Arbeitgeber und ebenso 5% für den Arbeitnehmer) gesenkt werden (ohne dabei die Nettolöhne zu erhöhen). Der politische Widerstand für eine Steuerreform mit potentiell regressiven Verteilungswirkungen kann allerdings recht stark ausfallen.

Mit politischem Widerstand kann auch bei der **Reduktion nicht-tarifärer-Handelshemmnisse** gerechnet werden, zumal einige dieser Hemmnisse Partikularinteressen schützen, deren Abbau aber insbesondere bei Exportbarrieren dazu geeignet ist, kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Kosovo zu erhöhen. Zu diesen Hemmnissen gehören beispielsweise die wenig ausgebauten Informations- und Notifikationsmechanismen, die mangelnde Übernahme von technischen EU Regeln, sowie europäischer sanitärer und phytosanitärer Maßnahmen, sowie hinderliche administrative Formalitäten im Bereich Dokumente und Automatisierung beim Zoll.

Hohe Kosten und hoher Nutzen – zu ermöglichen

Kostspielige Maßnahmen, denen allerdings längerfristig auch hoher Nutzen entspringt, beinhalten zum Beispiel eine **endgültige Klärung der Statusfrage** auch gegen großen politischen Widerstand zur Stärkung gesamtstaatlicher Institutionen sowie, etwas realistischer und weniger kontrovers, öffentliche **Investitionen in die Transportinfrastruktur**. Dies könnte die Transportkosten senken und eine Industrialisierung entlang der neuen Trassen wahrscheinlicher machen. Dabei gilt es nicht nur die lokale Transportinfrastruktur zu fördern, sondern auch die überregionale Konnektivität der Transportnetzwerke sicherzustellen. Das Kosovo hat bereits einiges in den Autobahnausbau investiert und sollte jetzt verstärkt Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur unternehmen, um auch die Entwicklung größerer Betriebe zu ermöglichen, die auf diese Infrastruktur angewiesen sind. Darüber hinaus geben derartige Investitionen auch in der kurzen Frist positive Wachstumsimpulse, die zu einer potentiellen längerfristigen Selbstfinanzierung über die entsprechenden Mehreinnahmen bei Steuern beitragen. Dies gilt insbesondere auch für die Energieinfrastruktur. Die **Sicherstellung regelmäßiger Elektrizitätsversorgung** sollte allerhöchste Priorität haben und ist mittelfristig unabdingbar.

Ebenso kostspielig und erst nach längerer Zeit nutzenbringend ist die **Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems**. Die Kombination aus der Vermittlung von fachlichen Fähigkeiten in den Betrieben und von theoretischem Wissen in den berufsbildenden Schulen ermöglicht den Einsatz qualifizierter Facharbeitskräfte beim schrittweisen Übergang von einer low- zu einer medium-tech Industriestruktur, wie er auch am Kosovo sich langsam vollzieht. Dieser Prozess sollte auch durch eine

aktive Industriepolitik und Exportförderung sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch des exportorientierten Dienstleistungssektors begleitet werden. Eine konkrete Maßnahme dabei könnte die verstärkte Errichtung von modernen Industriezonen sein. Eine **sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik** mit dem Ziel, von Vollbeschäftigungswachstum bei niedriger Inflationsrate wäre eine weitere langfristig wirkende Begleitmaßnahme. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre wünschenswert, aber aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenslagen politisch nur schwer umsetzbar. Anreize und Koordination durch die EU wären vermutlich dazu geeignet entsprechende Widerstände zu überwinden.

Zu den vergleichsweise kurzfristig implementierbaren teuren Maßnahmen zählt eine **verstärkte FDI-Förderung**, beispielsweise mit Hilfe von ansiedlungsunterstützenden Unternehmensbesteuerungs- und maßgeschneiderten Infrastrukturlösungen, die zu einem raschen Technologie-Transfer durch ausländische Direktinvestitionen führen kann. Teuer, aber kurzfristig einsetzbar, ist auch eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, beispielsweise mit gezielten Maßnahmen zur Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und zur Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes oder mit Einstellungsbeihilfen, insbesondere für Jugendliche.

Geringe Kosten und geringer Nutzen – eventuell zu ermöglichen

Bei der Gruppe der kostengünstigen, aber nur mäßig Ertrag bringenden Politikempfehlungen finden sich langfristige Maßnahmen wie beispielsweise ein **professionelles country branding**, oder aber kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wie das **Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen** oder den **Austausch von good practice Beispielen** in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeiten wichtigen Bereichen. Diese Maßnahmen würden jedoch bereits sehr knappe öffentliche Ressourcen anderen Verwendungen entziehen, die einen höheren Ertrag versprechen.

Hohe Kosten und geringer Nutzen – zu vermeiden

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen die erfahrungsgemäß sehr kostspielig sind, aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei einem Land wie dem Kosovo, welches über keine nennenswerten Forschungsinstitutionen oder größere Unternehmen verfügt, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, **teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden**. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Top-5 Maßnahmen mit höchstem Nutzen

1. Klärung der Statusfrage des Landes (teuer, langfristig, politisch brisant)
2. Investitionen in die Energieinfrastruktur (teuer, langfristig)
3. Investitionen in die Transportinfrastruktur (teuer, langfristig)
4. Verstärkte FDI-Förderung (teuer, kurzfristig)
5. Fiskalische Abwertung (günstig, kurzfristig, politisch brisant)

ANHANG 1**Anhang Tabelle 8.3.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit des Kosovo im Vergleich, 2013**

	XK	WB-7	NMS-5	DE
Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	-6,7	-6,1	1,7	7,5
Güterexporte in % des BIP	6,0	22,0	67,9	42,7
Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)	0,2	3,9	35,9	18,8
Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)	0,1	2,3	6,8	6,3
Eigentumsrechte, "7"=genau definiert und rechtlich geschützt	.	3,7	4,0	5,8
Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	.	3,1	3,5	6,0
Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	0,6	0,8	1,5	3,6
Stromausfälle pro Firma im Monat	11,4	3,2	0,4	.
Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten	.	728	2789	3950
Einschreibungen in techn.&berufsb.höh.Sekundärausbildung in %	.	50,3	54,0	51,4
Arbeitslosigkeit in %, LFS	30,9	23,1	10,1	5,3
Unselbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	19,8	19,8	14,7	10,6
Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	32,2	54,6	62,9	118,8
Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite	.	17,2	11,9	2,7

Anmerkung: Daten entsprechen zumeist dem Jahr 2013, andernfalls dem zuletzt verfügbaren Jahr. Bei den Durchschnittswerten entspricht WB-7 den 7 Westbalkanländern und NMS-5 den 5 neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat, IMF, WEF, UNESCO, WDI, nationale Statistiken.

ANHANG 2

Anhang Abbildung 8.3.1 / SWOT-Analyse Matrix - Kosovo

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwächen
Externe Analyse	Chancen	<p>#Junge Bevölkerung mit guten Sprachkenntnissen bei #Zirkularmigration mit stabilen Hauptmigrationsländern Deutschland und Schweiz und im #Gebirgstourismus sowie bei #Energiegewinnung und #Bergbau einsetzbar</p>	<p>#EU Integrationsprozess kann nützen #Industriesektor, #Dienstleistungssektor, #Institutionen, #Arbeitsmärkte, #Humankapital, #Sozialpartner, #Unternehmerschaft und #Makroökonomische Rahmenbedingungen zu stärken</p>
	Gefahren	<p>#Junge mobile Bevölkerung kann #Transport- und #Produktionsnetzwerk isolierte #landumschlossene Heimat zu Zwecken der #Zirkularmigration verlassen; #Überlebensfähigkeiten in einem regionalen politischen #Provisorium</p>	<p>Glaubwürdige ex ante Verpflichtungen in einem regionalen politischen #Provisorium zu #institutionellen, #ökonomischen und #infrastrukturellen Fragen sind bedingt möglich</p>

Anmerkung: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkreten Maßnahmen.

Anhang Abbildung 8.3.2 / Kosten-Nutzen Matrix - Kosovo

Kosten	↑	<p>#Start-up Förderung für Innovationen, #Förderungsfonds für herausragende Forschung</p>	<p><i>Endgültige #Klärung der Statusfrage, Investitionen in #Energie- und #Transport-Infrastruktur, #FDI-Förderung, #Lohnpolitik, Investitionen in #Duales Ausbildungssystem, aktive #Exportförderung, #Industriepolitik, interregionale #Strukturpolitik, aktive #Arbeitsmarktpolitik</i></p>
		<p>#Country branding, regionale #Wirtschaftsforen, #good practice Austausch</p>	<p>Absorption von #EU Fonds, #NPL Lösung, #Fiskalische Abwertung, #Steuerung von Kapitalzuflüssen, Reduktion #nicht-tarifärer-Handelshemmnisse, #Katasterreform, #Privatinsolvenz, Förderung von #Zirkularmigration</p>
			Nutzen

Anmerkung: Nach Nutzen gereiht. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

8.4. LÄNDERANALYSE KROATIEN

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens

Kroatien zählt zu den weniger wohlhabenden Ländern Europas. Das Land erreicht rund die **Hälfte des deutschen Einkommensniveaus** gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten, ist aber damit das am höchsten entwickelte der Westbalkanregion. Kroatien hatte Anfang der 1980er Jahre schon fast zwei Drittel des deutschen Einkommensniveaus erreicht und ist seither von vielen Rückschlägen in der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgt worden. Seit Ausbruch der jüngsten Wirtschaftskrise erleidet das Land bereits sechs Jahre in Folge einen BIP-Rückgang. Als politischen Erfolg lässt sich bewerten, dass Kroatien am 1. Juli 2013 der Europäischen Union beigetreten ist.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten eingeschränkt

Kroatien hatte bis vor kurzem, wie auch die anderen Länder des Westbalkans, ein dauerhaftes Leistungsbilanzdefizit. Im Zuge der anhaltenden Krise kam es jedoch zu einer Korrektur der Leistungsbilanz, weil der Einbruch bei privatem Konsum und Investitionen auch zu einer drastischen **Kürzung der Importe** führte. Zurzeit besteht ein **krisenbedingter Leistungsbilanzüberschuss**. Gleichzeitig **stagnieren die Exporte** als Anteil am BIP seit 2005 und liegen mit 21% knapp unter dem bescheidenen Durchschnitt der Westbalkanländer und damit weit entfernt von den Quoten, die die mitteleuropäischen neuen EU-Mitgliedsstaaten mit fast 70% zuletzt erreichten.

Die kroatischen **Güterexporte sind technologisch diversifiziert** und bestehen zum Großteil aus Maschinen, raffinierten Erdölprodukten, Medikamenten und Schiffen. Damit hat das Land auch einige qualitativ hochwertigere Exporte im Angebot. Allerdings musste im Zuge der Annäherung an die EU insbesondere die traditionsreiche Werftindustrie erheblich verkleinert werden, zumal die Subventionierung defizitärer Betriebe von der EU untersagt wurde. So ist es in Folge einer fortschreitenden Deindustrialisierung wenig verwunderlich, dass trotz leicht fallender Lohnstückkosten auch der Marktanteil kroatischer Güterexporte in die EU in den letzten Jahren gefallen ist. Der in einem engen Band an den Euro fixierte Wechselkurs erlaubt keine stärkere Abwertung des nominalen Kurses im Falle externer Schocks und ist damit seit langem eine Belastung für die Exportwirtschaft.

Immerhin sind **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke vorhanden**. Der intra-industrielle Handel ist vorwiegend im mittleren Technologiebereich beheimatet mit einigen Ergänzungen im Hochtechnologiesegment. Insgesamt werden mehr Vorleistungsgüter importiert als exportiert. Generell ist die Exportperformance des produzierenden Gewerbes in Kroatien im Vergleich zur Region befriedigend, im Vergleich zu den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa allerdings unterdurchschnittlich. Hauptexportmärkte Kroatiens sind Italien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Slowenien und Österreich. Unter den handelbaren Dienstleistungen nimmt die Tourismuswirtschaft eine singuläre Rolle ein. Insgesamt tragen die Netto-Dienstleistungsexporte massiv zur Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Qualität öffentlicher Institutionen vergleichsweise zufriedenstellend

Umfragen bezüglich der Qualität öffentlicher Institutionen weisen Kroatien zumeist als durchschnittlich bis überdurchschnittlich entwickelt unter den Westbalkanländern aus. Der Schutz der Eigentumsrechte und die Unabhängigkeit des Justizwesens sind noch verbesserungsfähig. In den letzten Jahren haben sich die **Leistungsfähigkeit des Staates und die regulatorische Qualität stark gesteigert**. Dies ist hauptsächlich dem EU-Integrationsprozess geschuldet der zuletzt zum EU-Beitritt geführt hat.

Qualität öffentlicher Infrastruktur vergleichsweise gut

Kroatien hat über die Jahre hinweg ein **beeindruckendes Autobahnnetz** aufgebaut, welches das Land im Inneren als auch mit den Nachbarländern gut verbindet. Einzelne Abschnitte fehlen noch, insgesamt ist aber die Autobahndichte in Kroatien höher als in den neuen mitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern. Mit einer elektrifizierten und größtenteils doppelgleisigen Eisenbahnstrecke entlang der Haupttransitroute zwischen der slowenischen Grenze, der Hauptstadt Zagreb und der serbischen Grenze hat das Land ein **im regionalen Vergleich großes Eisenbahnnetz**. Die Versorgung Kroatiens mit elektrischer Energie ist gewährleistet. Stromausfälle kommen nur sehr selten vor.

Ausbildung und Forschung vergleichsweise gut

Bei fast allen Bildungs- und Innovationsindikatoren belegt Kroatien den besten Rang in der Region, ist aber im Vergleich mit den neuen EU Mitgliedsländern aus Mitteleuropa zumeist unterdurchschnittlich. Dem Land stehen **Forscher und Techniker zur Verfügung**. Die PISA-Testergebnisse der Schüler sind befriedigend ausgefallen. Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung wie auch die öffentlichen Bildungsausgaben sind vergleichsweise hoch. Auch befindet sich ein **hoher Anteil an Jugendlichen in technischer und berufsbildender höherer Sekundärausbildung**.

Arbeitsmarkteffizienz mangelhaft

Obgleich die **Arbeitslosenquote von 17%** für die Verhältnisse am Westbalkan vergleichsweise gering ist, zeigt sich die mangelhafte Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes auch an den hohen Migrationszahlen und der großen Menge der selbständig Beschäftigten (als Indikator für die Schattenwirtschaft). Der Arbeitsmarkt ist im Vergleich zu anderen Ländern am Westbalkan reguliert; viele Regulierungen sind den deutschen ähnlich. Der durchschnittliche Bruttolohn eines Arbeitnehmers ist mit rund 1050 Euro für den Westbalkan vergleichsweise hoch. Auch wenn die Produktivität höher als in den anderen Ländern ist, dürfte ein zu hoch bewerteter realer Kurs vorliegen. Auch scheinen in den wenigen Industriebetrieben des Landes die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen nicht besonders kooperativ gestaltet zu sein und die **Lohnsetzung erfolgt verhältnismäßig unkoordiniert** in den einzelnen Betrieben.

Entwicklung des Finanzmarktes zurückgeblieben und notleidend

Die meisten Banken des Landes befinden sich in ausländischem Eigentum. Die Bankautomatendichte ist überdurchschnittlich hoch und das Kreditvolumen ebenso. Die Dynamik der Kreditvergabe ist allerdings in den letzten Jahren stark zurückgegangen und die realen Kreditzinsen sind hoch. Hinzu

kommt, dass fast **ein Sechstel der Kredite notleidend** sind, was einer expansiven Kreditfinanzierung notwendiger privater Investitionen im Wege steht.

Einschätzung der bisherigen Politiken Kroatiens

In der politischen Szene Kroatiens herrscht ein lähmendes Lagerdenken. Die (wirtschafts-)politischen Unterschiede zwischen Sozialdemokraten als Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Kroatiens und der konservativen Kroatischen Demokratischen Union als Partei des ersten demokratisch gewählten kroatischen Präsidenten sind relativ gering. Hauptstreitpunkt zwischen „Roten“ und „Schwarzen“ ist die Interpretation der Geschehnisse während und nach dem zweiten Weltkrieg. Hinzu kommt, dass nach sechs Jahren Rezession das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung so niedrig wie in kaum einem anderen Land der Region ist. Obgleich auch die EU in Kroatien kein besonders hohes Ansehen genießt war das Ziel eines EU-Beitritts bei einer Mehrheit unumstritten. Somit gilt der EU-Integrationsprozess auch als der entscheidende Anker für die demokratische Entwicklung Kroatiens hin zu einem gefestigten Rechtsstaat. Heute ist das **Ziel des Beitritts zur Europäischen Währungsunion weitgehend unumstritten**.

Geld- und Wechselkurspolitik unflexibel

Die Kroatische Währung ist **in einem engen gleitenden Band an den Euro fixiert**. Der Anteil an Fremdwährungskrediten liegt bei über 70% vom BIP und die Bruttoauslandsverschuldung ist mit über 100% die höchste in der Region. Somit ergeben sich für die Zentralbank kaum geldpolitische Handlungsräume.

Fiskalpolitik krisengesteuert, Arbeitsmarktpolitik passiv

Das fiskalische Verhalten der letzten Jahre war von einem allgemeinen krisenbedingten Rückgang der Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern sowie einer Zunahme der Sozialausgaben gekennzeichnet. Die **öffentlichen Ausgaben für Anlageinvestitionen wurden radikal gekürzt**. In Kroatien sind gezielte Aktivierungsmaßnahmen für eine **moderne Arbeitsmarktpolitik bisher nur wenig implementiert** worden. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik ist gering.

Ordnungs- und Strukturpolitik vorhanden

Eine Strukturpolitik durch **gezielte Investitionsförderung ist vorhanden**. In Kroatien wird versucht, über die kroatische Agentur für Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (AIK) ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Die Agentur bietet dazu eine Vielzahl an Anreizen. Dazu zählen einerseits reduzierte Steuersätze für 10 Jahre von 10% für Investitionen von unter 1 Million Euro bei einer gleichzeitigen Schaffung von 5 Arbeitsplätzen bis zu 0% für Summen über 3 Millionen Euro und 15 neuen Arbeitsplätzen. Andererseits gibt es auch Subventionen für Kapitalinvestitionen, deren Höhe von der Arbeitsmarktsituation abhängig ist und bis zu 1 Million Euro betragen kann. Investitionsprojekte mit hohem Potential der Arbeitsplatzschaffung erhalten zusätzliche Aufschläge, die bis zu 100% betragen können wenn mehr als 500 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zur Stärkung der Forschung und Entwicklung werden in Kroatien entsprechende Investitionen ebenfalls mit Anreizen gefördert, zu denen Steuerermäßigungen und Subventionen zählen. Die Subventionen reichen von 100% der förderungsfähigen Kosten (Kosten für Personal, das direkt in die Forschung involviert ist oder für die Forschung verwendetes Material) bei der Grundlagenforschung über 50% bei der angewandten Forschung bis hin zu 25% für die Entwicklungsforschung. Für Klein- und Mittelbetriebe gibt es noch zusätzliche Aufschläge. Letztere erhalten auch vergünstigte Kredite bei der Kroatischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (HBOR), die aber auch für andere Unternehmen und Projekte zur Verfügung stehen.

In den letzten Jahren sind die **staatlichen Subventionszahlungen auf vergleichsweise hohem Niveau stagniert** und stellen mit annähernd 2% des BIP den dritthöchsten Wert der Region dar. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie als Anteil am BIP hat sich in den letzten Jahren gesteigert und ist mit jenem in den neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa vergleichbar. Die Ordnungspolitik Kroatiens wird auch nach dem Beitritt vom EU Integrationsprozess bestimmt. Dabei dient die **Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität**.

Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential ausbaubar

Ähnlich den anderen Ländern der Region engagiert sich Kroatien vor allem im Bereich **internationale Kooperation bei Transport- und Energieinfrastruktur**. Dabei wurden vorrangig Straßenbauprojekte gefördert, die eine verbesserte Nord-Süd-Verbindung zwischen Ungarn und Bosnien und Herzegowina ermöglichen, sowie den langen adriatischen Küstenstreifen besser erschließen. Darüber hinaus werden auch die kroatischen Häfen Rijeka und Ploče ausgebaut. Weit gediehen sind auch die Pläne für den Bau eines großen Flüssiggasterminals auf der Insel Krk, der die europäische Energieversorgung sicherer machen soll.

SWOT-Analyse für Kroatien

Die SWOT-Analyse beschreibt den gegenwärtigen Zustand Kroatiens und bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden erst in der folgenden Kosten-Nutzen-Analyse präsentiert. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen), sowie die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren).

Interne Stärken mäßig vorhanden

Zu den Stärken Kroatiens zählt eine **lange Tradition** im Küstentourismus, bei der Hochsee- und Flussschifffahrt, in der Land- und Forstwirtschaft, bei der Energiegewinnung und beim Bergbau. Das **Humankapital** Kroatiens ist vergleichsweise gut ausgebildet. Als weitere Stärke kann die größtenteils stabilisierende Funktion der Außenpolitik Kroatiens in Bezug auf die Region und insbesondere Bosnien und Herzegowina angesehen werden.

Interne Schwächen reichlich vorhanden

Die Liste der internen Schwächen Kroatiens ist trotzdem lang. Der exportorientierte Industriesektor ist vor allem in seiner Größe ausbaubar. Der unternehmens- und exportorientierte Dienstleistungssektor ist mäßig entwickelt. Die Qualität öffentlicher Institutionen und die Qualität der öffentlichen Infrastruktur ist verbesserungswürdig. Die **Aufnahmekapazitäten des Arbeitsmarktes sind dürrtig**. Die **sozialpartnerschaftliche Koordination ist unzureichend**. Ebenso fehlt es weitgehend an unternehmerischen Traditionen abseits des Kleinhandels. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen sollten verbessert werden.

Externe Chancen sind gegeben

Kroatien ist von der Natur mit einem **Meereszugang** und malerischen Küstenabschnitten ausgestattet, was gute Bedingungen für Seehandel und Tourismus schafft. Es existieren auch großzügige land- und forstwirtschaftliche Flächen. Unter den natürlichen Ressourcen befinden sich unter anderem Erdöl und Erdgas, Bauxit und Kohle. Ein weiterer Vorteil ist die Lage an der Grenze zwischen Mittel- und Südosteuropa und entlang der Donau, was eine **Einbindung in internationale Transportnetzwerke** begünstigt. Insbesondere im Bereich der Erdöl- und der chemischen Industrie gibt es **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke**. Das Land hat die Möglichkeit bekommen, **EU-Mitglied** zu werden, was unter anderem die Risiken für ausländische Investoren, in produktive Kapazitäten zu investieren, massiv verringert.

Externe Gefahren auch vorhanden

Kroatien ist zudem durch **politisch instabile Nachbarländer** umgeben. Dazu zählt insbesondere Bosnien und Herzegowina, welches die vollständige Souveränität noch immer nicht erlangen konnte. Hier ist Kroatien ein gewichtiger Akteur bei der Lösung der Souveränitätsfrage der durch frühere kriegerische Auseinandersetzungen belastet ist und sich nun in einer neuen, konstruktiveren Rolle übt.

Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen für Kroatien

Die Kosten-Nutzen-Analyse dient der Darstellung konkreter Politikempfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens. Auf der Mikroebene ließen sich sowohl Kosten als auch Nutzen in Geldwerten beziehungsweise erwirtschaftetem Mehrwert repräsentieren. Auf der Makroebene – also der einer gesamten Volkswirtschaft – ist dies praktisch kaum zu erreichen. Deshalb muss man sich mit einer groben Einteilung in hohe und geringe Kosten und Nutzen der einzelnen Maßnahmen begnügen. Die Analyse geht auf die vier möglichen Kosten-Nutzen Kombinationen ein und vermerkt ob diese Maßnahmen kurzfristig einsetzbar sind beziehungsweise ob mit politischem Widerstand bei der Implementierung zu rechnen ist.

Geringe Kosten und hoher Nutzen – unbedingt zu ermöglichen

Effiziente Maßnahmen, die allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würden und auch nur längerfristig wirken könnten, beinhalten beispielsweise die **Reform des Privatinsolvenzrechts**. Besonders wichtig erscheint die **Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln** durch entsprechende

Verwaltungsreformen. Öffentliche Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, möglichst nützliche Projekte zu identifizieren und zu kofinanzieren.

Wirksame Maßnahmen, die obendrein auch noch kurzfristig umsetzbar sind, umfassen zum Beispiel den **Übergang zu einem erweiterten Wechselkursband zum Euro**, welches der Abwehr destabilisierender Kapitalzuflüsse dient und trotzdem den Exporteuren Planungssicherheit bietet. Einen ähnlichen Effekt können auch **Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen** wie etwa höhere Mindestreserveanforderungen für ausgewählte Kapitalzuflüsse oder ihre entsprechende Besteuerung haben. Eine weitere wichtige Maßnahme, die schnell umgesetzt werden könnte, ist die **Überwindung des Problems der notleidenden Kredite**. Dabei wäre auch nach einer Qualitätsprüfung der ausstehenden Forderungen wie in Slowenien die **Gründung einer Zweckgesellschaft (Bad Bank)** zu erwägen.

Als Alternative zu einer stärkeren nominellen Abwertung des Wechselkurses, welche aufgrund der fortgeschrittenen Euroisierung und Auslandsverschuldung Kroatiens wenig effektiv für die Exportstimulierung wäre, bietet sich eine auch kurzfristig durchführbare **fiskalische Abwertung an**. Dazu müsste zum aktuellen Standardsatz der Mehrwertsteuer von 25% beispielsweise ein erhöhter Satz für spezielle Warengruppen eingeführt werden oder der gesamte Standardsatz erhöht werden, sowie entweder die Einkommensteuersätze (aktuell 0%, 12%, 25% und 40% für die vier Steuerklassen), oder die Sozialversicherungsabgaben (aktuell 15,2% für den Arbeitgeber und 20% für den Arbeitnehmer) gesenkt werden (ohne dabei die Nettolöhne zu erhöhen). Der politische Widerstand für eine Steuerreform mit potentiell regressiven Verteilungswirkungen kann allerdings recht stark ausfallen.

Hohe Kosten und hoher Nutzen – zu ermöglichen

Kostspielige Maßnahmen, denen allerdings längerfristig auch hoher Nutzen entspringt, beinhalten zum Beispiel öffentliche **Investitionen in die Transportinfrastruktur**. Diese können die Kosten der heimischen Produktion senken und eine Industrialisierung breiter Sektoren der Wirtschaft wahrscheinlicher machen. Dabei gilt es nicht nur die lokale Transportinfrastruktur zu fördern, sondern auch die überregionale Konnektivität der Transportnetzwerke sicherzustellen. Kroatien hat bereits massiv in den Autobahnausbau investiert und sollte nun auch größere Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur unternehmen. Derartige Investitionen geben auch in der kurzen Frist positive Wachstumsimpulse, die zu einer potentiellen längerfristigen Selbstfinanzierung über die entsprechenden Mehreinnahmen bei Steuern beitragen. Ähnliches gilt auch für die Energieinfrastruktur.

Ebenso kostspielig und erst nach längerer Zeit nutzenbringend ist die **Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems**. Die Kombination aus der Vermittlung von fachlichen Fähigkeiten in den Betrieben und von theoretischem Wissen in den berufsbildenden Schulen ermöglicht den Einsatz qualifizierter Facharbeitskräfte beim weiteren Übergang zu einer medium- bis high-tech Industriestruktur, wie er in Kroatien sich sehr langsam vollzieht. Dieser Prozess sollte auch durch eine noch **aktivere Industriepolitik und Exportförderung** sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch des exportorientierten Dienstleistungssektors begleitet werden.

Eine **sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik** mit dem Ziel von Vollbeschäftigungswachstum bei niedriger Inflationsquote wäre eine weitere langfristig wirkende Begleitmaßnahme. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre sicherlich wünschenswert, aber aufgrund der vielen unterschiedlichen

Interessenslagen politisch nur schwer umsetzbar. Anreize und Koordination durch die EU wären vermutlich dazu geeignet entsprechende Widerstände zu überwinden.

Zu den vergleichsweise kurzfristig implementierbaren teuren Maßnahmen zählt eine **verstärkte FDI-Förderung**, beispielsweise mit Hilfe von weiteren ansiedlungsunterstützende Unternehmensbesteuerungs- und maßgeschneiderten Infrastrukturösungen, die zu einem raschen Technologie-Transfer durch ausländische Direktinvestitionen führen kann. Teuer, aber kurzfristig einsetzbar, ist auch eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, beispielsweise mit gezielten Maßnahmen zur Förderung der räumlichen Mobilität der Arbeitskräfte und zur Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes oder mit Einstellungsbeihilfen, insbesondere für Jugendliche.

Geringe Kosten und geringer Nutzen – eventuell zu ermöglichen

Bei der Gruppe der kostengünstigen, aber nur mäßig nützlichen Politikempfehlungen finden sich zum Beispiel langfristige Maßnahmen wie ein **professionelles country branding**, oder aber kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wie das **Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen** oder den **Austausch von good practice Beispielen** in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeiten wichtigen Bereichen. Diese Maßnahmen würden jedoch bereits sehr knappe öffentliche Ressourcen anderen Verwendungen entziehen, die einen höheren Ertrag versprechen.

Hohe Kosten und geringer Nutzen – zu vermeiden

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen die sehr kostspielig sein können aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei einem Land wie Kroatien, welches nur über eine Handvoll nennenswerter Forschungsinstitutionen oder größerer Unternehmen verfügt, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, **teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden**. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Top-5 Maßnahmen mit höchstem Nutzen

1. Sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik (teuer, langfristig)
2. Investitionen in Duales Ausbildungssystem (teuer, langfristig)
3. Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln (günstig, langfristig)
4. Problemlösung der notleidenden Kredite (günstig, kurzfristig)
5. Fiskalische Abwertung (günstig, kurzfristig, politisch brisant)

ANHANG 1

Anhang Tabelle 8.4.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens im Vergleich, 2013

	HR	WB-7	NMS-5	DE
Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	1,3	-6,1	1,7	7,5
Güterexporte in % des BIP	21,3	22,0	67,9	42,7
Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)	5,3	3,9	35,9	18,8
Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)	2,5	2,3	6,8	6,3
Eigentumsrechte, "7"=genau definiert und rechtlich geschützt	3,8	3,7	4,0	5,8
Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	3,0	3,1	3,5	6,0
Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	2,2	0,8	1,5	3,6
Stromausfälle pro Firma im Monat	1,0	3,2	0,4	.
Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten	1584	728	2789	3950
Einschreibungen in techn.&berufsb.höh.Sekundärausbildung in %	65,5	50,3	54,0	51,4
Arbeitslosigkeit in %, LFS	17,2	23,1	10,1	5,3
Unselbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	17,0	19,8	14,7	10,6
Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	111,7	54,6	62,9	118,8
Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite	15,3	17,2	11,9	2,7

Anmerkung: Daten entsprechen zumeist dem Jahr 2013, andernfalls dem zuletzt verfügbaren Jahr. Bei den Durchschnittswerten entspricht WB-7 den 7 Westbalkanländern und NMS-5 den 5 neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat, IMF, WEF, UNESCO, WDI, nationale Statistiken.

ANHANG 2

Anhang Abbildung 8.4.1 / SWOT-Analyse Matrix - Kroatien

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwächen
Externe Analyse	Chancen	#Lange Tradition in #Küstentourismus, #Landwirtschaft, #Forstwirtschaft, #Energiegewinnung, #Bergbau, #Schifffahrt und Ansätze zur Integration in internationale #Transportnetzwerke und #Produktionsnetzwerke in der neuen #EU Mitgliedschaft mit Hilfe von qualitativem #Humankapital	#EU Mitgliedschaft und #Transportnetzwerke und #Produktionsnetzwerke können nützen #Industriesektor, #Dienstleistungssektor, #Institutionen, #Arbeitsmärkte, #Sozialpartner, #Unternehmerschaft und #Makroökonomische Rahmenbedingungen zu stärken
	Gefahren	#Stabilisierender Faktor in einem regionalen politischen #Provisorium	Glaubwürdige ex ante Verpflichtungen in einem regionalen politischen #Provisorium zu #institutionellen, #ökonomischen und #infrastrukturellen Fragen sind möglich

Anmerkung: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkreten Maßnahmen.

Anhang Abbildung 8.4.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Kroatien

Kosten			Nutzen
	#Start-up Förderung für Innovationen, #Förderungsfonds für herausragende Forschung	Investitionen in #Transport-Infrastruktur, #FDI-Förderung, #Lohnpolitik, Investitionen in #Duales Ausbildungssystem, aktive #Exportförderung, #Industriepolitik, <i>interregionale</i> #Strukturpolitik, aktive #Arbeitsmarktpolitik	
#Country branding, regionale #Wirtschaftsforen, #good practice Austausch	Absorption von #EU Fonds, #NPL Lösung, #Bad Bank, #Fiskalische Abwertung, #Ausweitung FX-Band, #Steuerung von Kapitalzuflüssen, #Privatinsolvenz		

Anmerkung: Nach Nutzen gereiht. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

8.5. LÄNDERANALYSE MAZEDONIEN

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit Mazedoniens

Mazedonien zählt zu den ärmeren Ländern Europas. Das Land erreicht nur rund ein **Drittel des deutschen Einkommensniveaus** gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten. Gleichwohl zählt Mazedonien zu den wenigen Ländern Europas, welche die Weltwirtschaftskrise scheinbar ohne größeren Wirtschaftseinbruch überstanden haben. Ein Grund dafür dürften unter anderem die für dieses kleine Land massiven öffentlichen Investitionen über mehrere hundert Millionen Euro in das städtebauliche Prestigeprojekt „Skopje 2014“ gewesen sein. Das Projekt wurde 2010 begonnen und beinhaltet die Errichtung von 20 Regierungsgebäuden, Kultureinrichtungen und Brücken, sowie 40 Monumenten in der Landeshauptstadt, in einem nationalistisch-historisierenden Stil.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten vergleichsweise hoch

Wie auch die anderen Länder des Westbalkans hat Mazedonien ein persistentes Leistungsbilanzdefizit. Gemessen am BIP, fällt es jedoch im Vergleich deutlich geringer aus. Die **Güterexporte übersteigen 40% des BIP** und konnten seit 2005 sogar um ein Viertel gesteigert werden. Dies ist ein Wert, der zwar um einiges niedriger als jener in den neuen EU Mitgliedsstaaten ist, jedoch in etwa mit jenem Deutschlands vergleichbar ist.

Die mazedonischen **Güterexporte sind technologisch durchschnittlich** und bestehen zum Großteil aus Metallen, chemischen Erzeugnissen, Textilien und Maschinen. Zu den Hauptexportprodukten zählten in den letzten Jahren Ferrolegierungen, Katalysatoren, Anzüge und Zentrifugen. Damit hat das Land auch einige qualitativ hochwertigere Exporte von Maschinen und Fahrzeugen oder chemischen Erzeugnissen. Hinzu kommt, dass trotz steigender Lohnstückkosten der Marktanteil mazedonischer Güterexporte in die EU in den letzten Jahren ausgeweitet wurde, was unter anderem auf eine qualitative Aufwertung des vorhandenen Warenangebots hinweisen könnte. Der in einem engen Band an den Euro fixierte Wechselkurs erlaubt keine stärkere Abwertung des nominalen Kurses im Falle externer Schocks. Die zum Teil immer noch bestehenden nicht-tarifären Handelshemmnisse stellen eine Belastung der Exportwirtschaft dar. Dabei handelt es sich unter anderem um eine unvollständige Übernahme von EU-Standards.

Immerhin sind **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke vorhanden**. Der intra-industrielle Handel ist vorwiegend im mittleren Technologie-Bereich beheimatet. Insgesamt werden mehr Vorleistungsgüter importiert als exportiert. Diese werden nicht nur zur Instandhaltung von Maschinen und Transportmitteln verwendet. Ein gewisser Teil dient auch der Produktion von exportorientierten Finalgütern. Generell ist die Exportperformance des produzierenden Gewerbes in Mazedonien vergleichsweise befriedigend. Hauptexportmarkt ist mit Abstand Deutschland. Weitere wichtige Zielländer sind Bulgarien, Kosovo, Italien und Serbien. Unter den handelbaren Dienstleistungen nimmt die Transportwirtschaft in Mazedonien eine prominente Rolle ein. Die Tourismuswirtschaft ist vergleichsweise gering entwickelt und kann zurzeit größtenteils nur ein regionales Publikum ansprechen. Insgesamt tragen die Netto-Dienstleistungsexporte kaum zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Qualität öffentlicher Institutionen vergleichsweise zufriedenstellend

Umfragen bezüglich der Qualität öffentlicher Institutionen weisen Mazedonien regelmäßig als Spitzenreiter unter den Westbalkanländern aus, einer Region die im Vergleich mit den neuen EU Mitgliedsstaaten aus Mitteleuropa an sich nicht besonders gut abschneidet. Der **Schutz der Eigentumsrechte ist vergleichsweise hoch**. Die Unabhängigkeit des Justizwesens dürfte sich zuletzt verbessert haben. Auch die Leistungsfähigkeit des Staates und die regulatorische Qualität haben sich in den letzten Jahren stark gesteigert. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Zustand auch der Teilnahme am EU Integrationsprozess geschuldet. Mazedonien hat bereits seit 2005 einen EU-Kandidatenstatus. Aufgrund des Namensstreites mit Griechenland haben **aber Beitrittsverhandlungen noch nicht begonnen**. Seit 19 Jahren wird ein von den Vereinten Nationen moderierter Dialog ohne Ergebnisse geführt. Inzwischen scheint der Integrationsprozess in einer Sackgasse angekommen zu sein, und die Kommission verzeichnete insbesondere in der Frage der Medienfreiheit zuletzt Rückschritte.

Qualität öffentlicher Infrastruktur befriedigend

Auf der Haupttransitroute zwischen der serbischen Grenze, der Hauptstadt Skopje und der griechischen Grenze verläuft größtenteils eine Autobahn. Mit einer elektrifizierten Eisenbahnstrecke entlang derselben Route ist das **Land mit dem griechischen Hafen Thessaloniki verbunden**. Die Versorgung mit elektrischer Energie ist gewährleistet. Stromausfälle kommen nur sehr selten vor.

Ausbildung und Forschung bescheiden

Bei vielen Bildungs- und Innovationsindikatoren belegt Mazedonien durchschnittliche Ränge in der Region. Im Land sind nur **wenige Forscher und Techniker vorhanden**. Auch befindet sich ein regional **unterdurchschnittlicher Anteil an Jugendlichen in technischer und berufsbildender höherer Sekundärausbildung**. Mazedonien weist nur geringe Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung auf. Der Ruf seiner Universitäten ist bescheiden.

Arbeitsmarkteffizienz mangelhaft

Mit einer **Arbeitslosenquote von 29%**, was sogar für die Verhältnisse am Westbalkan recht hoch ist, zeigt sich die mangelhafte Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes auch an den hohen Migrationszahlen, der großen Menge der selbständig Beschäftigten (als Indikator für die Schattenwirtschaft) und an der Tatsache, dass noch immer ein **Sechstel der Bevölkerung in der Subsistenzlandwirtschaft** beschäftigt ist. An einem überregulierten Arbeitsmarkt oder zu hohen Löhnen kann es vermutlich nicht liegen. Das Arbeitsrecht erlaubt eine ausgesprochen flexible Praxis des Einstellens- und der Kündigung, und der durchschnittliche Bruttolohn eines Arbeitnehmers liegt bei rund 500 Euro. In den Industriebetrieben des Landes scheinen die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen nicht besonders kooperativ gestaltet zu sein und die **Lohnsetzung erfolgt verhältnismäßig unkoordiniert** in den einzelnen Betrieben.

Entwicklung des Finanzmarktes vergleichsweise stabil

Ähnlich den anderen Ländern vom Westbalkan sind die wenigen Banken des Landes größtenteils in ausländischem Eigentum. Die Bankautomatendichte ist noch unterdurchschnittlich und das

Kreditvolumen gering. Wie in den meisten anderen Ländern des Westbalkans ist die Dynamik der Kreditvergabe in den letzten Jahren zwar zurückgegangen, das Kreditwachstum ist aber trotz der hohen realen Kreditzinsen in dieser Periode nie in den negativen Bereich abgerutscht. Hinzu kommt, dass **nur etwa 10% der Kredite notleidend** sind. Das ist der niedrigste Wert am Westbalkan und entspricht damit jenem der neuen EU Mitgliedstaaten in Mitteleuropa. Natürlich stehen aber auch diese einer expansiveren Kreditfinanzierung notwendiger privater Investitionen im Wege.

Einschätzung der bisherigen Politiken Mazedoniens

Das generelle politische Klima Mazedoniens kann als extrem konfrontativ bezeichnet werden. Das nominell sozialdemokratische und das national-konservative Lager wechselten sich bisher in der Machtausübung ab. Die größte Partei der starken albanischen Minderheit im Lande dient als Mehrheitsbeschaffer. Ideologischer Hauptstreitpunkt zwischen den beiden Lagern ist die Interpretation der historischen Rolle des Bundes der Kommunisten Mazedoniens (der Vorgängerpartei der Sozialdemokraten). In fiskalischen Belangen stehen die Sozialdemokraten für Austerität und die National-Konservativen unter dem aktuellen Premier Nikola Gruevski für eine expansive Politik. Statt Dialog und einvernehmlichen Anstrengungen herrscht immer wieder eine revanchistische Grundeinstellung. Allerdings ist das gemeinsame **Ziel eines EU-Beitritts weitgehend unumstritten**. Somit gilt der EU-Integrationsprozess auch als der entscheidende Anker für die demokratische Entwicklung Mazedoniens hin zu einem gefestigten Rechtsstaat.

Geld- und Wechselkurspolitik unflexibel

Die Mazedonische Währung ist **in einem engen Band an den Euro fixiert**, und im Rahmen des Wechselkursziels besitzt die Zentralbank einige wenige geld- und währungspolitische Handlungsspielräume. Der Anteil an Fremdwährungskrediten liegt zwar über 50%, ist aber niedriger als in allen anderen Westbalkanländern. Die Bruttoauslandsverschuldung ist mit fast 70% vergleichsweise hoch.

Fiskalpolitik expansiv, Arbeitsmarktpolitik passiv

Das fiskalische Verhalten der letzten Jahre war von einem allgemeinen Rückgang der Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern, sowie einer **Zunahme der Sozialausgaben und öffentlichen Ausgaben für Anlageinvestitionen** gekennzeichnet. Die rückläufigen öffentlichen Einnahmen gingen teilweise auf eine Reduktion des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer und des Arbeitnehmerbeitrages zur Sozialversicherung zurück. Dies hat vermutlich über die letzten Jahre hinweg zu einer die Wettbewerbsfähigkeit fördernden fiskalischen Abwertung geführt. In Mazedonien sind gezielte Aktivierungsmaßnahmen für eine **moderne Arbeitsmarktpolitik bisher kaum implementiert** worden. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik ist sehr gering.

Ordnungs- und Strukturpolitik vorhanden

Eine Strukturpolitik durch **gezielte Investitionsförderung ist vorhanden** und konzentriert sich regional auf den Ausbau von Technologischen Industrie-Entwicklungs-Zonen. Es gelten zehnjährige Steuerbefreiungen sowie Zoll- und Umsatzsteuerbefreiungen für Güter, Rohmaterialien und Maschinen.

Es gibt auch staatliche Baukosten-Zuschüsse, die von der Investitionssumme und den geschaffenen Arbeitsplätzen abhängen und bis zu 500.000 Euro betragen können. Weiters versucht der Staat auch den Export zu fördern wobei die Mittel dafür zum Großteil aus internationalen Quellen stammen. Strategische Exportsektoren sind dabei die Informations- und Kommunikationstechnologien, Automobilzuliefer-Betriebe und der Textilsektor. In den letzten Jahren sind die **staatlichen Subventionszahlungen stark angestiegen** und stellen mit annähernd 5% vom BIP die höchsten der Region dar. Auch der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie als Anteil am BIP hat sich in den letzten Jahren stark gesteigert und ist der höchste im regionalen Vergleich, sogar höher als in den neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa. Die Ordnungspolitik Mazedoniens wird im Wesentlichen vom EU-Integrationsprozess bestimmt. Dabei dient die **Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität**.

Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential ausbaubar

Ähnlich den anderen Ländern der Region engagiert sich Mazedonien vor allem im Bereich **internationale Kooperation bei Transport- und Energieinfrastruktur**. Dabei wurden vorrangig Straßenbauprojekte gefördert, die eine verbesserte Nord-Süd-Verbindung zwischen Serbien und Griechenland und eine West-Ost-Verbindung zwischen Albanien und Bulgarien ermöglichen. Darüber hinaus gibt es auch konkrete Pläne für eine Elektrizitätsfernleitung nach Albanien.

SWOT-Analyse für Mazedonien

Die SWOT-Analyse beschreibt den gegenwärtigen Zustand Mazedoniens und bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden erst in der folgenden Kosten-Nutzen-Analyse präsentiert. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen), sowie die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren).

Interne Stärken nur dünn gesät

Zu den wenigen Stärken Mazedoniens zählt eine Jahrzehnte **lange Tradition** im Bereich des Seen- und Kulturtourismus, vor allem rund um die byzantinisch geprägten Klöster und Kirchen in der Nähe des Ohridsees. Eine weitere Stärke ist die ebenso lang geübte Überlebensfähigkeit in politischen Provisorien.

Interne Schwächen reichlich vorhanden

Die Liste der internen Schwächen Mazedoniens ist lang. Der unternehmens- und exportorientierte Dienstleistungssektor ist nur unzulänglich entwickelt. Die Qualität öffentlicher Institutionen ist, wie auch die Qualität öffentlicher Infrastruktur, verbesserungswürdig. Die **Aufnahmekapazitäten des Arbeitsmarktes sind dürftig**. Die **Qualität des Humankapitals ist bescheiden**, insbesondere was die technische und berufsbildende höhere Sekundärausbildung angeht. Auch die sozialpartnerschaftliche Koordination ließe sich noch stärken. Ebenso fehlt es weitgehend an unternehmerischen Traditionen abseits des Kleinhandels. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen könnten verbessert werden.

Externe Chancen sind gegeben

Mazedonien ist von der Natur mit einer malerischen Seenlandschaft ausgestattet, was gute Bedingungen für den Tourismus schafft. Ein weiterer Vorteil ist die zentrale Lage in Südosteuropa was eine **Einbindung in internationale Transportnetzwerke** ermöglicht. Insbesondere im Bereich der chemischen Industrie gibt es **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke**. Das Land hat die Möglichkeit bekommen, am **EU Integrationsprozess** teilzunehmen und ist seit 2005 offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union, was unter anderem die Risiken für ausländische Investoren in produktive Kapazitäten zu investieren verringert.

Externe Gefahren auch vorhanden

Ein geographisch gegebener Nachteil Mazedoniens ist seine Binnenlage. Darüber hinaus ist Mazedonien zum einen spätestens seit dem bewaffneten Konflikt mit der starken albanischen Minderheit 2001 und dem darauf folgenden Rahmenabkommen von Ohrid welches noch nicht vollständig umgesetzt wurde, ethnisch weitgehend segregiert. Zum anderen gefährdet der groteske Staatsnamensstreit mit Griechenland die europäische Integration des Landes. Mangelnde Souveränität nach innen wie nach außen lassen das Land als **politisches Provisorium** erscheinen. Mazedonien ist zudem auch durch **politisch instabile Nachbarländer** umgeben. Dazu zählt insbesondere das Kosovo, welches immer noch nicht vollständige Souveränität erlangen konnte.

Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen für Mazedonien

Effiziente Maßnahmen, die allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würden und auch nur längerfristig wirken könnten, beinhalten beispielsweise die **Reform des Katasters und des Privatinsolvenzrechts**. Auch die **Förderung von Zirkularmigration** durch den Abbau von bürokratischen Barrieren wäre allgemein nutzbringend. Besonders wichtig erscheint die **Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln** durch entsprechende Verwaltungsreformen. Öffentliche Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, möglichst nützliche Projekte zu identifizieren und zu kofinanzieren.

Wirksame Maßnahmen, die obendrein auch noch kurzfristig umsetzbar sind, umfassen zum Beispiel eine **Erweiterung des Wechselkursbandes**, um negative Effekte von Kapitalzuflüssen auf den realen Wechselkurs abzuwehren. Einen ähnlichen Effekt können auch **Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen** wie etwa selektive Mindestreserven oder Steuersätze für Kapitalzuflüsse ausüben. Eine weitere wichtige Maßnahme, die schnell mit entsprechenden Anreizen für den Bankensektor umgesetzt werden könnte ist die Verringerung des zwar nicht hohen, aber auch nicht irrelevanten Umfangs der notleidenden Kredite.

Grundsätzlich stünde auch eine Abwertung des nominalen Wechselkurses im Band zur Verfügung. Da sie aber aufgrund der fortgeschrittenen Euroisierung und Auslandsverschuldung Mazedoniens wenig effektiv hinsichtlich des realen Wechselkurses wäre, bietet sich als Alternative eine auch kurzfristig durchführbare **fiskalische Abwertung** an. Dazu müsste zum aktuellen Standardsatz der Mehrwertsteuer von 18% beispielsweise ein erhöhter Satz für spezielle Warengruppen eingeführt werden oder der gesamte Standardsatz erhöht werden, sowie entweder die Einkommensteuersätze (aktuell 0% und 10% für die beiden Steuerklassen), oder die Sozialversicherungsabgaben (für den

Arbeitnehmer 2013 noch 31,5% und 2014 schon 27%) weiter gesenkt werden (ohne dabei die Nettolöhne zu erhöhen). Der politische Widerstand für eine Steuerreform mit potentiell regressiven Verteilungswirkungen kann allerdings recht stark ausfallen.

Mit Widerstand von Interessengruppen kann auch bei der **Reduktion nicht-tarifärer-Handelshemmnisse** gerechnet werden, zumal einige dieser Hemmnisse Partikularinteressen schützen, deren Abbau aber insbesondere bei Exportbarrieren dazu geeignet ist, vergleichsweise kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit Mazedoniens zu erhöhen. Zu diesen Hemmnissen gehören im Falle Mazedoniens beispielsweise die wenig ausgebauten Informations- und Notifikationsmechanismen, die mangelnde Übernahme von technischen EU Regeln, sowie europäischer sanitärer und phytosanitärer Maßnahmen, sowie hinderliche administrative Formalitäten im Bereich Dokumente und Automatisierung beim Zoll.

Hohe Kosten und hoher Nutzen – zu ermöglichen

Kostspielige Maßnahmen, denen allerdings längerfristig auch hoher Nutzen entspringt, beinhalten zum Beispiel eine **endgültige Klärung der Namensfrage** des Staates (wie auch eine vollständige Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid) auch gegen großen politischen Widerstand, um die EU-Beitrittsverhandlungen endlich beginnen zu können sowie, etwas realistischer und weniger kontrovers, öffentliche **Investitionen in die Transportinfrastruktur**. Diese können die Kosten der heimischen Produktion senken und eine Industrialisierung breiter Sektoren der Wirtschaft wahrscheinlicher machen. Dabei gilt es nicht nur, die lokale Transportinfrastruktur zu fördern, sondern auch die überregionale Konnektivität der Transportnetzwerke sicherzustellen. Mazedonien hat bereits ein wenig in den Autobahnausbau investiert und sollte jetzt diese Anstrengungen verstärken. Darüber hinaus sollte es auch größere Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur unternehmen, um die Entwicklung größerer Betriebe zu ermöglichen, die auf diese Infrastruktur angewiesen sind. Derartige Investitionen lösen auch in der kurzen Frist positive Wachstumsimpulse aus, die zu einer potentiellen längerfristigen Selbstfinanzierung über die entsprechenden Mehreinnahmen bei Steuern beitragen. Ähnliches gilt für die Energieinfrastruktur.

Ebenso kostspielig und erst nach längerer Zeit nutzenbringend ist die **Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems**. Die Kombination aus der Vermittlung von fachlichen Fähigkeiten in den Betrieben und von theoretischem Wissen in den berufsbildenden Schulen ermöglicht den Einsatz qualifizierter Facharbeitskräfte beim weiteren Übergang von einer low- zu einer medium-tech Industriestruktur, wie er sich auch bereits in Mazedonien, wenn auch zu langsam, vollzieht. Dieser Prozess sollte durch eine noch **aktivere Industriepolitik und Exportförderung** sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch des exportorientierten Dienstleistungssektors begleitet werden. Eine **sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik** mit Vollbeschäftigungswachstum und niedriger Inflationsquote als Ziele wäre eine weitere langfristig wirkende Begleitmaßnahme. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre sicherlich wünschenswert aber aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenslagen politisch nur schwer umsetzbar. Anreize und Koordination durch die EU wären vermutlich dazu geeignet entsprechende Widerstände zu überwinden.

Zu den vergleichsweise kurzfristig implementierbaren teuren Maßnahmen zählt eine **verstärkte FDI-Förderung**, beispielsweise mit Hilfe von weiteren ansiedlungsunterstützenden Unternehmensbesteuerungs- und maßgeschneiderten Infrastrukturösungen, die zu einem raschen Technologie-Transfer durch ausländische Direktinvestitionen führen kann. Teuer aber kurzfristig

einsetzbar ist auch eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, beispielsweise mit gezielten Maßnahmen zur Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und zur Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes oder mit Einstellungsbeihilfen, insbesondere für Jugendliche.

Geringe Kosten und geringer Nutzen – eventuell zu ermöglichen

Bei der Gruppe der kostengünstigen, aber gesamtwirtschaftlich nur mäßig nützlichen Politikempfehlungen finden sich zum Beispiel langfristige Maßnahmen wie ein **professionelles country branding**, oder aber kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wie das **Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen** oder den **Austausch von good practice Beispielen** in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeiten wichtigen Bereichen. Diese Maßnahmen würden jedoch bereits sehr knappe öffentliche Ressourcen anderen Verwendungen entziehen, die einen höheren Ertrag versprechen.

Hohe Kosten und geringer Nutzen – zu vermeiden

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen die sehr kostspielig sein können aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei einem Land wie Mazedonien, welches über keine nennenswerten Forschungsinstitutionen oder größere Unternehmen verfügt, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, **teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden**. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Top-5 Maßnahmen mit höchstem Nutzen

1. Klärung der Namensfrage des Landes (teuer, langfristig, politisch brisant)
2. Investitionen in Duales Ausbildungssystem (teuer, langfristig)
3. Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln (günstig, langfristig)
4. Fiskalische Abwertung (günstig, kurzfristig, politisch brisant)
5. Ausweitung des Wechselkursbandes (günstig, kurzfristig)

ANHANG 1**Anhang Tabelle 8.5.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Mazedoniens im Vergleich, 2013**

	MK	WB-7	NMS-5	DE
Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	-1,9	-6,1	1,7	7,5
Güterexporte in % des BIP	41,7	22,0	67,9	42,7
Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)	5,6	3,9	35,9	18,8
Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)	8,2	2,3	6,8	6,3
Eigentumsrechte, "7"=genau definiert und rechtlich geschützt	4,5	3,7	4,0	5,8
Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	3,2	3,1	3,5	6,0
Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	1,0	0,8	1,5	3,6
Stromausfälle pro Firma im Monat	1,2	3,2	0,4	.
Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten	461	728	2789	3950
Einschreibungen in techn.&berufsb.höh.Sekundärausbildung in %	45,5	50,3	54,0	51,4
Arbeitslosigkeit in %, LFS	29,0	23,1	10,1	5,3
Unselbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	19,1	19,8	14,7	10,6
Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	49,9	54,6	62,9	118,8
Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite	11,3	17,2	11,9	2,7

Anmerkung: Daten entsprechen zumeist dem Jahr 2013, andernfalls dem zuletzt verfügbaren Jahr. Bei den Durchschnittswerten entspricht WB-7 den 7 Westbalkanländern und NMS-5 den 5 neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat, IMF, WEF, UNESCO, WDI, nationale Statistiken.

ANHANG 2

Anhang Abbildung 8.5.1 / SWOT-Analyse Matrix - Mazedonien

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwäche
Externe Analyse	Chancen	#Lange Tradition im #Seentourismus und #Kulturtourismus und Ansätze zur Integration in internationale #Transportnetzwerke und #Produktionsnetzwerke	#EU Integrationsprozess und #Produktionsnetzwerke können nützen #Industriesektor, #Dienstleistungssektor, #Institutionen, #Arbeitsmärkte, #Humankapital, #Sozialpartner, #Unternehmerschaft und #Makroökonomische Rahmenbedingungen zu stärken
	Gefahre	#Überlebensfähigkeit in einem regionalen politischen #Provisorium und #Landumschlossenheit	Glaubwürdige ex ante Verpflichtungen in einem regionalen politischen #Provisorium zu #institutionellen, #ökonomischen und #infrastrukturellen Fragen sind möglich

Anmerkung: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkreten Maßnahmen.

Anhang Abbildung 8.5.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Mazedonien

Kosten	#Start-up Förderung für Innovationen, #Förderungsfonds für herausragende Forschung	<i>Endgültige #Klärung der Statusfrage</i> , Investitionen in #Transport-Infrastruktur, #FDI-Förderung , #Lohnpolitik, Investitionen in #Duales Ausbildungssystem, aktive #Exportförderung, #Industriepolitik, <i>interregionale #Strukturpolitik</i> , aktive #Arbeitsmarktpolitik
	#Country branding, regionale #Wirtschaftsforen , #good practice Austausch	Absorption von #EU Fonds, #NPL Lösung , #Fiskalische Abwertung , #Ausweitung FX-Band , #Steuerung von Kapitalzuflüssen, Reduktion #nicht-tarifärer-Handelshemmnisse , #Katasterreform, #Privatinsolvenz, Förderung von #Zirkularmigration
		Nutzen

Anmerkung: Nach Nutzen gereiht. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

8.6. LÄNDERANALYSE MONTENEGRO

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit Montenegros

Montenegro zählt zu den ärmeren Ländern Europas. Das Land erreicht nur etwas mehr als ein **Drittel des deutschen Einkommensniveaus** gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten. Montenegro zählt mit 620.000 Einwohnern auch zu den kleineren Staaten Europas. Trotzdem besitzt das Land eine bunte ethnische Vielfalt. Nur rund 45% sind Montenegriner, 29% fühlen sich als Serben und der Rest als Bosniaken, Albaner, Roma und Kroaten. Seit den ersten Wahlen 1991 und auch später nach der Unabhängigkeit des Landes von Serbien 2006 regiert die staatstragende Partei um Premierminister Milo Djukanovic mit Hilfe der Parteien der kleineren Minderheiten. Vorderhand ist also das politische System des Landes stabil. Kritiker sprechen allerdings auch von Korruption auf höchster Ebene.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten inexistent

Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Montenegros wird durch ein **persistentes, zweistelliges Leistungsbilanzdefizit** als Anteil am BIP dokumentiert. Das Land ist strukturell nicht in der Lage, den Import von Gütern und Dienstleistungen durch eigene Exporte zu decken, wodurch langfristig eine unhaltbare Auslandsverschuldung droht. Hinzu kommt als Unterschied zu anderen Ländern der Region, dass sich die **Güterexporte seit 2005 als Anteil am BIP fast halbiert** haben. Mit 12% liegt dieser Wert weit unter dem Durchschnitt der Westbalkanländer und daher umso entfernter von den Quoten, die die mitteleuropäischen neuen EU Mitgliedsstaaten mit fast 70% zuletzt erreichten. Der Einbruch der Exporte geht insbesondere mit dem Konkurs des größten Exporteurs Montenegros, dem Aluminium Kombinat in der Hauptstadt Podgorica, einher.

Die verbliebenen montenegrinischen **Güterexporte sind technologisch rückständig** und bestehen zum Großteil aus elektrischer Energie, Metallen und Nahrungsmitteln. Qualitativ hochwertigere Exporte von Maschinen und Fahrzeugen oder chemischen Erzeugnissen kommen so gut wie nicht vor. Obendrein ist bei massiv steigenden Lohnstückkosten der Marktanteil montenegrinischer Güterexporte in die EU in den letzten Jahren von einem bereits niedrigen Niveau ausgehend auch noch gefallen, was unter anderem auf eine zunehmende Überbewertung des realen Wechselkurses hinweisen könnte. Der von Montenegro unilateral übernommene Euro als offizielle Währung erlaubt keine nominelle Abwertung zur Anpassung an negative inländische und ausländische Entwicklungen. Die erheblichen nicht-tarifären Handelshemmnisse stellen ebenso eine Belastung der Exportwirtschaft dar. Dabei handelt es sich unter anderem um unvollständige Übernahme von EU-Standards.

Ein weiteres Manko ist die **fehlende Integration in internationale Produktionsnetzwerke**. Der intra-industrielle Handel ist nur sehr schwach ausgeprägt und vorwiegend im Niedrig-Technologie-Bereich beheimatet. Insgesamt werden mehr Vorleistungsgüter importiert als exportiert. Diese werden zu einem guten Teil zur Instandhaltung von Maschinen und Transportmitteln verwendet. Ein geringerer Teil dient der Produktion von exportorientierten Finalgütern. Alles in allem ist die Exportperformance des produzierenden Gewerbes in Montenegro sehr schwach. Die Hauptexportmärkte liegen in der Region. Die wichtigsten Zielländer sind Serbien, Kroatien, Slowenien, Kosovo und Bosnien und Herzegowina. Unter den handelbaren Dienstleistungen nimmt der Tourismus eine singuläre Rolle ein. Die Touristen

stammen vorwiegend aus Russland, Serbien, Bosnien und Herzegowina und der Ukraine. Viele von ihnen haben in den letzten Jahren Immobilien in Montenegro erworben. Dementsprechend tragen die Netto-Dienstleistungsexporte zu einer bedeutenden Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Qualität öffentlicher Institutionen vergleichsweise zufriedenstellend

Laut Umfragen wird die Qualität öffentlicher Institutionen in Montenegro besser als in den anderen Westbalkanländern beurteilt, einer Region die im Vergleich mit den neuen EU Mitgliedsstaaten aus Mitteleuropa an sich nicht gut abschneidet. Der Schutz der Eigentumsrechte ist vergleichsweise hoch. Auch dürfte sich in den letzten Jahren die **Unabhängigkeit des Justizwesens verbessert** haben. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Zustand auch der aktiven Teilnahme am EU-Integrationsprozess geschuldet, auch wenn die EU-Kommission gerade beim Justizwesen noch viel auszusetzen hat. Montenegro besitzt seit 2010 EU-Kandidatenstatus und führt seit 2012 Beitrittsverhandlungen. Von den 35 Verhandlungskapiteln sind 16 geöffnet und davon 2 bereits provisorisch abgeschlossen worden.

Qualität öffentlicher Infrastruktur mangelhaft

Montenegro ist das einzige Land am Westbalkan **ohne Autobahn**. Auch das Schienennetz ist nur schwach ausgebaut und bedarf einer umfassenden Sanierung die teilweise schon eingeleitet wurde. Immerhin hat die montenegrinische Regierung jüngst eine chinesische Baufirma beauftragt mit dem Bau der ersten Autobahn vom Hafen Bar bis zur serbischen Grenze zu beginnen. Die Finanzierung erfolgt über eine chinesische Investitionsbank. Die Kapazitäten für die Stromerzeugung (insbesondere im Bereich Wasserkraft) sind ausbaufähig und das Stromnetzwerk veraltet. Stromausfälle kommen dennoch nur selten vor.

Ausbildung und Forschung bescheiden

Montenegro belegt **bei vielen Bildungs- und Innovationsindikatoren nur durchschnittliche Plätze in der Region**, die nicht für ihre hohen Ausbildungsstandards bekannt ist. Dem entsprechen beispielsweise die durchschnittlichen Platzierungen bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung und beim Anteil der Forscher an der Bevölkerung. Die PISA-Testergebnisse der Schüler sind allerdings vergleichsweise schlecht ausgefallen. Für eine längerfristige Ausweitung der lokalen Produktionskapazitäten ist es aber förderlich, dass ein **hoher Anteil an Jugendlichen in technischer und berufsbildender höherer Sekundärbildung** eingeschrieben ist.

Arbeitsmarkteffizienz beschränkt

Mit annähernd 20% ist die Arbeitslosenquote typisch für die Verhältnisse am Westbalkan. Zusätzlich zeigt sich die beschränkte Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes an den hohen Migrationszahlen. An einem überregulierten Arbeitsmarkt kann es nicht liegen, zumal das Arbeitsrecht eine ausgesprochen flexible Handhabung von Einstellungen und Kündigungen ermöglicht. Der durchschnittliche Bruttolohn eines Arbeitnehmers ist mit rund 730 Euro allerdings für den Westbalkan vergleichsweise hoch, und die Lohnentwicklung ist der Produktivitätsentwicklung seit Beginn der Eigenstaatlichkeit 2006 davon geeilt. Auch scheinen in den wenigen Industriebetrieben des Landes die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen nicht besonders kooperativ gestaltet zu sein, und die **Lohnsetzung erfolgt verhältnismäßig unkoordiniert** in den einzelnen Betrieben.

Entwicklung des Finanzmarktes notleidend

Die Aktienmarktkapitalisierung ist mit ca. 90 % die höchste in der Region und übertrifft sogar den Durchschnittswert der Europäischen Währungsunion. Dagegen leidet die Kreditgewährung wie in den anderen Westbalkanländern unter einer geringen Tiefe der Finanzintermediation. Rund 90% der Banken des Landes befinden sich zwar in ausländischem Eigentum, und die Bankautomatendichte ist recht hoch. Aber wie in den meisten anderen Ländern des Westbalkans ist die Dynamik der Kreditvergabe in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen, und die realen Kreditzinsen sind sehr hoch. Einer expansiven Kreditfinanzierung notwendiger privater Investitionen steht angebotsseitig derzeit vor allem ein **hoher Anteil der notleidenden Kredite** am gesamten Forderungsbestand (mehr als ein Sechstel) der Banken im Wege. Der Anteil der notleidenden Kredite im Unternehmenssektor übertraf letzters mehr als 30 %.

Einschätzung der bisherigen Politiken Montenegros

Das politische Klima Montenegros kann als „über-stabil“ bezeichnet werden. Es finden zwar regelmäßig Wahlen statt, die herrschende Elite bleibt jedoch an der Macht. Das Eintreten für einen eigenständigen euro-atlantischen Weg Montenegros ohne Serbien dürfte wohl ein gewichtiger Grund dafür sein. Die wichtigsten Oppositionsparteien werden eher der großen serbischen Minderheit des Landes zugeordnet. Inzwischen ist das **Ziel eines EU-Beitritts weitgehend unumstritten**. Somit gilt der EU-Integrationsprozess auch als der entscheidende Anker für die demokratische Entwicklung Montenegros hin zu einem gefestigten Rechtsstaat.

Geld- und Wechselkurspolitik unselbständig

Montenegro hatte wie der Kosovo zunächst unilateral die Deutsche Mark und in weiterer Folge **den Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt**. Der Anteil der Fremdwährungskredite an der gesamten Kreditvergabe liegt naturgemäß bei 100%. Der geld- und währungspolitische Handlungsspielraum der Zentralbank ist damit drastisch eingeschränkt, denn die Versorgung hängt ausschließlich von Devisenzuflüssen und der – derzeit nur zögerlichen - Kreditvergabe der Banken ab. Die gesamte Bruttoauslandsverschuldung ist unbekannt. Die Bruttoauslandsverschuldung des Staates ist mit über 40% am BIP nicht unwesentlich.

Fiskalpolitik krisenbedingt expansiv, Arbeitsmarktpolitik aktiv

Das fiskalische Verhalten der letzten Jahre war von einem allgemeinen krisenbedingten Rückgang der Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern sowie einer **Zunahme der Sozialausgaben** gekennzeichnet. Die Ausgaben für Anlageinvestitionen wurden gekürzt. Die rückläufigen öffentlichen Einnahmen gehen teilweise auch auf eine Reduktion des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer und des Arbeitgeberbeitrages zur Sozialversicherung zurück (bei gleichzeitiger Erhöhung des Umsatzsteuersatzes und des Arbeitnehmerbeitrages zur Sozialversicherung). Diese, bei fehlender Möglichkeit der Abwertung eines nominalen Wechselkurses, sogenannte fiskalische Abwertung hat vermutlich über die letzten Jahre hinweg den realen Aufwertungsdruck verringert und die Wettbewerbsfähigkeit nicht noch weiter verschlechtert. Im Unterschied zu anderen Ländern der Region sind in Montenegro in den letzten Jahren gezielte Aktivierungsmaßnahmen für eine **moderne**

Arbeitsmarktpolitik implementiert worden. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in % des BIP ist mit jenem in Mitteleuropa vergleichbar hoch.

Ordnungs- und Strukturpolitik nur bedingt vorhanden

Eine **gezielte Investitionsförderung ist kaum vorhanden**. Die wenigen Staatsausgaben für Subventionen wurden in den letzten Jahren weiter gekürzt. Im Unterschied zu den anderen Westbalkanstaaten bietet Montenegro praktisch kaum staatliche Anreize für Investitionen an. Der einzig wirkliche Anreiz ist eine Flat-Tax von 9% auf Unternehmensprofite. Daneben gibt es auch noch die Möglichkeit für Start-Ups und Klein- und Mittelbetriebe, Kredite vom Fonds für Investitionen und Entwicklung zu erhalten, die zu günstigeren Bedingungen als auf dem Markt ausgegeben werden. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen ist in den letzten Jahren zwar stark gestiegen, besteht aber zu einem guten Teil aus Immobilienkäufen russischer Staatsbürger. Die Ordnungspolitik Montenegros wird im Wesentlichen vom EU-Integrationsprozess bestimmt. Dabei dient die **Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität**.

Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential ausbaubar

Ähnlich den anderen Ländern der Region engagiert sich Montenegro vor allem im Bereich **internationale Kooperation bei Transport- und Energieinfrastruktur**. Dabei wurden vorrangig Projekte gefördert, die eine verbesserte Straßenverbindung mit Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Albanien ermöglichen. Darüber hinaus gibt es auch Pläne für den Bau mehrerer Stromfernleitungen und einer Gaspipeline.

SWOT-Analyse für Montenegro

Die SWOT-Analyse beschreibt den gegenwärtigen Zustand Montenegros und bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden erst in der folgenden Kosten-Nutzen-Analyse präsentiert. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen), sowie die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren).

Interne Stärken nur dünn gesät

Die Stärken Montenegros liegen vor allem in zurückliegenden Erfahrungen und langer Übung. Dementsprechend lassen sich einige **lange Traditionen** identifizieren, auf die in Zukunft zurückgegriffen werden kann. Das Land hat eine Jahrzehnte lange Tradition im Bereich Küsten- und Gebirgstourismus, sowie Energiegewinnung und Bergbau. Die Außenpolitik des Landes ist kooperativ und wirkt auf die Region stabilisierend.

Interne Schwächen im Überfluss

Die Liste der internen Schwächen Montenegros ist sehr lang. Zentrales Defizit ist ein **kaum existenter und technologisch rückständiger Industriesektor**, in dem offensichtlich auch keine der geringen Produktivität entsprechenden niedrigen Löhne gezahlt werden. Auch ein unternehmens- und

exportorientierter Dienstleistungssektor (abseits des Tourismus) ist kaum vorhanden oder nur unzulänglich entwickelt. Die Qualität öffentlicher Institutionen ist zwar vergleichsweise zufriedenstellend aber dennoch verbesserungswürdig. Die **Qualität öffentlicher Infrastruktur ist mangelhaft**. Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes ist bescheiden. Die Qualität des Humankapitals ist nur durchschnittlich. Auch die sozialpartnerschaftliche Koordination ließe sich noch stärken. Ebenso fehlt es weitgehend an unternehmerischen Traditionen abseits des Kleinhandels. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen könnten verbessert werden.

Externe Chancen sind durchaus gegeben

Montenegro ist von der Natur mit einem **Meereszugang** und atemberaubenden Küstenabschnitten und Gebirgszügen ausgestattet, was gute Bedingungen für Seehandel und Tourismus schafft. Darüber hinaus existieren **Bodenschätze und Wasserreichtum**. Neben Bauxit- und Braunkohlevorkommen werden vor der montenegrinischen Küste auch Erdöl und Erdgas vermutet. Hohe Jahresniederschläge bedienen eine Vielzahl an Flüssen mit erheblichen Gefällestufen, so dass die Abhängigkeit von Energieimporten verringerbar ist. Das Land hat die Möglichkeit bekommen, am **EU Integrationsprozess** teilzunehmen und befindet sich als offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union bereits in Beitrittsverhandlungen, was unter anderem die Risiken für ausländische Investoren in produktive Kapazitäten zu investieren verringert.

Externe Gefahren auch vorhanden

Unter anderem aufgrund seiner geographischen Lage, fern der internationalen Transitrouten zu Lande und weit entfernt von den industriellen Zentren Europas, ist Montenegro **aus internationalen Transport- und Produktionsnetzwerken ausgeschlossen**. Das Land ist zudem durch **politisch instabile Nachbarländer** umgeben. Dazu zählen insbesondere Bosnien und Herzegowina und das Kosovo. Beide Nachbarn existieren immer noch in politischen Provisorien und konnten nicht vollständige Souveränität erlangen.

Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen für Montenegro

Die Kosten-Nutzen-Analyse dient der Darstellung konkreter Politikempfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Montenegros. Auf der Mikroebene ließen sich sowohl Kosten als auch Nutzen in Geldwerten beziehungsweise erwirtschaftetem Mehrwert repräsentieren. Auf der Makroebene – also der einer gesamten Volkswirtschaft – ist dies praktisch kaum zu erreichen. Deshalb muss man sich mit einer groben Einteilung in hohe und geringe Kosten und Nutzen der einzelnen Maßnahmen begnügen. Die Analyse geht auf die vier möglichen Kosten-Nutzen Kombinationen ein und vermerkt ob diese Maßnahmen kurzfristig einsetzbar sind beziehungsweise ob mit politischem Widerstand bei der Implementierung zu rechnen ist.

Geringe Kosten und hoher Nutzen – unbedingt zu ermöglichen

Effiziente Maßnahmen, die allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würden und auch nur längerfristig wirken könnten, beinhalten beispielsweise die **Reform des Katasters und des Privatinsolvenzrechts**. Auch die **Förderung von Zirkularmigration** durch den Abbau von bürokratischen Barrieren wäre

allgemein nutzbringend. Extrem wichtig erscheint die **Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln** durch entsprechende Verwaltungsreformen. Öffentliche Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, möglichst nützliche Projekte zu identifizieren und zu kofinanzieren.

Wirksame Maßnahmen, die obendrein auch noch kurzfristig umsetzbar sind, umfassen zum Beispiel die Abwehr destabilisierender Kapitalströme mit Hilfe von **Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen** im Bereich der Mindestreserven Politik und der selektiven Besteuerung von Kapitaleinfuhren. Eine weitere wichtige Maßnahme, die schnell umgesetzt werden und die Investitionsfinanzierung wieder beleben könnte, ist die **Lösung des Problems der notleidenden Kredite**, dessen Größe in Montenegro mehr noch als in anderen Ländern der Region eine konzertierte Aktion von Regierung, Zentralbank, ausländischen Eigentümern der Banken und internationalen Institutionen erfordert. Der Bankensektor allein ist dazu nicht mehr in der Lage, da er unter den Westbalkanländern über die wenigsten Eigenkapitalreserven verfügt. Dazu wäre auch die **Schaffung einer Zweckgesellschaft (Bad Bank)** zur Abwicklung des hohen Anteils notleidender Kredite im Sektor der privaten Haushalte zu überlegen – ein Instrument, mit welchem in anderen Ländern gute Erfahrungen gemacht wurden. Voraussetzung wäre allerdings eine internationalen Standards folgende Bewertung der Bankenforderungen, um die potenziellen fiskalischen Risiken in einem akzeptablen Rahmen zu halten. Andernfalls könnte aufgrund des potentiellen Anstiegs der Staatsschulden mit politischem Widerstand zu rechnen sein.

Als Ersatz für eine nicht mögliche Abwertung des nominalen Wechselkurses bietet sich eine Fortsetzung der bisherigen **fiskalischen Abwertungen** an. Dazu müsste zum aktuellen Standardsatz der Mehrwertsteuer von 19% beispielsweise ein erhöhter Satz für spezielle Warengruppen eingeführt werden oder der gesamte Standardsatz erhöht werden, sowie entweder die Einkommensteuersätze (aktuell 9% und 15% für die beiden Steuerklassen), oder die Sozialversicherungsabgaben (aktuell 9,8% für den Arbeitgeber und 24% für den Arbeitnehmer) gesenkt werden (ohne dabei die Nettolöhne zu erhöhen). Der politische Widerstand für eine Steuerreform mit potentiell regressiven Verteilungswirkungen kann allerdings recht stark ausfallen.

Mit politischem Widerstand kann auch bei der **Reduktion nicht-tarifärer-Handelshemmnisse** gerechnet werden, zumal einige dieser Hemmnisse Partikularinteressen schützen, deren Abbau aber insbesondere bei Exportbarrieren dazu geeignet ist vergleichsweise kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit Montenegros zu erhöhen. Zu den nicht-tarifären Hemmnissen gehören die wenig ausgebauten Informations- und Notifikationsmechanismen, die mangelnde Übernahme von technischen EU Regeln, sowie europäischer sanitärer und phytosanitärer Maßnahmen, sowie hinderliche administrative Prozeduren beim Zoll.

Hohe Kosten und hoher Nutzen – zu ermöglichen

Fiskalisch kostspielige Maßnahmen, denen allerdings längerfristig auch hoher Nutzen zugerechnet werden kann, beinhalten zum Beispiel öffentliche **Investitionen in die Transportinfrastruktur**. Diese können aber die Kosten der heimischen Produktion senken und eine Industrialisierung breiter Sektoren der Wirtschaft wahrscheinlicher machen. Dabei gilt es nicht nur die lokale Transportinfrastruktur zu fördern, sondern auch die überregionale Konnektivität der Transportnetzwerke sicherzustellen. Montenegro hat zwar bisher nicht in den Autobahnausbau investiert, hat aber zuletzt diesbezüglich konkrete Schritte gesetzt und sollte jetzt auch verstärkt Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur und

die Hafenanlagen unternehmen, um auch die Entwicklung neuer mittlerer und größerer Betriebe zu ermöglichen, die auf diese Infrastruktur angewiesen sind. Darüber hinaus geben derartige Investitionen auch in der kurzen Frist positive Wachstumsimpulse, die zu einer potentiellen längerfristigen Selbstfinanzierung über die entsprechenden Mehreinnahmen bei Steuern beitragen. Ähnliches gilt für den Ausbau der Energieerzeugung aus Wasser und der Energieinfrastruktur.

Ebenso kostspielig und erst nach längerer Zeit nutzenbringend ist die **Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems**. Die Kombination aus der Vermittlung von fachlichen Fähigkeiten in den Betrieben und von theoretischem Wissen in den berufsbildenden Schulen ermöglicht den Einsatz qualifizierter Facharbeitskräfte beim schrittweisen Übergang von einer low- zu einer medium-tech Industriestruktur, wie er sich auch in Montenegro noch viel zu langsam vollzieht. Dieser Prozess sollte auch durch eine **aktive Industriepolitik und Exportförderung** sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch des exportorientierten Dienstleistungssektors begleitet werden. Eine konkrete Maßnahme dabei könnte die Errichtung von modernen Industriezonen in Hafennähe sein. Eine **sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik** mit dem Ziel, die Reallohnentwicklung an die Produktivitätsentwicklung zu binden wäre eine weitere langfristig wirkende Begleitmaßnahme. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre sicherlich wünschenswert aber aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenslagen politisch nur schwer umsetzbar. Anreize und Koordination durch die EU wären vermutlich dazu geeignet entsprechende Widerstände zu überwinden.

Zu den vergleichsweise kurzfristig implementierbaren teuren Maßnahmen zählt eine **verstärkte FDI-Förderung**, beispielsweise mit Hilfe von ansiedlungsunterstützende Unternehmensbesteuerungs- und maßgeschneiderten Infrastrukturlösungen, die zu einem raschen Technologie-Transfer durch ausländische Direktinvestitionen führen kann. Teuer aber kurzfristig einsetzbar ist auch eine verstärkte **aktive Arbeitsmarktpolitik**, beispielsweise mit gezielten Maßnahmen zur Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und zur Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes oder mit Einstellungsbeihilfen, insbesondere für Jugendliche.

Geringe Kosten und geringer Nutzen – eventuell zu ermöglichen

Bei der Gruppe der kostengünstigen, aber nur mäßig nützlichen Politikempfehlungen finden sich zum Beispiel langfristige Maßnahmen wie ein **professionelles country branding**, oder aber kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wie das **Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen** oder den **Austausch von good practice Beispielen** in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeiten wichtigen Bereichen. Diese Maßnahmen würden jedoch bereits sehr knappe öffentliche Ressourcen anderen Verwendungen entziehen, die einen höheren Ertrag versprechen.

Hohe Kosten und geringer Nutzen – zu vermeiden

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen die sehr kostspielig sein können aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei einem Land wie Montenegro, welches über keine nennenswerten Forschungsinstitutionen oder (nicht mehr über) größere Unternehmen verfügt, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, **teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden**. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Top-5 Maßnahmen mit höchstem Nutzen

1. Investitionen in die Transportinfrastruktur (teuer, langfristig)
2. Verstärkte FDI-Förderung (teuer, kurzfristig)
3. Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln (günstig, langfristig)
4. Problemlösung der notleidenden Kredite (günstig, kurzfristig)
5. Fiskalische Abwertung (günstig, kurzfristig, politisch brisant)

Anhang 1

Anhang Tabelle 8.6.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Montenegros im Vergleich, 2013

	ME	WB-7	NMS-5	DE
Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	-14,6	-6,1	1,7	7,5
Güterexporte in % des BIP	12,1	22,0	67,9	42,7
Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)	0,8	3,9	35,9	18,8
Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)	0,3	2,3	6,8	6,3
Eigentumsrechte, "7"=genau definiert und rechtlich geschützt	4,2	3,7	4,0	5,8
Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	3,6	3,1	3,5	6,0
Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	0,0	0,8	1,5	3,6
Stromausfälle pro Firma im Monat	2,5	3,2	0,4	.
Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten	763	728	2789	3950
Einschreibungen in techn.&berufsb.höh.Sekundärausbildung in %	60,0	50,3	54,0	51,4
Arbeitslosigkeit in %, LFS	19,7	23,1	10,1	5,3
Unselbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	13,7	19,8	14,7	10,6
Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	69,6	54,6	62,9	118,8
Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite	17,4	17,2	11,9	2,7

Anmerkung: Daten entsprechen zumeist dem Jahr 2013, andernfalls dem zuletzt verfügbaren Jahr. Bei den Durchschnittswerten entspricht WB-7 den 7 Westbalkanländern und NMS-5 den 5 neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat, IMF, WEF, UNESCO, WDI, nationale Statistiken.

Anhang 2

Anhang Abbildung 8.6.1 / SWOT-Analyse Matrix - Montenegro

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwäche
Externe Analyse	Chancen	#Lange Tradition im #Küstentourismus und #Gebirgstourismus sowie bei #Energiegewinnung und #Bergbau	#EU Integrationsprozess kann nützen #Industriesektor, #Dienstleistungssektor, #Institutionen, #Arbeitsmärkte, #Humankapital, #Sozialpartner, #Unternehmerschaft und #Makroökonomische Rahmenbedingungen zu stärken
	Gefahre	#Stabilisierender Faktor in einem regionalen politischen #Provisorium und #Transport- und #Produktionsnetzwerk isolierte Heimat	Glaubwürdige ex ante Verpflichtungen in einem regionalen politischen #Provisorium zu #institutionellen, #ökonomischen und #infrastrukturellen Fragen sind möglich

Anmerkung: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkreten Maßnahmen.

Anhang Abbildung 8.6.2 / Kosten-Nutzen Matrix - Montenegro

Kosten	#Start-up Förderung für Innovationen, #Förderungsfonds für herausragende Forschung	Investitionen in #Transport-Infrastruktur, #FDI-Förderung, #Lohnpolitik, Investitionen in #Duales Ausbildungssystem, aktive #Exportförderung, #Industriepolitik, interregionale #Strukturpolitik, aktive #Arbeitsmarktpolitik
	#Country branding, regionale #Wirtschaftsforen, #good practice Austausch	Absorption von #EU Fonds, #NPL Lösung, #Bad Bank, #Fiskalische Abwertung, #Steuerung von Kapitalzuflüssen, Reduktion #nicht-tarifärer-Handelshemmnisse , #Katasterreform, #Privatinsolvenz, Förderung von #Zirkularmigration
		Nutzen

Anmerkung: Nach Nutzen gereiht. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

8.7. LÄNDERANALYSE SERBIEN

Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit Serbiens

Serbien insgesamt zählt zu den ärmeren Ländern Europas. Das Land erreicht nur rund ein **Drittel des deutschen Einkommensniveaus** gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner zu Kaufkraftparitäten. Allerdings besteht eine starke Ungleichheit zwischen den Regionen. Das Land weist den höchsten Industrieanteil am BIP unter den Westbalkanländern auf. Serbien ist auch mit etwas über sieben Millionen Einwohnern mit Abstand das bevölkerungsreichste Land am Westbalkan. Damit entstammt in etwa jeder dritte Bewohner des Westbalkans aus Serbien.

Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten bescheiden

Wie auch die anderen Länder des Westbalkans hat Serbien ein **dauerhaftes Leistungsbilanzdefizit**. Das Land ist strukturell nicht in der Lage den Import von Gütern und Dienstleistungen durch eigene Exporte zu decken, wodurch die bereits jetzt hohe Auslandsverschuldung von 80 % des BIP mittelfristig eine extreme Belastung der Wirtschaftspolitik zu werden droht. Der Anteil der Güterexporte am BIP konnte allerdings seit 2005 um 70% vergrößert werden und liegt mit über 34% über dem Durchschnitt der Westbalkanländer, ist aber weit entfernt von den Quoten, die die mitteleuropäischen neuen EU Mitgliedsstaaten mit fast 70% zuletzt erreichten.

Die serbischen **Güterexporte sind technologisch sehr unterschiedlich** und bestehen zum Großteil aus Maschinen und Fahrzeugen, Metallen, Nahrungsmitteln, Textilien und Schuhen, sowie chemischen Erzeugnissen. Zu den Hauptexportprodukten zählten in den letzten Jahren unter anderem Automobile der Marke Fiat, Elektrokabel, Stahl, Kupfer- und Aluminiumlegierungen, Obst und Gemüse, Mais, Zucker, Unterwäsche, Polyethylene und Medikamente. Damit hat das Land auch einige qualitativ hochwertigere Exportprodukte im Angebot. Insbesondere bei den Exporten von Maschinen und Fahrzeugen weist Serbien einen besonders hohen Anteil am BIP im regionalen Vergleich auf. Hinzu kommt, dass trotz leicht steigender Lohnstückkosten der Marktanteil serbischer Güterexporte in die EU in den letzten Jahren leicht ausgeweitet wurde, was unter anderem auf eine qualitative Aufwertung des vorhandenen Warenangebots hinweisen könnte. Der frei floatende Wechselkurs (zuletzt eher ein „managed float“) erlaubt eine Abwertung des nominalen Kurses im Falle externer Schocks, was in der Vergangenheit für die Exporttätigkeit durchaus förderlich war. Die teils nicht unerheblichen nicht-tarifären Handelshemmnisse stellen hingegen eine Belastung der Exportwirtschaft dar. Dabei handelt es sich unter anderem um unvollständige Übernahme von EU-Standards.

Immerhin sind **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke vorhanden**. Der intra-industrielle Handel ist vorwiegend im mittleren Technologiebereich beheimatet. Insgesamt werden mehr Vorleistungsgüter importiert als exportiert. Diese werden nicht nur zur Instandhaltung von Maschinen und Transportmitteln verwendet. Ein Teil dient auch der Produktion von exportorientierten Finalgütern. Generell ist die Exportperformance des produzierenden Gewerbes in Serbien vergleichsweise befriedigend. Hauptexportmärkte sind mit einigem Abstand Italien und Deutschland. Weitere wichtige Zielländer sind Bosnien und Herzegowina, Russland, Montenegro und Rumänien. Unter den handelbaren Dienstleistungen nehmen diverse unternehmensbezogene Dienstleistungen sowie die Transportwirtschaft in Serbien eine prominente Rolle ein. Die Tourismuswirtschaft ist

vergleichsweise gering entwickelt und kann zurzeit größtenteils nur ein einheimisches und regionales Publikum ansprechen. Insgesamt tragen die Netto-Dienstleistungsexporte kaum zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Qualität öffentlicher Institutionen niedrig

Umfragen zur Qualität öffentlicher Institutionen weisen Serbien zumeist als Nachzügler unter den Westbalkanländern aus, einer Region die im Vergleich mit den neuen EU Mitgliedsstaaten aus Mitteleuropa an sich nicht besonders gut abschneidet. Der Schutz der Eigentumsrechte ist schwach, die **Unabhängigkeit des Justizwesens eingeschränkt** und die Korruption allgegenwärtig. Die Leistungsfähigkeit des Staates und die regulatorische Qualität haben sich in den letzten Jahren zwar verbessert, befinden sich aber noch auf niedrigem Niveau. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Zustand auch der relativ späten Teilnahme am EU-Integrationsprozess geschuldet. Serbien ist erst seit 2012 Beitrittskandidat und die Beitrittsverhandlungen haben Anfang 2014 begonnen.

Qualität öffentlicher Infrastruktur genügend

Auf der Haupttransitroute zwischen der kroatischen und ungarischen Grenze im Norden, der Hauptstadt Belgrad und der mazedonischen und bulgarischen Grenze im Süden verläuft größtenteils eine Autobahn. Einzelne südliche Abschnitte sind noch nicht fertiggestellt. Auch fehlt es abseits der Haupttransitroute in west-östlicher Richtung zumeist an moderner Straßeninfrastruktur. Mit einer elektrifizierten und teilweise doppelgleisigen Eisenbahnstrecke entlang der Haupttransitroute verfügt das Land über ein **im regionalen Vergleich großes Eisenbahnnetz**. Die Versorgung mit elektrischer Energie ist gewährleistet. Stromausfälle kommen nur sehr selten vor. Das Land ist potenziell ein Stromexporteur.

Ausbildung und Forschung vergleichsweise befriedigend

Bei vielen Bildungs- und Innovationsindikatoren belegt Serbien überdurchschnittliche Ränge in der Region. Im Land sind, wenn auch nicht im Überfluss, **Forscher und Techniker vorhanden**. Die PISA-Testergebnisse der Schüler sind durchschnittlich ausgefallen. Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung wie auch die öffentlichen Bildungsausgaben sind vergleichsweise hoch. Auch befindet sich ein **hoher Anteil an Jugendlichen in technischer und berufsbildender höherer Sekundärausbildung**.

Arbeitsmarkteffizienz mangelhaft

Mit einer **Arbeitslosenquote von 22%** liegt Serbien nahe am Durchschnitt der Westbalkanländer. Die mangelhafte Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zeigt sich auch an den hohen Migrationszahlen, der großen Zahl der selbständig Beschäftigten (als Indikator für die Schattenwirtschaft) und an der Tatsache dass noch immer ein **Fünftel der Bevölkerung in der Landwirtschaft** beschäftigt ist. Die Einstellungs- und Entlassungspraxis ist ausgesprochen flexibel gestaltet. Der durchschnittliche Bruttolohn eines Arbeitnehmers liegt bei niedrigen 540 Euro. In den Industriebetrieben des Landes scheinen die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen konfrontativ gestaltet zu sein, und die **Lohnsetzung erfolgt verhältnismäßig unkoordiniert** in den einzelnen Betrieben.

Entwicklung des Finanzmarktes zurückgeblieben und notleidend

Obwohl der serbische Bankensektor den höchsten Anteil an inländischen Bankeigentümern aufweist, sind ähnlich den anderen Ländern vom Westbalkan die meisten Banken des Landes in ausländischem Eigentum. Die Bankautomatendichte ist noch unterdurchschnittlich und das Kreditvolumen gering. Die Dynamik der Kreditvergabe ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen und die realen Kreditzinsen sind sehr hoch. Hinzu kommt, dass **20% der Kredite notleidend** sind. Diese stehen einer expansiven Kreditfinanzierung notwendiger privater Investitionen im Wege.

Einschätzung der bisherigen Politiken Serbiens

Die politische Szene Serbiens wird regelmäßig von Einzelpersonlichkeiten geprägt. Zurzeit ist Premierminister Aleksandar Vucic von der national-konservativen Serbischen Fortschrittspartei der unumstrittene starke Mann des Landes. Seine Popularität hat er durch eine breit angelegte „Antikorruptionskampagne“ gewonnen, in der auch potenzielle politische Gegner festgenommen wurden. Die letzten Wahlen hat er unter dem Versprechen in der Bürokratie und im verstaatlichten Sektor aufzuräumen mit großer Mehrheit gewonnen. Bisher sind diesen Worten erst wenige Taten gefolgt. Gleichzeitig versucht er einen außenpolitischen Balanceakt. Trotz Pflege der traditionellen serbisch-russischen Freundschaft wird alles versucht um den EU-Beitrittsprozess voranzubringen. Dazu zählt eine kooperative Haltung in der Frage des Kosovo wie auch Bosnien und Herzegowinas. Obgleich die EU in Serbien kein besonders hohes Ansehen genießt ist das **Ziel eines EU Beitritts weitgehend unumstritten**. Somit gilt der EU Integrationsprozess auch als der entscheidende Anker für die demokratische Entwicklung Serbiens hin zu einem gefestigten Rechtsstaat.

Geld- und Wechselkurspolitik vergleichsweise flexibel

Der im Prinzip **freie Wechselkurs hat eine Pufferfunktion** gegenüber einem externen Schock wie er 2009 eintrat. Die Bruttoauslandsverschuldung ist mit über 80% am BIP vergleichsweise hoch. Die Wirtschaft ist stark euroisiert. Der Anteil an Fremdwährungskrediten an den ausstehenden Forderungen des Bankensystems liegt bei über 70%. Somit ergeben sich für die Zentralbank nur eingeschränkte geldpolitische Handlungsräume, die allerdings regelmäßig genutzt werden.

Fiskalpolitik krisengesteuert, Arbeitsmarktpolitik passiv

Das fiskalische Verhalten der letzten Jahre war von einem allgemeinen krisenbedingten Rückgang der Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern, sowie einer Zunahme der Sozialausgaben gekennzeichnet. Die **öffentlichen Ausgaben für Anlageinvestitionen wurden gekürzt**. In Serbien sind gezielte Aktivierungsmaßnahmen für eine **moderne Arbeitsmarktpolitik bisher kaum implementiert** worden. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik ist sehr gering.

Ordnungs- und Strukturpolitik vorhanden

Eine Strukturpolitik durch **gezielte Investitionsförderung ist vorhanden**. Die Agentur für Investitions- und Exportförderung (SIEPA) vergibt Zuschüsse für inländische und ausländische Unternehmen bei

Investitionsprojekten im Bereich der verarbeitenden Industrie sowie handelbaren Dienstleistungen und Tourismus. Die Höhe der Förderung richtet sich prinzipiell an den förderfähigen Investitionskosten oder den Brutto-Lohnkosten für neu geschaffene Arbeitsplätze und beläuft sich zwischen 50% für Kosten bis 50 Millionen Euro und 17% für Kosten über 100 Millionen Euro. Daneben gibt es auch Subventionen für exportorientierte Unternehmen. Weitere Anreize werden Unternehmen angeboten, die sich in einer der 13 freien Wirtschaftszonen ansiedeln. Dazu zählen vor allem Umsatzsteuer- und Zollbefreiungen für bestimmte dem Produktionsprozess dienliche Materialien oder Maschinen. Neben den Förderungen durch die SIEPA, gibt es in Serbien noch andere Institutionen, die Anreize für Investitionen und Beschäftigung anbieten. Dazu zählen beispielsweise Maßnahmen des nationalen Beschäftigungsdienstes, die Befreiungen von Sozialversicherungsbeiträgen für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (beispielsweise Personen im Alter unter 30 oder über 45 Jahren) oder Subventionen für neu geschaffene Arbeitsplätze beinhalten. Von der serbischen Nationalbank wird auch ein Fonds verwaltet, der vergünstigte Kredite für Klein- und Mittelbetriebe anbietet. In den letzten Jahren sind die **staatlichen Subventionszahlungen auf hohem Niveau stagniert** und stellen mit annähernd 3% des BIP den zweithöchsten Wert der Region dar. Auch die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie als Anteil am BIP waren in den letzten Jahren im regionalen Vergleich recht hoch. Insbesondere die hoch subventionierte Ansiedlung einer Fiat Automobilfertigung in Zentralserbien hat dazu beigetragen. Ein gewichtiger Anteil der Subventionen wird allerdings auch aufgewandt um defizitäre Betriebe zu stützen die sich in Serbien noch immer in großem Maße in Staatsbesitz befinden. Die Ordnungspolitik Serbiens wird im Wesentlichen vom EU Integrationsprozess bestimmt. Dabei dient die **Europäische Union als Anker der institutionellen Stabilität**.

Politikbereiche mit regionalem Kooperationspotential ausbaubar

Ähnlich den anderen Ländern der Region engagiert sich Serbien vor allem im Bereich **internationale Kooperation bei Transport- und Energieinfrastruktur**. Dabei wurden vorrangig Straßenbauprojekte gefördert, die eine verbesserte Nord-Süd-Verbindung zwischen Ungarn im Norden und Montenegro, Mazedonien und Bulgarien im Süden ermöglichen. Darüber hinaus gibt es auch konkrete Pläne für eine Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung zwischen Belgrad und Budapest die unter chinesischer Patronanz stehen.

SWOT-Analyse für Serbien

Die SWOT-Analyse beschreibt den gegenwärtigen Zustand Serbiens und bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles werden erst in der folgenden Kosten-Nutzen-Analyse präsentiert. Das englische Akronym SWOT steht für die internen Strengths (Stärken) und Weaknesses (Schwächen), sowie die externen Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren).

Interne Stärken mäßig vorhanden

Zu den Stärken Serbiens zählt eine Jahrhunderte **lange Tradition** in der Land- und Forstwirtschaft, in der Energiegewinnung und im Bergbau. Vor allem der Norden des Landes ist seit jeher eines der fruchtbarsten landwirtschaftlichen Anbaugelände Europas. Eine mindestens ebenso lange Tradition

besteht im Transitverkehr entlang der Donau, sowohl zu Lande als auch zu Wasser. Als weitere Stärke kann die größtenteils stabilisierende Funktion der jüngeren Außenpolitik Serbiens in Bezug auf die Region angesehen werden.

Interne Schwächen reichlich vorhanden

Die Liste der internen Schwächen Serbiens ist lang. Der exportorientierte Industriesektor ist quantitativ und technologisch ausbaubar. Der unternehmens- und exportorientierte Dienstleistungssektor ist nur unzulänglich entwickelt. Die **Qualität öffentlicher Institutionen ist niedrig**. Auch die Qualität der öffentlichen Infrastruktur ist verbesserungswürdig. Die **Aufnahmekapazitäten des Arbeitsmarktes sind dürftig**. Die Qualität des Humankapitals ist ausbaufähig. Die **sozialpartnerschaftliche Koordination ist unzureichend**. Ebenso fehlt es weitgehend an unternehmerischen Traditionen abseits des Kleinhandels. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen könnten verbessert werden.

Externe Chancen sind gegeben

Serbien ist von der Natur mit großzügigen land- und forstwirtschaftlichen Flächen ausgestattet. Ein weiterer Vorteil ist die zentrale Lage in Südosteuropa entlang der Donau was eine **Einbindung in internationale Transportnetzwerke** ermöglicht. Insbesondere im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau gibt es **Ansätze zur Integration in internationale Produktionsnetzwerke**. Das Land hat die Möglichkeit bekommen, am **EU-Integrationsprozess** teilzunehmen und ist seit 2012 offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union, was unter anderem die Risiken für ausländische Investoren in produktive Kapazitäten zu investieren verringert.

Externe Gefahren auch vorhanden

Ein geographisch gegebener Nachteil Serbiens ist seine Binnenlage. Serbien ist zudem auch durch **politisch instabile Nachbarländer** umgeben. Dazu zählen insbesondere Bosnien und Herzegowina sowie das Kosovo, welche beide vollständige Souveränität noch immer nicht erlangen konnten. In diesen Ländern ist Serbien ein gewichtiger Akteur bei der Lösung der Souveränitätsfrage der durch frühere kriegerische Auseinandersetzungen belastet ist und sich nun in einer neuen, konstruktiveren Rolle übt.

Kosten-Nutzen-Analyse effizienter Maßnahmen für Serbien

Die Kosten-Nutzen-Analyse dient der Darstellung konkreter Politikempfehlungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Serbiens. Auf der Mikroebene ließen sich sowohl Kosten als auch Nutzen in Geldwerten beziehungsweise erwirtschaftetem Mehrwert repräsentieren. Auf der Makroebene – also der einer gesamten Volkswirtschaft – ist dies praktisch kaum zu erreichen. Deshalb muss man sich mit einer groben Einteilung in hohe und geringe Kosten und Nutzen der einzelnen Maßnahmen begnügen. Die Analyse geht auf die vier möglichen Kosten-Nutzen Kombinationen ein und vermerkt ob diese Maßnahmen kurzfristig einsetzbar sind beziehungsweise ob mit politischem Widerstand bei der Implementierung zu rechnen ist.

Geringe Kosten und hoher Nutzen – unbedingt zu ermöglichen

Effiziente Maßnahmen, die allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würden und auch nur längerfristig wirken könnten, beinhalten beispielsweise die **Reform des Katasters und des Privatinsolvenzrechts**. Auch die **Förderung von Zirkularmigration** durch den Abbau von bürokratischen Barrieren wäre allgemein vorteilhaft. Besonders wichtig erscheint die **Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU-Fördermitteln** durch entsprechende Verwaltungsreformen. Öffentliche Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, möglichst nützliche Projekte zu identifizieren und zu kofinanzieren.

Wirksame Maßnahmen, die obendrein auch noch kurzfristig umsetzbar sind, umfassen zum Beispiel den Übergang zu einem intermediären **Wechselkurssystem mit einem gleitenden Band zum Euro**, welches den Exporteuren mehr Planungssicherheit bietet und trotzdem der Abwehr destabilisierender Kapitalzuflüsse dient. Einen ähnlichen Effekt könnte man mit **Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalzuflüssen** wie zum Beispiel Mindestreserven und Besteuerung von selektiven Kapitalzuflüssen erzielen. Eine **Lösung des Problems der notleidenden Kredite**, die bereits ein hohes Niveau erreicht haben, sollte vorrangig den Bankensektor in die Pflicht nehmen, da dieser über ausreichende Reserven verfügt.

Als Alternative zu einer geldpolitisch induzierten Abwertung des nominalen Wechselkurses, welche aufgrund der fortgeschrittenen Euroisierung und Auslandsverschuldung Serbiens wenig effektiv wäre, bietet sich eine auch kurzfristig durchführbare **fiskalische Abwertung** an. Dazu müsste zum aktuellen Standardsatz der Mehrwertsteuer von 20% beispielsweise ein erhöhter Satz für spezielle Warengruppen eingeführt werden oder der gesamte Standardsatz erhöht werden, sowie entweder die Einkommensteuersätze (aktuell 0%, 10% und 15% für die drei Steuerklassen), oder die Sozialversicherungsabgaben (aktuell 17,9% für den Arbeitgeber und 20% für den Arbeitnehmer) weiter gesenkt werden (ohne dabei die Nettolöhne zu erhöhen). Der politische Widerstand gegen eine Steuerreform mit potentiell regressiven Verteilungswirkungen kann allerdings recht stark ausfallen.

Mit politischem Widerstand kann auch bei der **Reduktion nicht-tarifärer-Handelshemmnisse** gerechnet werden, zumal einige dieser Hemmnisse Partikularinteressen schützen, deren Abbau aber insbesondere bei Exportbarrieren dazu geeignet ist, die Wettbewerbsfähigkeit Serbiens zu erhöhen. Zu diesen Hemmnissen gehören im Falle Serbiens beispielsweise die wenig ausgebauten Informations- und Notifikationsmechanismen, die mangelnde Übernahme von europäischen sanitären und phytosanitären Maßnahmen, sowie hinderliche administrative Prozeduren beim Zoll.

Hohe Kosten und hoher Nutzen – zu ermöglichen

Kostspielige Maßnahmen, denen allerdings längerfristig auch hoher Nutzen entspringt, beinhalten zum Beispiel öffentliche **Investitionen in die Transportinfrastruktur**. Diese können die Kosten der heimischen Produktion senken und eine Industrialisierung breiter Sektoren der Wirtschaft wahrscheinlicher machen. Dabei gilt es nicht nur, die lokale Transportinfrastruktur zu fördern, sondern auch die überregionale Konnektivität der Transportnetzwerke sicherzustellen. Serbien hat bereits einiges in den Autobahnausbau investiert und sollte jetzt diese Anstrengungen verstärken und darüber hinaus auch größere Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur unternehmen. Derartige Investitionen haben auch in der kurzen Frist positive Wachstumsimpulse, die zu einer potentiellen längerfristigen

Selbstfinanzierung über die entsprechenden Mehreinnahmen bei Steuern beitragen. Ähnliches gilt für die Energieinfrastruktur.

Ebenso kostspielig und erst nach längerer Zeit nutzenbringend ist die **Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems**. Die Kombination aus der Vermittlung von fachlichen Fähigkeiten in den Betrieben und von theoretischem Wissen in den berufsbildenden Schulen ermöglicht den Einsatz qualifizierter Facharbeitskräfte beim weiteren Übergang von einer low- zu einer medium-tech Industriestruktur, wie er sich in Serbien, wenn auch noch zu langsam, vollzieht. Dieser Prozess sollte auch durch eine noch **aktivere Industriepolitik und Exportförderung** des verarbeitenden Gewerbes und des exportorientierten Dienstleistungssektors unterstützt werden. Eine **sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik** mit dem Ziel eines Vollbeschäftigungswachstums bei niedriger Inflationsrate wäre eine weitere langfristig wirkende Begleitmaßnahme. Eine komplexere interregionale Strukturpolitik wäre sicherlich wünschenswert, aber aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenslagen politisch nur schwer umsetzbar. Anreize und Koordination durch die EU wären vermutlich dazu geeignet, entsprechende Widerstände zu überwinden.

Zu den vergleichsweise kurzfristig implementierbaren teuren Maßnahmen zählt eine **verstärkte FDI-Förderung**, beispielsweise mit Hilfe von weiteren ansiedlungsunterstützende Unternehmensbesteuerungs- und maßgeschneiderten Infrastrukturlösungen, die zu einem raschen Technologie-Transfer durch ausländische Direktinvestitionen führen kann. Teuer, aber kurzfristig einsetzbar ist auch eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, beispielsweise mit gezielten Maßnahmen zur Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und zur Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes oder mit Einstellungsbeihilfen, insbesondere für Jugendliche.

Geringe Kosten und geringer Nutzen – eventuell zu ermöglichen

Bei der Gruppe der kostengünstigen aber nur mäßig nützlichen Politikempfehlungen finden sich zum Beispiel langfristige Maßnahmen wie ein **professionelles country branding**, oder aber kurzfristig umsetzbare Maßnahmen wie das **Abhalten von regionalen Wirtschaftsforen** oder den **Austausch von good practice Beispielen** in verschiedenen für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeiten wichtigen Bereichen. Diese Maßnahmen würden jedoch bereits sehr knappe öffentliche Ressourcen anderen Verwendungen entziehen, die einen höheren Ertrag versprechen.

Hohe Kosten und geringer Nutzen – zu vermeiden

Zu vermeiden sind all jene Maßnahmen die sehr kostspielig sein können aber im derzeitigen Umfeld nur einen ungewissen, vermutlich geringen Nutzen bringen. So sind bei einem Land wie Serbien, welches über nur wenige nennenswerten Forschungsinstitutionen oder größere Unternehmen verfügt, die entsprechende Forschungsergebnisse absorbieren könnten, **teure öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung vorerst zu vermeiden**. Dazu gehören Maßnahmen wie zum Beispiel Start-up-Förderungen für die Finanzierung von Innovationen oder die Errichtung von Förderungsfonds für herausragende Forschung.

Top-5 Maßnahmen mit höchstem Nutzen

1. Investitionen in die Transportinfrastruktur (teuer, langfristig)
2. Investitionen in Duales Ausbildungssystem (teuer, langfristig)
3. Steigerung der Absorptionsfähigkeit von EU Fördermitteln (günstig, langfristig)
4. Problemlösung der notleidenden Kredite (günstig, kurzfristig)
5. Fiskalische Abwertung (günstig, kurzfristig, politisch brisant)

Anhang 1

Anhang Tabelle 8.7.1 / Ausgewählte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit Serbiens im Vergleich, 2013

	RS	WB-7	NMS-5	DE
Saldo der Leistungsbilanz in % des BIP	-5,0	-6,1	1,7	7,5
Güterexporte in % des BIP	34,3	22,0	67,9	42,7
Exporte von Maschinen und Fahrzeugen in % des BIP (SITC 7)	10,7	3,9	35,9	18,8
Exporte chemischer Erzeugnisse in % des BIP (SITC 5)	2,9	2,3	6,8	6,3
Eigentumsrechte, "7"=genau definiert und rechtlich geschützt	3,2	3,7	4,0	5,8
Unabhängigkeit des Justizwesens, "7" = gänzlich unabhängig	2,6	3,1	3,5	6,0
Autobahnen in km pro 100 km ² Landfläche	0,7	0,8	1,5	3,6
Stromausfälle pro Firma im Monat	0,9	3,2	0,4	.
Forscher pro 1 Mio. Bevölkerung, in Vollzeitäquivalenten	1221	728	2789	3950
Einschreibungen in techn.&berufsb.höh.Sekundärausbildung in %	65,5	50,3	54,0	51,4
Arbeitslosigkeit in %, LFS	22,1	23,1	10,1	5,3
Unselbständig Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigung	22,6	19,8	14,7	10,6
Bankautomaten pro 100.000 Erwachsene	46,0	54,6	62,9	118,8
Notleidende Kredite in % der Gesamtkredite	19,9	17,2	11,9	2,7

Anmerkung: Daten entsprechen zumeist dem Jahr 2013, andernfalls dem zuletzt verfügbaren Jahr. Bei den Durchschnittswerten entspricht WB-7 den 7 Westbalkanländern und NMS-5 den 5 neuen EU Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa.

Quelle: wiiw-Datenbank, Eurostat, IMF, WEF, UNESCO, WDI, nationale Statistiken.

Anhang 2

Anhang Abbildung 8.7.1 / SWOT-Analyse Matrix - Serbien

		Interne Analyse	
		Stärken	Schwäche
Externe Analyse	Chancen	#Lange Tradition in #Landwirtschaft, #Forstwirtschaft, #Energiegewinnung, #Bergbau, #Wasserstraßentransit und #Landstraßentransit und Ansätze zur Integration in internationale #Transportnetzwerke und #Produktionsnetzwerke	#EU Integrationsprozess und Transportnetzwerke und #Produktionsnetzwerke können nützen #Industriesektor, #Dienstleistungssektor, #Institutionen, #Arbeitsmärkte, #Humankapital, #Sozialpartner, #Unternehmenskraft und #Makroökonomische Rahmenbedingungen zu stärken
	Gefahren	#Stabilisierender Faktor in einem regionalen politischen #Provisorium; #Landumschlossenheit kann durch #Lange Tradition im Transitverkehr ausgeglichen werden	Glaubwürdige ex ante Verpflichtungen in einem regionalen politischen #Provisorium zu #institutionellen, #ökonomischen und #infrastrukturellen Fragen sind möglich

Anmerkung: Das Ziel dieser SWOT Analyse bezieht sich auf den Soll-Zustand einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die SWOT Analyse beschreibt Zustände und keine konkreten Maßnahmen.

Anhang Abbildung 8.7.2 / Kosten-Nutzen Matrix – Serbien

Kosten	#Start-up Förderung für Innovationen, #Förderungsfonds für herausragende Forschung	Investitionen in #Transport- Infrastruktur, #FDI-Förderung, #Lohnpolitik, Investitionen in #Duales Ausbildungssystem, aktive #Exportförderung, #Industriepolitik, interregionale #Strukturpolitik, aktive #Arbeitsmarktpolitik
	#Country branding, regionale #Wirtschaftsforen, #good practice Austausch	Absorption von #EU Fonds, #NPL Lösung, #Fiskalische Abwertung, #Gleitendes FX- Band, #Steuerung von Kapitalzuflüssen, Reduktion #nicht-tarifärer- Handelshemmnisse, #Katasterreform, #Privatinsolvenz, Förderung von #Zirkularmigration
		Nutzen

Anmerkung: Nach Nutzen gereiht. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind in fett gekennzeichnet. Maßnahmen mit Potential von gesellschaftlichem bzw. politischem Widerstand sind in kursiv gekennzeichnet.

Anhang A: Simulation einer Fiskalabwertung³⁵

Die Wirtschaftslage der Westbalkanländer ähnelt jener südlicher EU Mitglieder, welche kaum über fiskalischen Freiraum verfügen aber gleichzeitig die Bedingungen für nachhaltiges Wachstum verbessern müssen. Letzteres könnte durch eine Reihe struktureller Maßnahmen ermöglicht werden, die Implementierung dieser benötigt allerdings viel Zeit und kann kurzfristig auch wachstumsmindernd sein. In der Zwischenzeit soll rasches Wachstum beispielsweise durch einen steigenden Außenbeitrag erreicht werden. Insbesondere die EMU Mitglieder (aber auch die stark „euroisierten“ Länder des Westbalkans) verfügen zumeist nicht über das hierfür hilfreiche Instrument einer Währungsabwertung. Als alternatives Instrument um die Nettoexporte zu fördern ohne dabei die Staatshaushaltsbilanz zu verschlechtern bleibt eine Änderungen der Steuerstruktur mit Auswirkungen ähnlich einer Währungsabwertung (die Theorie dazu liefern beispielsweise Farhi et al. 2014). Die fiskalpolitischen Maßnahmen, die eine solche Fiskalabwertung generieren, wurden in einigen EU Mitgliedsstaaten bereits durchgeführt oder sind geplant (Europäische Kommission 2013, S. 13; Puglisi 2014). Die Grundform der Fiskalabwertung besteht aus einer Senkung der Arbeitgeberbeitragsätze zur Sozialversicherung, und einer gleichzeitigen Erhöhung des Umsatzsteuersatzes, unter der Bedingung der Neutralität dieser Maßnahmen für das Budget der öffentlichen Haushalte (de Mooji und Keen 2013). Eine höhere Umsatzsteuer soll insbesondere die Importe von Konsumgütern beschränken und reduzierte Sozialabgabensätze sollen die Lohnnebenkosten der heimischen Unternehmen senken und dadurch die Importsubstitution und den Export fördern.

Wir simulieren diese Form der Fiskalabwertung für die sieben Länder des Westbalkans und bedienen uns zu diesem Zwecke eines Modells des partiellen Gleichgewichts, das ursprünglich für die Analyse der Auswirkungen von Außenhandelspolitikmaßnahmen entwickelt wurde.³⁶ Das Modell erlaubt die Berücksichtigung von Produktionssubventionen wodurch eine Senkung des Arbeitgebersozialabgabensatzes modelliert wird, die sich auf die Produktion des gesamten Outputs bezieht. Auch wird die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes als eine Erhöhung der Besteuerung des gesamten Outputs modelliert. Dabei werden insbesondere die Importe berücksichtigt, die Exporte aber nicht, weil diese von der Umsatzbesteuerung nicht erfasst werden.³⁷ Der Besteuerungs- bzw. Subventionssatz der sich auf verschiedene Größen bezieht, wird so angepasst, dass er (ex ante) jeweils der Höhe von einem Prozentpunkt der Bruttowertschöpfung entspricht.³⁸

Im ersten Szenario wird angenommen, dass alle sieben Länder des Westbalkan eine Änderung der Steuerstruktur vornehmen, wobei die Einnahmen aus Arbeitgebersozialabgaben um 1% der

³⁵ Dieser Text beinhaltet Teile und Ergebnisse aus Vuksic und Holzner (2014).

³⁶ Das Global Simulation Model (GSIM) für die Analyse von globalen, regionalen und unilateralen Änderungen der Handelspolitik wird in Francois und Hall (2003) detailliert dargestellt.

³⁷ Die Importe werden durch die Umsatzsteuer nur insoweit erfasst als es sich um Konsumgüterimporte handelt. Importe anderer Güter werden, annahmegemäß, als Produktionsinputs verwendet und die entsprechende Umsatzsteuer auf diese Güter kann dann als Vorsteuer abgezogen werden und wird deswegen nicht berücksichtigt.

³⁸ Wenn z.B. die Bruttowertschöpfung eine Hälfte des gesamten Outputs ausmacht, wird eine Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von 0.5% des Outputs unterstellt.

Bruttowertschöpfung reduziert³⁹, und die Einnahmen durch Umsatzbesteuerung um denselben Betrag erhöht werden. Dementsprechend soll die Auswirkung auf die Staatshaushaltsbilanz neutral sein (zumindest *ex ante*). Die Ergebnisse dieses Szenarios werden in der Anhang Tabelle 8.7.2 dargestellt. Im zweiten Szenario (Anhang Tabelle 8.7.3) wird hingegen unterstellt, dass nur die beiden größten Volkswirtschaften der Region, Kroatien und Serbien, eine Fiskalabwertung in der oben beschriebenen Höhe implementieren. Dieses Szenario soll dazu dienen abzuschätzen welche Auswirkungen unilaterale fiskalische Abwertungen auf andere (insbesondere kleinere) Länder der Region haben können.

Die Ergebnisse des ersten Szenarios zeigen, dass mit positiven Auswirkungen einer Fiskalabwertung zu rechnen ist. Die Handelsbilanz verbessert sich in allen sieben Ländern in einer Bandbreite von 0.6% der Bruttowertschöpfung am Kosovo bis zu 1.1% in Montenegro. Dabei kommt es auch zu einer milden Verbesserung bei den staatlichen Finanzen, die insbesondere in Montenegro nicht unbedeutend ausfällt und 0.3% der Bruttowertschöpfung beträgt. Der positive Effekt auf den Output bewegt sich im Intervall zwischen 0.1% (Kosovo) und 0.23% (Mazedonien). Die beschriebenen Effekte werden durch steigende Exporte, aber vor allem durch fallende Importe induziert. Es muss hier betont werden, dass die bilateralen Handelsbeziehungen dieser Länder unterschiedlich betroffen sind, der positive Gesamteffekt aber durch Verminderung der Importe aus Drittländern, bzw. Steigerung der Exporte auf anderen Märkten (vor allem der EU) herbeigeführt wird. Andererseits sind die Effekte für die EU, aufgrund ihrer Größe, von vernachlässigbarem Ausmaß. Der Richtung und der Größenordnung nach, sind die hier beschriebenen Effekte mit denjenigen aus ähnlichen Studien vor allem zu Spanien, Portugal und anderen Eurozonenländern vergleichbar (siehe z.B. Gomes et al. 2014, Orsini et al. 2014, Europäische Zentralbank 2012).

Anhang Tabelle 8.7.2 / Simulationsergebnisse für Szenario 1 „Koordinierte Fiskalabwertung“

	Änderungen in % der Bruttowertschöpfung				
	Exporte	Importe	Handelsbilanz	Staatshaushaltsbilanz	Output
Albanien	0,25	-0,65	0,90	0,11	0,20
Bosnien und Herzegowina	0,36	-0,56	0,92	0,08	0,22
Kroatien	0,28	-0,51	0,79	0,04	0,20
Kosovo	0,07	-0,55	0,62	0,18	0,10
Mazedonien	0,36	-0,58	0,94	0,01	0,23
Montenegro	0,18	-0,89	1,07	0,31	0,19
Serbien	0,27	-0,52	0,79	0,04	0,17

Quelle: Eigene Berechnungen.

Die Ergebnisse für das zweite Szenario zeigen, dass eine unilaterale Fiskalabwertung keine stark benachteiligenden intra-regionalen Auswirkungen hat. Wenn nur die zwei größten Länder, Kroatien und Serbien, eine Steuerstrukturänderung vornehmen liegen die negativen Effekte auf die Handelsbilanz anderer Länder der Region bei zwischen -0.02 und -0.19 Prozent der Bruttowertschöpfung und die Auswirkungen auf den Output zwischen 0 und -0.05. Andererseits sind auch die positiven Effekte in

³⁹ Grobe Einschätzungen der dazu notwendigen Senkung des Arbeitgeberbeitragssatzes zur Sozialversicherung belaufen sich auf zwischen 1.8 Prozentpunkte in Bosnien und Herzegowina, bis 2.6 Prozentpunkte in Albanien. Dabei wird (in allen Ländern) der ganze Bruttolohn als Basis für die Abgabe angenommen. Außerdem, müsste in Mazedonien der Arbeitnehmersatz zur Sozialversicherung reduziert werden, da jener der Arbeitgeber abgeschafft worden ist. Dabei wird angenommen, dass die Lohnkosten um den gesamten Betrag reduziert werden, d.h. die Nettolöhne nicht steigen.

Kroatien und Serbien nur geringfügig stärker als im ersten Szenario. Hier wirkt insbesondere die dominante Stellung der EU als wichtigster Außenhandelspartner der Westbalkanländer.

Anhang Tabelle 8.7.3 / Simulationsergebnisse für Szenario 2 „Kroatischer und Serbischer Alleingang“

	Änderungen in % der Bruttowertschöpfung				
	Exporte	Importe	Handelsbilanz	Staatshaushaltsbilanz	Output
Albanien	0,00	0,01	-0,02	0,00	0,00
Bosnien und Herzegowina	-0,03	0,14	-0,17	0,00	-0,04
Kroatien	0,34	-0,52	0,85	0,04	0,21
Kosovo	0,00	0,07	-0,07	0,00	-0,02
Mazedonien	-0,10	0,03	-0,13	0,00	-0,03
Montenegro	0,01	0,20	-0,19	0,00	-0,05
Serbien	0,36	-0,54	0,90	0,04	0,19

Quelle: Eigene Berechnungen.

Durch die obigen Simulationen zeigt sich die Möglichkeit die Handels-, aber auch gleichzeitig die Staatshaushaltsbilanz in den Ländern des Westbalkans durch Fiskalabwertungen zu verbessern. Die positiven Auswirkungen einer Steuerstrukturänderung in der Höhe von 1% der Bruttowertschöpfung sind quantitativ nicht sehr groß, sind aber auch nicht vernachlässigbar. Es besteht auch bei einigen Ländern der Region die Möglichkeit eine stärkere Fiskalabwertung durchzuführen, vor allem dort wo der (Standard-)Umsatzsteuersatz nicht besonders hoch ist (wie z.B. in Bosnien und Herzegowina oder am Kosovo)⁴⁰, bzw. könnte auch der Standardsatz auf eine breitere Palette von Gütern und Dienstleistungen angewandt werden. Dabei müssten die Entscheidungsträger die distributiven Auswirkungen solcher Maßnahmen berücksichtigen. Darüber hinaus gibt es in jenen Ländern wo die Umsatzbesteuerung schon relativ stark ist (wie z.B. in Kroatien) auch andere Möglichkeiten die Senkung des Arbeitgeberbeitragsatzes zur Sozialversicherung gegen zu finanzieren. In diesem Kontext erwähnen Orsini et al. (2014) die Möglichkeit der Einführung/Erhöhung einer Immobilienbesteuerung oder Erhöhung ökologischer Steuern. Die Studie von Keen und Syed (2006) unterstreicht auch die Möglichkeit der Finanzierung von Sozialabgabensenkungen durch eine Erhöhung der Gewinnbesteuerung. Diese Art der Fiskalabwertung zeigt sich auch in de Mooij und Keen (2013) als wirksam.

Datenquellen

Alle in den Simulationen verwendeten Daten beziehen sich auf das Jahr 2012. Handelsdaten stammen aus der UNCTAD Datenbank, für alle Länder außer dem Kosovo (nationale Quellen). Total Output Daten sind den UN National Accounts Official Country Data UNSD entnommen, für alle Länder außer dem Kosovo (geschätzt anhand von Bruttowertschöpfungsdaten für den Kosovo und mazedonischer Total Output Daten). Bruttowertschöpfungsdaten stammen ebenfalls von den UN National Accounts Official Country Data UNSD (oder, wenn dort nicht verfügbar aus der UNCTAD und der Weltbank WDI Datenbank). Daten zu Konsumgüterimporten stammen aus der Comtrade Datenbank, außer für den Kosovo (geschätzt anhand mazedonischer Daten). Das BIP für die EU27 stammt von Eurostat und das

⁴⁰ Der Standard-Umsatzsteuersatz lag 2013 bei 16% am Kosovo, 17% in Bosnien und Herzegowina, 18% in Mazedonien, 19% in Montenegro, 20% in Albanien und Serbien und bei 25% in Kroatien.

Welt BIP aus der Weltbank WDI Datenbank. Die notwendigen Nachfrage-, Angebots- und Substitutionselastizitäten wurden von Francois und Hall (2003) übernommen. Für die EU und den Rest der Welt als vergleichsweise übergroße Wirtschaftsräume wurde eine „unendliche“ Angebotselastizität angenommen.

Literatur

De Mooij, R. und M. Keen (2013), „Fiscal Devaluation and Fiscal Consolidation: The VAT in Troubled Times“, In: Alesina, A. und F. Giavazzi (eds.): *Fiscal Policy after the Financial Crisis*. 443-493.

Europäische Kommission (2013), „Study on the Impacts of Fiscal Devaluation“, Taxation Papers, Working Paper N. 36 – 2013.

Europäische Zentralbank (2012), „Competitiveness and external imbalances within the euro area“, Occasional Paper Series 139, European Central Bank.

Farhi, E., Gopinath, G. und O. Itskhoki (2014), „Fiscal Devaluations“, *Review of Economic Studies*, 81 (2), 725-760.

Francois, J.F. und K. Hall (2003), „Global Simulation Analysis of Industry-Level Trade Policy“, Technical Paper, World Bank.

Gomes, S., Jacquinet, P. und M. Pisani (2014), „Fiscal devaluation in the Euro area: A model-based analysis“, ECB Working Paper Series No 1725.

Orsini, K., Burgert, M., Grevesmühl, O. und M. Suardi (2014), „Assessing the impact of a revenue-neutral tax shift from labour income in Spain“, *Country Focus*, 11 (5), European Commission, DG ECFIN.

Puglisi, L. (2014), „Fiscal Devaluations in the Euro Area: What has been done since the crisis?“, Taxation Papers, Working Paper N.47 – 2014.

Vuksic, G. und M. Holzner (2014), „Trade and fiscal imbalances in Southeastern Europe: Can fiscal devaluations help?“, Mimeo.

Anhang B: Analysen zu Kapitel 3

ANHANG BOX 1 / ASSET QUALITY REVIEWS (AQR) UND STRESSTESTS IN EINEM EURO-STAAT: DER FALL SLOWENIEN

Slowenien ist das Land mit der höchsten Staatsbeteiligung im Bankensektor (44 % der Aktiva des Bankensektors). Bis Mitte 2013 nahm der Anteil der notleidenden Kredite im Bankensystem auf 16,3 % zu nach nur 2,8 % Ende 2008. Die entsprechenden Anteile für den Unternehmenssektor betragen 25 %, für den Sektor der privaten Haushalte dagegen nur 4 %. Hier liegt bereits ein großer Unterschied zu den Westbalkan-Ländern und einigen NMS, wo die notleidenden Hypothekenkredite den Anteil der privaten Haushalte erheblich höher ausfallen ließen (Ungarn: 20 %, Montenegro: 23 %). Die Kernkapitalquote belief sich 2012 auf nur 9,8 % und war damit die drittniedrigste im Euroraum. Die von der Europäischen Kommission geforderte unabhängige und umfassende Bewertung des Bankensystems fand im Juli 2013 statt und umfasste eine AQR und – darauf aufbauend - unabhängige Stresstests. Letztere erfolgten in einem Bottom-up Top-down-Verfahren. Ein Bottom-up-Verfahren untersucht die Reaktion einzelner Banken und des Bankensystems auf den Ausfall von einzelnen Wertpapieren oder Krediten, während das Top-down-Verfahren als Gegenteil mit weniger in Einzelheiten gehenden Daten arbeitet. Mit seiner zweiseitigen Vorgehensweise setzt sich dieser Ansatz von den im Westbalkan noch angewendeten Top-down-Ansätzen ab. Für die Durchführung der AQRs und der Stresstests wurden international agierende Firmen beauftragt. Als Ergebnis traten zusätzliche Kapitalerfordernisse in beiden Ansätzen zutage, wobei die Erfordernisse dem Bottom-up-Ansatz zufolge erheblich höher ausfielen. Nationalbank und Regierung legten in Abstimmung mit der Europäischen Kommission eine Reihe von Sofortmaßnahmen fest, deren fiskalische Wirkungen auf ca. 3,5 Mrd. Euro geschätzt werden, d.h. einer Verdoppelung der Kapitalausstattung des gesamten Systems Mitte 2013: (i) Für einige besonders kritische Banken sind nach einer Reform des Bankengesetzes Restrukturierungsmaßnahmen unter Einbeziehung der Anteilseigner vorgesehen. Wenn dies nicht gelingt, wird der Staatshaushalt die Mittel bereitstellen. (ii) Ein Teil der notleidenden Kredite der Banken soll an eine Zweckgesellschaft (Bad Bank) unter dem Dach der Bank Asset Management Company (BAMC) und in Abstimmung mit der Europäischen Kommission überführt werden; auch hier kommen fiskalische Transfers an die BAMC zum Zuge. (iii) In Beachtung der EU-Beihilferegulungen soll den besonders kritischen Banken frisches Kapital aus dem Staatshaushalt zugeführt werden, anderen Banken von ihren Eignern. Sollte sich letzteres dies als nicht erfolgreich herausstellen, soll wiederum der Staatshaushalt einspringen.

Quelle: Banka Slovenije (2013).

ANHANG BOX 2 / DER „TARGETANSATZ“ IN IRLAND

Irlands Wirtschaft erlebte in den ersten Jahren des vorigen Jahrzehnts einen beispiellosen Immobilien- und Bauboom, der mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise abrupt endete und eine allgemeine Bankenkrise auslöste. Die irische Regierung reagierte mit staatlichen Liquiditätshilfen verschiedenster Art, der Verstaatlichung von Banken und einem Programm zur Neuordnung des Bankensektors – in Verbindung mit der Gründung der National Asset Management Agency (NAMA) 2009, die als Bad Bank fungiert. Gleichzeitig nahm der Anstieg der notleidenden Kredite im gesamten Bankensystem gerade explosionsartige Ausmaße an: Anfang 2007 betrug ihr Anteil an allen Krediten noch 0,7 %, Anfang 2009 bereits 9 % und Anfang 2011 sogar 14,7 %. Von der irischen Regierung wurden die notleidenden Hypothekenkredite als zentrales Problem erachtet. Im Juni 2013 betrug ihr Anteil knapp 13 %, und ihr Anteil hatte sich in einer Zweijahresperiode mehr als verdoppelt. Die Umstrukturierung der Kreditportfolios der Banken (auch der bereits nationalisierten und rekaptalisierten) erfolgte bis Ende 2012 hauptsächlich über eine großzügige Verlängerung der Laufzeiten oder eine zeitweise Aussetzung des Schuldendienstes bzw. Reduzierung der Zinssätze. Da sich jedoch keine Verbesserung im Kreditportfolio ergab, ging die irische Bankenaufsicht bei der Zentralbank dazu über, Maßnahmen mit nachhaltigeren Effekten zu entwickeln. Kernpunkt des seit Mitte 2013 geltenden Programms waren vierteljährliche „Mortgage Targets“ für sechs Immobilienbanken in zwei Varianten: (a) Anzahl der Lösungen, die den Kreditnehmern von der Bank vorgeschlagen werden (ab Juni 2013) und (b) Anzahl der tatsächlichen und nachhaltigen Lösungen (ab Anfang 2014). Bezüglich (a) setzte die Aufsichtsbehörde für das zweite Quartal generell eine Quote von Lösungsvorschlägen in Höhe von 20 %, für das dritte Quartal von 30 % und für das vierte Quartal von 50 % fest, wobei auch differenzierte Ziele für einzelne Kreditinstitutionen möglich sind. Dazu kommt ein strenges Audit-System der Aufsichtsbehörde, welches nötigenfalls auch zu Sanktionen in Gestalt von individuellen Reservezuführungen führen kann. Die Erfahrungen des ersten Jahres sind gemischt: Einerseits zeigen die berichteten Zahlen für den Dezember 2013, dass der Wert der notleidenden Kredite gegenüber dem September um ca. 3 % gesunken ist, und dass dies der erste notierte Rückgang seit September 2009 war. Andererseits nahm der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditportfolio weiterhin zu, weil die Banken ihre Kreditvergabe generell weiterhin reduzierten.

Quellen: Central Bank of Ireland, 2013 und 2014.

Datenquellen

Alle nachfolgenden Schätzmodelle beziehen die prozentuale Veränderungsrate des Bankkredits an den privaten Unternehmenssektor (CSCR) auf verzögerte Variablen der allgemeinen Kreditnachfrage und des Kreditangebots. Die allgemeine Nachfragesituation wird durch die prozentuale Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erfasst. CSCR und BIP stellen annualisierte Veränderungsrate auf Quartalsbasis dar. Variablen des Kreditangebots sind die notleidenden Kredite und zwar in drei Varianten: als Anteil an den gesamten ausstehenden Krediten des Bankensystems an den privaten Sektor (NPL), an den Krediten an den privaten Unternehmenssektor (NPLCS) und an den Krediten an die privaten Haushalte (NPLPH). Alle Daten entstammen der wiiw-Datenbank.

Wegen der unterschiedlichen Datenverfügbarkeit (siehe Anhang Tabelle 8.7.4) erfolgen die nachfolgenden Schätzungen mit ungleichgewichtigen Panels. Für den Kosovo stehen grundsätzlich keine Daten außer für die erklärenden Variablen zur Verfügung, so dass das Land in keiner Schätzung berücksichtigt werden kann. Für alle übrigen Länder stehen Daten über die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zur Verfügung, darüber hinaus Angaben zu den notleidenden Krediten in Prozent aller Kredite des Bankensektors (NPL), wenn auch ab unterschiedlichen Zeitpunkten (für

Montenegro beispielsweise liegen BIP-Daten erst ab dem ersten Quartal 2011 vor). Eine Aufspaltung der notleidenden Kredite in Unternehmen (NPLCS) und Private Haushalte (NPLPH) liegt außer für den Kosovo auch für Albanien und Montenegro nicht vor. Für Rumänien und Slowenien liegen keine Angaben für NPLPH vor. Grundsätzlich wird als Stützzeitraum für die Schätzungen der Zeitraum vom ersten Quartal 2007 bis zum vierten Quartal 2013 gewählt, obwohl für einige Länder auch frühere Werte für das BIP vorliegen. Alle Kalkulationen und Schätzungen wurden mit dem Eviews-8-Softwareprogramm durchgeführt.

Anhang Tabelle 8.7.4 / Überblick über die Datenverfügbarkeit (Angaben ab dem genannten Quartal)

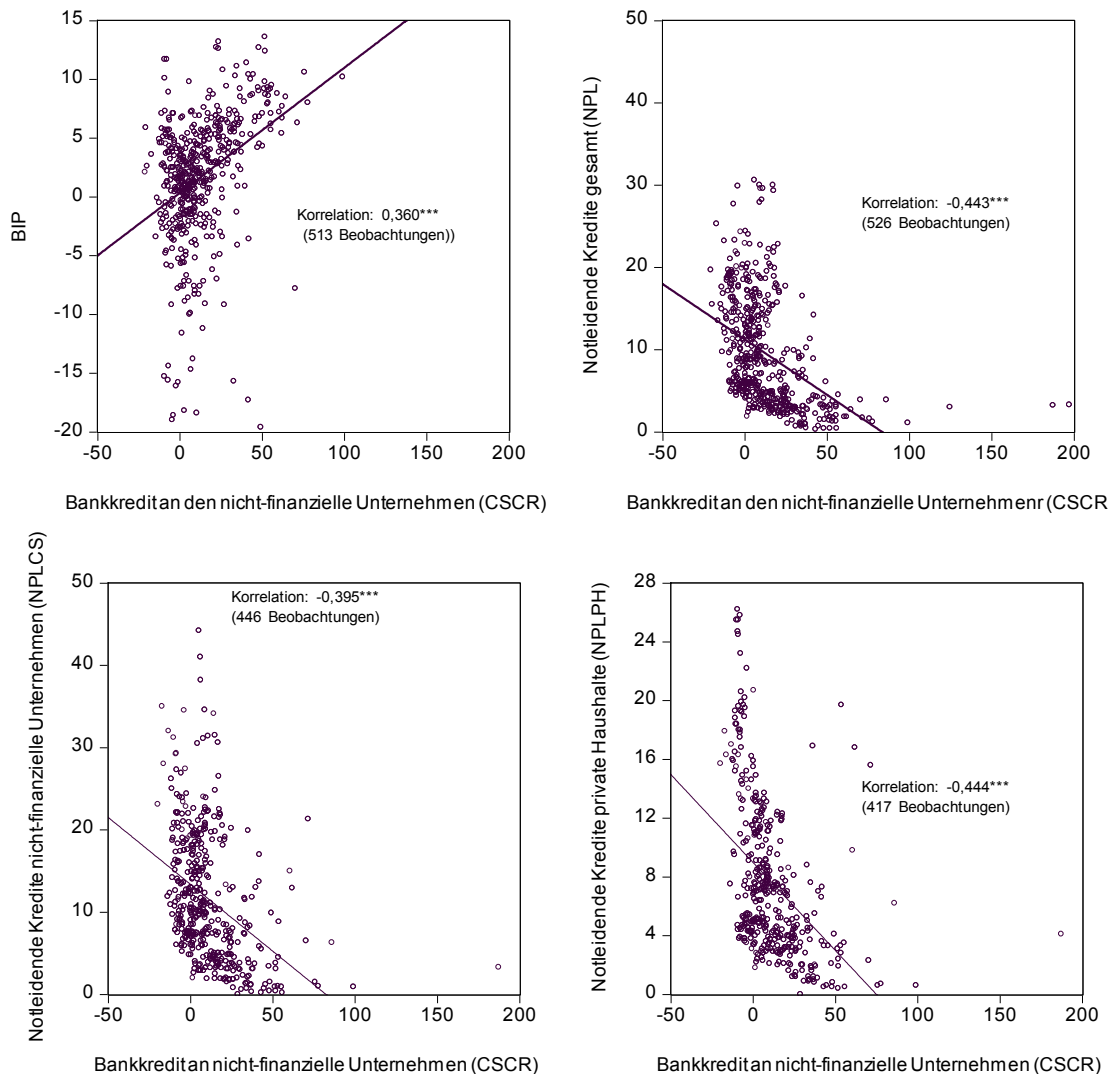
	CSCR	BIP	NPL	NPLCS	NPLPH
Albanien	2007Q1	2007Q1	2007Q1	---	---
Bulgarien	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2011Q1	2011Q1
Bosnien und Herzegowina	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2009Q1	2009Q1
Tschechische Republik	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Estland	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Kroatien	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Ungarn	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Kasachstan	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Kosovo	2007Q1	---	---	---	---
Lettland	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Litauen	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Mazedonien	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Montenegro	2007Q1	2011Q1	2007Q3	---	---
Polen	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Rumänien	2008Q1	2007Q1	2008Q1	2010Q1	---
Russland	2008Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Slowakei	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Slowenien	2008Q1	2007Q1	2008Q4	2009Q1	---
Serbien	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2008Q3	2008Q3
Türkei	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1	2007Q1
Ukraine	2007Q1	2007Q1	2008Q1	2008Q4	2008Q4
Beobachtungen	551	505	511	425	307
Länder	21	20	20	19	17

Quelle: wiiw Datenbank.

Die erste Frage lautet, welche Vorzeichen in Panelregressionen zu erwarten sind. Theoretisch sollte ein Anstieg (Rückgang) der allgemeinen Nachfrage (BIP) zu einer erhöhten (verringerten) Kreditnachfrage führen, der vom Bankensektor auch akkommodiert wird, wenn keine Angebotsrestriktionen vorliegen und lediglich Marktkräfte zur Wirkung kommen. Damit ist grundsätzlich ein positives Vorzeichen für die Variable BIP zu erwarten. Ein negatives Vorzeichen würde beispielsweise in einer Phase rückläufiger wirtschaftlicher Aktivität nur mit politischer Einflussnahme zu erklären sein: Unternehmen nehmen Kredite auf, obwohl sie sie nicht nachfragen würden. Eine Angebotsrestriktion liegt dann vor, wenn ein Anstieg der notleidenden Kredite mit einem Rückgang der Kreditvergabe verbunden wäre; das Vorzeichen wäre also negativ. Ein positives Vorzeichen könnte wiederum auf politische Einflussnahme bei der Kreditvergabe oder auf Ineffizienzen im Bankensektor verweisen. Beispiel: In einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs würde ein positives Vorzeichen darauf verweisen, dass die Banken einen

Anstieg der notleidenden Kredite nicht als problematisch ansehen. Die Analysen der Kreditvergabe in einigen Ländern in der Vorkrisenphase bis ca. 2009 schließen eine derartige „perverse“ Beziehung nicht aus; erklärt wurde sie mit den damals noch fehlenden oder unvollständigen Kreditregistern in den Westbalkanländern.

Anhang Abbildung 8.7.3 / Korrelationskoeffizienten (2007Q1 – 2013Q4)



Signifikanzniveaus: *** 1 %, ** 5 %, * 10 %. Stacked data.
Quellen: wiiw-Datenbank

Anhang Abbildung 8.7.3 zeigt die Korrelation zwischen der abhängigen Variablen und jeweils einer der anderen Variablen für die Gesamtheit der Länder an. Für alle verfügbaren Daten zeigt sich die erwartete positive Beziehung zu den Veränderungsraten des BIP. Die erwartete negative Beziehung besteht zur Höhe des Anteils der notleidenden Kredite am Kreditbestand, und zwar bezüglich aller Kredite, der Kredite an den Unternehmenssektor und an die Privathaushalte. Die Korrelationskoeffizienten sind zwar nicht übermäßig hoch (< 50 %), aber hoch signifikant (1 %-Niveau).⁴¹ Allerdings ist zu beachten, dass es

⁴¹ Die hohen NPLCS-Werte im linken unteren Panel gehören zur Ukraine.

sich hier lediglich um Korrelationen, nicht unbedingt um Kausalitätsbeziehungen handelt. Nicht auszuschließen sind Endogenitätsprobleme, wonach etwa eine Veränderung der Kreditvergabe an den Unternehmenssektor ursächlich für die Änderung der wirtschaftlichen Aktivität ist. Aus diesem Grunde arbeiten die Schätzmodelle mit verzögerten Werten der erklärenden Variablen.

Anhang Abbildung 8.7.3 legt auch eine nicht-lineare Beziehung zwischen den potenziellen Regressoren und der unabhängigen Variablen nahe. Eine Ursache für Nicht-Linearität kann fehlende Stationarität der Datenreihen sein. Tests auf Panelstationarität zeigen, dass NPL nicht stationär ist, NPLCS ein Grenzfall ist, während alle anderen Variablen sowohl in ihren Niveaus wie auch in ihren ersten Differenzen stationär sind (Anhang Tabelle 8.7.5). Für die Regressionen werden grundsätzlich die erklärenden Variablen in ihren ersten Differenzen verwendet, weil zusätzliche Tests mit nicht-linearen, d.h. quadrierten Regressoren (hier nicht berichtet) geringere oder insignifikante Korrelationskoeffizienten zu Tage bringen. Das heißt, die ersten Differenzen reduzieren die mögliche Nicht-Linearität der Ausgangsreihen erheblich.

Modellschätzungen

Alle Regressionen werden für Panels mit allen Ländern und für die Länder des Westbalkans geschätzt. Gemäß Anhang Abbildung 8.7.3 wird ein positives Vorzeichen für die BIP-Variablen erwartet, aber ein negatives Vorzeichen bezüglich der NPL-Variablen. Die Panelschätzungen erfolgen mit Fixen Effekten (FE), wobei die entsprechenden F-Tests zeigen, ob Querschnitts-, Perioden- oder gemeinsame Effekte vorzuziehen sind. Dabei wird grob zwischen zwei Perioden unterschieden, deren Abgrenzung allerdings von Land zu Land unterschiedlich ausfallen dürfte. Die erste Periode verläuft vom ersten Quartal 2007 bis zum ersten bzw. zweiten Quartal 2010. Diese Periode erfasst die Boomphase des Kreditzyklus (2007 und 2008), aber bereits Krisenquartale (2009). Die zweite Phase verläuft vom zweiten Quartal 2010 bis zum vierten Quartal 2013 und umfasst nur die Krisenphase des Zyklus. Die Abgrenzung ist zu einem gewissen Teil willkürlich und der Beschränkung des Datensatzes geschuldet. Es ist auch zu berücksichtigen, dass ab dem Jahr 2010 die Effekte der globalen Finanzkrise 2008/2009 durch die Effekte der EU-Finanzkrise verstärkt und verlängert wurden. Die Signifikanz der Variablen ist ebenfalls von Bedeutung: Eine Änderung zwischen den beiden Perioden wird als Wandel der Triebkräfte für die Kreditvergabe gewertet. Auf den Ausweis der fixen Effekte wird verzichtet.

Die Serie der Regressionen beginnt mit vier Modellen für die gesamte Ländergruppe, die die Variable CSCR durch die Veränderungsrate des BIP (Nachfrageseite) und $\Delta(NPL)$ erklärt. Die Modelle 5 und 6 ersetzen die NPL-Variablen durch die entsprechenden Variablen für den Unternehmenssektor und die privaten Haushalte. Anhang Tabelle 8.7.6 berichtet die Ergebnisse. In Modell 1 wurde für 19 Länder (ohne Kosovo und Montenegro⁴²) die Beziehung zwischen dem Kreditwachstum und drei zeitverzögerten Variablen der gesamten NPL sowie einer zeitverzögerten Wachstumsrate des BIP getestet. Weitere Zeitverzögerungen der BIP-Variablen erbrachten keine signifikanten Koeffizienten, so dass sie keinen Eingang in Anhang Tabelle 8.7.6 finden. Die entsprechenden F-Tests empfehlen die Berücksichtigung von Länder- („Cross-Section“) und Periodeneffekten. Dabei zeigt sich, wie übrigens in den meisten anderen Schätzungen, das erwartete positive Vorzeichen für den verzögerten Wert der BIP-Veränderungsrate. Allerdings zeigt sich in Modell 1 auch ein signifikanter und positiver Koeffizient

⁴² Es liegen für diese Periode keine BIP-Daten vor.

für einen der verzögerten NPL-Werte, was die Vermutung stützt, wonach ein Anstieg der notleidenden Kredite im Portfolio der Banken keinerlei Beschränkung im Angebot verursachte.

Anhang Tabelle 8.7.5 / Panel Unit Root Test Ergebnisse (Periode: 2007Q1 - 2013Q4)

	Levin, Lin & Chu t-stat. ^a	Im, Pesaran und Shin W-statb	ADF, chi-square ^b	PP, chi-square ^b
CSCR	-8,609 (0,000) [515]	-5,790 (0,000) [515]	103,721 (0,000) [515]	58,871 (0,044) [551]
BIP	-5,218 (0,000) [463]	-7,111 (0,000) 463]	127,430 (0,000) 463]	57,349 (0,037) 505]
NPL	-1,205 (0,124) [499]	1,282 (0,900) [489]	46,552 (0,221) [489]	16,216 (0,999) [511]
ΔNPL	-5,188 (0,000) [490]	-6,449 (0,000) [490]	117,495 (0,000) [490]	142,177 (0,000) [49]
NPLCS	-9,788 (0,000) [410]	-9,161 (0,000) [410]	63,606 (0,006) [410]	50,107 (0,090) [425]
ΔNPLCS	-71,121 (0,000) [399]	-20,405 (0,000) [399]	144,124 (0,000) [399]	155,271 (0,000) [406]
NPLPH	-2,473 (0,007) [370]	-2,869 (0,002) [370]	71,365 (0,000) [370]	45,141 (0,062) [390]
ΔNPLPH	-3,398 (0,000) [363]	-5,076 (0,000) [363]	108,304 (0,000) [363]	127,594 (0,000) [374]

Legende: CSCR = Veränderungsrate des Bankkredits an den privaten Unternehmenssektor; BIP: Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts; NPL = notleidende Kredite in % aller Kredite; NPLCS = notleidende Kredite in % aller Kredite an den privaten Unternehmenssektor; NPLPH = notleidende Kredite in % aller Kredite an die Privathaushalte.

a Der Test nimmt eine gemeinsame Einheitswurzel über die Länder hinweg an. b Der Test erlaubt unterschiedliche Einheitswurzeln der Länder.

Die Nullhypothese lautet in allen Fällen, dass die Variable eine Einheitswurzel besitzt (also nicht stationär ist). Alle Tests erlauben länderspezifische Konstante in den Testregressionen. Die Werte in runden Klammern sind die p-Werte, die Werte in den eckigen Klammern die Anzahl der Beobachtungen. Dabei entspricht die Zahl der Beobachtungen im PP-Test der Zahl der Beobachtungen in Anhang Tabelle 8.7.5 mit Ausnahme für NPLCS und NPLPH, bei denen auch Montenegro ausgeschlossen wurde.

Quellen: wiiw-Datenbank; eigene Kalkulationen.

Diese Vermutung kann aber nicht durch Modell 2 gestützt werden, welches nur fixe Ländereffekte berücksichtigt. Darunter leidet zwar die Effizienz der Parameter (höherer Standardfehler der Regression und AIC), aber dafür zeigt sich nunmehr, dass ein Anstieg der NPLs nach drei Quartalen zu einer Reduzierung des Kreditangebots führt. Insgesamt zeigt sich kein klares Bild, auch wenn Modell 2 weniger plausibel erscheint.

Modell 3 wiederholt die Spezifikationen von Modell 1 für die frühere Periode. Der einzige Unterschied ist nunmehr die fehlende Signifikanz der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage für die Kreditvergabe. Wenn

man wie in Modell 4 allerdings lediglich auf fixe Ländereffekte rekurriert, erscheinen die Vorzeichen wie von der Theorie erwartet. Für die Qualität der Schätzung gilt aber das gleiche wie für Modell 2.

Anhang Tabelle 8.7.6 / Ergebnisse der Schätzungen für das gesamte Panel; abhängige Variable: CSCR

Variablen/Lags	1	2	3	4	5	6
Periode	2007Q2-2010Q1		2010Q2- 2013Q4	2010Q1- 2013Q4	2007Q2- 2010Q1	2010Q2- 2013Q4
Fixe Effekte	LE + PE	LE	LE + PE	LE	LE + PE	LE + PE
Koeffizienten						
$\Delta(\text{NPL})-1$	1,011**	0,542	0,679*	0,562	---	---
$\Delta(\text{NPL})-2$	0,149	-0,589	-0,052	-0,133	---	---
$\Delta(\text{NPL})-3$	-0,747	-2,880***	-0,420	-0,555**	---	---
BIP-1	0,830***	1,595***	0,010	0,347***	1,040***	-0,331
$\Delta(\text{NPLCS})-1$	---	---	---	---	0,107	-0,351
$\Delta(\text{NPLCS})-2$	---	---	---	---	-0,111	-0,431
$\Delta(\text{NPLCS})-3$	---	---	---	---	-1,757*	-0,229
$\Delta(\text{NPLPH})-1$	---	---	---	---	-0,787	-0,210***
$\Delta(\text{NPLPH})-2$	---	---	---	---	0,672	-1,139**
$\Delta(\text{NPLPH})-3$	---	---	---	---	0,738	-0,693
Konstante	15,874***	18,554***	4,431***	3,667***	15,276***	6,678***
Diagnostische Statistik						
Adj. R ²	0,799	0,706	0,738	0,710	0,817	0,791
S.E. Regression	7,175	8,666	5,937	6,180	6,476	5,526
F-Statistik	19,989***	18,266***	22,757***	33,495***	17,012***	24,421***
AIC	6,966	7,200	6,523	6,556	6,809	6,406
Cross-Section F	11,300***	8,992***	36,958***	33,896***	7,407***	50,517***
Period F	6,672***	---	1,903**	---	3,497***	2,376***
Beobachtungen	159	287	306	119	225	
Länder	19 (ex. Kosovo und Montenegro)	20 (ex. Kosovo)	16 (ex. Albanien, Kosovo, Montenegro, Rumänien, Slowenien)			

Signifikanzniveaus: *** 1 %, ** 5 %, * 10 %.

Die Modelle 5 und 6 unterscheiden zwischen den notleidenden Krediten für die beiden Sektoren. Da hier nicht für alle Länder Daten vorliegen, sinkt die Zahl der Beobachtungen, vor allem für die erste Periode. In diesem Modell 5 ist eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wiederum mit dem erwarteten positiven Vorzeichen versehen. Ein Anstieg der notleidenden Kredite an den Unternehmenssektor trägt dagegen das erwartete negative Vorzeichen. Eine Änderung der notleidenden Kredite im Sektor der privaten Haushalte spielt dagegen noch keine Rolle für den Bankensektor.

Modell 6 beschreibt die Wirksamkeit von Angebots- und Nachfragekräften in der Folgeperiode, die hier nur auf den Zeitraum vom zweiten Quartal 2010 bis zum vierten Quartal 2013 angesetzt wurde. Hier fallen einige bemerkenswerte Unterschiede zur Vorperiode in Modell 5 auf: Erstens verbessert sich die Effizienz der Parameterschätzungen aufgrund der höheren Zahl der Beobachtungen (kleinerer Standardfehler). Zweitens reagiert der Bankensektor auf einen Anstieg der notleidenden Kredite im Unternehmenssektor nicht mehr in signifikanter Weise wie in der Vorkrisenperiode. Vielmehr fällt nun der Anstieg der notleidenden Kredite im Sektor der privaten Haushalte negativ für die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor ins Gewicht – was insofern plausibel ist, da die Banken keine nach Sektoren getrennten Loan-Loss-Reserven bilden. Und drittens fällt die Kreditnachfrage als Faktor für die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor faktisch aus, da die verzögerte Veränderungsrate des BIP insignifikant ist. Insbesondere die Ergebnisse für die Modelle 5 und 6 beschreiben einen Wechsel der Triebkräfte für die Kreditvergabe im Zuge des Kreditzyklus für die Gesamtheit der betrachteten neuen Marktwirtschaften in Europa. In der ersten Periode, die stark (2007 und 2008) von einem Kreditboom gezeichnet ist, bestimmen Nachfrageeffekte die Kreditvergabe des Bankensektors, in der zweiten Periode, die fast eigentlich nur Krisenquartale umfasst, dominieren Angebotsfaktoren.

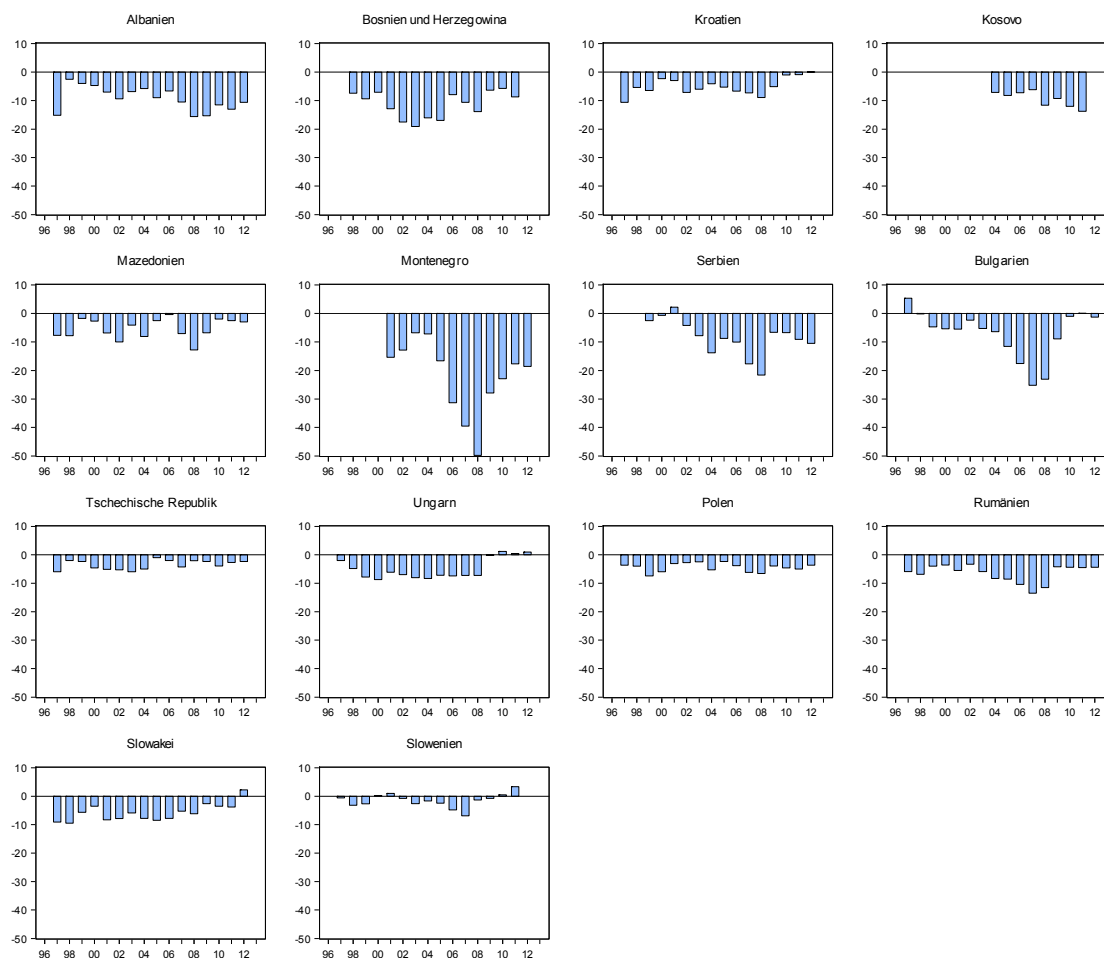
Eine Interpretation der Ergebnisse von Schätzungen für die nur sechs Westbalkanländer steht unter dem Vorbehalt einer erheblichen Reduzierung der Anzahl der Beobachtungen. In Anhang Tabelle 8.7.7 umfassen die Modelle 7 bis 10 wiederum nur die notleidenden Kredite insgesamt; die Ergebnisse sind vergleichbar mit den Ergebnissen der Modell 1 bis 4 in Anhang Tabelle 8.7.6. Es zeigen sich in Modell 7 (erste Periode) mit fixen Länder- und Zeiteffekten wenig interpretierbare Resultate. Die um ein Quartal verzögerte Variable $\Delta(\text{NPL})$ ist zwar positiv, aber nur schwach signifikant. Nur mit Ländereffekten geschätzt (Modell 8), ergeben sich die „richtigen“ Vorzeichen und signifikante Variablen, allerdings erscheinen die hohen Koeffizienten für die zeitverzögerten $\Delta(\text{NPL})$ -Variablen wenig plausibel. Die Zahl der Beobachtungen beträgt nur 48 für fünf Länder. In den Modellen 9 und 10 (reine Krisenperiode) steigt zwar die Zahl der Beobachtungen auf 80, aber die Schätzungen mit zeitverzögerten $\Delta(\text{NPL})$ -Variablen erbringen keine interpretierbaren Ergebnisse. Modell 11 schließlich unterscheidet wieder zwischen den beiden Sektoren. Hier handelt es sich um die Krisenperiode, für die eine akzeptable Anzahl von Beobachtungen vorliegt (Schätzungen mit der Vorperiode konnten lediglich auf 25 Beobachtungen zurückgreifen, und die Ergebnisse waren nur schwer einschätzbar, so dass sie hier nicht berichtet werden). In Modell 11 jedoch können wir für den Westbalkan recht deutlich starke und negative Effekte eines Anstiegs der notleidenden Kredite im Sektor der Privathaushalte hinsichtlich einer Kreditvergabe an den Unternehmenssektor beobachten. Diese Effekte sind erheblich stärker als für die gesamte Gruppe der neuen Marktwirtschaften (Modell 6 in Anhang Tabelle 8.7.6). Die Effizienz der geschätzten Parameter ist in der Westbalkan-Gruppe sogar höher als für die gesamte Gruppe (Standardfehler der Regression, AIC). Die Ergebnisse legen zunächst nahe, dass die Konzentration auf eine Lösung des Problems der notleidenden Kredite im Sektor der privaten Haushalte in den Westbalkanländern größere positive Effekte auf die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor hervorbringt als eine Sanierung im Unternehmenssektor. Auf den zweiten Blick muss aber auch konstatiert werden, dass andere Bestimmungsfaktoren für die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor im Regressionsansatz nicht berücksichtigt wurden.

Anhang Tabelle 8.7.7 / Ergebnisse der Schätzungen für den Westbalkan; abhängige Variable: CSCR

Variablen/Lags	7	8	9	10	11
Periode	2007Q2-2010Q1		2010Q2-2013Q4	2010Q1-2013Q4	2010Q1-2013Q4
Fixe Effekte	LE + PE	LE	LE + PE	LE	LE + PE
Koeffizienten					
$\Delta(\text{NPL})-1$	2,295*	1,591	1,093	0,893	---
$\Delta(\text{NPL})-2$	-0,192	-4,883**	-0,211	-0,170	---
$\Delta(\text{NPL})-3$	0,894	-5,327***	0,167	0,323	---
BIP-1	-0,586	1,166***	-0,285	0,104	0,015
$\Delta(\text{NPLCS})-1$	---	---	---	---	-0,674
$\Delta(\text{NPLCS})-2$	---	---	---	---	-0,457
$\Delta(\text{NPLCS})-3$	---	---	---	---	-0,916
$\Delta(\text{NPLPH})-1$	---	---	---	---	-2,987**
$\Delta(\text{NPLPH})-2$	---	---	---	---	-2,863**
Konstante	21,002***	20,988***	4,434***	4,127***	6,784***
Diagnostische Statistik					
Adj. R ²	0,836	0,752	0,436	0,398	0,637
S.E. Regression	5,510	6,771	6,694	6,920	4,152
F-Statistik	13,590***	18,820***	3,656***	6,795***	5,235***
AIC	6,545	6,305	6,884	6,823	5,981
Cross-Section F	11,458***	14,105***	8,920***	9,949***	4,609***
Period F	2,804**	---	1,341	---	4,553***
Beobachtungen	48		80		59
Länder	5 (ex. Kosovo und Montenegro)		6 (ex. Kosovo)		4 (ex. Kosovo, Albanien, Montenegro)

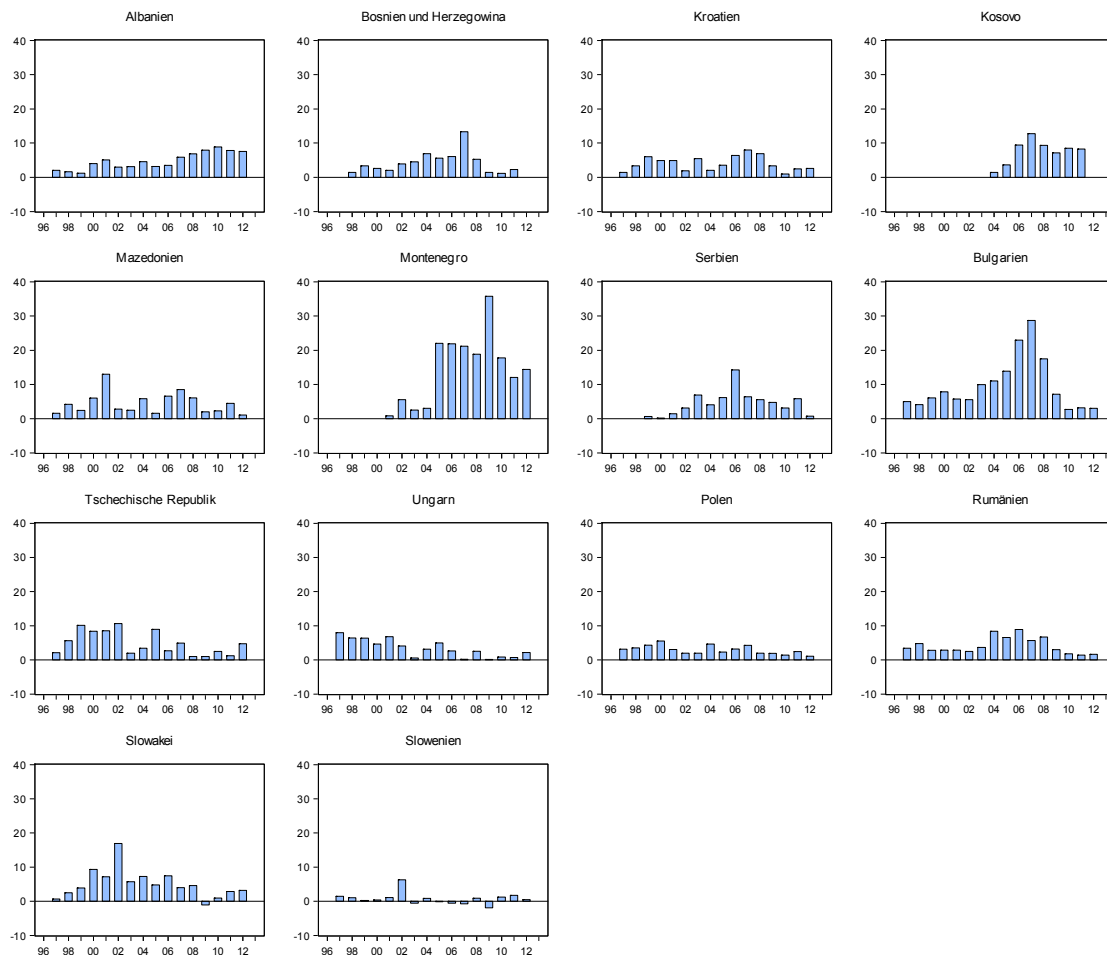
Anhang C: Analysen zu Kapitel 4

Anhang Abbildung 8.7.4 / Die Entwicklung der Leistungsbilanz in % des BIP 1996 bis 2012



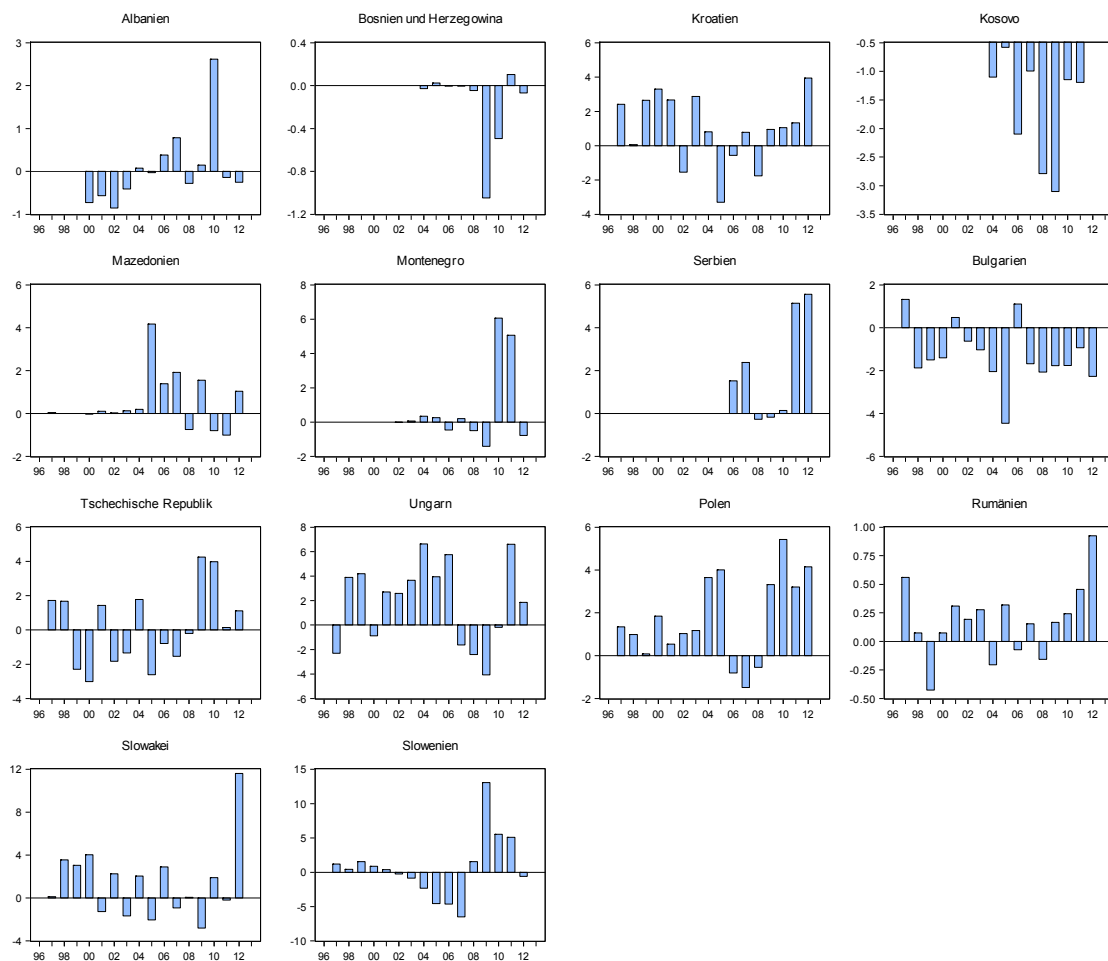
Quellen: NMS der EU: Eurostat (label: bop_q_gdp); Westbalkanländer außer Kosovo: Nationalbanken der Länder via wiiw-Datenbank; Kosovo: eigene Berechnung nach Angaben der Zentralbank des Kosovo.

Anhang Abbildung 8.7.5 / Ausländische Direktinvestitionen netto in % des BIP



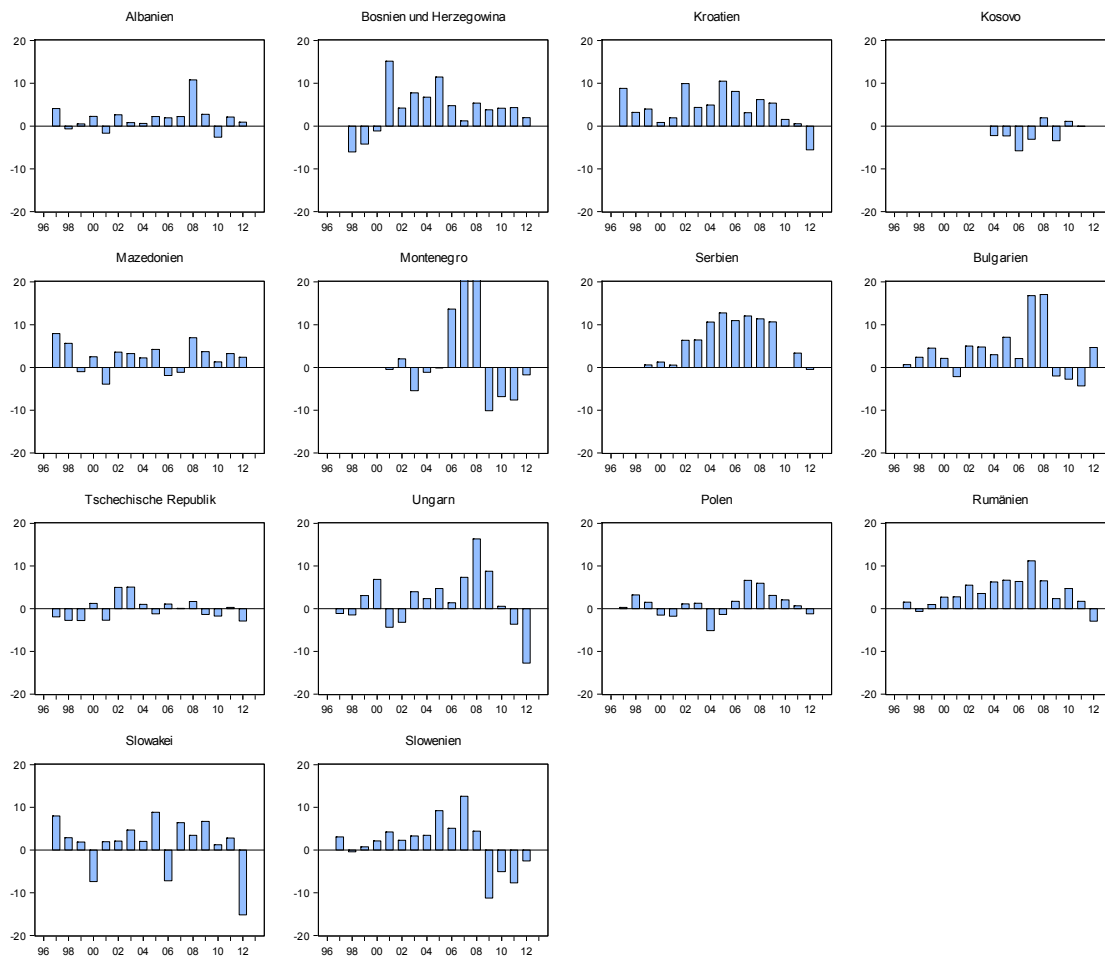
Quellen: Eigene Berechnung nach Angaben der Nationalbanken der Länder, überwiegend via wiiw-Datenbank.

Anhang Abbildung 8.7.6 / Ausländische Portfolioinvestitionen netto in % des BIP



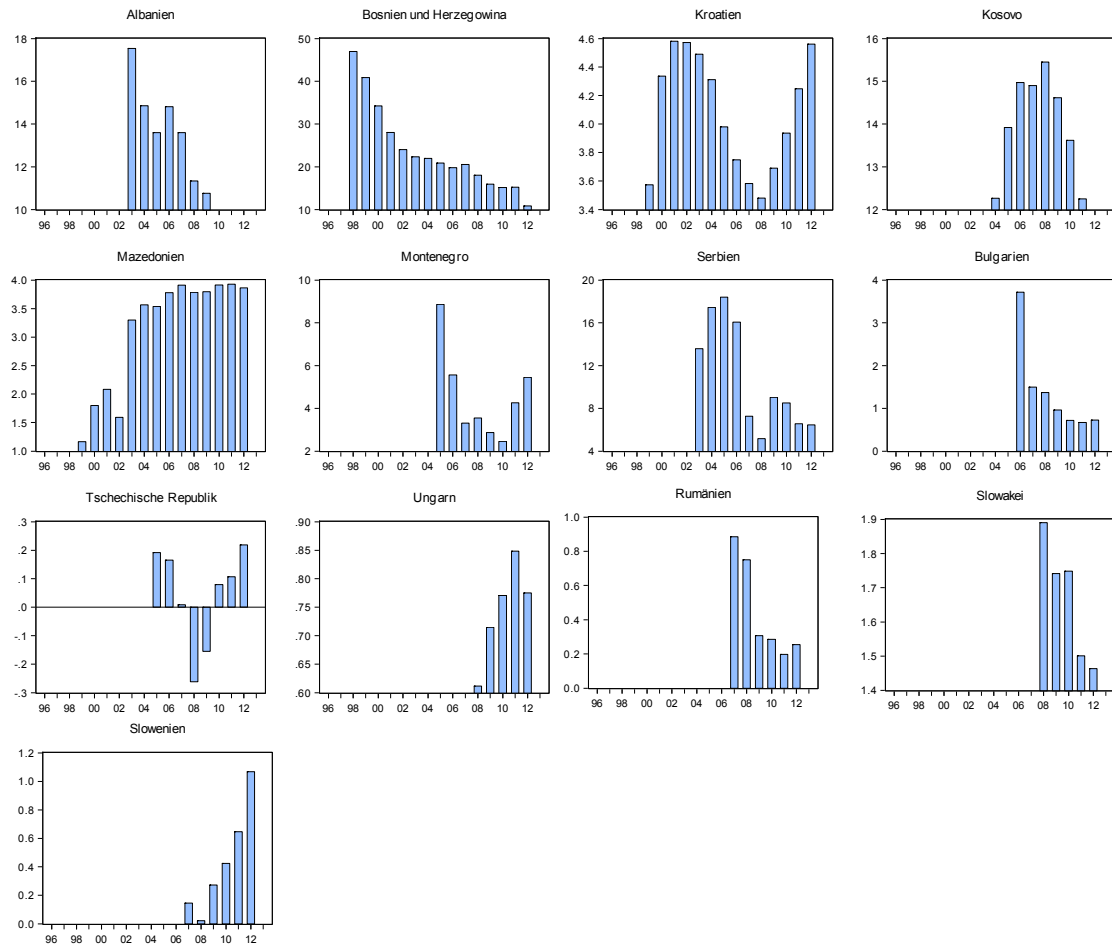
Quellen: Eigene Berechnung nach Angaben der Nationalbanken der Länder, überwiegend via wiiw-Datenbank.

Anhang Abbildung 8.7.7 / Andere Investitionen netto in % des BIP



Quellen: Eigene Berechnung nach Angaben der Nationalbanken der Länder, überwiegend via WIIW-Datenbank.

Anhang Abbildung 8.7.8 / Arbeitnehmerüberweisungen und Arbeitseinkommen in % des BIP



Quellen: Eigene Berechnungen; NMS: Eurostat (label: bop_remit); Serbien: Weltbank bis 2006, danach Nationalbank); übrige Länder: Nationalbanken.

Datenquellen

Der in der empirischen Analyse verwendete Datensatz umfasst jährliche Angaben für den Zeitraum 1996 bis 2013 zur Leistungsbilanz, den Komponenten der Kapitalbilanz (jeweils prozentual zum BIP) und den realen Wechselkurs in den zwei berechneten Varianten. Die Daten der Leistungsbilanz (Variablenname: CA) für alle Länder außer dem Kosovo wurden von der wiiw-Datenbank heruntergeladen (Dezember 2013); die Daten für den Kosovo wurden nach Angaben der Nationalbank des Kosovo berechnet. Die Daten über Arbeitnehmerüberweisungen und Lohneinkommen aus dem Ausland (REM) sowie über ausländische Direktinvestitionen (FDI), Portfolioinvestitionen (PORT) und Andere Investitionen (AI) entstammen den BOP-Statistiken der Nationalbanken in Mio. Euro (ebenfalls vom Dezember 2013). Die relative Veränderungsrate der Lohnstückkosten (VRULC) beruht auf dem mit den Lohnstückkosten bereinigten nominalen Wechselkurs zum Euro (wiiw-Datenbank) relativ zu der entsprechenden Veränderungsrate des Euroraums (12 Länder; Eurostat). Die Variable VRCPI dagegen entspricht dem mit dem Differenzial der Verbraucherpreisinflation bereinigten Wechselkurs; das Differenzial ergibt sich aus der Relation der nationalen Inflationsrate zur Inflationsrate der gesamten EU

(mit steigender Mitgliederzahl). Diese Daten entstammen einer unveröffentlichten wiiw-Berechnung über die Wettbewerbsindikatoren der Länder. Daten zu den realen Wechselkursen liegen indes nur für sechs WB-Länder (ohne den Kosovo) bzw. fünf NMS (ohne Rumänien und Bulgarien) vor. Die Lohnstückkosten wurden vom wiiw aus den Bruttolöhnen für die sechs Länder bzw. fünf NMS (ohne Rumänien und Bulgarien) und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (BIP-Wachstumsrate minus Rate der Beschäftigungsveränderung) berechnet. Alle ökonometrischen Tests und Schätzungen wurden mit dem Eviews8-Software Programm durchgeführt.

Test auf Einheitswurzeln

Ökonometrisch wurden Paneltests und –schätzungen durchgeführt. Die Eigenschaften der Querschnitts- und Zeitreihen sind wichtig für die Wahl der Variablenspezifikation. Besonders wichtig ist ein Test auf Panel-Stationarität. Anhang Tabelle 8.7.8 berichtet die Ergebnisse der Tests, und zwar auf gemeinsame und länderspezifische Wurzeln. Es zeigt sich, dass alle Variablen panel-stationär sind mit CA als einem Grenzfall. Die klare Stationarität der ersten Differenz von CA legt ihre Verwendung in der ökonometrischen Analyse nahe.

Anhang Tabelle 8.7.8 / Einheitswurzeltest für die Panel-Zeitreihen 1996–2013 (p-Werte in Klammern)

	Levin, Lin & Chu ^a	Im, Pesaran and Shin ^b	ADF-Fisher ^b	PP-Fisher ^b
VRULC	-8,619 [0,000]	-6,268 [0,000]	84,870 [0,000]	101,486 [0,000]
VRCPI	-14,036 [0,000]	-11,987 [0,000]	153,491 [0,000]	166,945 [0,000]
CA	-3,433 [0,003]	-2,013 [0,022]	44,130 [0,027]	38,111 [0,096]
ΔCA	-10,438 [0,000]	-7,700 [0,000]	110,612 [0,000]	156,397 [0,000]
FDI	-6,837 [0,000]	-4,377 [0,000]	63,849 [0,000]	55,392 [0,002]
PORT	-6,039 [0,000]	-4,158 [0,000]	68,947 [0,000]	72,963 [0,000]
AI	-5,246 [0,000]	-3,901 [0,000]	62,939 [0,000]	64,177 [0,000]
REM	-7,451 [0,000]	-1,765 [0,039]	46,641 [0,008]	60,220 [0,000]

a Der Test nimmt eine gemeinsame Einheitswurzel aller Länder an. b Der Test erlaubt verschiedene Einheitswurzeln für die Länder.

Legende: VRULC = Veränderungsrate der relativen Lohnstückkosten in Euro; VRCIP = Veränderungsrate des Inflationsdifferenzials in Euro; CA = Leistungsbilanz; ΔCA = erste Differenz von CA; FDI = Ausländische Direktinvestitionen; PORT = Portfolioinvestitionen, AI = Andere Investitionen; REM = Arbeitnehmerüberweisungen (Remittances) plus Lohneinkommen im Ausland; alle Variablen außer dem realen Wechselkurs) in % des BIP.

Anmerkung: Die Nullhypothese lautet für alle Fälle, dass die Variable eine Einheitswurzel aufweist. Die Tests erlauben länderspezifische Schnittpunkte in den Testregressionen. Die Werte in Klammern sind die p-Werte.

Kausalitätstests

Das in der vorliegenden Studie verwendete Verfahren beschränkt sich auf den Granger-Kausalitätstest, da für eine aussagekräftige VAR-Anwendung möglicherweise zu wenige Beobachtungen für einzelne Länder vorliegen, um noch aussagekräftigere Einsichten in die Dynamik zu gewinnen. In der Kausalitätsanalyse werden die beiden Varianten des realen Wechselkurses und der Leistungsbilanzsaldo (bzw. seine erste Differenz) verwendet. Um die Analyse einfach und verständlich zu halten, werden keine weiteren Variablen außer fixen Effekten verwendet. Um mögliche Verzerrungen in den Ergebnissen mit ungleichgewichtigen Panelsets zu vermeiden, wurden Querschnitts- oder Periodengewichte verwendet, was die Verwendung von Randeffekten ausschließt.

Der Granger-Kausalitätstest erfolgte in zwei Schritten: Zunächst wurden über OLS-Regressionen einer abhängigen Variablen Y_t auf verzögerte Werte dieser abhängigen Variablen und der unabhängigen Variablen X_t die Koeffizienten der zeitverzögerten Variablen ermittelt. Der zweite Schritt wiederholte das Verfahren mit einer Restriktion, die alle zeitverzögerten Variablen X_t Null setzt. Damit wurde die Nullhypothese, dass diese Variablen nicht signifikant verschieden von Null sind, getestet. Der p-Wert in diesem Test (Wald-Test) muss $< 0,1$ sein, damit die Nullhypothese von fehlender Granger-Kausalität mit ausreichender Wahrscheinlichkeit zurückgewiesen werden kann. Andernfalls ist die Nullhypothese zurückzuweisen; die X_t -Serien wären dann nicht kausal zu Y_t , selbst wenn die Koeffizienten in der ursprünglichen Regression signifikant ausgefallen wären. Das bedeutet nicht automatisch, dass die Alternativhypothese gilt, wonach Y_t Granger-kausal zu X_t ist. Dafür muss der Test wiederholt werden, und als Ergebnis des gesamten Verfahrens kann sich auch eine beiderseitige Granger-Kausalität zeigen, die auf Feedback-Prozesse im Verhältnis der beiden Variablen hinweist. Ferner ist für unsere Analyse von Bedeutung, welches Vorzeichen die verzögerten Variablen annehmen, wenn einmal eine Granger-Kausalität vorliegt. Das Vorzeichen entscheidet, ob Kausalität im Sinne eines der angenommenen Theoriesätze abgelehnt werden kann oder nicht. Demgegenüber treten die Höhe der Koeffizienten bzw. ihre Signifikanz in den Hintergrund (wenn auch nicht vollständig).

Für den Test auf Granger-Kausalität empfiehlt es sich, möglichst viele zeitverzögerte Variablen zu verwenden, da sich die Kausalität erst bei Einbeziehung sehr weit zurückliegender Werte der unabhängigen Variablen einstellen könnte. In der vorliegenden Analyse wurden vier Verzögerungen verwendet; Kausalitäten zeigten sich bei kürzeren Verzögerungen in den untersuchten Fällen nicht. Die Regressionen umfassten auch immer eine Konstante und fixe Effekte, die hier aber nicht berichtet werden. Der F-Test zeigte, dass nur Periodeneffekte und keine Ländereffekte signifikant waren.

Anhang Tabelle 8.7.9 berichtet die Ergebnisse der Tests für die beiden Variablen VRULC und ΔCA . Die Modelle 1.1 bis 1.3 testeten, ob Veränderungen in der Leistungsbilanz besser vorhergesagt werden, wenn die „Geschichte“ von VRULC berücksichtigt wird. In Bezug auf das gesamte Ländersample (Modell 1.1) und die Untergruppe der Westbalkanländer (Modell 1.2) konnte die Nullhypothese einer fehlenden Granger-Kausalität nicht zurückgewiesen werden, d.h., dass ΔCA nicht Granger-kausal zu VRULC ist. Anders war es dagegen für die Ländergruppe der NMS (Modell 1.3). Hier gab der Wald-Test (grau unterlegt) eine hohe Wahrscheinlichkeit an, dass die Nullhypothese zurückzuweisen ist. Insofern liegt die Vermutung nahe, dass für die NMS generell gilt, dass die Verschlechterung der Leistungsbilanz auch durch einen Anstieg der relativen Lohnstückkosten erklärt wird. Was allerdings berücksichtigt werden muss, ist, dass in Modell 1.3 die entscheidenden, weil signifikanten verzögerten VRULC-Variablen (grau unterlegt) das „falsche“ Vorzeichen aufweisen. Wenn eine reale Aufwertung (=

Anstieg der relativen Lohnstückkosten) zu einer stärkeren Defizitbildung in der Leistungsbilanz (= Kapitalimport) beigetragen hätte, hätte das Vorzeichen negativ und nicht positiv ausfallen müssen.

Die Modelle 2.1 bis 2.3 testeten die Alternativhypothese, wonach eine stärkere Defizitbildung (= Zunahme der Nettokapitalimporte) kausal für einen Anstieg der relativen Lohnstückkosten (= reale Aufwertung) war. In der Tat zeigte sich, dass die Nullhypothese einer nicht Granger-kausalen Beziehung für die Modelle 2.1 und 2.2 zurückgewiesen werden kann. Die F-Statistik des Wald-Testes war signifikant auf dem 10 %-Niveau für das gesamte Sample und sogar auf dem 1 %-Niveau für die Untergruppe der Westbalkanländer (siehe graue Unterlegung). Hinzu kommt, dass die Vorzeichen der signifikanten ΔCA -Variablen „richtig“, d.h. negativ ausfielen. Damit konnte vermutet werden, dass der Anstieg der Lohnstückkosten (des realen Wechselkurses) besser erklärt wird, wenn positive Nettokapitalimporte in den Erklärungsansatz einbezogen werden. Die Testergebnisse für Modell 2.3 sind spiegelbildlich zu 1.3: Hier konnte die Nullhypothese nicht abgewiesen werden. Allerdings war das Vorzeichen der signifikanten Koeffizienten wiederum „falsch“, d.h. positiv, d.h. ein Anstieg der relativen Lohnstückkosten war Granger-kausal zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz (Verringerung der Nettokapitalimporte). Tests mit weniger Zeitverzögerungen deckten keine Kausalitätsbeziehung auf.

Anhang Tabelle 8.7.9 / Kausalität VRULC \Leftrightarrow ΔCA

Modell	1.1 (alle)	1.2 (WB-6)	1.3 (NMS-7)	2.1 (Alle)	2.2 (WB-6)	2.3 (NMS-7)
Abhängige Variable	ΔCA	ΔCA	ΔCA	VRULC	VRULC	VRULC
Koeffizienten der zeitverzögerten Variablen						
$\Delta CA(-1)$	0,034	0,100	0,212**	-0,332*	-0,270*	-0,079
$\Delta CA(-2)$	-0,065	0,134	-0,323***	-0,356*	-0,382***	0,013
$\Delta CA(-3)$	-0,241***	-0,184**	0,076	-0,003	0,050	-0,241
$\Delta CA(-4)$	-0,180*	-0,039	0,195**	-0,395*	-0,610	-0,057
VRULC(-1)	-0,045	0,025	0,011	0,030	-0,063	0,199**
VRULC(-2)	0,014	0,031	0,068***	-0,160**	-0,173***	-0,064
VRULC(-3)	0,020	0,009	-0,031	-0,004	0,057*	0,008
VRULC(-4)	-0,024	-0,010	0,053*	-0,111**	-0,072***	-0,161

Fixe Periodeneffekte

Perioden F-Stat.	5,666***	4,716***	3,063***	3,939***	4,478***	2,400**
Wald-Test F-Stat.	0,922	0,693	2,658**	2,074*	4,757***	0,250
Länder	13	6	7	13	6	7
Periode	2002-2012	2002-2012	20002-2012	2002-2012	2002-2012	2002-2012
Beobachtungen	133	57	76	135	58	77

Signifikanzniveaus: *** 10 %, ** 5 %, * 10 %.

Legende: ΔCA = erste Differenz des Saldos der Leistungsbilanz; VRULC = Veränderungsrate des realen Wechselkurses (Lohnstückkosten); FE = fixe Effekte; NMS = Neue Mitgliedsstaaten; WB = Westbalkanländer.

Anhang Tabelle 8.7.10 / Kausalität VRCPI \Leftrightarrow Δ CA

Modell	3.1 (alle)	3.2 (WB-6)	3.3 (NMS-7)	4.1 (Alle)	4.2 (WB-6)	4.3 (NMS-7)
Abhängige Variable	Δ CA	Δ CA	Δ CA	VRCPI	VRCPI	VRCPI
Koeffizienten der zeitverzögerten Variablen						
Δ CA(-1)	0,013	-0,061	0,230**	-0,120	-0,133	0,034
Δ CA(-2)	-0,098	0,135*	-0,318***	0,100	0,123	-0,095
Δ CA(-3)	-0,175***	-0,167*	0,068	-0,068	-0,147*	-0,088
Δ CA(-4)	-0,127*	-0,035	-0,264***	-0,101	-0,140*	0,159
VRCPI(-1)	-0,006	0,010	-0,015	-0,018	0,278**	-0,082
VRCPI(-2)	0,080	0,308**	0,079**	-0,048	-0,306**	-0,044
VRCPI(-3)	0,070**	0,055	-0,021	0,081	0,081	0,036
VRCPI(-4)	-0,030	-0,121**	0,037	0,058	0,026	0,009
Fixe Periodeneffekte						
Perioden- F-Stat.	5,071***	5,612***	3,013***	4,029***	3,420***	2,834***
Wald-Test F-Stat.	1,934	2,979**	1,669	1,275	2,415*	0,569
Länder	13	6	7	13	6	7
Periode	2002-2012	2002-2012	2002-2012	2002-2013	2002-2012	2000-2013
Beobachtungen	134	58	76	142	59	83

Signifikanzniveau: *** 10 %, ** 5 %, * 10 %.

Legende: Δ CA = erste Differenz des Saldos der Leistungsbilanz; VRCPI = Veränderungsrate des realen Wechselkurses (Verbraucherpreise); FE = fixe Effekte;

Ergänzend wurde getestet, ob die beiden Variablen Δ CA und realer Wechselkurs bereinigt mit den Inflationsdifferenzialen (VRCPI) Granger-kausal zueinander sind. Die Ergebnisse der Tests sind in Anhang Tabelle 8.7.10 aufgeführt. Die Nullhypothese einer fehlenden Granger-Kausalität konnte nicht zurückgewiesen werden für die Modelle 3.1 und 3.2, d.h. die verzögerten Variablen des realen Wechselkurses waren nicht Granger-kausal zur unabhängigen Variablen für das gesamte Panel sowie die Untergruppe der NMS. Dagegen konnte die Nullhypothese zurückgewiesen werden für die Westbalkanländer, d.h. die verzögerten Wechselkursvariablen waren Granger-kausal zur unabhängigen Variablen. Für diese Region konnte gefolgert werden, dass das Inflationsdifferenzial zunehmende oder abnehmende Nettokapitalimporte auch erklärt. Die Summe der Koeffizienten der verzögerten Wechselkursvariablen war allerdings positiv, d.h. eine reale Aufwertung führte zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz, was nicht im Sinne der vermuteten Kausalität ist.

Die Alternativhypothese wurde wieder in den Modellen 4.1 bis 4.3 getestet. Die Ergebnisse fielen spiegelbildlich zu denen der Modelle 3.1 bis 3.3 aus. Lediglich für die Westbalkanländer (Modell 4.2) konnte die Nullhypothese einer fehlenden Granger-Kausalität zurückgewiesen werden. Die signifikanten Δ CA-Variablen wiesen ein negatives Vorzeichen auf, so dass eine Verschlechterung der Leistungsbilanz (= Zunahme der Kapitalimporte) zur Erklärung eines höheren Inflationsdifferenzials beiträgt.

Generell legten die Modelle 3.2 und 4.2 die Existenz von Rückkopplungsprozessen nahe, so dass bei für beide letztlich keine Aussage über die Kausalität getroffen werden konnte. Hier könnten VAR-Anwendungen klärende Einsichten liefern. Klarere Ergebnisse lieferten die Modelle 1 und 2. In der Westbalkanregion erklärten Nettokapitalimporte offensichtlich eine Abweichung der Geldlöhne von der Produktivität. Auch für das gesamte Panel gilt eher, dass Nettokapitalimporte zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz über die relativen Lohnstückkosten erfolgten.

Modellschätzungen

Die strukturellen Modelle regressierten den realen Wechselkurs bzw. seine Veränderungsrate auf die erste Differenz einzelner Komponenten der Nettozuflüsse. Auf weitere mögliche Bestimmungsfaktoren wie etwa den Grad der Offenheit der Wirtschaft, dem öffentlichen Verbrauch und dem Wechselkurssystem wurde verzichtet. Die Testgleichung für einen Panelansatz mit i Ländern und t Jahren lautet wie folgt:

$$RWK_{i,t} = \alpha_0 + \alpha_1 \Delta FDI_{i,t} + \alpha_2 \Delta PORT_{i,t} + \alpha_w \Delta AI_{i,t} + \alpha_e \Delta REM_{i,t} + D_i + D_t + \varepsilon_{i,t}$$

wobei RWK die Veränderungsrate des relativen realen Wechselkurses entweder in der Version $VRULC$ oder $VRCPI$ darstellt. Eine Korrelationsanalyse legte nahe, dass keine Multikollinearität zwischen REM und AI vorliegt. α_0 ist der gemeinsame Steigungswinkel, D_i und D_t sind die Regressoren für die fixen Länder- bzw. Periodeneffekte, und $\varepsilon_{i,t}$ ist der stochastische Fehlerterm. Für Polen lagen keine Daten zu REM vor, so dass Schätzungen mit Polen (ohne REM) und ohne Polen (mit REM) durchgeführt wurden.

Tabelle 4.D berichtet die Ergebnisse der Schätzungen mit $VRULC$ (Modelle 5.1 bis 5.5) und $VRCPI$ (Modelle 6.1 bis 6.5). Der FE-Test deckte die Überlegenheit von Periodeneffekten in allen Modellen gegenüber Ländereffekten auf. Für die Modelle 5.1 bis 5.4 ergab sich eine Überlegenheit fixer Effekte (FE) gegenüber gepoolten Schätzungen und Random-Effekten (RE). Dagegen sollte Modell 5.5 besser mit RE geschätzt werden, die Modelle 6.3 und 6.5 dagegen besser ohne jegliche Effekte.

Modell 5.1 wurde mit Polen aber ohne ΔREM durchgeführt, die Ergebnisse erlaubten keine klare Aussage. Modell 5.2 schließt Polen aus, aber ΔREM ein. Wiederum erschien kein aussagekräftiges Bild für das gesamte Panel. Dagegen zeigte die gesonderte Schätzung für den Westbalkan (Modell 5.3) aufschlussreiche Ergebnisse: Ausländische Direktinvestitionen (ΔFDI) trugen offenbar zu einem Anstieg der Lohnstückkosten, ebenso wie alle anderen Zuflüsse mit Ausnahme der Arbeitnehmerinkommen und –überweisungen (ΔREM). Letztere verursachten offensichtlich einen Rückgang der relativen Lohnstückkosten. Schätzungen für die NMS ohne ΔREM , aber mit Polen (Modell 5.4) zeigten eine schwach signifikante negative Einflussnahme der ΔFDI auf die Veränderungsrate der relativen Lohnstückkosten. Dieser dämpfende Einfluss wurde deutlicher und stärker, wenn Polen ausgeschlossen, dafür aber die REM -Variable einbezogen wurden (Modell 5.5). Eine Veränderung der Portfolio- und Andere Investitionen hatten nur einen undeutlichen Einfluss auf die Veränderung Lohnstückkostenposition; der Beitrag von ΔREM zu ihrer Senkung war dagegen erheblich und überlagerte alle anderen Effekte. Die Genauigkeit der Koeffizienten litt allerdings durch den Ausschluss von Beobachtungen in den Modellen 5.2 bis 5.4. In Modell 5.5 (mit RE) verbesserte sie sich zwar, allerdings lag die Anzahl der Beobachtungen nun näher an der Grenze der Interpretierbarkeit.

Bezüglich der Schätzungen mit $VRCPI$ (Modelle 6.1 bis 6.5) fällt auf, dass die Ergebnisse für die ΔFDI -Variable zumindest vorzeichenmäßig mit denen der Modelle 5.1 bis 5.5 übereinstimmten, wobei allerdings der Koeffizient für den Westbalkan insignifikant wurde. Als ebenfalls wenig robust erwiesen sich die Koeffizienten der Variablen $\Delta PORT$ und ΔAI ; im Modell 6.3 (Westbalkan) wechselten sie entweder ihr Vorzeichen ($\Delta PORT$) oder wurden insignifikant (ΔAI) gegenüber dem Modell 5.3. Dagegen erwiesen sich die Ergebnisse für ΔREM als robust hinsichtlich Signifikanz und Vorzeichen in beiden Untergruppen.

Zusätzlich wurden Regressionen unter Einbeziehung einer Dummy für die Flexibilität des Wechselkursarrangements geschätzt (hier nicht aufgeführt). Dabei erwies sich eine nominale Abwertung als erhöhend für das Inflationsdifferenzial und verringernd für die relativen Lohnstückkosten – beides in der Währung des Euro. Allerdings blieb die Variable insignifikant. Signifikanz und Vorzeichen der bisherigen Variablen änderten sich dagegen nicht.

Anhang Tabelle 8.7.11 / Ergebnisse von Panel-OLS-Regressionen; alle unabhängigen Variablen in % des BIP

Abhängige Variable: <u>VRULC</u>	Modell 5.1 (alle)	Modell 5.2 (alle ohne Polen)	Modell 5.3 (WB)	Modell 5.4 (NMS)	Modell 5.5 (NMS ohne Polen)
Koeffizienten					
ΔFDI	-0,083	-0,068	0,391**	-0,345*	-0,763***
ΔPORT	-0,031	0,123	0,492***	-0,009	0,259
ΔAI	0,105	0,191***	0,272***	0,042	0,289*
ΔREM	---	-0,504***	-0,604**	---	-6,063***
Konstante	4,048***	3,955***	4,596***	3,832	1,806*
Diagnostische Statistik					
F-Statistik (redundant Perioden FE-Test)	4,497***	2,545***		3,304***	0,184
R ²	0,305	0,458	0,662	0,378	0,421
Adj. R ²	0,231	0,337	0,529	0,257	0,331
S.E. Regr.	10,38	11,236	13,767	7,44	5,065
Länder	13	12	6	7	6
Periode	1998-2012	2000-2012	2000-2012	1998-2012	2006-2012
Beobachtungen	177	89	58	105	31
Effekte	FE	FE	FE	FE	RE
Abhängige Variable: <u>VRCPi</u>	Modell 6.1 (alle)	Modell 6.2 (alle ohne Polen)	Modell 6.3 (WB)	Modell 6.4 (NMS)	Modell 6.5 (NMS ohne Polen)
Koeffizienten					
ΔFDI	-0,052	-0,067	0,054	-0,356**	-0,541***
ΔPORT	0,011	-0,051	-0,282*	0,010	0,076
ΔAI	-0,022	-0,036	0,014	-0,026	0,161
ΔREM	---	-0,467**	-0,360**	---	-2,450*
Konstante	2,027***	0,549	0,640**	2,841***	1,029**
Diagnostische Statistik					
F-Statistik (red. FE-Test)	4,858***	1,983**	1,527	4,934***	2,126*
R ²	0,313	0,359	0,175	0,470	0,803
Adj. R ²	0,240	0,207	0,114	0,366	0,772
S.E. Regr.	4,894	3,322	2,808	5,375	3,863
Länder	13	12	6	7	6
Periode	1998-2012	1999-2012	1999-2012	1998-2012	2006-2012
Beobachtungen	178	90	59	105	31
Effekte	Perioden FE ^a	Perioden FE	Pooled	Perioden FE	Pooled

Signifikanzniveaus: *** 10 %, ** 5 %, * 10 %.

a Ohne Perioden-Gewichtung.

Legende: FDI = ausl. Direktinvestitionen; PORT = ausl. Portfolioinvestitionen; AI = Andere Investitionen; REM= Lohneinkommen und Arbeitnehmerüberweisungen aus dem Ausland (alle netto); WB = Westbalkan; NMS = Neue Mitgliedsstaaten; VRULC = Veränderungsrate des realen Wechselkurses (Lohnstückkosten); VRCPi (Veränderungsrate realen Wechselkurses (Verbraucherpreis); FE = Fixe Effekte; RE = Randomeffekte; WB = Westbalkan; NMS = Neue Mitgliedsstaaten.

SHORT LIST OF THE MOST RECENT WIIW PUBLICATIONS

(AS OF DEZEMBER 2015)

For current updates and summaries see also wiiw's website at www.wiiw.ac.at

STEIGERUNG DER WETTBEWERBS-FÄHIGKEIT IN DER BALKANREGION - MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

by Hubert Gabrisch (IWH), Doris Hanzl-Weiss, Mario Holzner, Michael Landesmann, Johannes Pöschl und Hermine Vidovic

wiiw Forschungsbericht 3 (wiiw Research Reports in German language), Dezember 2015
217 pages including 27 Tables, 110 Figures and 5 Boxes
hardcopy: EUR 24.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW HANDBOOK OF STATISTICS 2015: CENTRAL, EAST AND SOUTHEAST EUROPE

covers key economic data on Albania, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Kazakhstan, Kosovo, Latvia, Lithuania, Macedonia, Montenegro, Poland, Romania, Russia, Serbia, Slovakia, Slovenia, Turkey, Ukraine

wiiw, Vienna, November 2015 (ISBN: 978-3-85209-045-0)
314 pages including 237 Tables and 15 Maps
Hardcopy + CD-ROM with PDF: EUR 70.00 (time series for 2000, 2005, 2010-2013)
Download PDF: EUR 50.00 (PDF with identical content as hardcopy)
Download Excel tables + PDF: EUR 245.00 (time series Excel tables for 1990-2014, as far as available)
USB drive Excel tables + PDF + hardcopy: EUR 250.00

MIXED PROSPECTS: CONSUMPTION LEADS FRAGILE RECOVERY IN THE CESEE CORE — CIS STUMBLES

by Amat Adarov, Vladimir Gligorov, Doris Hanzl-Weiss, Peter Havlik, Isilda Mara and Robert Stehrer, Mario Holzner et al.

wiiw Forecast Report. Economic Analysis and Outlook for Central, East and Southeast Europe, Autumn 2015
wiiw, November 2015
155 pages including 32 Tables, 63 Figures and 5 Boxes
hardcopy: EUR 80.00 (PDF: EUR 65.00)

SEE 2020 STRATEGY STUDY ON LABOUR MOBILITY

by Hermine Vidovic

wiiw Research Reports, No. 408, October 2015
35 pages including 10 Tables and 11 Figures
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2015/10

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: Wage share and investment ratio in the euro area-12, 1960-2014
- › Opinion corner: How to cope with the current refugee crisis?
- › Industrial policy: rationale and its role in the European economy
- › Services and the manufacturing value chain
- › The effectiveness of public innovation support in the EU
- › Recommended reading
- › Statistical Annex: Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe

wiiw Monthly Report, No. 10, October 2015

49 pages including 5 Tables and 24 Figures

exclusively for wiiw Members

INFRASTRUCTURE INVESTMENT IN THE WESTERN BALKANS

by Mario Holzner, Robert Stehrer and Hermine Vidovic

wiiw Research Reports, No. 407, September 2015

43 pages including 12 Tables and 28 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

INFRASTRUKTURINVESTITIONEN AM WESTBALKAN

by Mario Holzner, Robert Stehrer und Hermine Vidovic

wiiw Forschungsbericht 2 (wiiw Research Reports in German language), September 2015

51 pages including 18 Tables and 31 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

RUSSIAN FEDERATION 2015**FROM STAGNATION TO RECESSION AND BACK**

by Peter Havlik

wiiw Research Reports, No. 406, September 2015

31 pages including 3 Tables, 13 Figures, and 1 Boxes

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2015/9

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: New asylum applications in the EU countries
- › Opinion corner: Migration crisis in the EU: what can and should be done?
- › Serbia's gas sector and the pipeline question

- › The return of the caravanserais: economic relations between Turkey and the Western Balkans
- › Eurasian integration: implications for Armenia and Kyrgyzstan
- › Recommended reading
- › Statistical Annex: Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe

wiiw Monthly Report, No. 9, September 2015

47 pages including 3 Tables and 33 Figures

exclusively for wiiw Members

INTRA-EU MOBILITY AND PUSH AND PULL FACTORS IN EU LABOUR MARKETS: ESTIMATING A PANEL VAR MODEL

by Michael Landesmann and Sandra M. Leitner (in collaboration with Isilda Mara)

wiiw Working Papers, No. 120, August 2015

52 pages including 10 Tables and 32 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

ENERGY EFFICIENCY AND EU INDUSTRIAL COMPETITIVENESS: ENERGY COSTS AND THEIR IMPACT ON MANUFACTURING ACTIVITY

by Vasily Astrov, Doris Hanzl-Weiss, Sandra M. Leitner, Olga Pindyuk, Johannes Pöschl and Robert Stehrer

wiiw Research Reports, No. 405, August 2015

81 pages including 33 Tables, 19 Figures, and 6 Boxes

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

LABOUR MOBILITY OF MIGRANTS AND NATIVES IN THE EUROPEAN UNION: AN EMPIRICAL TEST OF THE 'GREASING OF THE WHEELS' EFFECT OF MIGRANTS

by Michael Landesmann and Sandra M. Leitner

wiiw Working Papers, No. 119, August 2015

53 pages including 25 Tables and 3 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

THE RELATION BETWEEN INDUSTRY AND SERVICES IN TERMS OF PRODUCTIVITY AND VALUE CREATION

by Robert Stehrer, Paul Baker, Neil Foster-McGregor, Johannes Koenen, Sandra Leitner, Julia Schrickler, Thomas Strobel, Hans-Günther Vieweg, Jurgen Vermeulen and Anastasia Yagafarova

wiiw Research Reports, No. 404, July 2015

125 pages including 10 Tables and 42 Figures

hardcopy: EUR 24.00 (PDF: free download from wiiw's website)

IMPRESSUM

Herausgeber, Verleger, Eigentümer und Hersteller:

Verein „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ (wiiw),
Wien 6, Rahlgasse 3

ZVR-Zahl: 329995655

Postanschrift: A 1060 Wien, Rahlgasse 3, Tel: [+431] 533 66 10, Telefax: [+431] 533 66 10 50
Internet Homepage: www.wiiw.ac.at

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger): Verein "Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche", A 1060 Wien, Rahlgasse 3. Vereinszweck: Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der zentral- und osteuropäischen Länder sowie anderer Transformationswirtschaften sowohl mittels empirischer als auch theoretischer Studien und ihre Veröffentlichung; Erbringung von Beratungsleistungen für Regierungs- und Verwaltungsstellen, Firmen und Institutionen.



wiiw.ac.at